



Hell aus dem dunklen Vergangen...

#bkt21

Rundbrief

**Bundeskoordinierungstreffen
vom 12. bis 14. November 2021
in Heidelberg**

Inhalt

Vorwort des kommissarischen Bundesgeschäftsführers	3
Kontaktadressen	4
Bundesbüro	4
Bundesvorstand	4
Landeskoordinationen	5
Wichtige Informationsmöglichkeiten	7
Verbandsaufbau	8
Organisatorische Informationen	9
Vorschlag zur Tagesordnung	10
Vorschlag zur Geschäftsordnung	12
Wahl des Bundesvorstands Kandidaturen	14
Kandidatur von Marian Bartz	14
Kandidatur von Leonie Bode	17
Kandidatur von Leo Buddeberg	21
Kandidatur von Lea Dahms	26
Kandidatur von Lina Eilers	29
Kandidatur von Johanna Liebe	33
Kandidatur von Moritz Stockmar	38
Antragsbereich A: Arbeitsprogramm	42
A1_21 Hell aus dem dunklen Vergangnen...–Das Arbeitsprogramm der Juso- Hochschulgruppen 2021/22	42
Antragsbereich D: Demokratie & Kampf gegen Rechts	51
D1_21 Antifa statt Verfassungsschutz! – Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Verfassungsschutz	51
Antragsbereich E: Europa & Internationales	56
E1_21 Gemeinsam studieren in Europa: Selbstbestimmt und solidarisch!	56
E2_21 Solidarität mit den afghanischen Studierenden!	63
E3_21 Wider der Ungerechtigkeit – Starke Perspektive für internationale Studierende	66
Antragsbereich F: Feminismus & Gleichstellung	70
F1_21 My body is not your porn! Sexualisierter Gewalt den Kampf ansagen.	70
Antragsbereich G: Gute Arbeit	75
G1_21 1000 mal gefordert, 1000 mal ist nichts passiert – TVStud jetzt!	75
Antragsbereich H: Hochschulfinanzierung	77

H1_21 Chronisch unterfinanziert und jetzt noch die Pandemie bezahlen? Der Wert von Wissenschaft misst sich nicht in Profiten!	77
Antragsbereich L: Frühkindliche Bildung, Schule & lebenslanges Lernen.....	80
L1_21 Politikfreie Bildung ist keine Bildung – gegen die Ökonomisierung unserer (Hoch-)schulen!	80
Antragsbereich M: Studentischer Wohnraum.....	85
M1_21 Bezahlbare Wohnheimplätze ausbauen	85
Antragsbereich O: Unser Verband & Organisationspolitik	88
O1_21 Antragsbücher in Papierform nur auf Bestellung an Hochschulgruppen senden	88
O2_21 Osis aller Länder vereinigt euch – Ostvernetzung vorantreiben!.....	89
Antragsbereich P: Sozialpolitik und soziale Infrastruktur	92
P1_21 A Pandemie Carol – Die Nacht vor dem Neuanfang	92
P2_21 "Ich möchte (nicht) darüber reden!" – Die psychische Gesundheit auf die Agenda! .	100
Antragsbereich Q: Gute Lehre, Qualitätsentwicklung & Studienreform.....	106
Q1_21 Prüfungsausschüsse neu denken	106
Antragsbereich R: Hochschulreform & Hochschulen in der Gesellschaft	109
R1_21 Der Landespolitik den Stempel aufdrücken – Hochschulgesetze selbst gestalten! .	109
Antragsbereich S: Studienfinanzierung.....	116
S1_21 Zum 50. Jubiläum – Für einen echten Neustart des BAföG	116
Antragsbereich W: Kritische Wissenschaft & Forschungspolitik	127
W1_21 Rückgabe aller kolonialen und nationalsozialistischen Raubgüter – Restitution jetzt!	127
W2_21 Mehr Professuren für Antisemitismusforschung	129
Antragsbereich X: Sonstiges	131
X1_21 Gegen Privatisierungen von Unikliniken	131
X2_21 Campus statt Christus! – Endlich laizistisch handeln	135
Liedtext: Die Internationale.....	138

Vorwort des kommissarischen Bundesgeschäftsführers

Liebe Juso-Hochschulgruppen,

liebe Genoss*innen,

in diesem Rundbrief erhaltet Ihr alle wichtigen Informationen, sowie die Tagungsunterlagen zu unserem kommenden Bundeskoordinierungstreffen (BKT) vom 12. bis 14. November 2021 in Heidelberg.

Seit dem letzten BKT, das in Präsenz stattfinden konnte, sind zwei Jahre vergangen. Hinter uns liegt damit zum einen die Zeit der Corona-Pandemie, die (gerade bei weltweiter Betrachtung) leider immer noch nicht überstanden ist und eine gesamte Studierendengeneration prägen wird. Corona war auch für uns als Verband eine besondere Herausforderung. Die Vertretung studentischer Interessen wurde wichtiger denn je. Sie wurde an den Hochschulen, in den Ländern und im Bund insbesondere von Mitgliedern der Juso-Hochschulgruppen geleistet. Dafür gebührt Euch allen Dank und Anerkennung!

Zum anderen blicken wir auf eine besondere Bundestagswahl zurück. Die SPD ist zum vierten Mal in ihrer Geschichte stärkste Partei geworden. Dieses Ergebnis wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht im gesamten Bundesgebiet Jusos und Juso-Hochschulgrüpler*innen Tag und Nacht für linke Inhalte und eine progressive Bundesregierung gestritten hätten. Dass nun 49 Jusos und mehr ehemalige Juso-Hochschulgrüpler*innen als jemals zuvor im Bundestags sitzen, ist das Verdienst von Euch allen!

Auf dem BKT wollen wir aber nicht bloß auf die Vergangenheit schauen. Vielmehr muss es darum gehen, mit dem Wahlergebnis umzugehen. Die SPD wird (mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit) die nächste Bundesregierung anführen und es ist die Aufgabe der Juso-Hochschulgruppen als Expertinnen im Bereich der Hochschul- und Wissenschaftspolitik ihr linkes Gewissen zu sein – im Sinne der Studierenden und der prekär im Wissenschaftssystem Beschäftigten.

Lasst uns daher auf dem Bundeskoordinierungstreffen über das kommende Arbeitsjahr diskutieren. Gemeinsam wollen wir uns ein Arbeitsprogramm geben, mit dem wir unseren Verband im kommenden Jahr erfolgreich gemeinsam gestalten und uns weiterhin als stärkster Studierendenverband zeigen können, der nicht nur Plakate aufhängt, sondern linke Inhalte umgesetzt sehen will.

Dem Antragsbuch ist wie immer ein breites Themenspektrum zu entnehmen, das aktuelle Diskussionen widerspiegelt und diese insbesondere, aber nicht nur, auf den Bereich der Bildungs- und Hochschulpolitik zurückbezieht. Feminismus, Lehren aus der Pandemie und der Kampf gegen Rechts – hierüber und über viele weitere Themengebiete wollen wir auf dem BKT gemeinsam diskutieren. Neben der Beratung der Anträge wählt das Bundeskoordinierungstreffen turnusgemäß einen neuen Bundesvorstand und eine neue Bundesgeschäftsführung. Die bis dato eingegangenen Kandidaturen sowie Anträge findet Ihr in diesem Rundbrief.

Insbesondere Menschen, die zum ersten Mal bei einem Bundeskoordinierungstreffen dabei sind, müssen nicht aufgeregt sein, denn selbstverständlich wird es vorab ein Plenum für Neueinsteiger*innen geben. Hier bekommt Ihr eine gute Einführung in die Abläufe und Verfahren und könnt all Eure Fragen loswerden. Wenn Ihr bereits im Vorfeld Fragen habt, könnt Ihr Euch gerne jederzeit an mich wenden.

Ich freue mich auf spannende Debatten bei unserem Bundeskoordinierungstreffen!

Mit sozialistischen Grüßen



Philipp Breder | Kommissarischer Bundesgeschäftsführer

Kontaktadressen

Bundesbüro

Philipp Breder

Kommissarischer Bundesgeschäftsführer der Juso-Hochschulgruppen

SPD-Parteivorstand

Willy-Brandt-Haus

Wilhelmstraße 141

10963 Berlin

Fon: +49 (0)30-25991-285

Fax.: +49 (0)30-25991-415

philipp.breder@spd.de

Bundesvorstand

Johanna	Dangloff	0160 / 96461533	johanna.dangloff@jusohochschulgruppen.de
Aselya	Dilbas	0157 / 35135502	aselya.dilbas@jusohochschulgruppen.de
Laura	Loew	0157 / 56474476	laura.loew@jusohochschulgruppen.de
Jule	Miklis	0176 / 32237367	jule.miklis@jusohochschulgruppen.de
Oliver	Nerger	0174 / 7649726	oliver.nerger@jusohochschulgruppen.de
Charlotte	Sonneborn	0151 / 12434345	charlotte.sonneborn@jusohochschulgruppen.de
Benjamin	Weiss	0151 / 70130584	benjamin.weiss@jusohochschulgruppen.de

Kontaktadressen

Landeskoordinationen

Baden-Württemberg

Sophia	Hamm
Kai-Uwe	Herrenkind
Adrian	Keller
Simone	Münch

Lko-bawue@jusohochschulgruppen.de

Bayern

Kim	Seibert
Kooptiert:	
Lea	Dahms
Felix	Mork
Richard	Schmidt

Lko-bayern@jusohochschulgruppen.de

Berlin

Leo	Buddeberg
Valerie	Seulberger

Lko-berlin@jusohochschulgruppen.de

Brandenburg

Lina-Sophie	Horn
Linus	Stampehl
Kooptiert:	
Moritz	Pleuse
Annalena	Schulze

Lko-brandenburg@jusohochschulgruppen.de

Bremen

Tom-Eric	Griene
----------	--------

Lko-bremen@jusohochschulgruppen.de

Hessen

Natalie	Maurer
---------	--------

Lko-hessen@jusohochschulgruppen.de

Mecklenburg-Vorpommern

Hannes	Christen
Kooptiert:	
Felix	Willer

Lko-mv@jusohochschulgruppen.de

Niedersachsen

Sofia	Dräger
Laura	Jessen

Lko-nds@jusohochschulgruppen.de

Nordrhein-Westfalen

Johanna Liebe
Lorenz Holl

Lko-nrw@jusohochschulgruppen.de

Rheinland-Pfalz

Fabian Kösters
Simone Mangold

Lko-rlp@jusohochschulgruppen.de

Saarland

Danielle Schreiner
Stellvertretung:
Simmet Marvin

Lko-saar@jusohochschulgruppen.de

Sachsen

Leona Krause

Lko-sachsen@jusohochschulgruppen.de

Sachsen-Anhalt

Tobias Bäustmann
Moritz Weiß

Lko-lsa@jusohochschulgruppen.de

Schleswig-Holstein

Marven Kruse
Kooptiert:
Johanna Falkson

Lko-sh@jusohochschulgruppen.de

Thüringen

Annabelle Neis
Anna Vogel

Lko-th@jusohochschulgruppen.de

Wichtige Informationsmöglichkeiten

Post- und E-Mail-Verteiler für Hochschulgruppen

Im Bundesbüro muss eine Postadresse für größere Sendungen (z.B. AStA oder SPD-Geschäftsstelle) angegeben werden.

Um alle Hochschulgruppen schnell erreichen zu können, wird auch ein Verteiler mit E-Mail-Adressen der Gruppen gepflegt. Die Kontaktdaten und Adressen müssen jeweils unbedingt aktuell sein.

E-Mail-Verteiler HSG-intern

Unser E-Mail-Verteiler „hsg-intern“ dient dem Austausch zwischen aktiven Juso-Hochschulgrüpler*innen. Der Verteiler wird über das Bundesbüro verwaltet.

Weitere Informationsmöglichkeiten sind

- [Unsere Homepage](#)
- [Unsere facebook-Seite](#)
- [Unser twitter-Profil](#)
- [Unser Instagram-Profil](#)

Mehr Informationen findet Ihr auch in unserem Roten Faden für Sprecher*innen, Vorsitzende und Verantwortliche einer Hochschulgruppe, der [hier](#) abrufbar ist.

Verbandsaufbau

Wie funktioniert der Bundesverband der Juso-Hochschulgruppen?

Bundesvorstand (BuVo)

- Fünf bis neun Mitglieder (quotiert)
- weitere Kooptierungen sind möglich
- verantwortlich für Veranstaltungen
- vertritt die Juso-HSGn innerhalb der Jusos, der SPD und gegenüber der Öffentlichkeit

wählt für ein Jahr den Bundesvorstand

Bundesgeschäftsführung (BGF)

- Koordination der Arbeit des Bundesverbandes
- Organisation der bundesweiten Projekte und Veranstaltungen
- Verwaltung der Finanzen
- Erledigung der laufenden Geschäfte

wählt für zwei Jahre die
Bundesgeschäftsführung

Bundeskoordinierungstreffen (BKT)

- ist das *höchste* beschlussfassende Gremium der Juso-Hochschulgruppen
- tagt jedes Wintersemester
- koordiniert die inhaltliche Arbeit
- jede Hochschulgruppe entsendet bis zu zwei Delegierte (quotiert)
- jede Hochschulgruppe hat eine Stimme

Juso-HSG

Juso-HSG

Juso-HSG

Juso-HSG

Organisatorische Informationen

Zeitraum	Beginn: 12. November 2021 um 16:30 Uhr Ende: 14. November 2021 um 13:00 Uhr
Übernachtungs- und Tagungsort	Jugendherberge Heidelberg Tiergartenstr. 5 69120 Heidelberg
Anreise	Vom Hauptbahnhof Heidelberg die Buslinie 32 oder 37 in Richtung Neuenheim (Kopf klinik) nehmen und bis zur Haltestelle „Jugendherberge“ fahren.
Fahrtkosten	Fahrtkosten mit der Deutschen Bahn werden bis maximal 50% des Normalpreises (2. Klasse) erstattet. Das bedeutet, dass Ihr die volle Höhe Eurer Fahrtkosten gegen Vorlage des Original-Fahrscheins erstattet bekommt, wenn Ihr mit einer Bahncard 50 fahrt oder eines der entsprechenden Sparangebote der Bahn in Anspruch nehmt. Fahrtkosten mit dem PKW werden nur <u>nach vorheriger Rücksprache</u> mit der Bundesgeschäftsführung erstattet. Die Kosten für Flug, Taxi und Nahverkehr werden generell <u>nicht</u> erstattet. Hinweise zur Fahrtkostenerstattung finden sich <u>hier</u> .
Unterkunft/ Verpflegung*	Jede Hochschulgruppe kann eine geschlechterquotierte Delegation aus maximal zwei Personen zum BKT entsenden. Dabei hat jede Gruppe eine Stimme auf dem BKT. Unterkunft, Verpflegung und Fahrtkosten (bis zum BahnCard 50-Preis) werden vom Verband für die Delegierten und bis zu zwei Mitglieder einer jeden Landeskoordination (nicht für Gäste!) übernommen. Sofern nur eine weibliche Delegierte (und kein Mann) entsendet wird, können Kosten für einen weiteren weiblichen Gast übernommen werden. Zur Ausgabe der Stimmkarten ist ein gültiger Studierendenausweis vorzulegen!
Hygienekonzept	Alle Teilnehmer*innen müssen den Nachweis erbringen, dass sie gegen Corona geimpft oder genesen sind. Falls Du Dich dennoch krank fühlen solltest, reise bitte nicht an und informiere uns frühestmöglich. Während der Veranstaltung ist innerhalb der Räumlichkeiten und sofern der Abstand zu anderen Personen nicht eingehalten werden kann, mindestens eine medizinische Maske über Mund und Nase zu tragen. Vor Ort wird es außerdem ein Hygienekonzept geben, das von allen anwesenden Personen zu befolgen ist.
Anmeldung	unter https://eveeno.com/308713673 Anmeldeschluss: 29. Oktober 2021
Änderungsanträge	Änderungsanträge können bereits vor dem BKT via Mail an hsg-praesidium@spd.de oder juso-hsg@spd.de geschickt werden. Das entsprechende Formular ist <u>hier</u> zu finden.
Rückfragen	Kommissarischer Bundesgeschäftsführer Philipp Breder E-Mail: philipp.breder@spd.de Telefon: 030 / 25991285

Vorschlag zur Tagesordnung

Freitag, 12.11.2021

Ab 14:30		Check-in und Akkreditierung
15:00		Konferenz der Landeskoordinationen
15:30		Plenum für Neueinsteiger*innen
16:00		Ausgabe der Stimmkarten
16:30	TOP 1	Begrüßung & Formalia
	TOP 2	Vorstellung & Bestätigung des Awareness-Teams
	TOP 3	Antragsberatung
	TOP 4	Grußwort von Matthias Anbuhl Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks
	TOP 5	Rechenschaftsbericht und Entlastung der Bundesgeschäftsführung
18:30		Abendessen
19:30	TOP 6	Wahl der Bundesgeschäftsführung
	TOP 3	Fortsetzung der Antragsberatung
20:30		Ende des Sitzungstages
	TOP 7	Verabschiedungen
anschließend		Raum für Landeskoordinierungstreffen

Samstag, 13.11.2021

09:00		Beginn des Sitzungstages
	TOP 3	Fortsetzung der Antragsberatung
	TOP 8a	Gleichstellungsbericht des Bundesvorstands
	TOP 8b	Rechenschaftsbericht und Entlastung des Bundesvorstands
	TOP 3	Fortsetzung der Antragsberatung

12:30		Mittagessen
13:30	TOP 9	Wahl des neuen Bundesvorstands
	TOP 3	Fortsetzung der Antragsberatung
15:00		Kaffeepause
15:30	TOP 10	Bestätigung von Nominierungen (auf Vorschlag des Bundesvorstands) • für den Juso-Bundesvorstand • für den SPD-Parteivorstand
	TOP 3	Fortsetzung der Antragsberatung
18:00		Abendessen
19:00	TOP 3	Fortsetzung der Antragsberatung
	TOP 7	Verabschiedungen
22:00		Ende des Sitzungstages

Sonntag, 14.11.2021

09:00		Beginn des Sitzungstages
	TOP 11	Bestätigung des Beirats
	TOP 3	Fortsetzung der Antragsberatung
	TOP 12	Wahl der ASK
	TOP 3	Fortsetzung der Antragsberatung
12:30	TOP 13	Schlusswort & Singen der Internationalen

Vorschlag zur Geschäftsordnung

1. Eröffnung

- (1) Die*der Bundesgeschäftsführer*in eröffnet das Bundeskoordinierungstreffen (BKT) und gibt die Stimmkarten aus.
- (2) Das BKT wählt als Versammlungsleitung ein drei- bis fünfköpfiges quotiertes Präsidium, welches den ordnungsgemäßen und konstruktiven BKT-Verlauf sicherstellt. Das Präsidium kann durch konstruktives Misstrauensvotum mit Zwei-Drittel-Mehrheit jederzeit abgelöst werden.

2. Stimmberechtigte, Beschlussfähigkeit, Beratungsschluss

- (1) Jede Juso-Hochschulgruppe hat eine Stimme.
- (2) Das BKT ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Wochen vor dem BKT-Termin schriftlich geladen wurde.
- (3) Beratungsschluss ist am Freitag 20:30 Uhr und am Samstag 22 Uhr. Die zweimalige Verlängerung um eine Stunde ist mit einfacher Mehrheit möglich. Werden Anträge oder Tagesordnungspunkte in dieser Stunde nicht beendet, werden sie vertagt.
- (4) Das BKT beschließt zu Beginn eine Tagesordnung und außerdem über die Fristen für Kandidaturen.

3. Anträge

- (1) Behandelt werden alle bis zum Antragsschluss eingereichten Anträge. Später eingereichte Anträge können zur Beschlussfassung zugelassen werden, wenn das BKT den Initiativcharakter der Anträge mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit bestätigt. Die*der Änderungsantragssteller*in darf den Initiativcharakter in einem Redebeitrag begründen. Es gibt die Möglichkeit einer Gegenrede vor der Abstimmung. Es erfolgt unmittelbar die Abstimmung über den Initiativcharakter.
- (2) In jedem Fall werden drei durch die Hochschulgruppen zu Beginn zu priorisierende Anträge in Kernzeiten aufgerufen.
- (3) Änderungsanträge werden schriftlich beim Präsidium eingereicht. Falls Änderungsanträge von der*dem Antragssteller*in nicht übernommen werden, so darf die*der Änderungsantragssteller*in ihren*seinen Änderungsantrag in einem Redebeitrag begründen. Die*der Antragssteller*in hat danach die Möglichkeit, in einem Redebeitrag gegen den Änderungsantrag zu sprechen. Es erfolgt unmittelbar die Abstimmung über den Änderungsantrag. Auf Geschäftsordnungsantrag kann durch das BKT die Debatte zum Änderungsantrag eröffnet werden.
- (4) Geschäftsordnungsanträge werden mündlich gestellt und begründet. Das Wort wird nach dem aktuellen Redebeitrag unverzüglich erteilt. Über einen Geschäftsordnungsantrag wird abgestimmt, sofern es eine Gegenrede gibt, ansonsten ist er angenommen.
- (5) Geschäftsordnungsanträge sind insbesondere Anträge zur Abweichung von der Tagesordnung, auf Nichtbehandlung, namentliche Abstimmung, erneute Auszählung, Unterbrechung, Redezeitbegrenzung, Schluss der Redeliste oder Debatte, auf sofortige Abstimmung und auf Ende des Sitzungstages. Mittels eines Geschäftsordnungsantrags können Anträge, die einmal abgestimmt worden sind, mit Zwei-Drittel-Mehrheit nochmals zur Abstimmung gebracht werden. Für den Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbehandlung eines Antrages ist ebenfalls eine Zwei-Drittel-Mehrheit notwendig.
- (6) Auf Verlangen eines weiblichen* oder genderqueeren Mitglieds einer Hochschulgruppe, ein Frauen- bzw. Genderqueerplenum durchzuführen, unterbricht das Präsidium das BKT. Es finden

zeitgleich ein Frauen-, ein Genderqueer- und ein Männerplenum statt. Das BKT wird erst nach Beendigung der Plena fortgesetzt.

4. Abstimmung, Beschlussfassung

- (1) Abstimmungen erfolgen offen, also durch Heben der Stimmkarten. Namentliche Abstimmung erfolgt, wenn mindestens ein Zehntel der anwesenden Hochschulgruppen dies verlangen.
- (2) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.

5. Redeordnung

- (1) Es gilt das quotierte Erstredner*innenrecht. Das bedeutet, dass die Wortmeldungen von Frauen und Männern in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen notiert werden. Das Wort erhält jeweils im Wechsel eine Frau und ein Mann bzw. umgekehrt (Reißverschlussprinzip). Meldet sich eine Person in einer Diskussion zum ersten Mal, so wird sie als nächstes aufgerufen, wenn ihr jeweiliges Geschlecht an der Reihe ist. Wenn keine Frauen mehr auf der Redeliste stehen, ist die Debatte beendet. Auf Antrag kann die Liste zweimal für drei Männer geöffnet werden, worüber nur die Delegierten abstimmen können, die sich nicht dem männlichen Geschlecht zuordnen.
- (2) Auf Geschäftsordnungsantrag kann die Redezeit begrenzt werden.
- (3) Nach Beendigung der Behandlung eines Antrags oder Tagesordnungspunktes sind persönliche Erklärungen möglich. Diese sind ausschließlich in Bezug auf die Debattenkultur zulässig und werden nicht kommentiert. Sie sind schriftlich zu Protokoll zu geben.

6. Wahlen und Nominierungen

- (1) In Einklang mit den einschlägigen Rechtsgrundlagen werden die*der Bundesgeschäftsführer*in, der Bundesvorstand und die Anti-Sexismus-Kommission gewählt sowie der Beirat bestätigt. Zudem nominert das BKT jeweils ein Bundesvorstandsmitglied für die Kooptierung in den Juso-Bundesvorstand sowie die Entsendung in den SPD-Parteivorstand.
- (2) Der Bundesvorstand besteht aus fünf bis neun Personen. Die Zahl wird vom BKT festgelegt. Es können Plätze unbesetzt bleiben.
- (3) Personenwahlen finden quotiert statt.
- (4) Personenwahlen finden geheim statt. Dies gilt nicht für die Bestätigung des Beirats sowie für Nominierungen.
- (5) Sowohl bei Einzel-, als auch bei Listenwahlen ist gewählt, wer im ersten Wahlgang mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erreicht hat. Stimmenthaltungen sind gültige Stimmen. Ist die erforderliche Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erreicht, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Dort ist gewählt, wer die einfache Mehrheit erreicht. Bei Stimmengleichheit findet eine Stichwahl statt. Bei erneuter Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Wahl des Bundesvorstands | Kandidaturen

Kandidatur von Marian Bartz

Liebe Juso-Hochschulgrüpper*innen,

mit folgendem Schreiben möchte ich meine Kandidatur für den Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen erklären. Ich freue mich darüber, dass die Juso-Hochschulgruppen Sachsen mir dafür mit ihrer Nominierung bereits ihr Vertrauen ausgesprochen haben.

Ich bin 19 Jahre alt und studiere Jura an der Universität in Leipzig. Seit dem Beginn meines Studiums sind die Juso-Hochschulgruppen mein politisches Zuhause. In den letzten Monaten konnte ich als Sprecher der Hochschulgruppe in Leipzig einige hochschulpolitische Erfahrungen sammeln, eigene Ideen einbringen und auf diversen landes- und bundesweiten Veranstaltungen und in Seminaren meine politischen Ansätze schärfen. Ich durfte außerdem am Campaigner*innen-Programm des Bundesvorstandes für die diesjährige Bundestagswahl teilnehmen.



Des Weiteren bin ich neben der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und der Europa-Union Mitglied der GEW.

Hoch die internationale Solidarität!

Mit der Erkenntnis, Hochschulen seien eine Schlüsselrolle bei der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung moderner Gesellschaften, unterstützt die Europäische Kommission seit fast drei Jahrzehnten Hochschulkooperationen in- und außerhalb der Europäischen Union. Währenddessen sind Hochschulen weltweit jedoch eher zu vereinzelt Leuchtturmprojekten als zu tatsächlich nationenübergreifenden Lehr- und Forschungsnetzwerken geworden. Auch die durch Macron angestoßene Initiative zur Etablierung der Europäischen Hochschulallianzen zeugt in ihren ersten Ansätzen der letzten beiden Jahre eher von Elitarismus, als von Inklusivität und Innovation.

Der Blick allein auf die deutsche Entwicklung bezüglich der bisherigen Wirkung der Allianzen zeigt: Während in vereinzelt Bundesländern gezielt Hochschulen auf grenzübergreifende Zusammenarbeiten vorbereitet werden, gibt es in anderen Bundesländern zum Teil wenige oder gar keine Unterstützungsaktivitäten. *Nothing new!* Der Ansatz der Angleichung der europäischen Hochschulen, in Form von Lehre, Forschung und Abschlüssen, ist zu unterstützen, jedoch in der aktuellen Umsetzung nicht tragbar. Damit Hochschulen und Studierende von der Vielfalt Europas profitieren können, müssen wir uns in Zukunft noch stärker dafür einsetzen, dass gerade international ungenügend aufgestellte Hochschulstandorte grenzübergreifend finanziell und strukturell unterstützt werden.

Dazu gehört auch allen Studierenden, unabhängig von wirtschaftlichen Gegebenheiten, die Möglichkeit zu geben, während ihres Studiums einen Auslandsaufenthalt wahrzunehmen. Dafür ist es essentiell, dass das Erasmus+-Programm in seiner Antragstellung erleichtert und finanziell besser ausgestattet wird. Die internationale Kooperation kann aber auch schon auf Verbandsebene geschehen – ich möchte,

dass wir Juso-Hochschulgruppen auch im nächsten Jahr mit unseren progressiven und sozialistischen Partner*innen auf jugend- und hochschulpolitischer Ebene zusammenarbeiten.

Die Relevanz eines engen Austausches und einer internationalen Solidarität mit Studierenden wird im Rahmen des erstarkenden Autoritarismus oligarchischer und autokratischer Kräfte nochmals deutlich. Wenn Wissenschaftler*innen entlassen und ins Gefängnis gesperrt werden, weil sie einen Friedensappell unterzeichneten oder Studierende und Lehrende, nachdem sie die Legitimität einer Präsidentschaftswahl hinterfragt haben, verfolgt werden, sind das eindeutige Angriffe auf den Rechtsstaat, die Wissenschafts- und Hochschulfreiheit. Dass diese Fälle in Mitgliedsstaaten der EHEA (European Higher Education Area) aufgetreten und nicht zur Sprache gekommen sind, ist verheerend. Damit wird derartiges staatliches Handeln mittelbar gebilligt und die in Einigung akzeptierten Werte der institutionellen Autonomie und der Hochschulfreiheit verraten. Wir sollten für eine ehrliche Betrachtung dieser Thematik aber nicht nur auf andere zeigen, sondern uns auch kritisch mit uns selbst auseinandersetzen. In der Bundesrepublik und in Europa konnten sich verschwörungsideologische und wissenschaftsleugnende Strukturen etablieren, die auf Ideen Worte und Taten haben folgen lassen. Aufgrund dessen muss es zukünftig sowohl von staatlichen als auch zivilgesellschaftlichen Akteur*innen eine stärkere Abgrenzung und gegebenenfalls Sanktionierung von wissenschaftsfeindlichen Bewegungen und Regierungen geben.

Ich möchte mich daher im kommenden Jahr verstärkt für eine europäische und internationale Perspektive in der Hochschulpolitik einsetzen und mit euch gegen jegliche Antagonist*innen der Wissenschaft kämpfen.

Mit Wohnungen spielt man nicht – und schon gar nicht an der Börse!

Seit Jahren steigt die Zahl der Studierenden in der Bundesrepublik, doch die Zahl der Plätze in Wohnheimen hält dieser Entwicklung in keiner Weise Schritt. Dass der Wohnungsmarkt in den meisten deutschen Städten nicht mehr die finanziellen Realitäten der meisten Studierenden widerspiegeln kann, ist keine Neuigkeit mehr. Demnach können mindestens einmal im Jahr die Tage gezählt werden, wenn in studentischen Foren und Gruppenchats verzweifelt nach freiwerdenden, *bezahlbaren*, WG-Zimmern oder Übernachtungsmöglichkeiten gefragt wird. Dann jedenfalls rückt das Thema des studentischen Wohnens für eine kurze Zeit ein wenig näher in die Mitte der politischen Debatte. Statt sich jedoch im Interesse von Studierenden mit akuten Problemen zu befassen, wird sich eher darüber gewundert, dass die Mietpreise pro Quadratmeter Wohnraum im Durchschnitt schon wieder um einige Prozentpunkte gestiegen sind.

Um gerechte Rahmenbedingungen für alle Studierende zu schaffen, darf dies nicht länger so weitergehen. Unser Anspruch an Wohnungspolitik sollte sein, dass endlich Schluss mit der Spekulation auf Wohnungsmärkten gemacht wird. Damit Wohnungen für Studierende als sozialer Rückzugsort und nicht als Geldgrube der Wohnungskonzerne dienen! Es kann nicht sein, dass für Studienanfänger*innen der Stress und die Unsicherheiten schon beginnen, bevor sie überhaupt einmal eine Vorlesung besucht haben. Und andere Studierende darauf angewiesen sind, auf Hostels oder von der Studentischen Selbstverwaltung geschaffene Notunterkünfte zurückzugreifen. Dies dürfen keine Alternativen zu bezahlbarem Wohnraum sein. Damit jede*r überall ein Studium anfangen und ohne Sorgen abschließen kann, müssen wir auch weiterhin daran arbeiten, dass es nicht schon an den Grundbausteinen scheitert. Dafür muss unter anderem die Wohnpauschale im BAföG erhöht werden. Der Status Quo von 325€ erscheint fast lächerlich im Vergleich zu den Mietpreisen in deutschen Universitätsstädten und kann selbst die Kosten für ein Zimmer im Studierendenwohnheim oft nur knapp decken. Im Durchschnitt ist die Wohnpauschale gerade so für eine 30 Quadratmeter große Wohnung in Magdeburg ausreichend. Für eine gleichartige Wohnung in München zahlen Studierende etwa das dreifache. Potentielle Studienorte scheiden damit mindestens für Studierende, die auf das BAföG angewiesen sind, schon bei der Wohnungssuche aus. Das ist nicht hinzunehmen!

Wohnheimzimmer müssen aus diesem Grund endlich ausgebaut und attraktiv für Studierende gemacht werden. Dass nur etwa 10 % aller Studierenden in einem Wohnheim unterkommen, kann uns ebenfalls nicht zufrieden stellen. Wir müssen uns deshalb verstärkt für eine Erhöhung der Wohnheimsdeckungsquote in Ost und West einsetzen. Außerdem muss in den Unterkünften die digitale Infrastruktur ausgebaut und genügend Ruhe und Platz für eine gute Lernatmosphäre geschaffen werden. So können wir auch gewährleisten, dass Studierende nicht aufgrund von Störungen jeglicher Art gezwungen sind, zu ihren Eltern zurückzuziehen und damit soziale Kontakte zu Kommiliton*innen, Freund*innen aus der Umgebung der Universität vernachlässigen und oder tagtäglich zwischen den beiden Standorten pendeln müssen. Dafür möchte ich in Zukunft in Gespräche mit Vertreter*innen von Studierendenwerken, Vermietervereinigungen und Regierungen treten, um am Diskussionstisch zur Gestaltung von gerechtem Wohnraum eine Stärkung von studentischen Interessen zu bewirken.

Gehen wir den feministischen Kampf gemeinsam an

An den meisten deutschen Hochschulen beginnen mittlerweile anteilig mehr Frauen als Männer ein Studium. Sobald man den Blick in Richtung maßgebender oder führender Positionen wendet, sinkt der Frauenanteil im Vergleich drastisch. Ein Grund dafür sind die immer noch prekären Arbeitsbedingungen in Forschung und wissenschaftlicher Lehre, die es Frauen, welche oft zusätzlich zu einem überwiegenden Teil die Care-Arbeit übernehmen, schwer machen, genannte Stellen langfristig wahrzunehmen. Dass das eine nicht hinzunehmende Tatsache ist, die das Leben von vielen Frauen bestimmt, stellen wir als Verband in den Mittelpunkt und kämpfen für das Aufbrechen von patriarchalen Strukturen.

Besonders wichtig ist dabei die Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen System, welches die Dominanz von Männern und alltägliche Sexismen möglich und immer wieder reproduzierbar macht. Wir können nicht akzeptieren, dass etwa die Berufung von Dozierenden an Hochschulen immer noch nicht an Frauenquoten gebunden ist und die Umsetzung von Mindestvertragslaufzeiten und eine Abkehr von der Befristungspraxis in wissenschaftlichen Berufen noch in weiter Ferne liegt.

Die Strukturen an Hochschulen und der Wissenschaft bezüglich ihrer Starr- und Ungerechtigkeit zu kritisieren, sollte dabei Hand-in-Hand mit dem Widerstand gegenüber gesamtgesellschaftlich bestehenden Verhältnissen gehen. Ich möchte deshalb – in meiner Position als Mann – sprech- und meinungsfähig zum Thema Feminismus sein und mich für die Gleichberechtigung von Frauen und die Abschaffung patriarchaler Strukturen einsetzen. Weil Männer nach wie vor überwiegend wichtige Ämter in Politik und Wirtschaft innehaben, darf ein Schweigen aus angeblich mangelnder Betroffenheit nicht zum Blankoscheck für eine Nichtbefassung mit Feminismus sein, sondern gerade deshalb müssen wir uns aktiv für die Bekämpfung von Sexismus und Patriarchat einsetzen.

Als Mitglied des Bundesvorstandes möchte ich mich im Verband dafür einsetzen, dass sich Männer verschärft mit ihrer Stellung in feministischer Theorie und Praxis auseinandersetzen und die bestehenden Awareness-Strukturen gestärkt und einfacher zugänglich gemacht werden.

So bin ich erreichbar:

Fall Ihr Rückfragen oder Anmerkungen bezüglich meiner Kandidatur habt, bin ich gerne telefonisch (0176/69681535) oder per E-Mail (marianbartz@yahoo.com) erreichbar.

Ich würde mich über Euer Vertrauen und Unterstützung für das kommende Jahr sehr freuen.

Mit solidarischen Grüßen,

Marian Bartz

Wahl des Bundesvorstands | Kandidaturen

Kandidatur von Leonie Bode

Liebe Juso-Hochschulgrüpler*innen, liebe Genoss*innen,

Es gibt derzeit einige Gründe, sorgenvoll in die (hochschul-)politische Zukunft zu blicken. Neben den offenkundigen Gefahren von Klimakrise, Rechtsruck und wachsender ökonomischer Ungleichheit beschäftigen dieser Tage vor allem die Ergebnisse der Bundestagswahl die politischen Gemüter. Sicher, die Sozialdemokratie hat diese wegweisende Wahl knapp gewonnen und die Fraktion ist – auch Dank des Einsatzes der Juso-Hochschulgruppen – jünger und diverser denn je. Trotzdem konnten wir beobachten, dass sich gerade junge Wähler*innen in großer Zahl mit ihrer Stimme für die Liberalen nicht für unsere Idee von sozialer Gerechtigkeit entschieden haben. Gleichzeitig haben zu viele Ältere die Warnungen und Bitten ihrer Kinder und Enkel in den Wind geschlagen und konservativ gewählt. Noch weiter rechts davon haben sich bei zehn Prozent der Wähler*innen mindestens Akzeptanz und im schlimmsten



Fall Befürwortung von rechtsextremem und faschistischem Gedankengut anscheinend festgesetzt und zeigen uns, dass unnachgiebig weiter stabil gegen den Faschismus kämpfen müssen. Aus den neuen Gegebenheiten ist außerdem zu befürchten, dass eine liberale Fiskalpolitik auch Einsparungen mit sich bringen wird, die Konsequenzen für die soziale und bildungspolitische Gerechtigkeit in diesem Land haben werden und im Gegenzug für andere Notwendigkeiten der Kurs zur Privatisierung von Bildung und Forschung weiter verschärft wird.

In diesem Zuge halte ich es für essenziell, dass die Juso-Hochschulgruppen im kommenden Jahr geschlossen zusammenstehen gegen Einsparungen und Restrukturierungen an den Hochschulen, die direkte Konsequenzen für unser Engagement für eine studierenden- freundliche Sozialpolitik, unsere Bemühungen für echte Antidiskriminierungsarbeit und die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen haben. All diese Themen sind ineinander verwoben und bedingt durch eine ausreichende Finanzierung. Darüber hinaus wurden sie alle auf ihre eigene Weise durch die noch immer nicht überstandene Corona-Pandemie beeinträchtigt. Um mich in diesen Bereichen intensiv einzusetzen und unsere jungsozialistische Arbeit zu koordinieren, bewerbe ich mich beim Bundeskoordinierungstreffen vom 12.-14.11. in Heidelberg für den Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen. Was ich dafür mitbringe, wie ich diese Themen mit Leben füllen möchte und warum ich trotz all der Krisen positiv auf das, was kommt, blicke, möchte ich euch im Folgenden beschreiben. Vorab möchte ich mich bei den Juso-Hochschulgruppen Niedersachsen für ihre Nominierung und das damit verbundene Vertrauen herzlich bedanken.

Bildung statt Profite: Hochschulen als Gemeingut fördern und erhalten

Nach ersten hochschulpolitischen Erfahrungen als Vertretung im StuPa und auf dem Bundeskoordinierungstreffen in Heidelberg 2019 war ich im April 2020 aufgeschmissen und frustriert angesichts der Ignoranz mit der unsere studentischen Interessen in der Pandemie bedacht wurden. Mein Tatendrang fand dann bei den Juso-Hochschulgruppen ein Ziel: In einer Arbeitsgruppe zur Novelle des niedersächsischen Hochschulgesetzes, bei (digitalen) Arbeitskreisen und Seminaren unseres

Verbandes und beim Engagement für ein Solidarsemester. Ich fühlte mich, trotz der Lockdown-Einsamkeit, als Teil von Etwas größerem, das eine höhere Chance hatte, gehört zu werden, als ich allein vom Laptop am Küchentisch meiner WG. Im Oktober 2020 beschloss ich dann, mich als Teil der niedersächsischen Landeskoordination dafür einzusetzen, dass wir innerhalb der SPD und bei unseren Bündnispartner*innen mitreden und mitbestimmen.

Schon bei der Arbeit zur Hochschulgesetznovelle war es mir ein wiederkehrender Ärgernis, wie die "Autonomie der Hochschulen" als Euphemismus genutzt wurde, um profitorientierte Interessen zu verschleiern, die langfristig eine Annäherung an ein US-Amerikanisches Modell der privaten Hochschulen befürchten lassen. Zu nennen sind hierbei insbesondere die Bestrebungen, die demokratischen Prozesse und Beteiligung aller Statusgruppen – insbesondere von uns Student*innen – zu beschneiden. Die damit verbundene Machtkonzentration bei den Präsidien und die teils in den Gesetzesnovellen verschärfte Ausrichtung auf vermeintlich profitable Studiengänge im Bereich der Naturwissenschaften könnte zu einer engeren Kopplung an die Wirtschaft und Abhängigkeit von Drittmitteln in der Forschung zu führen. Eine solche gefährdet die Freiheit und Unabhängigkeit der Wissenschaft und ist darüber hinaus hinderlich für Bestrebungen hin zu einer inklusiven und gerechten Hochschule, wie sich beispielsweise an den "Genieklauseln" beobachten lässt. Diese hebeln herkömmliche Berufungsverfahren zugunsten einer engeren Verzahnung mit den Interessen von wirtschaftlichen Unternehmen aus und erschweren so den Weg zu einer diversen Hochschule.

Zusammen sind wir stark – Ressourcen bündeln

Zu diesem Thema habe ich gemeinsam mit unseren Bündnispartner*innen, z.B. von der LandesAstenKonferenz arbeiten können und aus diesen Runden viele spannende Einblicke für die Gespräche, die wir andererseits mit der wissenschaftspolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion in Niedersachsen geführt haben, mitnehmen können. Dementsprechend finde ich es dann auch elementar, dass wir auch auf Bundesebene weiter mit unseren studentischen progressiven Bündnispartner*innen zusammenarbeiten. Als Mitglied des fzs Ausschuss für Hochschulfinanzierung und Struktur, hoffe ich auch hier auf eine wertvolle Kooperation insbesondere in Bezug auf das genannte Thema der demokratischen, gerechten und frei von profitorientierten Zwängen geleiteten Hochschulen sowie in dem unmittelbar damit verknüpften Thema von mehr Investitionen und einer gesicherten Finanzierung von Hochschulen. Auch dieses Thema hat mich bereits durch meine Arbeit als Landeskoordinatorin begleitet und hier möchte ich mich intensiv und bundesweit dafür einsetzen, dass eine neue Regierung ein Ende des Sparkurses an unserer Zukunft anstrebt.

Wie bei den Hochschulgesetznovellen halte ich eine Bündelung von unseren Ressourcen bei der Hochschulfinanzierung für fundamental. Niemandem ist es übel zu nehmen, sich neben Studium, Arbeit und Ehrenamt nicht auch noch durch Seiten über Seiten von Gesetzestexten oder Haushaltsplänen zu kämpfen. Trotzdem warten die Gesetzgeber*innen nicht auf uns – und wir erreichen mehr, wenn wir zusammenarbeiten. Das betrifft nicht nur den Austausch und die Kooperation mit anderen Interessenvertretungen, sondern auch unsere interne Arbeit. Neben dem Einsatz für ausfinanzierte Hochschulen aus Mitteln des Bundes, die gleichzeitig als Instrument der Steuerung mit Blick auf Themenbereiche wie die Diversität an den Hochschulen oder den gerechten Ausbau der digitalen Infrastruktur dienen können, möchte ich mich deshalb vor allem für den Austausch zu diesen Themen über die Ländergrenzen hinweg engagieren. Denn so wie auch Gesetzgeber*innen (insbesondere von der Union), gerne mal in ihren Initiativen voneinander abschreiben, so können auch wir unsere Kritik und Forderungen lauter formulieren, wenn wir uns dabei gegenseitig unterstützen.

Damit einher gehen auch die politische Bildungsarbeit und Öffentlichkeitswirksamkeit in diesen Bereichen. Denn vielen Betroffenen ist vielleicht gar nicht klar, welche Auswirkungen die Gesetzesnovellen und Budgetkürzungen auf sie haben – wenn sie nicht sogar erst eine Generation treffen, die womöglich noch gar nicht weiß, dass sie studieren wird. Um mehr Menschen für den Einsatz

für ihre Hochschule zu mobilisieren, muss unsere Kritik andere Menschen mitnehmen und zugänglich, vor allem in den sozialen Medien verbreitet werden, damit wir eine Chance zu haben, positiv auf die Gesellschaft einzuwirken. Denn auch das sollte uns klar sein: Der Schwerpunkt auf positivistischer Wissenschaft mag vermeintlich dem sogenannten Fachkräftemangel entgegenwirken, doch auch ein wahrlicher antifaschistischer Kampf und progressive Politik müssen von breit angelegtem akademischem Engagement begleitet sein.

Gegen Diskriminierung – an der Hochschule und überall!

Bereits angeklungen sind noch einige weitere Themen, die mein hochschulpolitisches Handeln leiten, die durch die Finanzierung der Hochschulen beeinträchtigt werden, sich aber darüber hinaus sie noch in weiteren Politikfeldern niederschlagen. So ist es meine feministische Überzeugung, dass es für die Überwindung des kapitalistischen Patriarchats eine umfangreiche akademische und theoretische Auseinandersetzung darüber braucht, wie sich die Fronten der Unterdrückten vereinen lassen, ohne über Unterschiede und Formen von Mehrfachdiskriminierung hinweg zu blicken. Gleichzeitig ist es unsere Verantwortung, diesen eine Plattform zu geben und ihnen zu mehr gesellschaftlicher Sichtbarkeit zu verhelfen. Verknüpft werden muss diese Anerkennung mit Formen der materiellen Umverteilung, an den Hochschulen, in der Gesellschaft und im damit verbundenen Zugang zu Bildung. Dafür ist selbstverständlich die Reform des BAföGs nur der erste Schritt; ein Ausbau von studentischem Wohnen, eine gesellschaftliche Verantwortungsübernahme in der Care-Arbeit und ein gerechter Zugang zu gesundheitlicher Versorgung (wie zum Beispiel die Abschaffung von § 218 und einem Ende der Pathologisierung und Begutachtungspflicht von Trans*Menschen) müssen folgen.

Dabei möchte ich mein Bestes geben, vor allem in Kontakt mit Student*innen und Interessenvertretungen zu kommen, die bei den Juso-Hochschulgruppen unterrepräsentiert sind und mich selbst, insbesondere als weiße cis Person, sowie andere im Verband dazu ermutigen, die eigene Rolle zu reflektieren. Das ist nicht nur wichtig für den Diskurs, sondern hat reelle Folgen für unseren Einsatz an den Hochschulen. Das betrifft aus meiner Erfahrung im Sozialausschuss des StuPas zum Beispiel die Forderung nach Antidiskriminierungsstellen, das Herstellen von sicheren Räumen an den Hochschulen und den richtigen Umgang mit Lehrenden. Einem liberalen und wirtschaftsnahen Feminismus, der vor allem die effizienzsteigernde Wirkung von Diversität predigt, möchte ich im Zusammenhang mit den Zielen für eine gerechte Hochschule daher eine klare Absage erteilen.

Mehr als Qualifizierung: Tarife und Mitbestimmung für Beschäftigte

Der Hang zur Ausrichtung an der Privatwirtschaft ist auch an der geringen materiellen Wertschätzung, die einer Anstellung als studentischer Hilfskraft oder im sogenannten Mittelbau zukommt, zu erkennen. Der Zusammenhang liegt unter anderem begründet in der Betrachtung des Studiums und aller Tätigkeiten an der Hochschule, also insbesondere Lehre und Forschung, als einer reinen Qualifikation für den Arbeitsmarkt. Vermeintlich kommt ihnen also erst dann ein Wert zu, wenn sie entweder die bereits erwähnten Drittmittel akquirieren, der Wirtschaft einen wissenschaftlichen Dienst erweisen oder sich mit gut ausgebildeten Fachkräften später in schwarzen Zahlen ausdrücken lassen können. Der Eigenwert von Studium und Forschung fällt dabei unter den Tisch. Und damit auch die Notwendigkeit, mit einer Anstellung an der Hochschule den Lebensunterhalt zu sichern und z.B. durch Überstundenregelungen und betriebliche Mitbestimmung Angestellte vor Ausbeutung zu schützen. Das geht nicht, wenn die vorherrschende Stimmung ist, dass froh sein sollte, wer überhaupt eine „qualifizierende“ Tätigkeit ergattert und diese deshalb nur ungern durch Kritik an den Arbeitsbedingungen auf Spiel setzt.

Auch hier werden durch derart rückständiges Denken marginalisierte Menschen von der Teilhabe an der Wissenschaft ausgeschlossen, was auch ihre gesellschaftliche und akademische Repräsentation schmälert. Um dem entgegenzuwirken, sind neben Quoten bei der Einstellung auch eine

gewerkschaftliche und betriebsrätliche Organisation der Angestellten zentral. Als ich selbst als SHK tätig war, hörte ich immer wieder, dass es meine Kommiliton*innen und Kolleg*innen kaum eine Möglichkeit sahen, Unzufriedenheiten in ihren Arbeitsbedingungen zu adressieren. Wer sich ihrer Recht überhaupt bewusst war, hatte kaum eine Anlaufstelle. Mittlerweile konnten wir in Lüneburg zwar ein autonomes AStA Referat für die Interessen studentisch Beschäftigter gründen, dieses ersetzt aber keine betriebsrätliche Vertretung. Dennoch ist es eine erste Anlaufstelle und ich möchte mich weiter dafür einsetzen und dabei unterstützen, Zwischenlösungen an anderen Hochschulen einzurichten sowie eine langfristig Vertretung und im besten Fall tarifliche Optionen auszuloten. Hierfür sind insbesondere Kooperation mit den Gewerkschaften wichtig. Außerdem bin ich froh an meiner neuen Hochschule in Hamburg, wo ich im Master „Politics, Economics and Philosophy“ studiere, eine starke Initiative für studentische Tarifverträge vorzufinden und möchte ihre Anregungen mitnehmen und auch mit der bundesweiten TV Stud Initiative zusammenarbeiten

Abschließend

Zu Beginn habe ich versprochen zu erklären, warum ich trotz zahlreicher Unwägbarkeiten und Krisen positiv auf das blicke, was uns als Verband erwartet. Den Grund dafür verorte ich in meiner persönlichen Biographie. Als ich 2017 mein Studium Individuale an der Universität Lüneburg begann, war ich politisch interessiert, doch der Ansicht, dass ich zunächst alles verstehen und studieren musste, bevor ich mir eine Meinung bilden durfte. Auch standen statt StuPa-Debatten und Koordinationstreffen für mich andere Dinge auf der Tagesordnung: Neben dem Studium wollte ich Berufserfahrung sammeln, Menschen kennenlernen, Sport machen. Daran ist nichts schlechtes und nichts falsches. Trotzdem hatte ich stets ein diffuses Gefühl der Machtlosigkeit und Einsamkeit in meiner politischen Verortung. Das änderte sich, sobald ich aktiv wurde bei den Jusos und den Hochschulgruppen. Hier hatte ich endlich das Gefühl, eine gesellschaftliche Rolle einnehmen zu dürfen.

Es ist nicht mein Verständnis von Demokratie, das ein Mensch in einem Amt oder einer Funktion sein muss, um seine oder ihre Interessen einzubringen oder, dass durch mein Engagement alle meine Wünsche über Nacht zur Tatsache werden. Stattdessen geht es für mich darum, das Recht und Privileg zu haben, Banden, Bündnisse, und Netzwerke zu bilden, in denen diskutiert, gestritten, aber auch gelacht wird. Mittlerweile bin ich 22, seit etwa zwei Jahren bei den Juso-Hochschulgruppen und seit drei Jahren bei den Jusos Lüneburg und konnte in dieser Zeit ein Stück mehr Demokratie in mein Leben bringen und mich nun endlich politisch verorten. Genau dieses Gefühl der oft als 'politischen Heimat' bezeichneten Zugehörigkeit, der solidarischen Gemeinschaft, möchte ich an andere weitergeben. Ich bin zuversichtlich, dass wir damit auch in Zukunft noch vielen weiteren jungen studierenden Menschen einen neuen Sinn in ihrem Leben schenken können. Denn war ich auch vielleicht nicht politisch sozialisiert, so verfügte ich doch über viele der Startbedingungen, die mir den Einstieg leichter machen. Wir mögen klein und häufig frustriert von unseren politischen Niederlagen sein. Aber gemeinsam können wir dafür kämpfen, dass mehr Menschen das Privileg der politischen Bildung und Teilhabe mit uns teilen.

Ich würde mich sehr über euer Vertrauen und eure Unterstützung freuen, damit wir unsere Ziele gemeinsam angehen können. Solltet ihr Fragen zu meiner Kandidatur haben, könnt ihr mir gerne per E-Mail (lelibode@gmail.com) schreiben oder anrufen (0157 881 80 694).

Sozialismus und Liebe

Leonie

Wahl des Bundesvorstands | Kandidaturen

Kandidatur von Leo Buddeberg

Liebe Juso-Hochschulgrüpper:innen,

mit diesem Schreiben erkläre ich meine Kandidatur für den Bundesvorstand.

Nach drei Jahren, in denen ich mich als Mitglied, als Studierendenvertreter, als Sprecher meiner Hochschulgruppe und als Landeskoordinator mit viel Energie und Freude engagiert habe, möchte ich meinen Einsatz nun sehr gern von der Bundesebene aus fortsetzen. Ich bin dankbar, dass mir die Juso-Hochschulgruppen Berlin mit ihrer Nominierung bereits ihr Vertrauen dafür ausgesprochen haben.



Im Bundesvorstand möchte ich zum einen auf der guten bisherigen Arbeit aufbauen, die der BuVo in den vergangenen Jahren geleistet hat, zum anderen neue Impulse setzen, um unseren Kampf für sozialistische, feministische, antifaschistische und internationalistische Strukturen in Hochschulen und Gesellschaft weiterzuentwickeln. Gern möchte ich Euch im Folgenden meine Visionen und Arbeitsschwerpunkte skizzieren, die ich mit dem Vertrauen des Bundeskoordinierungstreffens im Bundesvorstand angehen möchte. Über Eure Unterstützung würde ich mich dabei sehr freuen!

Mit frischem Wind aus der Pandemie – und in die neue Zeit!

Die Pandemie hat **Studierende vor riesige Herausforderungen** gestellt: Sie veränderte Studium und Lehre radikal, verschärfte soziale Missstände und traf somit junge Menschen aus weniger wohlhabenden Elternhäusern besonders hart. Gleichzeitig wurden wir von Entscheidungsträger:innen – insbesondere auf der Bundesebene – viel zu wenig beachtet! Während ein großer Teil der Studierenden ihren Minijob verloren und Leistungsdruck, Isolation sowie persönliche Schicksale die psychische Gesundheit gefährdeten, betrieb Bundesbildungsministerin Anja Karliczek weiter Arbeitsverweigerung, blockierte die überfällige BAföG-Öffnung, verhöhnte mit den marginalen Überbrückungshilfen Studierende mit Existenzsorgen und stellte sie eiskalt vor die Wahl: Beenden sie ihr Studium, ziehen sie zurück ins Elternhaus oder begeben sie sich in die Schuldenfalle. Und selbst wenn Studierende mit ihren finanziellen Nöten fertig wurden, so warteten Pandemiesemester auf sie, die geprägt waren von mangelnder Infrastruktur der Hochschulen, von individuellen Einschränkungen und von Dozierenden, die ihren Kompetenzbereich in der digitalen Lehre weit überschritten. Die pandemischen Folgen legen offen, was wir Juso-HSGen schon lange wissen: Es braucht jetzt eine Wende hin zu einer **sozialen, studierendenfreundlichen und antidiskriminierenden Bildungs- und Wissenschaftspolitik!**

Als Mitglied des Bundesvorstands möchte ich tatkräftig für eine solche Wende arbeiten und die richtigen Impulse setzen, um mit Schwung in die postpandemische Zeit aufzubrechen. Denn aus der gewachsenen Ungerechtigkeit ergeben sich immer zwingendere Handlungskonsequenzen, auf deren Umsetzungen wir gerade jetzt mit aller Kraft drängen müssen! Dies gilt ganz besonders für die Studienfinanzierung, die über ein **eltern- und altersunabhängiges BAföG mit auskömmlichen Wohn-**

und Lernmaterialpauschalen als Vollzuschuss schon lange von Grund auf reformiert werden muss. Ein Hochschulstudium darf nicht länger an den sozialen Hintergründen von Schulabsolvent:innen scheitern und Studierende dürfen in der Gesetzgebung nicht länger als Bittstellende gegenüber ihren Eltern begriffen werden! Unser Engagement im #BAföG50-Bündnis sollten wir als Ausgangspunkt nehmen, in den nächsten Jahren auf bundespolitische Mehrheiten hinzuwirken, die die **Studienfinanzierung auf ein gerechtes und solidarisches Fundament** stellt. Die Ergebnisse der zurückliegenden Bundestagswahl sowie der Sondierungsgespräche schaffen dafür ein neues Potential – schon zu Beginn der kommenden Koalitionsverhandlungen mit Beteiligung der SPD und während der gesamten Legislaturperiode müssen wir voller Überzeugung unser ganzes politisches Gewicht für eine grundsätzliche BAföG-Reform in den Ring werfen!

In unserem Kampf für ein **freies Studium ohne Leistungsdruck** sollten wir unbedingt darauf hinwirken, an die Aussetzung der Regelstudienzeit und die breiten Freiversuchsregelungen in verschiedenen Bundesländern während der Pandemie anzuknüpfen – wir haben den Beweis, dass es möglich ist! Damit die neue "Normalität" eine bessere wird, müssen wir unser Augenmerk gleichsam auch auf den **bundesweiten Digitalisierungsschub** in der Lehre legen: Die Wahlmöglichkeit von digitalen, auch asynchronen Vorlesungen und Seminaren sowie digitale Prüfungsangebote können das Studium nachhaltig flexibler, diverser und angenehmer machen. Gleichzeitig müssen wir dabei mit ganzer Kraft in den Akademischen Senaten **verbindliche Regeln und Mindeststandards für die RSPO** einfordern. Als Teil des Bundesvorstand möchte ich den notwendigen Raum für innerverbandliche Diskussionsprozesse und die Erarbeitung von Formulierungshilfen schaffen, die unseren Studierendenvertreter:innen vor Ort konkret helfen, die Hochschule als digitalen Raum studierendenfreundlich zu gestalten.

Für eine zukunftsfähige Digitalisierung ist zudem eine **Offensive in der Hochschulfinanzierung** seit langem notwendig. Die Grundfinanzierung der Hochschulen ist in den letzten Jahrzehnten kaputt gespart worden und heute völlig unzureichend. Das macht sich nicht nur, aber **insbesondere an Hochschulen im Osten** bemerkbar. Eine Lösung könnte nach dem gescheiterten "Digitalpakt Hochschule" die Vervielfachung des "Zukunftsvertrags Studium und Lehre" sein, welche statt einseitiger Elitenförderung **die Hochschulinfrastruktur in der Breite stärkt**. Ein verbindlicher jährlicher Aufwuchs kann zudem der chronischen Unterfinanzierung langfristig entgegenwirken und Planungssicherheit schaffen. Dies wäre auch gleichbedeutend mit einer **Kampfansage an den massiven Drittmiteinsatz**, der die Unabhängigkeit von Wissenschaft bundesweit in Frage stellt. Mit Leuchtturmprojekten für Eliten und der Kommerzialisierung von Hochschulaufgaben wird eine soziale Hochschullandschaft, kritische Lehre und die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen – etwa zwischen Ost- und Westdeutschland – nicht zu erreichen sein. **Reiche Eltern für alle und eine moderne Hochschullandschaft statt Klassismus und Kreidezeit!**

Besonders wichtig ist mir zudem der **Einsatz gegen die akute Wohnungskrise**. Lasst uns gemeinsam mit unseren Bündnispartner:innen leidenschaftlich für eine harte Mietendeckelung, für einen **Hochschulsozialpakt**, der Studierendenwerke ausfinanziert und Wohnheimplätze ausbaut sowie für den Marktentzug von Wohnraum, etwa über eine radikale Ausweitung studentischer Zweckbindungen, streiten.

Nur wenn Wissenschaft und Gesellschaft nicht mehr isoliert, sondern in ihrem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis verstanden werden, können Hochschulen ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Das gilt ganz besonders für die Eindämmung der Folgen der **Klimakrise**: Um die Erderwärmung wirksam auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen, braucht es dringend eine ausfinanzierte Forschung, die mit ihren Erkenntnissen auf die Gesellschaft einwirkt. Gleichzeitig müssen wir unser Augenmerk auf eine sozial-gerechte Finanzierung des gesellschaftlichen Umbruchs lenken: Neben der **grundsätzlichen Veränderung unseres Wirtschaftssystems** braucht es daher beispielsweise

eine bundesweite Mobilitätswende, die **Semestertickets** sukzessive auf den Fernverkehr ausweitet und mittelfristig den kostenfreien ÖPNV und Fernverkehr für alle erwirkt.

Sozialismus und Antifaschismus

“Was wir wollen ist nicht viel, Sozialismus heißt das Ziel!” Unsere Hochschulen sind politische Orte und müssen es auch bleiben. Wichtige Forderung bleiben daher das **allgemeinpolitische Mandat** für die Verfassten Studierendenschaften und eine **bundesweite Studierendenvertretung**. Gleichzeitig stellen Hochschulen unseren Anknüpfungspunkt dar, um an der Stellschraube für einen Gesellschaftsumbruch zu drehen: Lasst uns bei der **Demokratisierung aller Lebensbereiche** an den Hochschulen beginnen und allen Statusgruppen, insbesondere uns Studierenden, wirkliche **Mitbestimmung erkämpfen!**

Gleichzeitig müssen wir Theorie und Praxis auch in einem **konsequenten Arbeitskampf** zusammenführen. Ein **bundesweiter TVStud** ist lange überfällig, ebenso der Bruch mit den prekären Beschäftigungsbedingungen des akademischen Mittelbaus. Solidarität mit den Beschäftigten bleibt unser Mittel, kapitalistische Ausbeutung in die Schranken zu weisen!

Das gute Leben für alle kann es allerdings nur dann geben, wenn immer und überall gilt: **Kein Fußbreit!** Schon lange setze ich mich mit ganzer Kraft in unserem Verband und darüber hinaus **gegen jeden Antisemitismus** ein! Insbesondere an Hochschulen hat dieser derzeit wieder Konjunktur. Als starke hochschulpolitische Kraft müssen wir uns für die Verankerung interdisziplinärer Antisemitismusforschung in Studienordnungen, für anonyme Anlaufstellen und die Beteiligung von ASten an “Aktionswochen gegen Antisemitismus” stark machen. Gleichsam gilt es, **Rassismus, Rechtsradikalismus und allem völkischen Gedankengut überall entgegenzutreten**, bundesweite Kampagnen zur Sensibilisierung zu fahren, Hochschulleitungen in die Pflicht zu nehmen und **internationale Solidarität** zu leben.

The Future is Feminist!

Frauen sind im kapitalistischen Gesellschaftssystem noch immer **massiv von patriarchalen Strukturen betroffen**, was sich in allen Lebensbereichen – und so auch in der Wissenschaft – niederschlägt. Das zeigt sich etwa in der deutlichen Unterrepräsentation von Professorinnen gegenüber Professoren, in männlichen Netzwerken, aber auch darin, dass Frauen in Deutschland noch immer ca. 52% mehr unbezahlte Care- und Fürsorgearbeit leisten als Männer (Oxfam 2020). Die Pandemie hat diese Geschlechterungleichheit noch weiter verschärft. Die männliche Prägung der Wissenschaftswelt sorgt u.a. für eine mangelnde Berücksichtigung unterschiedlicher Geschlechterperspektiven in der Forschung sowie für einen großen **Publication Gap**. Zu den konkreten Maßnahmen, die wir daher lautstark erstreiten müssen, gehören verbindliche **Frauenquoten bei der Berufung** von Dozent:innen, **Traineeship- und Frauen-Empowermentprogramme** in der Forschung, eine **breite Entfristung** des akademischen Mittelbaus und die bessere **Vereinbarkeit von Familie und Lohnarbeit**. Zudem ist die Lehre an Hochschulen auch inhaltlich noch viel zu wenig divers ausgestaltet: Der **Ausbau und die interdisziplinäre Verankerung von feministischen Perspektiven und Gender Studies** in Lehrplänen kann hier eine wichtige Maßnahme sein, um den Feminismus in Theorie und Praxis von den Hochschulen aus verstärkt in das gesellschaftliche Bewusstsein zu tragen.

Und auch innerhalb unserer Hochschulgruppen müssen wir Feminismus immer mitdenken! Auch wenn mir als Mann innerhalb des Feminismus keine gestaltende Vorreiterinnenrolle zukommt, möchte ich als Teil des Bundesvorstands dabei unterstützen, das **Frauen-Empowermentprogramm** zu stärken, **verbindliche Quoten** beizubehalten, **sexistischen Strukturen entgegenzuwirken** sowie insbesondere auch den **Einstieg in unseren Verband zu erleichtern**. Dafür sollten wir auch fortlaufend unsere Diskussions- und Umgangsformen reflektieren sowie unsere inhaltliche Themensetzung prüfen. Einen

besonders grundlegenden Zugang zu feministischer Analyse kann auch die **Auseinandersetzung mit Feministischer Theorie** darstellen. Gern möchte ich im Bundesvorstand dabei helfen, geeignete Räume für eine solche Auseinandersetzung zu schaffen.

Die Juso-Hochschulgruppen – Unser Bundesverband

Nicht nur das Studium im Allgemeinen, sondern auch **unsere Arbeit als Juso-HSGen war und ist während der Pandemie erschwert**. Durch die digitale Distanz war die Bindung von Neumitgliedern vielerorts schwierig, die integrativ-wirkenden und inhaltlich wichtigen Seminarwochenenden mussten teilweise ausfallen. Die Angebote unseres Verbandes möchte ich als Teil des Bundesvorstands nun wieder mit auszubauen. Konkret freue ich mich darauf, als Mitglied des Bundesvorstands mit voller Energie die erste **Aktivenkonferenz** seit unserer Verbandsreform von 2019 mit vorzubereiten. Sie wird unsere Organisation innerhalb der studentischen und akademischen Selbstverwaltung bundesweit stärken. Gleiches gilt für die **regelmäßigen Seminarwochenenden** und **bundesweiten Arbeitskreise** in Präsenz, die für den innerverbandlichen Zusammenhalt und die Schärfung unseres inhaltlichen Profils unabdingbar sind. Gleichzeitig müssen wir bei der Auswahl der Tagungsorte noch mehr Augenmerk auf **Barrierefreiheit** legen. Wichtig ist es auch, die Arbeit der Landeskoordinationen mit regelmäßigen Vernetzungs- und Qualifizierungsmodulen zu stärken, etwa zur Novellierung von Landeshochschulgesetzen.

Den Kampf für sozialistische, feministische, antifaschistische und internationalistische Hochschul- und Gesellschaftsstrukturen müssen wir nicht allein führen! Gerne möchte ich mit meiner Erfahrung auch auf Bundesebene dabei mithelfen, die **Vernetzung der Juso-HSGen** zu stärken, breite Bündnisse zu organisieren und **verbandsübergreifende Vernetzung von Frauen und queeren Personen, aber auch BIPOC** zu realisieren. Schon sehr lange liegt mir überdies die stärkere Einbindung von Hochschulen für angewandte Wissenschaften (früher: Fachhochschulen) am Herzen. Es wird Zeit, ihre personelle und thematische Unterrepräsentation in unserem Verband zu beenden!

Ich möchte, dass unser Bundesverband ein **sicheres, diskriminierungssensibles Umfeld für alle** bietet! **Flache Hierarchien, Transparenz und Inklusivität** müssen unseren Verband auch in Zukunft auszeichnen. In diesem Zusammenhang möchte ich mich auch damit beschäftigen, wie wir die wichtige **Anti-Sexismus-Kommission** unseres Verbandes als Anlaufstelle – aber auch als **präventive Awareness-Struktur** – sichtbarer machen können.

Zu meiner Person

Ich bin Leo, 22 Jahre alt und studiere Politikwissenschaft an der FU Berlin. Die Juso-Hochschulgruppen sind seit meinem ersten Semester mein politisches Zuhause. Von Juli 2019 bis Januar 2021 war ich Teil des Sprecher*innen-Teams der Juso-HSG an der FU. Diese vertrete ich bis heute im Studierendenparlament und in der Ausbildungskommission meines Fachbereiches. Im Oktober 2020 wurde ich zum Landeskoordinator der Juso-HSGen Berlin gewählt. Für unsere Überzeugungen und Ziele setze ich mich auch als kooptiertes Mitglied des Berliner Juso-Landesvorstands sowie des Vorstands des Fachausschusses Wissenschaft & Forschung AG Hochschulen der SPD Berlin ein. Darüber hinaus bin ich Gewerkschaftsmitglied und mache ehrenamtlich politische Bildungsarbeit für die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Prägend für mein wissenschafts- und hochschulpolitisches Engagement war insbesondere der jahrelange Einsatz in der Novelle des Berliner Hochschulgesetzes sowie der Kampf für faire Prüfungsbedingungen während der Pandemie gegenüber der Berliner Senatskanzlei. Dabei habe ich erfahren dürfen, wie viel wir als Juso-Hochschulgruppen gemeinsam erreichen können!

Gern würde ich mich nun mit ganzer Tatkraft auf Bundesebene für unsere Ziele einsetzen. Über Eure Unterstützung würde ich mich dabei sehr freuen. Wenn Ihr Fragen, Anmerkungen oder Feedback an mich oder zu meiner Kandidatur habt, könnt ihr mich gerne jederzeit unter lbuddeberg@freenet.de, 0176 237 86 298 und via Instagram @leobddbrg kontaktieren. Gerne komme ich auch zu Euren HSG-Sitzungen oder LKT dazu. Ich freue mich, Euch alle spätestens beim BKT vom 12.-14. November kennenzulernen bzw. wiederzusehen.

Mit sozialistischen Grüßen und Glück auf!

Leo

Wahl des Bundesvorstands | Kandidaturen

Kandidatur von Lea Dahms

Liebe Juso-HSGler*innen,

hiermit kandidiere ich für den Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen zum Bundeskoordinierungstreffen vom 12. bis zum 14. November 2021 in Heidelberg.

Ich bin 21 Jahre alt und studiere seit zwei Jahren an der Universität Passau – ab diesem Semester Staatswissenschaften.

Seit Beginn meines Studiums bin ich in der Passauer Juso-HSG aktiv, zwischenzeitlich war ich auch mal auf Landesebene und habe schon das ein oder andere Seminarwochenende vom Bundesvorstand mitgenommen. An der Uni bringe ich mich seit meinem ersten Semester in verschiedenen Gremien und Hochschulgruppen ein.

Auf Bundesebene möchte ich Bayern endlich wieder eine Stimme geben – besonders mit Blick auf die Einführung einer verfassten Studierendenschaft – und danke der Landeskoordination für meine Nominierung.



Tell me what democracy looks like?

Antifaschismus heißt: klare Kante gegen Rechts. Es bedeutet auch, einen intersektionalen Kampf gegen Rassismus, jeden Antisemitismus und für Feminismus und Klimaschutz zu führen.

Dieser Kampf wird immer wieder versucht von staatlicher Seite mit diversen Repressionen zu unterbinden, indem verschärfte Polizeiaufgabengesetze verabschiedet werden, die Polizei Drohszenarien konstruiert (unter anderem bei den Gegenprotesten zur IAA in München 2021) und der Verfassungsschutz Vereine als extremistisch eingestuft und ihnen so ihre Gemeinnützigkeit abspricht (nämlich den VVN-BdA). Bei den Gegenprotesten zur IAA wurde das Abseilen von Aktivist*innen soweit hochstilisiert, dass sie nicht nur einige Tage in Haft kamen, sondern beim Abholen davon ausgegangen wurde, dass die wartenden Menschen eine Gefangenenbefreiung vorhaben. Für den VVN-BdA hatte die Einstufung zur Folge, dass es zunächst hieß, der Verein solle unter anderem die Körperschaftsteuer rückwirkend zahlen – zum Glück wurde die Gemeinnützigkeit nach langem Ringen wiederhergestellt.

Nach dem Tod von George Floyd kam es im letzten Jahr zu einem kritischen Hinterfragen der Polizei, ihrer Kompetenzen und vor allem institutionalisierten Rassismus. Was hat sich seitdem bei der Polizei geändert? "Verdachtsunabhängige Personenkontrollen" gibt es immer noch und auch sonst wurden alle Schulzuweisungen von sich weggewiesen. Ein Diskurs konnte so nicht entstehen und das Thema wurde versucht möglichst schnell wieder unter den Teppich zu kehren. Diese staatliche Repressionen verwundern sehr, wenn doch eine antirassistische Gesellschaft eines unserer Ziele sein sollte, bzw. in anderen Worten eine gleichberechtigte Gesellschaft; eine gleichberechtigte Gesellschaft ist nicht mit Rassismus oder anderen Diskriminierungsformen vereinbar.

Umso erfreulicher ist es, dass sich engere Verknüpfungen mit der Klimabewegung abzeichnen und dieser Raum nicht rechter Hetze und dem "Heimatschutz" überlassen wird. Stattdessen kämpfen Aktivist*innen aus dem globalen Süden gemeinsam mit Aktivist*innen aus dem globalen Norden für

Klimagerechtigkeit ohne dabei die Anti-kolonialisierung, und andere gesellschaftliche Probleme außer Acht zu lassen. Den feministischen Charakter der Bewegung erkennt man unter anderem auch daran, dass vor allem FLINTA als Pressesprecher*innen agieren und den Bewegungen ein Gesicht geben.

Doch leider durchziehen oft antifeministische Narrative die Medien, egal ob es um Baerbocks Wahlkampf geht oder die Inhaftierung von Lina E. Insbesondere die Springer-Presse beweist bei Letzterer wieder Fingerspitzengefühl, indem sie sie als "Linksradikele im Minirock" darstellen und dabei wieder einmal sexistische Klischees bedient. Auch aus anderer Sicht ist der Fall von Lina E. interessant: er zeigt, wie die Behörden den § 129 StGB (die Bildung krimineller Vereinigungen) anwenden – aber auch, wie schnell dies geschehen kann und wie die Angeschuldigten im Vorhinein bereits durch die Berichterstattung "verurteilt" werden.

Im kommenden Jahr ist unsere antifaschistische Haltung mehr denn je gefordert und wir müssen uns klar solidarisch positionieren. Die antifaschistische und antikapitalistische Bewegung darf sich durch Repressionen nicht einschüchtern lassen, sondern muss stark neben- und hintereinander stehen: siamo tutti antifascisti.

Für die Freiheit für das Leben, Selbstbestimmung muss es geben!

Eben jene antifeministische Narrative bewahren die schlechte Versorgungslage von Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland – mit einer düsteren Zukunftsaussicht, schaut man sich die Demografie der behandelnden Ärzt*innen an.

Insbesondere Regionen wie Niederbayern zeigen, wie schnell der von Konservativen befürchtete "Abtreibungstourismus" auflebt, sobald keine Versorgung gewährleistet wird. In ganz Niederbayern gibt es nur zwei Ärzt*innen die (ambulant, nicht stationär) Schwangerschaftsabbrüche durchführen, weswegen ungewollt Schwangere oft eine Reise von 150 Kilometern auf sich nehmen müssen, um den Abbruch durchführen zu lassen.

Wie kann dieser miserablen Lage entgegengewirkt werden? Indem §§ 218 ff. StGB endlich nicht mehr im Strafgesetzbuch stehen. Das Schwangere vor unfreiwilligen Abbrüchen geschützt werden sollten und dies auch gesetzlich geregelt werden muss ist dabei nicht strittig. Gleichzeitig darf ein gewünschter Abbruch nicht länger in der bestehenden Form stigmatisiert werden.

Wenn die Koalitionsverhandlungen der diesjährigen Bundestagswahl in einer Ampelkoalition ausgehen besteht die Chance die restriktive Gesetzgebung abzuschaffen und endlich die Selbstbestimmung der ungewollt Schwangeren im Vordergrund steht. Daher müssen wir in den kommenden Monaten dafür sorgen, dass das Thema weiterhin auf der politischen Agenda bleibt und neue gesetzliche Regelungen gefunden werden, denn: ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine!

Mehr studentische Mitbestimmung

Das die meisten verfassten Studierendenschaften ausbaufähig sind, dass wissen wir alle. Zwar haben theoretisch viele Hochschulen einen AstA, und auch ein Studierendenparlament, aber so ganz ohne Körperschaft sind diese immer vom Wohlwollen der Hochschulleitung abhängig und können kaum eigenständig agieren. Das Bayern langsam auch wieder eine verfasste Studierendenschaft einführen sollte ist doch klar, oder nicht?

Das Bayerische Staatsministerium meint zwar ein innovatives Hochschulgesetz einzuführen, aber bis auf eine Umbenennung der Studentenwerke in Studierendenwerke lässt sich kein progressives Handeln erkennen – das die CSU-Regierung die Einführung einer verfassten Studierendenschaft nicht in Erwägung zieht wundert einen nicht. Damit bleibt Bayern seit 2012 das letzte Bundesland ohne verfasste Studierendenschaft.

Doch auch die bestehenden verfassten Studierendenschaften, bzw. vielmehr die studentische Mitbestimmung, ist ausbaufähig. So sollte an Hochschulen endlich eine Viertelparität nach dem Thüringer Vorbild möglich sein und nicht länger auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1973 verwiesen werden.

Mehr studentische Mitbestimmung könnte es an den Hochschulen auch mit der Einführung des Amtes eines*einer studentischen Vizepräsident*in (oder studentische*r Prorektor*in) geben. Nach Vorbildern wie der Hochschule Rostock schafft dieses Amt eine besondere Brücke zwischen der Universitätsleitung und der Studierendenschaft.

Verstärkte studentische Mitbestimmung führt zu einer Demokratisierung der Hochschulen, oder auch: wer demokratische Hochschulen will braucht studentische Mitbestimmung!

Abschließend

Bei meiner politischen Arbeit ist es mir ein Anliegen Gremienarbeit und Aktivismus zu verbinden, da diese für mich unabdingbar miteinander verbunden sind. Einerseits braucht es die Straße um Aufmerksamkeit zu wecken, andererseits braucht es Gremien um Anliegen einbringen zu können.

Mit diesem Schreiben habe ich euch einen Einblick in meine politischen Herzensthemen gegeben und meine Motivation für die Bewerbung dargestellt. Solltet ihr noch Fragen an mich oder zu meiner Bewerbung haben, dann könnt ihr mich gerne über die unten stehenden Kontaktdaten erreichen. Ich freue mich auf ein schönes Bundeskoordinierungstreffen mit euch.

Solidarische Grüße

Lea Dahms

Tel.: 0176 35496255

E-Mail: lea.dahms@gmail.com

Wahl des Bundesvorstands | Kandidaturen

Kandidatur von Lina Eilers

Liebe Juso-Hochschulgrüpler*innen,

nach über 1,5 Jahren digitalen Studiums, ist nun an vielen Hochschulen die Rückkehr zum Präsenzbetrieb absehbar. Doch als Juso-Hochschulgruppen werden wir den Hochschulen die vermeintlich einfache Rückkehr zum „Normalbetrieb“ nicht so leicht machen. Es ist an der Zeit für hochschulpolitische Veränderungen und es kommt darauf an, für studentische Interessen und progressive Ideen zu kämpfen. Ferner kommt es darauf an, kritisch zu sein und kritisch zu bleiben. Und letztendlich kommt es auf uns, die Juso-Hochschulgruppen als Verband und alle Hochschulgrüpler*innen vor Ort an, für feministische, sozialistische, antifaschistische und internationalistische Interessen zu kämpfen.

Mit diesem Schreiben kandidiere ich für den Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen. Ich freue mich sehr, bereits von meiner Hochschulgruppe in Münster, sowie den Juso-Hochschulgruppen NRW für diesen nominiert worden zu sein und hoffe nun auch auf eure Unterstützung! Mit welcher politischen Motivation ich kandidiere und was ich in diesem Verband vorhabe, werde ich im Folgenden darstellen.



Her mit dem ganzen Leben – Patriarchat zerschlagen!

Machen wir eine kurze Bestandsaufnahme der Situation von Frauen 2021. Ökonomisch tragen das kapitalistische und patriarchale System enorme geschlechtliche Ungleichheiten mit sich. So übernehmen Frauen beispielsweise zu 2/3 die unbezahlte Care Arbeit und verdienen ca. 21% weniger als Männer. Für viele Frauen und queere Menschen ist ein gewaltvoller Alltag Realität. Vom Catcalling oder anderer sexualisierter Gewalt bis hin zu Femiziden – Frauen sind nach wie vor einem gewaltvollen Alltag und Leben ausgesetzt.

Das Patriarchat und seine gewaltvollen, wie ökonomischen Auswirkungen, machen vor der Hochschule keinen Halt. So sind die Strukturen der Hochschule als Teil der gesellschaftlichen Strukturen, patriarchal geprägt. Die mangelnde Repräsentation von Frauen, die mangelnde Diversität in Wissenschaft und Lehre – die *weißen* und männlichen Professoren und Literaturlisten – oder die „lockeren, lustigen“ und vor allem sexistischen Sprüche von Professoren: An der Hochschule und in der Wissenschaft muss noch viel getan werden! Für eine feministische Hochschule bedarf es eines Anteils von mindestens 50% an Frauen unter den Professor*innen! Studierende mit Kind benötigen die Möglichkeit finanzielle Zuschüsse zu erhalten, an den Unis muss es ausreichend Kitaplätze geben und das Studium muss flexibel ohne Anwesenheitspflichten und strikte Verlaufspläne gestaltbar sein. Zudem müssen zur finanziellen Entlastung menstruierender Studierender, Menstruationsprodukte kostenlos auf allen Sanitäranlagen der Uni vorhanden sein.

Doch auch die Lehre und Wissenschaft muss feministisch sein! Lehrende, die sich als radikale Abtreibungsgegner präsentieren oder die männlich geprägte medizinische Forschung, die sowohl Frauen benachteiligt, sowie inter, nichtbinäre und trans Personen, muss Geschichte werden. Feministische Wissenschaft und Lehre bedeutet konkret die diversen Perspektiven der Gesellschaft mit einzubeziehen und die Dominanz der *weißen* Männer zu überwinden. Hierfür bedarf es beispielsweise eines Ausbaus an Forschungen zu den Verhütungsmitteln für Männer, Schwangerschaftsabbrüche müssen als fester Bestandteil des Medizinstudiums behandelt werden, Eizellenspenden müssen ermöglicht werden und das Bewusstsein über queere Sexualität und Geschlechtsidentitäten muss wachsen und progressive Aufklärungsarbeit geleistet werden.

Der feministische Kampf ist mein politisches Herzensthema, welches ich auch in unseren Verband tragen möchte. Persönlich ist der Feminismus mir nicht nur auf Grund feministischer Theorie und Geschichte wichtig, sondern auch auf Grund der Erfahrung, als Frau gelesen zu werden und die daraus entstehenden Konsequenzen zu spüren – Welche leider auch vor linker politischer Arbeit keinen Halt machen. Mansplaining, das ständig unterschätzt werden oder aus einem männlichen Blick beurteilt werden, ist Alltag aller Frauen. Umso wichtiger ist es, als Frauen Seite an Seite gegen das Patriarchat zu kämpfen. Ein feministischer Verband, wie unserer, ist wohl kaum denkbar ohne Girl Gangs und gegenseitigem Empowerment. Auf den feministischen Strukturen der Juso-Hochschulgruppen, darf sich allerdings nicht ausgeruht werden. Nur weil wir uns als feministisch verstehen, heißt es nicht, dass der feministische Kampf gewonnen und das Patriarchat überwunden ist. Viel mehr kommt es darauf an, beispielsweise in Gender Plena, weiterhin Männlichkeit zu hinterfragen, Sexismus und patriarchale Strukturen zu benennen und zu bekämpfen. Es kommt auf die Solidarität unter und gegenüber Frauen an.

Deswegen möchte ich mich weiterhin für einen feministischen Verband im Bundesvorstand einsetzen und beispielsweise durch das Frauenempowerment-Programm einen Schwerpunkt auf feministische Bildungsarbeit legen. Gemeinsam können wir Banden bilden, in denen wir gemeinsam den feministischen Kampf führen!

Den Häusern denen, die drin wohnen

Studentischer Wohnraum ist vor allem eins: Knapp und teuer. Es gibt viel zu wenig Studierendenwohnheime, die Mieten für WG Zimmer steigen stetig und ehemalige Studi-Viertel werden zu hippen und unfassbar teuren Szenevierteln. Durch die Gentrifizierung werden die ehemaligen Bewohner*innen des Viertels meist durch die neuen hohen Mieten vertrieben. Das kann nicht unser Anspruch an einen gerechten Hochschulzugang ein! Insbesondere finanziell benachteiligte Studierende werden zum Pendeln gezwungen, entscheiden über ihre Auswahl der Hochschule anhand der örtlichen Mieten oder haben schlicht nicht die Möglichkeit, ihr Studium zu finanzieren. Der Markt regelt hier nichts, außer den Ausschluss finanziell benachteiligter Studierender. Wohnen darf keine „Ware“ sein, in welche profitorientierten und privaten Unternehmen mit dem Ziel investieren, möglichst viel Gewinn rauszuschlagen. Es braucht eine radikale Veränderung in der Wohnpolitik. Wohnen und somit auch studentisches Wohnen muss Grundrecht sein. Dazu zählt insbesondere im studentischen Kontext: Studierendenwerke ausfinanzieren und die BAföG Wohnpauschale deutlich erhöhen. Denn solange die Studierendenwerke chronisch unterfinanziert sind, werden nie ausreichend bezahlbare Studierendenwohnheime gebaut werden können und aktuelle Quoten studentischer Wohnheimplätze von weniger als 10% sind keine tragbare Situation. Die Antwort auf „der Markt regelt schon“ muss Regulation und im Zweifel Enteignung heißen, denn Wohnraum gehört in staatliche Hand und muss massiv ausgebaut werden!

Alerta, Alerta, Antifaschista!

2020. Die Bundes- und Landesregierungen führen Maßnahmen zur Eindämmung des Corona Virus ein. In der gesamten Bundesrepublik gehen darauffolgend tausende Menschen protestieren unter dem vermeintlichen Vorwand, Kritik an den beschlossenen Maßnahmen zu äußern. Tatsächlich aber werden die Proteste schnell Schauplatz rechtsradikalen, antisemitischen und verschwörungsideologischen Denkens. Auf den Protesten sind Reichsflaggen zu sehen und es kommt regelmäßig zu Relativierungen der Shoa, sowie anderen antisemitischen Äußerungen. Neben dieser stark vertretenden rechtsradikalen Szene sind auch weite Teile des bürgerlichen Spektrums anwesend. Offensichtlich ist es ihnen ziemlich egal, mit wem sie gerade demonstrieren. Diese Bilder der Proteste sind schockierend, aber nicht überraschend. Wieder einmal wird hierdurch die Affinität der bürgerlichen Gesellschaft Deutschlands zum rechtsradikalen und insbesondere antisemitischen Denken gezeigt.

Rechtsradikales, verschwörungsideologisches und antisemitisches Denken ist nach wie vor auch an der Hochschule vertreten: Professor*innen teilen öffentlich verschwörungsideologisches Denken, Burschenschaften locken Erstsemester mit niedrigen Mieten in ihre elitären und rechtsradikalen Kreise und Studierende organisieren sich in Telegram-Gruppen der sogenannten „Corona Leugner*innen“. Hinzu kommen antisemitische Haltungen, die sich quer durch die politischen Spektren ziehen und insbesondere vor wissenschaftlichen Diskursen keinen Halt machen. Es zeigt sich deutlich, dass an Hochschulen rechtsradikalem, antisemitischem und rassistischem Denken kein Platz gegeben werden darf – weder in der Wissenschaft, Lehre oder Studierendenschaft. Als antifaschistischer Verband ist es unsere Aufgabe den Faschismus zu bekämpfen, sich immer gegen Rassismus zu stellen und jedem Antisemitismus den Kampf anzusagen!

Ganz klar heißt es an der Uni, wie auf der Straße: Kein Meter den Nazis und nie, nie wieder Faschismus!

Aus Corona nichts gelernt – Im Zweifel für den Zweifel

In den vergangenen drei Semestern hat sich mehr als deutlich gezeigt, welche Ungleichheiten sich auch durch das studentische Leben ziehen. Denn wer trotz der Pandemie noch sein*ihr Studium bewältigen konnte war nicht willkürlich oder anhand „besonderen Ehrgeizes“ bestimmt, sondern entlang kapitalistischer Verhältnisse strukturell vorausgesetzt. So waren es doch letztendlich mal wieder finanziell benachteiligte Studierende, die ihre Jobs und somit oft einzige Finanzierungsmöglichkeit verloren, es waren Frauen, die bestenfalls „nur“ mehr Care-Arbeit übernahmen, im schlechtesten Fall, extremer „häuslicher“ Gewalt ausgesetzt waren, es waren queere Menschen, wessen Schutz- und Vernetzungsräume im Lockdown unzugänglich worden, es waren BIPOC; Rom*nja und Sint*izze und Jüd*innen, die für das Virus oder der Ausbreitung dessen verantwortlich gemacht worden sind und es waren Großteile der Gesellschaft, die psychisch unter der Pandemie litten. Zu denken, die Universität und ihre Studierendenschaft sei frei von diesen Ungleichheiten ist nichts anderes als ein wie so oft getätigter verkennender und privilegierter Blick, der das einfache „weiter so“ begründen soll.

In Münster haben wir als Juso-Hochschulgruppe beispielsweise im universitären Krisenstab versucht, genau diesen Gruppen Gehör zu verschaffen, wir haben die Corona-Notfonds eingerichtet um finanzielle Notlagen abfangen zu können und wir haben für Studierende mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen für hybride und flexibel gestaltbare Lehrformate gekämpft. Und genau dafür möchte ich mit diesen Erfahrungen nun auf Bundesebene weiterkämpfen, denn die Ungleichheiten verschwinden nicht einfach mit einer Rückkehr zum „Normal“betrieb. Sie waren vor der Pandemie da, sie haben sich nun verschärft und es gilt weiterhin sie zu benennen und zu bekämpfen. Denn wenn die Pandemie mich eins gelehrt hat, dann ist es: Ohne laute, progressive und kritische studentische Stimmen, wird es an der Hochschule, im Hochschulzugang, in der Wissenschaft und Lehre keine Veränderungen geben. Das „Weiter so!“ ist bittere Realität – auch an Hochschulen. Und für mich ist klar: Solange das Studium hauptsächlich Menschen aus besserverdienenden und Akademiker*innenfamilien vorbehalten ist,

solange immer weniger Menschen BAföG erhalten und dadurch Menschen strukturell vom Studium ausgeschlossen sind, solange ist auch meine und unsere Arbeit als jungsozialistische Hochschulgruppen nicht getan.

Psychische Gesundheit auf die Agenda!

Isolation, Stress, Uni, Freizeit und Leben auf wenigen Quadratmetern: Die Corona Pandemie brachte auch viele psychische Herausforderungen mit sich. Unter den Studierenden der Uni Münster beispielsweise haben in einer Umfrage 65,7% der Teilnehmer*innen angegeben, dass sich ihre psychische Gesundheit im Zuge der Pandemie verschlechtert habe. Neben den ohnehin schon existierenden Auswirkungen von psychischen Erkrankungen, kommen die Erfahrung gesellschaftlicher Stigmatisierung für Angehörige und Betroffene hinzu, sowie der schwierige und hürdenvolle Zugang zu Therapieplätzen. Zudem muss die psychische Gesundheit in gesellschaftlichen Kontext gesetzt werden: Unter Studierenden trägt der nichtendende Leistungsdruck, der nicht zuletzt vor allem durch die Ökonomisierung der Bildung bedingt ist, einen maßgeblichen Teil zur verschlechterten psychischen Gesundheit bei. Außerdem sind insbesondere diejenigen betroffen, die ohnehin schon strukturell benachteiligt sind – beispielsweise durch finanzielle Sorgen, sexualisierter und queerfeindlicher Gewalterfahrungen oder rassistischer Diskriminierungen.

In Münster haben wir nach der Auswertung der Umfrage darauf hingewirkt, dass die Universität ihre eigene psychologische Beratung ausweitet und unsere eigene psychologische Beratung an den AStA angegliedert. Was es braucht, sind mehr niedrigschwellige Therapie- und Beratungsangebote für Betroffene und Angehörige und das auch an den Hochschulen. Ich möchte mich dafür einsetzen, das Stigma zu bekämpfen und die psychische Gesundheit von Studierenden auf die Agenda setzen!

Und das bin ich

Ich bin Lina, 21 Jahre alt und studiere in Münster Politikwissenschaft und Soziologie. Seit Beginn meines Studiums engagiere ich mich bei der Juso-Hochschulgruppe, mit dem Ziel, laut und kritisch gegenüber der Uni studentische Interessen einzubringen. Dafür habe ich mich sowohl im AStA-Referat für Soziales, Wohnraum und Partizipation eingesetzt, sowie über ein Jahr lang als AStA-Vorsitzende und als Teil der Juso-HSG Fraktion im Studierendenparlament. Den Verband der Juso-Hochschulgruppen habe ich vor allem durch das Frauen*empowerment Programm kennen und lieben gelernt. Letztendlich ist es nicht nur der stets kritische Einsatz an den Hochschulen vor Ort, der unseren Verband ausmacht. Es sind wichtige Diskussionen, die wir führen, Diskurse die wir gestalten. Es sind Frauennetzwerke, die sich bilden, es sind feministische Perspektiven, die unseren Verband ausmachen, es ist ein gemeinsamer Kampf gegen das Patriarchat.

All diese Erfahrungen, die ich bereits durch mein hochschulpolitisches Engagement machen durfte, möchte ich in die Arbeit in den Bundesvorstand mit einbringen.

Bei Fragen zu meiner Kandidatur könnt ihr mich gerne per Mail (eilers.lina@web.de) oder telefonisch (01573/2636389) erreichen.

Über eure Unterstützung und euer Vertrauen auf dem Bundeskoordinierungstreffen würde ich mich sehr freuen.

Feministische Grüße,

Freund*innenschaft und Glück auf!

Lina

Wahl des Bundesvorstands | Kandidaturen

Kandidatur von Johanna Liebe

Liebe Juso-Hochschulgrüpler*innen

hiermit erkläre ich meine Kandidatur für den Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen und bitte dafür um Eure Unterstützung. Ich freue mich sehr, dass mich bereits meine Hochschulgruppe an der Universität zu Köln sowie die Juso-Hochschulgruppen NRW für dieses Amt nominiert haben.

Im Folgenden möchte ich darlegen, mit welchen politischen Themen und Zielen ich unserem Verband eine starke Stimme geben möchte.

Schluss mit „Zeig mir Deine Eltern und ich sag' dir Deine Bildung“ – Klassismus in unserem Bildungssystem endlich ein Ende setzen



Back in the summer of '71: Es war der September 1971, in dem Willy Brandt das BAföG als Vollzuschuss eingeführt hat. Satte 44% der Studierenden bezogen die staatliche Ausbildungsförderung. Heute, genau 50 Jahre später, sieht die Sache anders aus: Gerade mal 11% der Studis beziehen BAföG und dies nicht als hundertprozentigen Vollzuschuss wie damals, sondern zur Hälfte als zinsloses staatliches Darlehen. Aus Angst vor Verschuldung gehen daher insbesondere viele Arbeiter*innenkinder ihrem Wunsch nach einem Studium gar nicht erst nach. Deswegen brauchen wir endlich die Rückkehr des BAföG zum Vollzuschuss!

Das ist aber noch nicht genug: Es muss unabhängig vom Einkommen und Vermögen der Eltern und Ehepartner*innen sein. Dass sich die Politik im 21. Jahrhundert auf die Familie als tragende Stütze der Gesellschaft verlässt, ist nicht hinnehmbar. Statt die eigene Bildungsfinanzierung vom Elternhaus abhängig zu machen, brauchen wir für mehr Bildungsgerechtigkeit eine Umverteilung von oben nach unten und zwar durch ein progressives und gerechteres Steuersystem!

Zudem dürfen weder die Semesterzahl, individuelle Leistungsnachweise, die Anzahl der Studiengangswchsel noch das eigene Alter eine Rolle in der Ausbildungsfinanzierung spielen. Der Förderbetrag muss an Lohn- und Preisentwicklungen angepasst sein und gleichzeitig braucht es einen regelmäßigen und automatischen Inflationsausgleich. Ein sozialistisches und faires BAföG zur Sicherung der Studienfinanzierung für alle, bei dem die Fördersätze, die Freibeträge und die Wohnpauschale endlich dem realen Bedarf und den tatsächlichen Lebensverhältnissen der Studierenden angepasst wird, ist längst überfällig! Wir merken immer wieder: In Sachen BAföG gibt es einiges zu tun – aber ich bin mir sicher, unser Einsatz wird sich bald *auszahlen*!

Die tief verankerte sozioökonomische Benachteiligung zieht sich jedoch weiter durch alle Phasen des Studiums, beispielsweise bei der Wahl des Nebenjobs. Während sich Nebenjobs an der Uni oder Hochschule sehr gut im Lebenslauf machen und meist eine inhaltliche Ergänzung des eigenen Studiums darstellen, gehören sie auch zu den schlechter bezahlten studentischen Nebenjobs. Dies äußert sich beispielsweise am Stundenlohn, der an vielen Hochschulen nur knapp über dem aktuellen Mindestlohniveau liegt.

Wir, als Juso-Hochschulgruppen, müssen uns dafür einsetzen, dass eine studentische Beschäftigung nicht zum Privileg derjenigen wird, die sich einen schlecht bezahlten Nebenjob finanziell „leisten“ können.

Andererseits ist die Dauerbefristung durch Kettenverträge von studentischen Beschäftigten ein fester Bestandteil ihres Alltags, sodass sie einer dauerhaften Planungsunsicherheit ausgesetzt sind. Es ist ein Armutszeugnis, dass momentan über 70% der Arbeitsverträge von SHKs auf zwei bis maximal sechs Monate begrenzt sind! Hinzu kommt, dass viele Studierende nicht transparent über ihren Urlaubsanspruch und ihre Vergütung bei Krankheitstagen bzw. Feiertagen in Kenntnis gesetzt werden. Weiterhin gibt es keine einheitliche Regelung der studentischen Arbeitsverträge, da sich die Bedingungen von Hochschule zu Hochschule stark unterscheiden.

Ein wichtiger Schritt zur Lösung ist die flächendeckende studentische Personalvertretung, damit sich SHKs organisieren können. Die gesetzliche Vertretung wie beispielsweise durch einen SHK-Rat ist jedoch in einigen Hochschulen gar nicht vorgesehen, wird eingeschränkt oder gar abgeschafft.

Es ist dringend an der Zeit, dass studentische Beschäftigte in allen Ländern eigene Tarifverträge erhalten oder in den TV-L aufgenommen werden. Dabei darf ein Stundenlohn von 12,50€ nicht unterstrichen werden! Denn es ist nicht länger tragbar, dass wir als Studierende die größte „Tariflücke“ im Zuständigkeitsbereich des Staates ausmachen!

Im Zukunftsprogramm unserer Partei finden wir das Ziel, die Tarifbindung flächendeckend auszuweiten. Wir brauchen eine starke Stimme der Juso-Hochschulgruppen, damit wir als Studierende bei diesem Ziel nicht vergessen werden!

Die unterirdischen Arbeitsbedingungen hören aber nach dem Abschluss nicht auf, im Gegenteil! Fast 90% aller wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen haben einen befristeten Arbeitsvertrag. Das bedeutet für viele: keine verlässlichen Perspektiven beim Karriereweg in der Wissenschaft!

Die Laufzeit dieser Verträge unterschreitet größtenteils die Dauer eines Jahres. Grundlage für diese Befristung bietet das Wissenschaftszeitvertragsgesetz, dessen Reform längst überfällig ist. Derzeit wird das Gesetz grundlegend evaluiert. Diese Ergebnisse sollen im Februar kommenden Jahres veröffentlicht werden. Wir als Juso-Hochschulgruppen müssen unseren Standpunkt klar machen und den Prozess der Evaluation sowie der Reform aktiv und kritisch begleiten!

Um die Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft zu verbessern, braucht es nun endlich zügige Veränderungen, damit langfristige Perspektiven auch in der Wissenschaft möglich sind! Insbesondere diese prekären Arbeitsverhältnisse stellen für viele Menschen ein berufliches Ausschlusskriterium dar. Auch der Weg zur Professur sieht zwangsläufig den prekären Weg durch den Mittelbau vor. Auch aus feministischer Perspektive ist dieser Zustand kaum auszuhalten, denn durch diese unsicheren Beschäftigungsverhältnisse ist eine langfristige Lebens- und Familienplanung fast unmöglich. Insbesondere trifft dies Frauen, die in unserer Gesellschaft immer noch den Großteil an Care-Arbeit erledigen und so strukturell unter diesen Arbeitsbedingungen leiden!

Malestream, nein danke! – Feminismus inner- und außerhalb unseres Verbandes

Man kann es sehen, hören, spüren – in jeder allzu kleinen Alltagssituation: Das Patriarchat! Als feministischer Verband fordern wir nicht nur im Hochschulkosmos, sondern in jeglichen Strukturen und Situationen die Zerstörung vorherrschender patriarchaler Verhältnisse.

Nach dem Bundestagswahlkampf bleibt neben einem sehr erfreulichen Wahlsieg der SPD noch eine andere Sache aus den letzten Wahlkampfmonaten in meinem Kopf hängen: Der tief verankerte Sexismus innerhalb unseres politischen Systems. Egal ob das kommunistische Schreckgespenst

Saskia Esken oder die überemotionale und hektische Annalena Baerbock – die Art und Weise wie Frauen im Vergleich zu ihren männlichen Parteikollegen dargestellt werden, ist erschreckend und frustrierend zugleich. Ich habe es satt, überall wo ich hingucke Männerrunden zu sehen. Und wenn es dann mal um Frauen geht, kommen nur schnippische Kommentare zu Outfits von Politikerinnen. Wo fängt man da an? Wann hat das Patriarchat endlich mal abgedankt?

Es gibt wohl viele Ebenen, an denen angesetzt werden muss. Aber wichtig ist, dass wir alle gleichermaßen angehen. Die immer noch viel zu niedrige Frauen- und auch Women-of-Color-Anteile in Parlamenten sind eine Sache, die dringend durch Quoten und Empowerment angegangen werden muss. Der von Frauen getragene Niedriglohnsektor und die unzähligen, größtenteils von Frauen geleisteten, Care-Arbeitsstunden eine ganz andere.

In der Hochschulpolitik: Der Frauenanteil in der Hochschulpolitik ist immer noch ausbaufähig. Um einen hohen Frauenanteil zu erreichen, benötigt es Empowerment. Mit Maßnahmen des Quotierens, einem ausgewogenem Redeverhalten innerhalb von Gruppen und der Vernetzung untereinander müssen wir es mehr Studentinnen ermöglichen, ihren Platz in der Hochschulpolitik zu finden. Auch innerhalb unseres feministischen Verbands stehen gerade männliche Mitglieder in der Pflicht, sich selbst, ihr Verhalten und ihre Positionen kritisch zu hinterfragen und dementsprechend zu handeln! Denn nur so werden nervende Männerrunden an der Spitze von politischen Ämtern bald der Vergangenheit angehören!

In der Wissenschaft: Leider nimmt der Frauenanteil noch immer bei jeder weiteren universitären Qualifikationsstufe ab. Dabei stellt insbesondere der geringe Frauenanteil in MINT-Fächern ein großes Problem dar. Hierfür braucht es unter anderem Frauenmindestquoten bei Neuberufungen von Professuren! Damit Hochschulen endlich ein feministischer Ort werden, braucht es zudem mehr Anlaufstellen für Betroffene von sexualisierter Gewalt, mehr Unterstützung für Studierende und Mitarbeiter*innen mit Kind(ern) sowie einen Ausbau von Gender-Studies und feministischer Forschung. Die Lösung heißt Quoten, nicht gläserne Decken!

Jederzeit: Wir müssen uns zusammentun und solidarisch mit Betroffenen von antifeministischen Angriffen sein, immer und überall! Dabei muss die konstruierte gegenwärtige Zweigeschlechtlichkeit aufgebrochen werden. Zudem darf Feminismus keine Insel sein: Diskriminierungsformen müssen intersektional betrachtet werden. Dabei müssen Positionen von BiPoC, Jüdinnen*Juden, LGBTQIAQ+ und Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen mitberücksichtigt werden! Wir sind alle Opfer des Patriarchats, also: **Let's smash it together!**

Der Markt regelt gar nichts – Gesellschaftliche Missstände und Plurale Lehre als Teil des Studiums

Wenn wir einen Blick in unsere Studieninhalte werfen, fällt auf, dass viele Theorien mehrheitlich aus den letzten Jahrhunderten stammen. Daran ist grundsätzlich nichts falsch. Aber damit wir als junge Generation Ideen und Lösungsansätze für die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen entwickeln können, müssen sich auch Lehrinhalte einem grundlegenden Update unterziehen.

Die Wissenschaft ist insbesondere in Zeiten der Klimakrise nicht wegzudenken. Zur Bewältigung des Klimawandels ist eine mehrdimensionale Analyse notwendig. Damit aber das, was wir in unserem Studium lernen, auch auf unsere heutige Gesellschaft angewendet werden kann, müssen wir neue Denkansätze in der Lehre verankern. Hierzu zählen (queer-)feministische, postkoloniale, sozialistische und internationalistische Ansätze.

Sowohl in der Vergangenheit als auch heute zeichnet sich ein Bild von Wissenschaft ab, das von Männern aus dem globalen Norden dominiert wird. Dies birgt Konsequenzen – und zwar hinterlassen

der jahrhundertjahrelange Ausschluss und auch die bis heute verhinderte vollständige Partizipation von Frauen und Menschen aus dem globalen Süden in der Wissenschaft Spuren im aktuellen Forschungsstand. Dieser Forschungsstand wird immer wieder unkritisch weitergegeben und somit seine Fortexistenz auf unbestimmte Zeit legitimiert! Das spiegelt sich auch in der neoliberalen Theorie wider, die immer noch die Grundlage für die meisten wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge bildet. Die Krisenanfälligkeit des Neoliberalismus wird dabei ignoriert und neue Ansätze weggebügelt. In diesem Zuge müssen auch postkoloniale Studien endlich fester Bestandteil in der Hochschullandschaft werden. Die einseitige koloniale Geschichtsschreibung muss endlich flächendeckend aufgebrochen und ihr eine kritischere Geschichtsperspektive entgegengesetzt werden. Wir brauchen dringend die Vermittlung alternativer und pluraler Theorien in unserem Studium, die die Missstände sowie die patriarchale Hegemonie in unserer heutigen Gesellschaft aufzeigen und aufzuheben versuchen. Denn nur so können aktuelle Krisen zu vergangenen Krisen werden!

Hoch die internationale Solidarität! Hochschulpolitik über die Landesgrenzen hinaus

Der Kampf für kritisches Denken und Meinungsfreiheit an Hochschulen macht nicht vor Landesgrenzen Halt. Hochschulen müssen auf der ganzen Welt ein Ort frei von Repression und Unterdrückung sein! Als internationalistischer Verband ist für uns die Solidarität mit Studierenden und Wissenschaftler*innen weltweit, die ihrer Tätigkeit nicht frei nachgehen können, von großer Bedeutung. Ob verurteilte Studierende in Belarus, in der Türkei, in Griechenland, in Hongkong und überall auf der Welt – wir stehen solidarisch an der Seite von kritischen Studierenden, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen! Zudem müssen wir als Juso-Hochschulgruppen weiterhin antisemitischen Strukturen auf lokaler sowie auf internationaler Ebene, unter anderem dem kulturellen und wissenschaftlichen Boykott gegen Israel (BDS), eine klare Absage erteilen!

Hoch die internationale Solidarität (mit Israel)!

Und nun zu mir:

Ich bin Johanna, 22 Jahre alt und studiere derzeit im Bachelor Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln. Mit dem Beginn meines Studiums vor drei Jahren begann auch mein Engagement in der Juso-Hochschulgruppe an der Uni Köln. Als Teil eines feministischen, sozialistischen und internationalistischen Bundesverbandes war mir die Juso-Hochschulgruppe direkt sympathisch. Schnell konnte ich mich mit den Zielen jungsozialistischer Politik identifizieren, weshalb für mich schnell feststand: die Juso-Hochschulgruppen sind genau der richtige Ort, um für eine antifaschistische, klimagerechte, feministische sowie sozial-gerechte Hochschule zu kämpfen. In den letzten Jahren habe ich daher verschiedene Ämter ausgeübt. Sei es als Koordinatorin der Juso-Hochschulgruppe Köln, als Parlamentarierin des Studierendenparlaments, als Politikreferentin im AStA der Uni Köln oder als Landeskoordination der Juso-Hochschulgruppen NRW. Durch die unterschiedlichen Aufgabenbereiche habe ich die Möglichkeit bekommen, hochschulpolitische Arbeit durch verschiedenste Blickwinkel kennenzulernen.

An all dieses Engagement möchte ich nun für und mit Euch innerhalb unseres Verbands anknüpfen. Denn deutschlandweit leistet ihr, die über 80 Juso-Hochschulgruppen, einen wesentlichen Beitrag zur gerechteren Gestaltung der (Bildungs-)Politik! Demnach ist für mich ein Austausch innerhalb unseres gesamten Verbandes, die stetige Weiterentwicklung unserer Positionen sowie das Angebot zur methodischen, inhaltlichen und organisatorischen Weiterbildung möglichst vieler Hochschulgrüpler*innen besonders wichtig! Dafür möchte ich mich als Mitglied des Bundesvorstands einsetzen!

Über Euer Vertrauen und Eure Unterstützung auf dem Bundeskoordinierungstreffen würde ich mich daher sehr freuen! Bei Fragen oder Unklarheiten wendet Euch gerne telefonisch (017634376030) oder per E-Mail (jo.liebe99@googlemail.com) an mich!

Freund*innenschaft und Glück auf!

Johanna

Wahl des Bundesvorstands | Kandidaturen

Kandidatur von Moritz Stockmar

Liebe Juso-Hochschulgruppen,

mit diesem Schreiben möchte ich meine Kandidatur für den Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen bekannt geben und euch um eure Unterstützung bitten. Ich möchte euch im Folgenden ein besseres Bild von mir und meinen inhaltlichen Schwerpunkten geben.

Aktuell befinden wir uns als Verband in einer komplizierten Lage, die aber auch viele Chance birgt. Auf der einen Seite sind die Hochschulen nach drei Online-Semestern langsam aber sicher auf dem langen Weg zurück zur Normalität. Diesen Weg müssen wir kritisch begleiten, damit die Errungenschaften der Lehre zu Corona Zeiten nicht wieder verloren gehen und die neue "Normalität" besser wird als die Alte. Auf der anderen Seite befindet sich



Deutschland nach der Bundestagswahl in einer politisch spannenden Lage. Als Verband müssen wir die wiedererstarke SPD im Bereich der Wissenschafts-, Bildungs- und Forschungspolitik in die richtige Richtung lenken. Ich bewerbe mich für den Bundesvorstand um diese beiden übergeordneten Aufgaben des nächsten Jahres bestmöglich zu begleiten.

Von den Hochschulen in die Gesellschaft

Als sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband liegt es für uns auf der Hand für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen zu streiten. Unser Haupt-Ansatzpunkt sind dabei die Hochschulen als jene Institutionen, in denen die Zukunft erdacht und in Teilen gemacht wird.

Mit der Demokratie an den Hochschulen ist es nicht weit her. Die Professor*innenschaft stellt in den akademischen Senaten dieser Republik immer noch 50% + 1 und trifft regelmäßig Entscheidungen, die den Interessen der Studierenden diametral entgegenlaufen. Oft werden nichtmal die studentischen Stimmen ernstgenommen und Entscheidungen in irgendwelchen Kommissionen verlagert. In Bayern gibt es nicht mal eine verfasste Studierendenschaft, in Sachsen-Anhalt gibt es ein Austrittsrecht. Jegliches Demokratiedefizit ist inakzeptabel! Wie sollen Studierende in einer Gesellschaft, in der rechtspopulistische – und extreme Meinungen immer anerkannter werden, zu kritischen und reflektierten Menschen werden, wenn nicht mal die Hochschulen ihrem Auftrag zur Demokratieerziehung nachkommen?

Mindestens genauso offensichtlich wie die Demokratiedefizite an Hochschulen sind ihre Gerechtigkeitsdefizite. Menschen werden aufgrund verschiedenster Merkmale ausgegrenzt. Seien es rassistische, ableistische oder sexistische Motive, sei es das Einkommen der Eltern, oder die eigene Lebenslage.

Die Ungerechtigkeit beginnt dabei schon vor Start des Studiums. Die Frage, die sich vor allem Studierende aus nicht Akademiker*innenfamilien stellen sind u.a.: Kann ich mir das leisten? Unterstützt

mich jemand? Ist ein Studium das Richtige für mich? Zumindest die ersten beiden sollten in einer gerechten Gesellschaft immer mit "Ja" beantwortet werden können. Dafür haben wir als Juso Hochschulgruppen schon immer gekämpft und müssen es weiter tun. – Reiche Eltern für alle – unsere Forderung nach einem gerechten BAföG muss endlich Realität werden! Wir müssen die neuen Mehrheiten im Bundestag nutzen und gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion Mittel und Wege erarbeiten über das Hochschulrahmengesetz, das BAföG und das BMBF, endlich für eine Hochschule für alle zu sorgen. Ziel muss es sein, dass in absehbarer Zeit Kinder von Nicht-Akademiker*innen genauso oft einen Hochschulabschluss und eine wissenschaftliche Karriere verfolgen wie jene von Akademiker*innen.

Auch während des Studiums hören die Ungerechtigkeiten nicht auf. Bis heute ist es nur schwer möglich ein Studium an eine Lebenslage, die nicht dem studentischen Prototyp entspricht, anzupassen. Von einem selbstbestimmten Studium kann keine Rede sein. Besonders Carearbeit wie Elternschaft oder Pflege sind im Studium nur schwer stemmbar. Gerade Frauen leiden darunter, da sie immer noch den Großteil dieser Aufgaben übernehmen. Die Onlinelehre kann und muss auch nach der Rückkehr zur sogenannten Normalität dafür sorgen die Studierbarkeit zu erleichtern. Neben fehlender Studierbarkeit aufgrund der eigenen momentanen Lebenslage, dürfen aber auch Menschen mit Handicap nicht vergessen werden. Dass manche Hochschulen in jahrhundertealten Bauten untergebracht sind, sorgt zwar für einen gewissen Charme, ist aber aus Inklusionsgründen häufig problematisch. Barrierefreiheit endet jedoch nicht bei der Rollstuhlrampe, sondern muss auch bei der Digitalisierung des Buchbestandes der Universitätsbibliothek, bei Funksprechanlage in den Hörsälen und bei psychologischen Beratungsangeboten mitgedacht werden.

Auch im wissenschaftlichen Betrieb bessern sich Hochschulen leider nicht. Die Arbeitsbedingungen sind, wie wir alle wissen, unterirdisch. Kettenbefristungen, schlechte Bezahlung, sechzehntel Stellen und riesiger Druck werden von uns schon immer bemängelt. Auch hier liegt die Hauptlast wieder auf Frauen, weil sie den Großteil der Carearbeit übernehmen und sich unsichere Arbeitsbedingungen damit nicht vertragen. Das in Kombination mit häufigen Männerbünden an den Lehrstühlen lässt es leider nicht verwunderlich wirken, dass, laut statistischem Bundesamt, nur 26% aller Professor*innen Frauen sind. Auch hier müssen wir mit dem neuen Wind im Bundestag gemeinsam mit der SPD ansetzen und die Arbeitsbedingungen an Universitäten, natürlich auch für SHKs, verbessern. Ziel muss es sein, dass in absehbarer Zeit – auch in den MINT-Fächern – 50% aller Professor*innen Frauen sind.

Ob mit Bus oder Bahn

Im AStA-Vorstand der TU Darmstadt war studentische Mobilität einer meiner Hauptschwerpunkte. Besonders mit dem ÖPNV beschäftigt man sich in fast allen ASten/StuRas Deutschlands. In Österreich wird gerade ein Klimaticket, mit dem man im ganzen Land für einen jährlichen, leider hohen, Fixbetrag den ÖPNV nutzen kann, eingeführt. Diese Idee müssen wir in Deutschland ebenfalls verfolgen. Gerade Studierende sind häufig auf die vergleichsweise niedrigen Preise für Mobilität durch Semestertickets angewiesen. Aber auch hier gibt es noch Verbesserungspotential. Erstens haben gar nicht alle Hochschulen, gerade jene in Bayern und kleinere Standorte generell, überhaupt ein Semesterticket. Zweitens sind die Verhandlungen zwischen Verkehrsunternehmen und ASten häufig alles andere als auf Augenhöhe. Drittens sind die Rückerstattungsregelungen, wenn vorhanden, häufig nicht sozial ausgestaltet. Diese kleine Aufzählung von Missständen gilt es in den richtigen Kreisen zu artikulieren um damit eine politische Reaktion hervorzurufen.

Unsere feministische Praxis

Als (queer*)-feministischer Richtungsverband müssen wir unsere bisher geleistete feministische Arbeit immer reflektieren, überarbeiten und – vor allem – fortführen. Besonders die Verbindung mit der zweiten Säule unserer Verbandes, dem Sozialismus, lehrt uns bei der Betrachtung der Gesellschaft, dass

Ungleichbehandlungen allgegenwärtig und Solidarität mit Betroffenen allzeit geboten ist. Unsere feministische Analyse liegt dem kapitalistischen Patriarchat zugrunde, das noch immer unsere gesellschaftlichen Verhältnisse bedingt. Deswegen müssen wir als Juso Hochschulgruppen besonders Frauen in unserem Verband stärken:

Die Wichtigkeit des Frauen-Empowerment Programms lässt sich dafür in unserem Verband gar nicht überbetonen. Für viele Frauen handelt es sich beim Empowerment Programm um den eigenen Einstieg in den Verband und das erste Bilden von Netzwerken, deswegen muss es unbedingt fortgeführt werden

Ein wichtiger Teil unserer feministischen Arbeit sind die Awarenessstrukturen. Seien es die Genderplena, die Awareness-Teams auf Bundesveranstaltungen oder die Antisexismuskommision, die auf Bundesebene als Ansprechpartner*innen für die Hochschulgruppen und Landesverbände agieren. Wir haben als Verband schon viel erreicht, aber als Mann ist es mir ein großes Anliegen, dass wir in Zukunft dafür sorgen, dass innerhalb unseres Verbandes die kritische Reflexion von Männlichkeit und des eigenen Verhaltens stärker behandelt wird. Das reine Lernen von Theorien, oder von verstörenden Statistiken, ist zwecklos, wenn man(n) sich diese nicht zu Herzen nimmt und danach handelt.

Für mich (als Mann) steht fest, dass Männer im Feminismus eine lernende, unterstützende, keineswegs eine gestaltende, Rolle zukommen muss.

Lehren aus Corona

Wahrscheinlich sehnen sich die meisten von uns seit spätestens Mai 2020 zurück nach einem vollen Seminarraum, manche von uns haben gar noch nie einen Seminarraum, geschweige denn einen Hörsaal, von innen gesehen. Trotzdem dürfen wir uns nicht die Illusion hingeben, dass die Rückkehr zur Präsenz eine einfache wird. Wie in der Einleitung dieses Schreibens schon angerissen, müssen wir die (wenigen) Verbesserungen, die die Corona-Lehre brachte, zu nutzen wissen. Wir müssen klar machen, dass wir eine einfache Rückkehr zur Präsenzlehre nach Gusto der Lehrbeauftragten nicht akzeptieren. Besonders Vorlesungsaufzeichnungen in jeder Veranstaltung würden sonst sicherlich schmerzlich vermisst werden.

Die wichtigste Lehre aus Corona ist aber vielleicht eine ganz andere: Die Hochschulen, die sich lange mal mehr, mal weniger Innovationen in der Lehre verschlossen haben, sind doch durch externen Druck wandelbar. Zwar lief anfangs fast gar nichts gut, manches tut es heute noch nicht, aber die Hochschulen haben bewiesen, dass sie, wenn sie denn müssen, ihre Lehre doch stark verändern können. Diese Einsicht müssen wir in Zukunft nutzen um den politischen Entscheidungsträger*innen aufzuzeigen, dass eine grundlegende Reform der Lehre, hin zu den Wünschen der Studierenden, möglich und auch nötig ist.

Allgemeines über mich

Seit dem Wintersemester 18/19 studiere ich Informatik und Politikwissenschaft an der TU Darmstadt. Durch Genoss*innen habe ich damals von den Juso-Hochschulgruppen erfahren und bin seitdem ein Teil davon. Dort wurde ich 2019 zum Sprecher gewählt. Dieses Amt führte ich bis zu meiner Wahl zum Landeskoordinator der Juso-Hochschulgruppen Hessen im Jahr 2020 aus. Als Landeskoordinator wurde ich in den SPD-Landesvorstand kooptiert und durfte als Kontaktperson zur SPD-Landtagsfraktion die ersten Schritte der Novelle unseres Hochschulgesetzes begleiten. Von 2019 bis 2021 war ich Referent für Mobilität und Personal im Vorstand des AStAs der TU Darmstadt. Seit 2019 bin ich ebenfalls Mitglied des Studierendenparlamentes dessen Präsident ich inzwischen sein darf.

Den Bundesverband der Juso HSG kenne ich seit Ende 2018, damals durfte ich mein erstes BKT als Delegierter besuchen. Seitdem war ich immer entweder als Delegierter meiner Hochschulgruppe oder

als Landeskoordinator dabei. Seit 2019 nahm ich ebenfalls an den vielen Seminarwochenenden oder sonstigen Bundesveranstaltungen teil.

Die Erfahrungen, die ich bis jetzt in der Hochschulpolitik vor Ort, auf Landesebene, oder im Austausch mit anderen Hochschulgruppen auf Bundesveranstaltungen, sammeln durfte, haben mich stark geprägt. Im Folgenden möchte ich euch mitteilen, welche Erfahrungen ich aus verschiedenen Diskussionen mitnehmen konnte:

Ich danke den Juso Hochschulgruppen Hessen für die Nominierung und freue mich darauf euch auf dem BKT im November kennenzulernen. Wenn ihr im Vorfeld bereits Fragen zu mir oder meiner Kandidatur habt, könnt ihr mich jederzeit unter 0172/4782112 erreichen oder mich zu eurem LKT einladen.

Antragsbereich A: Arbeitsprogramm

Antrag A1_21

Antragssteller*in: Bundesvorstand

Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

A1_21 Hell aus dem dunklen Vergangnen... – Das Arbeitsprogramm der Juso-Hochschulgruppen 2021/22

Corona, Klima-Krise, konservative Dominanz: Die letzten Jahre waren für uns als Studierende, als linker Verband, als Teil der sozialistischen Bewegung nicht immer leicht. Besonders die Pandemie hat uns Ungleichheit, Ungerechtigkeiten und Spaltungen aufgezeigt, die sich tiefer offenbarten als lange zuvor. Aber gerade aus diesem *dunklen Vergangnen* möchten wir Juso-Hochschulgruppen mit unserem Arbeitsprogramm, mit unseren Visionen für eine linke Zukunft und unseren Vorstellungen für eine progressive Hochschulpolitik einen Weg in eine *helle* Zukunft aufzeigen.

Kämpfen lohnt sich – die Juso-Hochschulgruppen nach der Bundestagswahl

Gemeinsam mit der SPD und den Jusos haben wir Juso-Hochschulgruppen uns schon lange auf diese Bundestagswahl vorbereitet und sind sowohl inhaltlich als auch personell stark in den Wahlkampf gestartet. Im Prozess zum Zukunftsprogramm der Partei haben wir unsere hochschulpolitischen Forderungen erfolgreich platzieren und gemeinsam mit den Jusos für ein linkes Parteiprogramm streiten können. Junge Kandidierende – viele mit Hochschulgruppenvergangenheit – haben sich auf den Weg in den Bundestag gemacht und mit unserer Jugendkampagne waren wir seitdem Frühsommer analog und digital unterwegs, um für linke Mehrheiten und eine starke SPD zu streiten. Dass die SPD am 26. September ein solches Ergebnis einfahren konnte, ist vor allem das Verdienst der vielen Wahlkämpfer*innen vor Ort, und dazu gehört auch Ihr Hochschulgrüpler*innen! Auf dem Campus und im Wohnheim, vor der Mensa und an der Haltestelle, online und offline haben Juso-Hochschulgrüpler*innen die letzten Monate alles gegeben, um in der nächsten Legislaturperiode progressive Hochschulpolitik umsetzbar zu machen und unfassbar viele junge Kandidierende in die Parlamente zu bringen. Insgesamt haben 49 Jusos den Einzug in den Deutschen Bundestag geschafft und auch viele (neue) Abgeordnete mit Hochschulgruppen-Vergangenheit sind dabei. Darauf können wir alle sehr stolz sein.

Jetzt geht die Arbeit aber erst richtig los: Wir werden auch die nächsten vier Jahre mit linken Mehrheiten für einen echten Neustart beim BAföG, bezahlbaren Wohnraum für Studierende, kostenfreien ÖPNV und vieles mehr streiten. Dazu werden wir die SPD in die Pflicht nehmen und weiterhin gemäß unserer Doppelstrategie agieren. Das bedeutet für uns, sowohl innerhalb der Partei als auch gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen für eine linke Hochschulpolitik zu kämpfen!

(Heraus-)Gefordert wie nie: Unser Verband

Als Verband blicken wir auf zwei schwierige Jahre zurück. Im März 2020 änderten sich plötzlich die Bedingungen unserer Arbeit: Ein Zusammenkommen unserer Mitglieder in Präsenz war nicht mehr möglich, die Hochschulgruppen vor Ort mussten sich und ihre Aktivitäten vollständig auf den digitalen Betrieb umstellen, unsere Bildungsarbeit und geplanten Veranstaltungen mussten zu großen Teilen

38 ausfallen. Gleichzeitig waren wir mit politischen Fragestellungen konfrontiert, die die Pandemie mit sich
39 brachte und auf die wir schnell und klar reagieren mussten, auch wenn das Pandemie-Geschehen uns
40 scheinbar immer einen Schritt voraus war.

41 Trotz alledem ist es uns gelungen, den Verband – insbesondere durch digitale Bildungs- und
42 Vernetzungsangebote – zusammen zu halten und eine laute studentische Stimme in der Corona-Krisen-
43 Politik zu sein. Wie sehr es in dieser schwierigen Zeit auf uns ankam, zeigte sich insbesondere an der
44 vollkommenen Ignoranz der Bundesbildungsministerin Karliczek gegenüber studentischen Anliegen,
45 aber auch am oft unkoordinierten und studierendenunfreundlichen Agieren der Hochschulleitungen vor
46 Ort.

47 Die Notwendigkeit unserer Arbeit und unsere Verantwortung für die Studierenden waren es, die den
48 Verband in der Krisenzeit zusammengehalten hat. Das gibt uns auch weiterhin die Perspektive für den
49 Umgang mit kommenden politischen Herausforderungen: Denn die Lage an den Hochschulen ist alles
50 andere als gut. Sie waren im politischen Diskurs und Handeln keine Priorität und scheinen nun, im
51 Angesicht einer Normalisierung der Lage, lediglich nach einfachen, aber oft nicht nachhaltigen und
52 gerechten Lösungen zu suchen. Unsere Aufgabe als Juso-Hochschulgruppen ist es, jetzt nicht nur auf
53 Krisengeschehen zu reagieren, sondern aus Krisenerfahrungen Visionen und konkrete Forderungen für
54 die Zukunft der Hochschulen abzuleiten und diese auf allen Ebenen einzubringen.

55 Ohne den entschlossenen und im Angesicht neuer Herausforderungen innovativen Einsatz der
56 **Hochschulgruppen vor Ort und der Landeskoordinationen in den Ländern** wäre vieles nicht möglich
57 gewesen. Das führt uns auch für die Zukunft vor Augen, dass die LKOn und HSGn gleichsam Herzstück
58 und Gerüst dieses Verbandes sind, wenn es darum geht, unsere Werte und Forderungen in die Breite der
59 Hochschullandschaft zu tragen.

60 Unbestreitbar ist aber auch, dass der Verband unter der Zeit der politischen Krisen und der
61 Unmöglichkeit vieler altbewährter Arbeitsabläufe gelitten hat. Umso wichtiger ist es, Problemlagen, die
62 sich vor Ort und in den Ländern entwickelt haben, zu analysieren und anzugehen. Ein enger inhaltlicher
63 Austausch und gute strukturelle Unterstützung innerhalb des Verbandes durch Bildungs-,
64 Qualifizierungs- und Vernetzungsangebote bleiben daher auch in Zukunft unerlässliches Hauptanliegen
65 der Verbandsarbeit. Eine zentrale Rolle werden dabei weiterhin die Landeskoordinationen als
66 Bindeglieder zwischen Bundesvorstand und der Arbeit vor Ort spielen.

67 Gemeinsam mit Euch – dem gesamten Verband – wollen wir im kommenden Arbeitsjahr eintreten für
68 emanzipatorische, gerechte und progressive Hochschulpolitik. Die Grundlage dafür bildet unser
69 Selbstverständnis als sozialistischer Verband, dass wir in der gemeinsamen Arbeit und
70 Auseinandersetzung stets neu reflektieren und ausverhandeln.

71 **Emanzipatorisch und progressiv: unser linkes Selbstverständnis**

72 Nachdem unsere Generation sich lange gefragt hatte, wofür ihre Jugendjahre wohl mal in Erinnerung
73 bleiben würden, wurde die Antwort darauf in den letzten Jahren immer offensichtlicher: Ein
74 Krisenphänomen reiht sich an das andere und die spätkapitalistische Variante der Moderne scheint
75 keine Lösungen darauf zu finden, sondern in der Konkurrenz mit autoritären Modernitätskonzeptionen
76 immer öfter den Kürzeren zu ziehen.

77 Besonders junge Menschen zeigen sich mit diesem Versagen gegenüber den Krisen des Klimas, des
78 Gesundheitswesens, des Gerechtigkeits- und Vermögensversprechens des Kapitalismus nicht mehr
79 einverstanden. Es ist nicht nur die übliche Rebellion der Jugend gegen ihre Elterngeneration. Es ist die
80 Erkenntnis, dass dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystem nicht die richtigen Antworten bieten
81 kann, um der Menschheit dauerhaft ein lebenswertes Dasein zu ermöglichen.

Der Unmut über diese Unzulänglichkeit äußert sich in politischem Engagement oder privatem Eskapismus, drückt sich aus durch den eigenen Lebensstil oder die Lebensmission. Er stellt sich jedoch auch besonders im Internet dar – an dem Ort, an dem wir unseren Interessen nachgehen, Zeit totschlagen und uns informieren. *Gesellschaftskritische Accounts* – ob Meme-Seiten oder solche mit pastelligen Infografiken – erfreuen sich großer Beliebtheit. Aber auch in der analogen Welt gewinnen linke Bewegungen an Zulauf, seien es antirassistische Demonstrationen oder umweltpolitische Gruppierungen. Die breit gefasste gesellschaftliche Linke scheint populär wie lange nicht mehr.

Diese Dynamik kann uns als sozialistischer Verband nur zuträglich sein und auch wir wollen uns verorten innerhalb dieser Bewegung – kritische Potenziale aufgreifen und nutzbar machen. Dabei gilt es für uns, jetzt nicht in einfache Muster der Krisenerklärung zu verfallen, sich in einer Kapitulation vor den Verhältnissen in individualistischen Eskapismus zurückzuziehen oder sich auf einer vermeintlich einfachen bipolaren Aufteilung der Welt in „gut“ und „böse“ auszuruhen.

Wir wollen stattdessen die aktuellen Potenziale nutzen, um progressive Antworten auf die Krisen zu finden: in steter Auseinandersetzung mit unseren theoretischen Überzeugungen und in der Überführung dieser in unsere politische Praxis. Das bedeutet für den Bereich unserer Grundwerte:

- Im Sinne eines **sozialistischen Kampfes für Gerechtigkeit** streben wir nach einer Gesellschaft frei von jeglichen Zwängen. Wir erkennen das aktuelle kapitalistische Wirtschaftssystem beziehungsweise die spätkapitalistische Entwicklungsphase, in der wir uns derzeit befinden, als ursächlich für Ausbeutung, Unterdrückung und Sachzwänge weltweit an und streben danach, dieses mit demokratischen Mitteln zu überwinden. In unserer Analyse der kapitalistischen Verhältnisse übertragen wir die Verantwortung dieser Zustände jedoch nicht auf Einzelpersonen oder Gruppen und nehmen den leichten Ausweg, unsere Kritik zu personalisieren, sondern verstehen den Kapitalismus als komplexes und historisch gewachsenes Phänomen. Die Überwindung des Kapitalismus bedeutet für uns nicht die Überwindung der Werte von Aufklärung und Demokratie, sondern die Entwicklung hin zu einem demokratischen Sozialismus.
- Eine Gesellschaft der Freien und Gleichen bedeutet auch eine Gesellschaft frei von geschlechtlichen Zwängen. Um dieses Ziel zu erreichen, orientiert sich unser **Feminismus** an der materiellen und ökonomischen Situation von Frauen. Um Geschlecht als normierende Zwangskategorie im Patriarchat abzuschaffen, muss die strukturelle Diskriminierung von Frauen erkannt, benannt und bekämpft werden. Wir erkennen die Dialektik zwischen Identitätspolitik und theoretischer Gesellschaftsanalyse an und weigern uns, diese einseitig aufzulösen. Deshalb darf eine identitäre Betroffenheitspolitik nie der einzige Ausgangspunkt unseres Feminismus sein, aber wir müssen uns gleichzeitig in unserem realpolitischen Engagement auf eine positive Identitätspolitik des politischen Subjekts Frau beziehen.
- Der **Internationalismus** gehört von Beginn an zum Kern der sozialistischen Bewegung. In Zeiten des globalisierten international vernetzten Weltwirtschaftssystems darf die Antwort antikapitalistischer Aktivist*innen nicht der Rückzug in das Nationale sein. Gegen Umweltzerstörung, Finanzkriminalität und globale Ausbeutung kann nur international und solidarisch vorgegangen werden. Und auch autoritären und totalitären Ideologien wie Faschismus oder Islamismus, die global auf dem Vormarsch sind, muss international etwas entgegengesetzt werden. Kulturrelativismus und einfache Dichotomien sind dabei nicht in der Lage, komplexe internationale Verknüpfungen adäquat abzubilden. Wir verstehen unseren Internationalismus deshalb emanzipatorisch und universalistisch.

Diese theoretischen Grundwerte bilden für uns stets die Grundlage unserer Gesellschafts- und Politikanalyse und sind zentral für unsere Betrachtung einzelner Politikfelder und die Entwicklung

128 unserer Forderungen. Aus diesem Grund messen wir der Theoriearbeit eine gleichberechtigte Stelle
129 neben unserer politischen Praxis bei.

130 ***Wir sind die Zukunft und wir sind die Tat – Unsere Handlungsschwerpunkte 2022***

131 Vielfältige Krisen, Ungerechtigkeiten und der Lauf politischer Diskurse verpflichten uns als Juso-
132 Hochschulgruppen, unseren Blick auf zahlreiche Handlungsschwerpunkte zu legen, diesen Blick stetig
133 zu weiten und zu schärfen und die richtigen Ansätze für unsere Arbeit zu entwickeln. Als linker
134 Studierendenverband begreifen wir uns dabei in einer vielseitigen Rolle: Die Einbringung unserer
135 Forderungen und Visionen passiert vor Ort in den hochschulpolitischen Gremien, in Bündnissen, über
136 Netzwerke mit Stake-Holder*innen und zivilgesellschaftlichen wie politischen Akteur*innen und über
137 unsere Expert*innen-Rolle innerhalb der SPD auf lokaler, Landes- und Bundesebene.

138 Einen der größten dieser Schwerpunkte wird in der Zukunft weiterhin das **BAföG** darstellen sowie seine
139 dringend notwendige **Reform**. Denn eine Reformierung der Studienfinanzierung wird kommen – ganz
140 unabhängig davon, welche neue Regierung sich nach den Bundestagswahlen zusammenfindet. Für uns
141 steht dabei fest: Es ist nicht die Zeit für notdürftige Schönheitsreparaturen an einer
142 heruntergekommenen Struktur. Nach 50 Jahren BAföG ist die Zeit für eine Kernsanierung gekommen.
143 Elternunabhängigkeit, Bedarfsgerechtigkeit, Vollzuschuss, Krisenmechanismus, Digitalpauschale: Wir
144 haben konkrete Forderungen für den Neustart beim BAföG und wir stehen bereit, den Reform-Prozess
145 konstruktiv und kritisch zu begleiten, unsere Forderungen einzubringen und für eine Studienfinanzierung
146 zu kämpfen, die es endlich allen Menschen erlaubt, selbstbestimmt und in finanzieller Sicherheit zu
147 studieren.

148 Neben der Studienfinanzierung ist **Wohnraum** die große soziale Frage, die sich Studierende stellt: Die
149 Durchschnittsmieten machen für viele Studierende einen Großteil ihres monatlichen Budgets aus. Nur
150 noch jede*r Zehnte ist in Wohnheimen der Studierendenwerke untergebracht. Trotzdem ist der Blick
151 allein auf studentisches Wohnen nicht ausreichend, wenn wir Wohnraum und die Mechanismen seiner
152 ungleichen Verteilung gesamtgesellschaftlich begreifen und angehen wollen.

153 Wir setzen uns weiter dafür ein, dass durch konsequente Regulierungen am Wohnungsmarkt steigenden
154 Mieten der Riegel vorgeschoben wird und durch massive Investitionen in Neubauten alle Menschen ein
155 bezahlbares Dach über dem Kopf haben. Wir wollen uns dem Thema Wohnraum in Zukunft weiterhin
156 widmen und dabei noch stärker einem gesamtgesellschaftlichen und allgemeinpolitischen Blick
157 unterziehen.

158 **Nach der Corona-Krise** ist klar, dass an unseren Hochschulen ein umfassender **Wandel** stattfinden
159 muss. Wir begreifen die momentane Phase der Normalisierung an den Hochschulen nach drei Online-
160 Semestern als eine Chance, neue Anstöße in der Hochschulpolitik zu setzen und wehren uns gegen
161 Kräfte, denen ein einfaches Zurück in den „Normalzustand“ lieb und bequem ist. Denn einen
162 „Normalzustand“ gibt es nicht mehr: Die Problemlagen, die die Pandemie sichtbar gemacht hat, müssen
163 jetzt angegangen werden, etwa im Bereich der digitalen und sozialen Infrastruktur, des Lehr- und
164 Prüfungsbetriebs, der finanziellen Sicherheit Studierender und der mentalen Gesundheit aller
165 Hochschulangehörigen. Viele Erfahrungen aus den Online-Semestern zwingen uns und regen uns
166 zugleich an, bisherige Selbstverständlichkeiten auf den Prüfstand zu stellen und neue Visionen und
167 Forderungen zu entwickeln, die wir in die Entwicklung eines „**Campus der Zukunft**“ einbringen wollen.

168 Ein Campus der Zukunft muss dabei ein **Campus für alle** sein. Doch gleich der Gesellschaft sind auch
169 Hochschulen Räume, in denen Rassismus noch immer fest verankert ist: In der Corona-Krise waren es
170 vor allem internationale Studierende deren Stimmen ungehört blieben, die nicht einreisen durften oder
171 am Wohnungsmarkt scheiterten. In der Pandemie haben sich rassistische Ressentiments vertieft. Die
172 unsichtbaren Hürden beim **Hochschulzugang** wurden durch die Corona-Krise weiter verschärft und

173 treffen damit besonders Studierende mit Migrationsgeschichte, die ohnehin an Hochschulen
174 unterrepräsentiert sind. Das Phänomen des **strukturellen und institutionellen Rassismus** macht nicht
175 vor den Bildungseinrichtungen Halt und es schmälert die Bildungschancen der Betroffenen. Wie wir das
176 bekämpfen können, damit wollen wir uns im nächsten Jahr intensiver beschäftigen.

177 Die Pandemie hat ein erschreckendes Maß an Wissenschaftsfeindlichkeit in der Gesellschaft zutage
178 gebracht. Diese geht oft mit verschwörungsideologischem und faschistischem Gedankengut einher. Wir
179 stehen für eine **freie und kritische Wissenschaft**, die in der Lage sein muss, sich gesellschaftliches und
180 politisches Gehör zu verschaffen, um wichtige Prozesse der Veränderung durch ihre Erkenntnisse
181 bereichern zu können. Wir kämpfen für eine freie Wissenschaft weltweit und nehmen dabei auch die
182 internationalen Studierendenbewegungen in den Blick, die sich in ihren Ländern gegen Repressionen
183 autoritärer Regime in der Wissenschaft und an den Hochschulen wehren.

184 Globale Pandemie, Waldbrände in diversen Regionen der Welt und die Überschwemmungen in
185 Deutschland im Sommer 2021: Die **Klimakrise** ist real und sie ist hier. Wir Juso-Hochschulgruppen
186 sehen uns dem Kampf um globale Klimagerechtigkeit verpflichtet und für uns bleibt klar: Der
187 Klimawandel lässt sich nur stoppen, wenn das System, welches den Planeten und seine
188 Bewohner*innen systematisch ausbeutet und zerstört, überwunden wird. Doch das entlässt uns nicht
189 aus der Pflicht, konkrete, zeitnahe und realpolitische Schritte einzuleiten, um die Erderwärmung
190 einzudämmen. Hochschulen spielen im Kampf um das Klima eine besondere Rolle, denn sie sind
191 einerseits Lern-, Lehr- und Arbeitsraum für viele Menschen und tragen somit zum Ressourcenverbrauch
192 bei. Andererseits liefern sie als Orte von Forschung und Lehre einen wichtigen Teil zur
193 wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlage des Klimaschutzes. In dieser Verantwortung
194 wollen wir Hochschulen weiterhin begreifen und durch unsere Arbeit und Einflussnahme vor Ort konkret
195 daran arbeiten, dass sie dieser Verantwortung durch Veränderungen auf den einzelnen Gebieten wie
196 Ernährung, Mobilität, Ressourcenverbrauch, Lehre und Forschung auch gerecht werden.

197 Mit dem Arbeitskreis Europäische Hochschulen haben wir im vergangenen Jahr das inhaltliche
198 Fundament gelegt, um an der Ausgestaltung der Europäischen Hochschulallianzen und damit am
199 weiteren Zusammenwachsen des **europäischen Hochschulraums** mitzuwirken. In den kommenden
200 Jahren wird der konkrete Ausbau desselben verhandelt werden. Wir möchten ein Teil dieses Prozesses
201 sein, um den europäischen Hochschulraum zu einem Ort der Solidarität und Selbstbestimmung für alle
202 Studierenden und Hochschulangehörigen zu machen. Dabei war und ist die gute Zusammenarbeit mit
203 dem Verband Sozialistischer Student_innen in Österreich (VSStÖ) eine wertvolle Bereicherung, an die
204 wir gerne anknüpfen möchten.

205 Wir sind und bleiben ein **feministischer** Verband. Das ist Leitmotiv unserer Verbandsarbeit und unserer
206 politischen Schwerpunktsetzung. Sie erschöpft sich nicht in der bloßen (und gleichsam zentralen)
207 Forderung nach einer 50-prozentigen **Frauenquote** in der Wissenschaft. Denn die Hochschulen leben
208 als soziale Räume wie auch die gesamte Gesellschaft zu weiten Teilen von der Arbeit von Frauen,
209 sowohl im Sorge- als auch im Verwaltungsbereich. Und diese Arbeit ist noch immer tendenziell
210 unsichtbar, ungeschätzt und unterbezahlt. Orientiert an ihren materiellen Realitäten und ihrer
211 ökonomischen Situation wollen wir den **Blick auf die Situation von Frauen an den Hochschulen**
212 thematisch noch einmal dahingehend weiten, ihn auf alle Hochschulangehörigen zu beziehen.

213 Das Thema **Gute Arbeit** wird uns aber auch generell beschäftigen. Die anstehende Evaluation des
214 Wissenschaftszeitvertragsgesetzes wird zutage fördern, was uns schon klar ist: Arbeit in der
215 Wissenschaft ist oft prekär und die jetzige Gesetzeslage gleichwohl unzulänglich, um diese Missstände
216 anzugehen. Auch hier sind oft Frauen die Leidtragenden. Mit der Kampagne #IchbinHannah hat die
217 Situation insbesondere junger Nachwuchswissenschaftler*innen mediale und politische
218 Aufmerksamkeit erzielt, die es nun gilt, fruchtbar zu machen. Wir streiten dabei weiterhin an der Seite
219 junger Wissenschaftler*innen und Gewerkschaften für geregelte Arbeitszeiten, entfristete Stellen und

220 sichere Karrierewege. Diese Position wollen wir in der Evaluation und hoffentlich anschließenden
221 Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes vertreten. Daneben streiten wir weiter für Tarifverträge
222 für studentische Beschäftigte.

223 Gemeinsam mit den Gewerkschaften wollen wir außerdem die **Fachhochschulen** und die
224 fortschreitende **Akademisierung** großer Berufsfelder sowie das Thema **Duales Studium** in den Blick
225 nehmen. Fachhochschüler*innen und dual Studierende sind in unseren Verbandsstrukturen noch immer
226 unterrepräsentiert. Wir wollen den Fragen nachgehen, wie wir einerseits studentische Mitbestimmung
227 und Mitgliedergewinnung auch an den Fachhochschulen fördern können und andererseits welche
228 Akzente eine zeitgemäße jungsozialistische Studierendenpolitik an Fachhochschulen setzen kann.
229 Zusätzlich zu der Auseinandersetzung mit unserer Verbandsarbeit und konkreter Hochschulpolitik an
230 Fachhochschulen möchten wir uns des Weiteren theoretisch mit unserem Bildungsideal
231 auseinandersetzen und auf den Prüfstand stellen, inwiefern dieses der Realität der Fachhochschulen
232 angepasst werden muss.

233 **Antisemitismus** hat in den vergangenen Jahren alarmierenden Auftrieb erhalten. Immer wieder werden
234 Jüd*innen Opfer von Anfeindungen und Gewalt – immer öfter geschieht das auch im vermeintlich
235 aufgeklärten Hochschulkontext. Der heutige Antisemitismus hat viele Facetten, stellt jedoch in jedem
236 Falle eine reale Bedrohung für die Betroffenen dar. Mit Sorge beobachten wir insbesondere das
237 Eindringen antisemitischer Denkmuster in die Wissenschaft und die Aufweichung
238 antisemitismuskritischer Konsense etwa durch die Relativierung des Holocaust in Form
239 unangemessener Gleichsetzungen, die Negierung antiisraelischen Antisemitismus und die
240 Verharmlosung und den damit einhergehenden Raumgewinn der Boycott, Divest and Sanctions
241 Bewegung (BDS). Für uns Juso-Hochschulgruppen ist klar: Antisemitismus darf an Hochschulen
242 niemals Normalität sein. Dieser klaren Position verschreiben wir uns weiterhin, u.a. durch den
243 Unvereinbarkeitsbeschluss mit BDS und durch konkrete Arbeit gegen Antisemitismus an den
244 Hochschulen, in Politik und Gesellschaft. In unserer Verbandsarbeit wollen wir in Zukunft daher ein
245 starkes Augenmerk auf entsprechende Bildungsarbeit legen und eine kritische Perspektive auf
246 aufkommende antisemitische Argumentationsmuster in Lehre und Forschung einnehmen.

247 Zusätzlich wollen wir uns in Zukunft stärker dem Thema **Antiziganismus** widmen. Besonders die
248 Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass antiziganistische Ressentiments und Denkmuster
249 weit in der Gesellschaft verbreitet sind. Wir wollen in unserer Bildungsarbeit über das Thema aufklären
250 und Handlungsoptionen entwickeln, um es auch in der Breite der Gesellschaft anzusprechen und sich
251 Antiziganismus entgegenzustellen. Zugleich wollen wir uns mit der Situation von Sinti*innen und Rom*innen
252 an Hochschulen beschäftigen, uns mit Akteur*innen vernetzen und so mehr über konkrete
253 Problemlagen und Unterstützungsmöglichkeiten erfahren.

254 Neben diesen Schwerpunkten bilden unser jungsozialistisches Bildungsideal, unsere Grundwerte
255 Sozialismus, Feminismus, Internationalismus und unser Kampf gegen Faschismus weiterhin den
256 Rahmen all unserer inhaltlichen Arbeit. Sie sind der Kompass, mit dem wir unseren (manchmal auch
257 unvorhergesehenen) Herausforderungen entgegentreten können. Wir kämpfen für demokratische und
258 offene Hochschulen, gegen rechte und reaktionäre Bestrebungen anderer und zuletzt immer für das
259 Gute Leben der Freien und Gleichen.

260 **Zusammen streiten, zusammen arbeiten, zusammenkommen – Unser Bildungsprogramm**

261 Unser Verband lebt durch seine intensive Bildungsarbeit, im Rahmen derer wir unsere Positionen immer
262 wieder diskutieren, schärfen, entwickeln und uns mit elementaren politischen wie gesellschaftlichen
263 Fragen beschäftigen. Sie dient dazu, unserem Anspruch gerecht zu werden, die aktuelle
264 gesellschaftliche Konstellation stets theoretisch zu reflektieren sowie in unsere Praxis zu überführen.

265 Das Bildungsprogramm dient darüber hinaus auch der Vernetzung und Qualifizierung der einzelnen
266 Juso-Hochschulgrüpler*innen und ist auch deshalb Herzstück unserer Arbeit.

267 Nach einer langen Zeit, in der Bildungsarbeit nicht wie gewohnt stattfinden konnte, wollen wir im
268 folgenden Jahr sowohl auf altbewährte Formate zurückgreifen als auch neue Formate ausprobieren und
269 dabei auch Erfahrungen aus der digitalen Bildungsarbeit einfließen lassen.

270 Auch im nächsten Jahr werden wir auf zwei **Seminarwochenenden** wieder eine Breite an
271 hochschulpolitischen Themen behandeln und mit Mitgliedern des Verbands diskutieren. Dabei wollen
272 wir einen guten Ausgleich zwischen Theorie und Praxis, zwischen Hochschul- und Allgemeinpolitik,
273 zwischen Diskussion und Best-Practice-Austausch finden.

274 Die **Konferenz der Landeskoordinationen** wird auch im nächsten Jahr wieder stattfinden und einen
275 Rahmen für intensiven Verbandsaustausch wie inhaltliche Arbeit geben.

276 Mit der **Aktivenkonferenz** hoffen wir, im kommenden Jahr nun endlich dieses neue Format auch in
277 Präsenz durchführen zu können. Die Aktivenkonferenz soll ein Zusammenkommen einer Vielzahl von
278 Juso-Hochschulgrüpler*innen, die für uns in den unterschiedlichen hochschulpolitischen Gremien
279 sitzen, sein und einen intensiven Austausch über Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Anregungen in
280 der politischen Arbeit ermöglichen. Dabei wollen wir eine Verbindung finden zwischen praktischer
281 hochschulpolitischer Arbeit und unserer inhaltlichen Ausrichtung als Verband.

282 Den Höhepunkt des Arbeitsjahres wird 2022 wieder der **Bildungspolitische Kongress** gemeinsam mit
283 der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin darstellen, in dem wir unter einer großen Fragestellung mit
284 Wissenschaftler*innen, Politiker*innen und Hochschulaktiven diskutieren wollen. Die Einbindung der
285 neu in den Bundestag gewählten ehemaligen Juso-Hochschulgrüpler*innen ist uns dabei ein
286 besonderes Anliegen.

287 Mit der vierten Edition unseres **Frauen-Empowerment-Programms** wollen wir an die feministische
288 Erfolgsgeschichte dieses Projekts anschließen und damit Frauen im Verband eine Plattform für
289 Qualifizierung und Vernetzung bieten.

290 Mit **digitalen Arbeitskreisen** wollen wir zudem die Möglichkeit zu intensiver Bearbeitung spezifischer
291 Themen für Expert*innen und besonders interessierte Juso-Hochschulgrüpler*innen schaffen. Zudem
292 werden wir erproben, inwieweit sich neue digitale Bildungsformate in Zukunft als eine Ergänzung zu
293 unserem klassischen Bildungsprogramm eignen.

294 **Wenn wir zusammen gehen... – Unsere Bündnispartner*innen**

295 Ob in unserer hochschulpolitischen Arbeit, bei Bildungsveranstaltungen oder unserem
296 zivilgesellschaftlichen Engagement – wir Juso-Hochschulgruppen setzen stets auf intensive
297 Bündnisarbeit und ziehen aus der Kooperation mit unseren Partner*innen stets viel Motivation und neue
298 Erkenntnisse.

299 Allen voran gehören dazu die **Jusos**, mit denen wir stets ein sehr enges Verhältnis pflegen. So haben
300 wir im vergangenen Jahr gemeinsam erfolgreich die Jugendwahlkampagne zur Bundestagswahl
301 geplant und durchgeführt und so viele junge Kandidierende bei ihrem Wahlkampf unterstützt. In den
302 kommenden Jahren wollen wir gemeinsam mit den Jusos den regelmäßigen Austausch mit den jungen
303 Bundestagsabgeordneten der SPD-Fraktion suchen. Die Jusos sind unsere engsten Partner*innen im
304 Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

305 Unser Verhältnis zur **SPD** bleibt wie eh und je konstruktiv, aber kritisch. Wir haben uns dieses Jahr
306 intensiv im Programmprozess, in der personellen Besetzung und nicht zuletzt im Bundestagswahlkampf

307 eingebracht, um für eine gerechte Bildungspolitik zu kämpfen. Wir bleiben aber trotzdem die Kraft, die
308 – ganz im Sinne der Doppelstrategie mit einem Bein in außerparlamentarischen Bewegungen – die SPD
309 stets in Richtung linker und progressiver Positionen schubst.

310 Auch im letzten Jahr hat der **freie Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs)** zu unseren
311 engsten Bündnispartner*innen gehört. Gemeinsam mit ihm streiten wir seit Jahren für die Interessen
312 der Studierenden und werden das auch weiter tun.

313 Dazu gehört auch die Zusammenarbeit in diversen **Bündnissen** und **Zusammenschlüssen** rund um das
314 Thema **BAföG**. Die Studienfinanzierung als Kernthema der Juso-Hochschulgruppen möchten wir auch
315 in der kommenden Zeit in das Zentrum unserer Kooperationen stellen.

316 Genauso stellt die Mitarbeit in **feministischen Bündnissen** zu den Fragen der Legalisierung von
317 Abtreibung, sexueller Selbstbestimmung und zum Frauenkampftag einen wichtigen Pfeiler unserer
318 Bündnisarbeit dar.

319 Während der Corona-Zeit hat das **Deutsche Studentenwerk (DSW)** [sic!] mit der Auszahlung der Corona-
320 Soforthilfen eine undankbare, aber unfassbar wichtige Aufgabe übernommen, und vielen Studierenden
321 das Durchstehen dieser Krise erleichtert. Wir haben in der Vergangenheit stets sehr gute Kontakte zum
322 DSW gepflegt und möchten dies auch zukünftig beibehalten.

323 Der **Bund Demokratischer Wissenschaftler*innen (BDWi)** als ein wichtiger Zusammenschluss linker
324 Hochschulangehöriger steht uns nicht nur inhaltlich nah, sondern ist auch ein guter Kontakt über die
325 Ebene der Studierenden hinaus.

326 In den letzten Jahren haben wir als Juso-Hochschulgruppen häufig unsere Verbandspositionen in den
327 **Jungen Perspektiven**, der jungen Rubrik der Zeitschrift Perspektiven DS, darstellen dürfen. Diese
328 Chance möchten wir auch weiterhin nutzen und unsere Zusammenarbeit mit den Jungen Perspektiven
329 vertiefen.

330 In unserem Kampf für eine Tarifbezahlung von studentischen Hilfskräften und gerechte
331 Arbeitsbedingungen am Campus für alle sind uns die **Gewerkschaften und ihre Jugenden** stets enge
332 Partnerinnen. Im kommenden Jahr möchten wir diese Kontakte besonders nutzen, um uns über die
333 Situation an Fachhochschulen auszutauschen.

334 In engem Austausch stehen wir mit unseren Kommiliton*innen von **Campusgrün**. Gemeinsam sind wir
335 nicht nur Teil diverser Bündnisse, sondern teilen auch viele Ziele auf dem Weg zu einer gerechten
336 Hochschulpolitik und arbeiten zu diesem Zweck an den Hochschulen vor Ort, auf Landes- und
337 Bundesebene mit ihnen zusammen.

338 Intensivieren möchten wir gerne unsere Kooperation mit der **Jüdischen Studierendenunion (JSUD)**. Zu
339 diesem Zwecke möchten wir auch unsere eigenen inhaltlichen Positionen in Bezug auf den Kampf
340 gegen Antisemitismus und die Stärkung jüdischen Lebens an den Hochschulen ausbauen.

341 Im letzten Jahr haben wir Kontakt aufgenommen mit dem neu gegründeten **Studierendenverband der**
342 **Sinti und Roma in Deutschland (SVSRD)**. Antiziganismus ist eine Diskriminierungsform, der auch bei
343 uns bis jetzt noch wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde und deren Bekämpfung wir deshalb in der
344 folgenden Zeit intensiver in unsere Bildungsarbeit einbinden möchten.

345 Als internationalistischer Verband liegt uns nicht zuletzt die internationale Kooperation sehr am Herzen.
346 Zuletzt war uns dabei besonders der **Verband Sozialistischer Student_innen Österreichs (VSStÖ)** ein
347 enger Partner. Diese Zusammenarbeit möchten wir fortführen und, wenn durch persönlichen Austausch
348 der Verbände ergänzen.

349 Auch die internationalen Dachverbände der sozialistischen Jugendorganisationen – die **International**
350 **Union of Socialist Youth (IUSY) und die Young European Socialists (YES)** – bieten gute Plattformen,
351 um den Kontakt zu internationalen Jugendverbänden aufzunehmen. Wir möchten die Möglichkeiten
352 nutzen, die diese Verbände bieten, blicken aber kritisch auf aktuelle Entwicklungen und setzen uns
353 gemeinsam mit den Jusos für progressive Positionen und den konsequenten Kampf gegen
354 Antisemitismus innerhalb der internationalen sozialistischen Bewegung ein.

355 ***... leuchtet die Zukunft hervor***

356 Mit diesem klaren Bekenntnis zu Sozialismus, Internationalismus und Feminismus und unserem Einsatz
357 gegen Faschismus möchten wir in das neue Arbeitsjahr starten und auch in Zukunft nicht nur eine starke
358 Stimme für gerechte Bildungs- und Hochschulpolitik sein, sondern auch für eine Gesellschaft frei von
359 jeglichen Zwängen streiten!

Antragsbereich D: Demokratie & Kampf gegen Rechts

Antrag D1_21

Antragssteller*in: Juso-Hochschulgruppe TU Darmstadt

Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

D1_21 Antifa statt Verfassungsschutz! – Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Verfassungsschutz

Wer "Amt für Verfassungsschutz" sagt, muss NSU sagen. 10 Jahre nach der endgültigen Aufdeckung des Haupttäter*innentrios des NSU, 8 Jahre nach Beginn des Strafprozesses gegen den harten Kern und 3 Jahre nach dessen vorläufigen Ende bleiben viele Fragen offen. Die Rolle der Sicherheitsbehörden ist (bisher) nur unbefriedigend aufgearbeitet worden. Insbesondere das Amt für Verfassungsschutz muss sich schwerwiegende Vorwürfe gefallen lassen. Zwar wurden diverse Untersuchungsausschüsse auf Landes- und Bundesebene eingerichtet, die zu teilweise erschreckenden Erkenntnissen kamen, dennoch sind aufgrund diverser Faktoren, wie z.B. parteipolitischer Manöver oder mangelnder Kooperationsbereitschaft der untersuchten Behörden, abgesehen von einigen Personalrochaden, kaum Konsequenzen gezogen worden. Daran muss sich etwas ändern.

Die problematischen Anfänge und ihr Einfluss auf Heute

Das heutige Konzept des Verfassungsschutzes hat, wie so viele Behörden der Bundesrepublik, seinen Ursprung in den Lehren, die man vermeintlich aus der Weimarer Republik gezogen hat. Konzipiert wurde er teilweise von Menschen, die vor dem Nationalsozialismus aus Deutschland fliehen mussten, oder vertrieben wurden als eine Art politische Polizei. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges hielten die Alliierten dies für eine gute Möglichkeit, einen Staatsschutz gegen politische Extremist*innen aufzubauen. Die föderalistische Komponente wurde, wie in der gesamten Verfassung, als Schutz vor zentralisiertem Missbrauch eingeführt. Des Weiteren wurde von Seiten der Alliierten verfügt, dass der neue Staatsschutz keine polizeilichen Befugnisse, wie bspw. Verhaftungen, und keine Befehlsgewalt über die Polizei haben dürfe. Dies galt für Bundes- und Landesebene.

Bei den Gründungen der ersten Behörden, die den "Verfassungsschutz" aufbauen sollten, wurde jedoch auf nationalsozialistische Altlasten zurückgegriffen, wodurch das Konzept von Anfang an unterlaufen wurde. Des Weiteren wurde am Anfang der Bundesrepublik der Feind aufgrund des aufkommenden kalten Krieges, aber natürlich auch aufgrund des eingesetzten Personals, eher links gesehen. Anfangs spielte klar der Antikommunismus eine überproportional große Rolle im Verfassungsschutz und dies scheint sich innerhalb der Strukturen auch verstetigt zu haben, wie man den Problemen der Landesämter der "neuen" Bundesländer sehen wird.

Innerhalb dieser gab es schon ab der Gründung Anfang der 90er Jahre Probleme mit einer Schieflage der thematischen Schwerpunkte. Neben den mindestens kuriosen Einträgen der DGB Jugend und der Bündnisgrünen in den Verfassungsschutzbericht, führte es im Endeffekt auch dazu, dass der NSU mit Geld ausgestattet wurde. Die jungen Verfassungsschutzbehörden wurden nämlich von "Aufbauhelfer*innen" aus dem Westen aufgebaut. Dass man dafür nicht das Beste, sondern eher das problembehaftete Personal aus dem Westen abstellte, dürfte auf der Hand liegen. Exemplarisch dafür steht das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz, dessen erster Präsident und Aufbauhelfer Helmut

Roewer war. Dieser steht stellvertretend für eine Generation von in der frühen BRD sozialisierten Sicherheitsbeamten, die durch den oben angesprochenen Antikommunismus geprägt wurden, und teilweise mit rechtsradikalen Tendenzen auffällt. Roewer ist heute Autor der Neuen Rechten bei Junge Freiheit, Compact, im Ares Verlag und tritt als Referent auf. Er kommt also ganz nach einem anderen bekannten ehemaligen Präsidenten des Bundesamtes, Hans-Georg Maaßen.

Strukturelle Probleme

Der Verfassungsschutz arbeitet mit einem Begriff, dem Extremismus, der juristisch nicht definiert ist und sozialwissenschaftlich mindestens als umstritten gilt. Er ordnet politische Bestrebungen, die sich gegen das Grundgesetz richten, als extremistisch ein. Radikal dagegen sind Ansichten, deren Ziel ein Zustand ist, der sich gerade noch innerhalb des Grundgesetzes bewegt. Dabei macht der Verfassungsschutz keine weitere Unterscheidung zwischen Links- und Rechtsextremismus. Diese Darstellung, die auch nicht innerhalb der Behörden kritisch hinterfragt wird, ist stark unterkomplex und ebenfalls ein Überbleibsel aus dem kalten Krieg. Auf der einen Seite ist die Unterscheidung zwischen Extremismus und Radikalismus mit den gegebenen Voraussetzungen unmöglich in einer objektiven Weise zu treffen und auf der anderen Seite führt die Darstellung zu einer Gleichsetzung des Links- und Rechtsextremismus. Geprägt ist diese Gleichsetzung vor allem durch Uwe Backes und Eckhard Jesse sogenannte Hufeisentheorie. Doch wie können die Phänomene Rechts- und Linksextremismus gleichgesetzt werden, obwohl nicht mal Rechts- oder Linksextremismus selbst homogene Phänomene sind? Wie kann es sein, dass laut der Extremismustheorie und demnach laut Verfassungsschutz Anarchist*innen mehr mit Nationalsozialist*innen zu tun haben als Nationalsozialist*innen mit Nationalkonservativen, die sich gerade noch so im Rahmen des Grundgesetzes bewegen, obwohl diese die gleiche ideologischen Herkunft haben und sogar in vielen Sachfragen gleicher Meinung sind? Und wie kann es sein, dass Anarchist*innen mit Kommunist*innen und Nationalsozialist*innen mit Monarchist*innen (oder Reichsbürger*innen) gleichgesetzt werden, obwohl es sich um völlig unterschiedliche Phänomene mit völlig unterschiedlichen Organisationsformen handelt? Das kann nur in einer Behörde passieren, die entweder Mitarbeiter*innen zwischen Links- und Rechtsextremismusabteilungen einfach hin und her schiebt, oder gleich einfach eine allgemeine Extremismus Abteilung einführt. So ist ein effektiver Schutz des Grundgesetzes nicht möglich! Wer die RAF bei seiner Suche im Kopf hat, findet die Kaderstrukturen der Neonazis nicht!

Ein weiteres riesiges Problem sind die V-Leute. Ganz allgemein erscheint es naiv zu erwarten, von (Führungs-)Personen aus der rechten Szene gegen Geld genaue und Erkenntnis bringende Auskünfte zu erhalten. Gefährlich wird es, wenn man diesen bis zu 100.000€ für ihre Informationen gibt, die diese dann in die Szene investieren können, um beispielsweise Mordwaffen zu kaufen. Pervers wird es, wenn man flächendeckend verhindert, dass gegen sie ermittelt wird oder Verfahren eröffnet werden, obwohl mutmaßlich schwere Straftaten von V-Leuten begangen wurden. All das und viel mehr ist jedoch im Vorfeld oder Laufe des NSU Terrors und der nachfolgenden gerichtlichen und parlamentarischen "Aufarbeitung" geschehen. Herr Roewer aus Thüringen und sein Landesamt dienen als bestes Beispiel. So stellt Herr Roewer Timo Brandt, einem der Obersten der Thüringer rechtsextremen Szene, 100.000€ zur Verfügung, damit dieser die Thüringer Szene ausbauen und sich Bundesweit vernetzen könne. Im Gegenzug wollte Roewer Informationen über die nächsten Aktionen der Szene. Diese lieferte Brandt auch, sodass die Landesregierung regelmäßig Naziaufmärsche unterbinden konnten, weil diese ja so schlecht für das Image sind. Über Kleinigkeiten wie Schießtrainings und das Besorgen von Waffen schweigt Brandt jedoch, oder aber der Verfassungsschutz gibt diese Infos nicht weiter. Beides fatal. Zu guter Letzt werden die mindestens 30 Strafverfahren gegen Brandt eingestellt und der Verfassungsschutz bittet darum die "Hexenjagd" auf Brandt doch bitte einzustellen. Die Hexenjagd auf einen bekannten Nazi. Einstellen. Von staatlicher Stelle gefordert.

Hierbei handelt es sich nur um ein Beispiel von vielen, dafür, dass V-Leute in der Neonazi-Szene eine kaum zu kontrollierende Gefahr darstellen. Schlimmer noch: sie nutzen staatliche Ressourcen, um ihre Netzwerke weiter auszubauen und zu stärken. Das V-Leute-Prinzip läuft jeglicher Rechtsstaatlichkeit zuwider und zeigt auf, dass der Verfassungsschutz die Strukturen stärkt, welche er bekämpfen sollte.

Neben der problematischen Rolle von V-Leuten in der rechten Szene, ist auch der viel zu übereifrige Einsatz dieser in der linken Szene zu beanstanden. So beispielsweise im AStA Göttingen geschehen. 2018 wurde ein Studierender, der in der akademischen Selbstverwaltung an mehreren Stellen mitwirkte und fürs Studierendenparlament kandidierte, als V-Mann enttarnt. Aufgeflogen ist der Fall durch gezielte Datenabfragen der übrigen in der akademischen und studentischen Selbstverwaltung Engagierten. Die Präsidentin des Landesamtes trat zwar zurück, jedoch nur weil der Agent enttarnt wurde.

Der Einsatz von V-Leuten ist auch dann, wenn diese keine rechtsradikalen Straftaten begehen, rechtsstaatlich fragwürdig und in der derzeitigen Form wahrscheinlich verfassungswidrig. So darf bspw. das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) gem. §§ 9a, 9b BVerfSchG ohne richterliche Anordnung verdeckte Mitarbeiter*innen und Vertrauenspersonen (V-Leute) einsetzen – eine „besondere Form der Datenerhebung“, die regelmäßig tief in das Privatleben der von der Maßnahme betroffenen Person hineinreicht. Demgegenüber urteilte das Bundesverfassungsgericht 2016, dass der Einsatz von Verdeckten Ermittler*innen bzw. Vertrauenspersonen durch das Bundeskriminalamt verfassungswidrig ist, wenn erst über die Verlängerung des Einsatzes ein*e Richter*in entscheiden muss – während beim BfV bislang weiter gar kein*e Richter*in entscheiden muss, und das BfV im Gegensatz zum BKA auch nicht erst bei einem Anfangsverdacht oder einer konkreten Gefahr tätig werden darf, sondern schon lange vorher. Dass der Bundesgesetzgeber wohl erst dann das BVerfSchG ändern wird, wenn das BVerfG seine partielle Verfassungswidrigkeit festgestellt, und es dafür erst zu einer Konstellation kommen muss, in der eine von einer solchen Maßnahme betroffene Person gegen die- im Übrigen geheime! – Maßnahme klagen kann, ist Teil des Problems.

Die oben benannten Probleme schlagen sich in dem Konzept der Verfassungsschutzberichte nieder. Die absurde Gleichsetzung von Links und Rechts, die latent faschistische Grundeinstellung der Behördenmitarbeiter*innen und die nachlässige Arbeitsweise führen dazu, dass die AfD nur als "Prüffall" bezeichnet wurde, während Initiativen wie die "VVN-BdA" oder "Ende Gelände" explizit aufgeführt wurden. Konsequenz einer Nennung im Verfassungsschutzbericht kann der Entzug der Gemeinnützigkeit sein. Neben den steuerlichen Auswirkungen erweckt eine Nennung in einem Verfassungsschutzbericht auch den öffentlichen Eindruck, als sei es bereits festgestellt, dass eine Initiative verfassungsfeindlich sei. Diese Feststellung ist aus gutem Grund den Gerichten vorbehalten. Die nachträgliche Streichung durch die Verwaltungsgerichte, betreibt bestenfalls Schönheitskosmetik, führt aber nicht zur Rehabilitation.

Rechtsstaatlichkeit und parlamentarischer Kontrollaussch(I)uss

An den oben genannten Sachverhalten erkennt man die extreme (gesellschaftliche) Macht, die der Verfassungsschutz hat. Doch wie sieht es mit Kontrollen dieser aus?

Der Verfassungsschutz unterliegt, wie jeder Teil der Exekutive, natürlich grundsätzlich der Kontrolle durch die Parlamente und kann von den Gerichten zurechtgewiesen werden. Die parlamentarische Kontrolle ist stark unterschiedlich ausgestaltet. Es gibt in den Landesparlamenten oder im Bundestag jeweils entweder einen Ausschuss, eine Kontrollkommission, oder ein parlamentarisches Kontrollgremium. Im Folgenden wird der Einfachheit halber der Begriff Kontrollgremium verwendet.

In allen Ländern plus Bund müssen die jeweiligen Fachminister*innen dem Kontrollgremium über die allgemeinen Tätigkeiten des jeweiligen Verfassungsschutzes berichten. Nur in 8 Ländern plus Bund darf über Einzelfälle oder konkrete Themen berichtet werden, was die Kontrolle der Exekutive nicht gerade

leichter machen dürfte. Die Regelungen zur Akteneinsicht und -auskunft und zur Anhörung von Mitarbeiter*innen sind in den Ländern sehr unterschiedlich und ungenau. Teilweise hat gar die Landesregierung nach eigenem Ermessen zu entscheiden, wie beispielsweise in Hessen. Auch dies scheint einer Kontrolle eher hinderlich zu sein. Im Bund hat das Kontrollgremium glücklicherweise umfangreiche Rechte in diesen Fällen. Ein großes Problem stellt in diesem Fall der Föderalismus dar. Dieser macht es unmöglich eine Stelle einzurichten, von der alle Informationen abgerufen werden können, da das jeweilige Landeskontrollgremium nur Informationen zur Landesbehörde erhält und das Bundeskontrollgremium nur Informationen zum Bundesamt. Dies macht eine effektive bundesweite Kontrolle des Verfassungsschutzes de facto unmöglich. Die den Regierungen zugeschriebenen Verweigerungsgründe tun dann ihr übriges. Das Verweigerungsrecht der Regierungen liegt dabei meist im Ermessen der Regierung selbst. Insbesondere Quellenschutz und Schutz von Partnerdiensten werden dazu angeführt. Wenn man als Innenminister*in den Verdacht hat, dass der eigene Nachrichtendienst sich in einer Sache nicht gerade mit Ruhm bekleckert hat, dann dürfte die Abwägung zwischen Verweigerungsrecht und dem Recht auf Unterrichtung des Parlamentes sehr leichtfallen.

Neben den ständigen Kontrollkommissionen wurden gerade in Bezug auf den NSU-Komplex einige parlamentarische Untersuchungsausschüsse auf Bundes- und Landesebene eingerichtet. Dieser kam unter anderem zu dem Ergebnis, dass die Aktenführung beim Verfassungsschutz einer Lotterie gleichkommt. Ob dies ganz unabsichtlich so ist, darf auch aufgrund der vielfach bescheinigten krassen Verfehlungen, bezweifelt werden. Wenn kurz nach Bekanntwerden des NSU Akten vernichtet werden, die noch keine 15 Jahre (die normale Zeit nach der inzwischen unwichtig gewordene Akten vernichtet werden) alt sind, ist der Verdacht der Vertuschung nicht gerade weit her geholt.

Weitere rechtsstaatlich fragwürdige Aktionen von politischen Verantwortlichen, wie z.B., dass Volker Bouffier als damaliger Innenminister seinen V-Leuten nicht erlaubte vor Gericht auszusagen, würden hier den Rahmen sprengen. Und das auch dann, wenn man nur die offiziellen Ergebnisse des 1. Untersuchungsausschusses im Bundestag nimmt und nicht das was anderweitige antifaschistische Recherchen seit damals noch alles ergaben.

Forderungen und Fazit

- die Abschaffung der 17 Ämter für Verfassungsschutz inkl. einer anschließenden neu strukturierten Wiedergründung mit einheitlichen Regeln zu ihren Befugnissen und Vorgehensweisen und insbesondere die Abschaffung des V-Leute-Prinzips. Dabei ist die grundsätzliche Neuordnung der Strukturen ebenso zentral wie eine personelle Neuaufstellung. Die Ausstattung der Landes- und Bundes- Verfassungsschutzbehörden mit dem Instrument der Quellen-Telekommunikationsüberwachung bzw. Staatstrojanern, lehnen wir ab
- die regelmäßige Überprüfung von Beamt*innen auf Teilnahme an Aktionen, die auf eine Abschaffung des GG, insbesondere der darin garantierten Rechte, hinwirken, durch ein neues, vom Staatsschutz unabhängiges, Organ
- mehr Transparenz, um parlamentarische Aufklärungsarbeit zu ermöglichen, darüber hinaus die unmittelbare Offenlegung der noch vorhandenen Akten aus dem NSU Komplex
- die Ermächtigung des Ständigen Bevollmächtigten des PKGr zur selbstständigen Untersuchung nachrichtendienstlicher Sachverhalte
- den polizeilichen Staatsschutz auf Strafverfolgung und Gefahrenabwehr zu beschränken
- staatlich geförderte Forschung zum Thema Extremismus und autoritärer Einstellungen, auch im Zuge wissenschaftlicher Studien über die Verbreitung innerhalb des Verfassungsschutzes

173 **Fazit:**

174 Die Ämter für Verfassungsschutz haben die Aufgabe das Grundgesetz zu schützen. Dieser Aufgabe wird
175 der Verfassungsschutz in seiner aktuellen Ausgestaltung jedoch nicht gerecht. Aufgrund der enormen
176 Macht, die diesem Organ innewohnt, hat sich der Verfassungsschutz, so wie viele andere
177 Sicherheitsorgane, zu einem besonders verlockenden Ort für Rechtsextremist*innen entwickelt, was
178 diesem Organ einen enormen Schaden zugefügt hat. Die Skandale der letzten Jahre haben dazu geführt,
179 dass das Misstrauen gegenüber diesen Organen stark zugenommen hat. Dabei liegt es sowohl in
180 unserem Interesse als auch in dem des Staates, dass solche extremistischen Strukturen und Netzwerke
181 mit aller Entschlossenheit bekämpft werden müssen!

182

Antragsbereich E: Europa & Internationales

Antrag E1_21

Antragssteller*in: Bundesvorstand

Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

E1_21 Gemeinsam studieren in Europa: Selbstbestimmt und solidarisch!

Die Vereinheitlichung des europäischen Hochschulraums ist eines der Vorzeigeprojekte der Europäischen Union. Erasmus, Bologna oder Horizon – viele verschiedene Elemente sollen die Studierenden, Wissenschaftler*innen und Hochschulen der Europäischen Union einander näherbringen. Ein weiteres Puzzleteil, das die bestehenden nun ergänzen soll, sind die "European University Alliances". Im Jahr 2018 schrieb die Europäische Kommission den ersten Call für das Pilotprojekt der "European University Initiative" aus und heute – im Sommer 2021 – existieren 41 "European University Alliances". Diese bestehen aus mindestens 3 Hochschulen aus EU-Mitgliedsstaaten oder anderen europäischen Ländern und werden mit Mitteln in Höhe von 5 Millionen Euro gefördert. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, eine gemeinsame langfristige Kooperationsstrategie zu entwickeln und in den Aspekten der Mobilität, der Forschung, der Lehrpläne uvm. zusammenzuarbeiten. Diese Pilot-Alliances haben verschiedene Modi der Kooperation, der demokratischen Mitbestimmung und Mobilität entwickelt und sollen als Vorreiter*innen für die Entstehung von Europäischen Hochschulen dienen. Nach der Pilotphase soll das Projekt in der laufenden Haushaltsperiode 2021-2027 entfristet und verstetigt werden.

Hier sind wir sozialistischen studentischen Organisationen gefragt: damit dieses Projekt ein wahrhaft europäisches, demokratisches, inklusives und diverses werden kann, und kein elitäres Vorzeigeprojekt der Europäischen Union, von dem nur einige wenige profitieren können, wollen wir mit diesem Antrag eine Vision entwickeln, wie die Europäischen Hochschulallianzen und längerfristig gesehen der europäische Hochschulraum gestaltet werden kann. Dazu wollen wir unter den Gesichtspunkten demokratischer Mitbestimmung, Diversität, Mobilität und gemeinsamer Lehrveranstaltungen sowohl das Projekt der Europäischen Hochschulallianzen als auch den gesamten europäischen Hochschulraum beleuchten und unsere Forderungen dazu formulieren. Denn das Ziel, dass wir vor Augen haben, muss immer sein, die verschiedenen Puzzleteile des europäischen Hochschulraums zu einem Gesamtbild zusammenzufügen. Die Europäischen Hochschulallianzen sind nicht das Ende des Prozesses zur Bildung von Europäischen Hochschulen, sondern erst der Anfang!

2. DEMOKRATIE UND STUDENTISCHE MITBESTIMMUNG

2.1 Die Grundbedingungen für Demokratie

Studierende als die größte von drei (bzw. vier) Statusgruppen der Hochschulen müssen in alle demokratischen Prozessen und Abläufen mit eingebunden werden. Deshalb ist eine umfassende Mitbestimmung für uns unerlässlich. Mitbestimmung setzt voraus, dass sich alle Studierenden an demokratischen Prozessen beteiligen können und die Grundsätze der Meinungs-, Presse-, Wissenschafts- und Versammlungsfreiheit gewährt werden. Die Teilnahme an demokratischen Prozessen ist nur möglich, wenn alle Studierenden gebührenfrei und materiell gut ausgestattet studieren können. Dazu gehört auch die finanzielle Ausstattung der Studierendenschaft durch die Möglichkeit, Beiträge zu erheben und durch einer guten Grundfinanzierung durch die öffentliche Hand. Eine Vergütung studentischer Vertretungsarbeit auf allen Ebenen muss eine Selbstverständlichkeit

werden. Neben finanzieller Unabhängigkeit muss auch die strukturelle Autonomie von Studierendenvertretungen gewährleistet werden. Sie müssen unabhängig von Hochschule und Regierung als autonome Körperschaft strukturiert sein, die demokratisch verfasst und mit einem allgemeinspolitischen Mandat ausgestattet ist. Aber auch dem steigenden Leistungsdruck und der Verschulung des Studiums in vielen Ländern des Europäischen Hochschulraumes muss entgegengewirkt werden. Oft bleibt zwischen den vielen Prüfungen, Anwesenheitspflichten und dem Selbstoptimierungsdruck, der auf den Studierenden lastet, kaum Zeit, demokratische Prozesse zu organisieren. Dazu gehört aber auch vor allem die Demokratisierung der Lehre. Statt Frontalvorträgen, Anwesenheitspflichten und vorgegebenen Studienplänen stellen wir uns Studium in Europa als einen gemeinsamen Lehr- und Lernprozess zwischen Wissenschaftler*innen und Lernenden vor, in dem sich Studierende von Anfang an aktiv einbringen und die Lehre selbst mitgestalten. Nicht zuletzt dürfen Mitbestimmungsprozesse in den Hochschulen nicht durch wirtschaftliche Interessen gelenkt werden, wie dies derzeit beispielsweise durch Hochschulräte, den Bologna-Follow-Up-Gruppen, vielen zuständigen Ministerien und der EU-Kommission oder durch die Abhängigkeit von Drittmitteln aus der Privatwirtschaft der Fall ist.

2.2 Mitbestimmung in den Alliances

Innerhalb der bereits bestehenden Alliances, in denen einige Hochschulen organisiert sind, müssen kurzfristig deutlich mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für Studierende geschaffen werden. Dabei müssen demokratische Grundsätze unbedingt umgesetzt werden. Studentische Repräsentant*innen müssen in jedem Fall von allen zu repräsentierenden Studierenden direkt gewählt oder von einem studentischen Vertretungsorgan entsendet werden. Es ist nicht akzeptabel, dass Verwaltungen oder Lehrende selbst auswählen, welche Studierende die Vertretung übernehmen. Die studentischen Vertreter*innen der Alliances sollen, wie die Alliances selbst auch, international zusammenarbeiten. Dies soll unter anderem durch eine Conference of Student Boards, die sich aus den studentischen Repräsentant*innen aus allen beteiligten Hochschulen zusammensetzt, geschehen. Dieses Vertretungsorgan muss mit den nötigen finanziellen Mitteln und mit einem allgemeinspolitischen Mandat ausgestattet sein sowie autonom über ihre Mittel entscheiden können. Das ist insbesondere dann wichtig, wenn Studierendenschaften noch keine Körperschaft des öffentlichen Rechts bilden.

Neben der formalen Repräsentation ist es jedoch auch wichtig, dass Studierende von Anfang an eng in die Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Alliances eingebunden sind. In ihrer Entstehung, der Gestaltung des Lehrangebotes und der Schaffung von Vernetzungsangeboten zwischen Studierenden mehrerer Partnerhochschulen müssen Studierende die Möglichkeit bekommen, niedrigschwellig mitzuwirken. Alliances sind erst dann gerecht und demokratisch, wenn allen Studierenden der beteiligten Hochschulen der volle Zugang zu Lehrveranstaltungen und Austauschmöglichkeiten gewährt werden kann. Auch sollen Studierende selbstständig wissenschaftliche Projekte und Lehrforschung, betreut durch erfahrene Wissenschaftler*innen, initiieren und durchführen können. Hierfür sollte einfach Finanzierung beantragt werden können, die aus den Mitteln der Alliance gewährleistet wird. Studierende werden so aktiv ermutigt, sich in akademische Projekte einzubringen und sie eigenständig voranzutreiben.

Eine tatsächliche Internationalisierung der Lehre kann mit den Alliances zumindest teilweise realisiert werden, wenn die hier genannten Punkte umgesetzt werden. Doch auch Alliances selbst können weitergedacht werden. Die Möglichkeit, sich auch global über die Grenzen Europas hinweg zu vernetzen, muss in naher Zukunft geschaffen werden. Aus Projekten, die von oben nach unten durchgesetzt werden, müssen Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen allen Statusgruppen werden, die für niemanden einen finanziellen Aufwand bedeuten, inklusiv und mit wenig Hürden gestaltet sind.

85 2.3 Selbstverwaltete Europäische Hochschule

86 Die Frage nach dem Ausmaß studentischer Selbstverwaltung ist wahrscheinlich so alt wie
87 institutionalisierte Bildung selbst. Nach dem Zusammenbruch der autoritären Regime in Europa haben
88 sich verschiedene Strukturen entwickelt, in denen sich Studierende selbst organisieren können. Keine
89 dieser Strukturen ist selbstverständlich, keine erfüllt unsere Ansprüche an studentischer
90 Selbstbestimmung. Als Sozialist*innen arbeiten wir einer Gesellschaft entgegen, in der alle
91 Lebensbereiche demokratisch strukturiert sind, Hierarchien abgebaut sind und ein gemeinsames
92 Lernen und Forschen auf Augenhöhe auch und gerade in der Wissenschaft Standard ist.

93 In Europa bewegen wir uns von diesem Ideal mit jedem Jahr weiter weg. Neue autoritäre Bewegungen
94 möchten Hochschulen für ihre Zwecke instrumentalisieren und greifen die Wissenschaftsfreiheit an –
95 damit einher geht auch ein Auf-Linie-Bringen studentischer Organe, wie es beispielsweise in Ungarn zu
96 sehen ist. Gleichzeitig setzen beinahe alle nationalen Regierungen das Ideal der unternehmerischen
97 Hochschule um, die Studiengänge zu einer Ersatz-Ausbildung für einen nach kapitalinteressen
98 funktionierenden Arbeitsmarktes degradiert. Wir möchten diesen Entwicklungen entschieden
99 entgegenreten.

100 Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Europäischen Hochschulallianzen auch zu Modellprojekten für
101 selbstverwaltete Hochschulen werden. . Statt beratende Mitsprache und Minderheitenposition in
102 Gremien fordern wir die ganze Macht an den Hochschulen für Studierende ein: Wir bestimmen selbst
103 über unsere Bildung, unser Leben!

104 Solche selbstverwalteten Hochschulen zeichnen sich dadurch aus, dass an ihnen erfahrene
105 Wissenschaftler*innen und Studierende gemeinsam, auf Augenhöhe, in hierarchiearmen und
106 fachspezifischen Forschungskollektiven Lehren, Lernen und Forschen. Studierende gestalten die Lehre
107 aktiv und selbst, es soll auf eine Kultur des selbstständigen Lernens und des demokratischen
108 Miteinanders hingewirkt werden. Erfahrene Wissenschaftler*innen stellen eine exzellente Betreuung
109 und Unterstützung für alle Studierenden gleichermaßen sicher. Damit wird die klassische Strukturierung
110 in Professuren, wissenschaftlicher Mittelbau und Studierende aufgehoben. Das schlägt sich auch in den
111 Hochschulgremien und der Hochschulleitung nieder. Diese werden in Direktwahl bestimmt und sind zu
112 gleichen Teilen mit Studierenden, ausgebildeten Wissenschaftler*innen und Mitarbeiter*innen besetzt,
113 wobei keine Entscheidung gegen Student*innen getroffen werden kann. Studierende organisieren sich
114 zudem selbst in demokratisch strukturierten, beitragshebenden, regierungsunabhängigen,
115 öffentlichen Körperschaften. Zusätzlich dienen Vollversammlungen der Partizipation von Student*innen
116 und der demokratischen Willensbildung.

117 Zur Umsetzung einer demokratischen Kultur in der Wissenschaft müssen Studierende jedoch von
118 weiteren Lasten befreit werden. Benotungen ist dabei nicht das Mittel unserer Wahl. Student*innen muss
119 Raum gegeben werden, in ihrer eigenen Geschwindigkeit zu lernen, keinen Nachteil durch das eigene
120 Scheitern erdulden zu müssen und um ihre tatsächlichen wissenschaftlichen Interessen verfolgen zu
121 können. Bereits heute gibt es Studiengänge, die weitestgehend auf Benotung verzichten.
122 Studiengebühren dürfen nicht erhoben werden, denn Demokratie bedeutet immer auch gleichen Zugang
123 für alle. Auch muss die Freiheit der Wissenschaft gewährleistet werden – dies gelingt nur, wenn die
124 Hochschule durch eine lückenlose Grundfinanzierung vollständig unabhängig von Drittmitteln forschen
125 kann.

126 Studierende können durch Selbstverwaltete Europäische Hochschulen die üblichen Studienabschlüsse
127 erlangen und haben gleichzeitig die Möglichkeit, während ihres Studiums Demokratie und
128 Selbstbestimmung zu leben. Es kann zu einem Vorzeigemodell gegen autoritäre Tendenzen in Europa
129 werden und kritischer Wissenschaft einen sicheren Raum geben.

3. GEMEINSAME LEHRE

Ein Kernelement unserer Vorstellung eines Europäischen Hochschulraumes ist ein Europäisches Vorlesungsverzeichnis, auf welches alle Studierende der European Higher Education Area zugreifen können. Ziel eines solchen ist es, sowohl Grundlagenveranstaltungen, als auch Wahlmodule digital oder als Hybrid-Veranstaltung für jeden zur Verfügung zu stellen, während die zugehörigen Vertiefungsveranstaltungen wie z.B. Seminare und Übungen an den Hochschulen vor Ort weiterhin stattfinden.

3.1 Zugänglichkeit, Anpassung und kulturelle Vernetzung

Um diese Entwicklung gerecht zu gestalten, muss auch das europäische Hochschulfinanzierungssystem angepasst werden. Klar ist hierbei: Hochschulgebühren dürfen hierbei keine Rolle spielen, stattdessen müssen Hochschulen vollkommen ausfinanziert werden.

Solange die Vision eines vollkommen vereinheitlichten, von überall zugänglichen europäischen Seminarangebots noch keine Realität ist, müssen wir trotzdem Strukturen etablieren und verbessern, die die Belegung von Veranstaltungen in allen Mitgliedsstaaten der EU ermöglichen. Dazu ist nicht nur eine konsequente Fortsetzung des Bologna-Prozesses notwendig, welche jedoch gleichzeitig die Autonomie der Bildungseinrichtungen und ihrer Lehrkräfte respektiert, sondern auch die weitere Vereinheitlichung der angebotenen Studiengänge und ein vereinfachtes Akkreditierungsverfahren. Das aktuelle Instrument, das uns hierfür nützlich erscheint, sind die Europäischen Hochschul-Allianzen. Während wir uns also grundsätzlich dafür einsetzen, einen europaweiten Hochschulraum zu etablieren, setzen wir uns mittelfristig dafür ein, dass alle Hochschulen in Alliances organisiert sind.

Innerhalb dieser Alliances sollten die Studiengänge entsprechend bearbeitet werden, dass die einzelnen Module ineinander überführbar und Prüfungsformate anrechenbar sind. Grundlagen- und Wahlkurse sollten hochschulübergreifend hybrid angeboten werden, Seminare, Übungen und Tutorien würden vor Ort an der "Stammhochschule" unterrichtet werden, um enge Betreuung zu gewährleisten und den Hochschulen weiterhin die Möglichkeit zu geben, ihre Spezialisierungen anzubieten.

Es ist unerlässlich, dass dafür ein breites englischsprachiges Angebot besteht, zudem soll es ein ergänzendes Angebot von Sprachkursen der jeweiligen Landessprache geben. Dies trägt zu einer dichteren Vernetzung verschiedener Sprach- und Kulturzonen bei. Sprachkurse, Sprachreisen und semestrale Vernetzungsevents, sowie hochschulübergreifende Projekte, Kooperationen innerhalb und/oder außerhalb des Lehrveranstaltungsangebots sind hierbei eine naheliegende Ergänzung, welche in das Angebot direkt integriert werden kann oder separat, je nach gegebenen Anlass, eine Bereicherung darstellen würde.

3.2 Europäisches Alliance-Studium

Durch engere inter-curriculäre Kooperation im neuen Angebot und die gegenseitige Anerkennung von Fachinhalten sowie Abschlüssen würden Inhalte derselben Studien in verschiedenen Hochschulen stärker angeglichen ohne die Individualität des bereits bestehenden Angebots zu attackieren. Diese Veränderung schafft die Grundlagen um Allianzpartner -übergreifend Prüfungsmöglichkeiten für Studierende einzurichten. Dies würde eine Angleichung der Bildungsabschlüsse weiter vorantreiben ohne die Vielfaltigkeit des Bildungsangebots zu gefährden. Im selben Atemzug sei erwähnt dass es natürlich sinnvoll wäre dieses Angebot nicht nur auf Lehrveranstaltungsprüfungen, sondern auch Abschlussarbeiten auszuweiten.

Neben der oben beschriebenen Vorlesungsvernetzung, welche immer noch auf dem Prinzip eines Dozierenden-, Sprach- und Kulturaustausch zusätzlich zu dem Studium an der "Stammuniversität" basiert, sollen auch Studiengänge innerhalb der Alliances gemeinsam ausgearbeitet und angeboten

174 werden, ähnlich des Erasmus-Mundus'-Projekts. Das "Alliance-Studium" bringt Studierende,
175 Doktorand:innen und Habilitierende an das Ziel eines europäischen Studienabschluss näher!

176 Durch diese Vernetzungsarbeit auf sprachlich-kultureller, organisatorischer und curricularer Ebene wird
177 nicht nur die Bedeutung der Alliances für Studierende näher greifbar, sondern auch die
178 Bildungsmöglichkeiten für prekarierte Gruppen durch ein breites Angebot an Barrierefreien und zeitlich
179 flexiblen Optionen erheblich erweitert.

180 **3.3 Barrierefreiheit**

181 Die voranschreitende Digitalisierung ermöglicht zudem das Aufzeichnen von diesen Veranstaltungen
182 und ein zeitunabhängiges Abrufen. Diese flexible Gestaltung, welche erst durch das digitale Angebot in
183 einem solchen Ausmaße ermöglicht wird, trägt dazu bei, dass Inklusivität verwirklicht wird. Technische
184 Notwendigkeiten, wie die Möglichkeit, Aufzeichnungen von Lehrveranstaltungen vor- und zurückspulen
185 zu können und die Videoqualität und Videogeschwindigkeit nach Bedarf anzupassen, haben sich als
186 extrem nützlich und notwendig für viele Studierende herausgestellt.

187 Dadurch werden Betroffene von Seh-, Hör-, Körper-, Geistige und seelische Behinderung sowie
188 chronischen Krankheiten oder ähnlichen neue Gelegenheiten zur barrierefreien Durchführung des
189 Studiums geboten, wenngleich Betroffene natürlich keinesfalls auf diese Optionen vertröstet werden
190 dürfen. Auch Personengruppen mit Betreuungsaufgaben und Teilzeitarbeit wird das Studium hiermit
191 erleichtert.

192 **4. SOZIALE DIMENSION UND DIVERSITÄT**

193 **4.1 . Inklusivität**

194 Die aktuelle Entwicklung der Europäischen Hochschulallianzen ist eine höchst elitäre und exklusive.
195 Dies Elitenförderung darf nicht zur Folge haben, dass sozioökonomisch schlechter gestellten
196 Studierenden europäisches Studieren verwehrt wird. Auch Studierenden aus wirtschaftlich
197 benachteiligten Ländern und von kleinen Hochschulen, soll das gemeinsame europäische Studium
198 ermöglicht werden. Hier bedarf es einer Strategiewende und einer offenen und sozialen Kooperation,
199 die auch eine Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Ländern beinhaltet.

200 Um den offenen und freien Hochschulzugang an allen Standorten einer Alliance gleichermaßen zu
201 garantieren braucht es in erster Linie die Angleichung der Unterstützungssysteme auf Allianceebene.
202 Hierfür wäre ein gemeinsamer Fond, in den alle Hochschulen einer Alliance je nach ihren finanziellen
203 Möglichkeiten einzahlen und der dann als gemeinsames Budget fungiert, eine geeignete Lösung. So
204 ließe sich eine grenzüberschreitende Unterstützung Studierender einer Alliance und eine europäische
205 Umverteilung der Verfügungsmittel realisieren. Langfristig fordern wir die Angleichung der
206 Hochschulfinanzierungssysteme in den einzelnen Alliances durch die Abschaffung jeglicher
207 Studiengebühren in ganz Europa. Dies soll durch eine komplette Ausfinanzierung dieser durch die EU
208 erreicht werden.

209 Sozial schwächere Studierende sollen in Zukunft durch eine Anpassung der Erasmusbeiträge an ihre
210 finanzielle Möglichkeiten gefördert werden. Für alle Studierenden einer Alliance soll zur
211 organisatorischen Erleichterung eines Auslandssemesters darüber hinaus eine Plattform zur Verfügung
212 stehen, über die Wohnungen und ähnliche Ressourcen vermittelt und ausgetauscht werden können.

213 **4.2. Unterstützungsleistungen**

214 Nur sehr wenige Studierende kennen die Europäischen Hochschulallianzen. Das führt dazu, dass von
215 vornherein nur wenige Studierende von den Vorteilen dieser profitieren können. Deshalb fordern wir eine

216 Kommunikation, die inklusiv sein muss – verschiedene Träger*innen sollen auf möglichst
217 unterschiedlichen Kanälen und in verschiedenen Sprachen die Informationen über die
218 Hochschulallianzen mit den Studierenden teilen. Denn das Ziel muss sein, durch eine breitere
219 Kommunikation die Möglichkeiten der EUA zu verbreiten und so einen barrierefreien Zugang für alle zu
220 ermöglichen.

221 Doch auch innerhalb der Alliances herrscht noch Reformbedarf bezüglich der Sicherstellung von
222 Chancengleichheit. Zum Erreichen der Barrierefreiheit braucht es digitale Angebote für Menschen, die
223 in ihrer Mobilität eingeschränkt sind und kostenlose Sprachkurse in der Landessprache der
224 Allianzmitglieder. Größer gedacht, müssen europäische Lösungen gegen Diskriminierung innerhalb von
225 Hochschulen gefunden werden. Deshalb soll jedes Mitglied einer Alliance über eine einheitlich
226 organisierte Anti-Diskriminierungs-Stabsstelle mit gemeinsamen "Dachverband" auf Allianceebene
227 verfügen. Eine weitere Möglichkeit zur Verminderung der Diskriminierung ist die paritätische Besetzung
228 aller Gremien und Stellen an den Hochschulen. Damit geht nicht nur die Repräsentanz von
229 benachteiligten Statusgruppen innerhalb der studentischen Vertreter*innen, sondern auch eine
230 verpflichtende Quote auf Seiten der akademische Selbstverwaltung einher.

231 **5. MOBILITÄT**

232 Die Vorteile eines mobilen Studiums liegen auf der Hand: der Erwerb von Sprachkenntnissen, der
233 kulturelle Austausch und die persönliche Weiterentwicklung. Innerhalb des Projekts der europäischen
234 Hochschulallianzen muss deshalb ein Ausbau von Mobilität erfolgen, der jedoch durch eine
235 ausreichende Finanzierung für alle zugänglich ist. Mobilität im Rahmen der europäischen muss eine
236 niederschwellige Möglichkeit zu einem selbstbestimmten mobilen Studium gewährleisten.

237 Studierende müssen von der engen Kooperation der Hochschulen innerhalb einer Alliance profitieren
238 und somit ein flexibles und breites Mobilitätsangebot anbieten. Die Studierenden sollen selbstbestimmt
239 entscheiden, wie viele Mobilitätszyklen sie innerhalb ihres Studiums absolvieren. Hierbei hat jede
240 Person das Recht auf ein 100% mobiles Studium, das ermöglicht jedes Semester an einer anderen
241 Partnerinstitution der Alliance zu absolvieren. Die Studierenden legen grundsätzlich im Vorhinein fest,
242 welches Semester bzw. welche Lehrveranstaltungen sie im Rahmen einer Mobilität besuchen möchten.
243 Dieser Plan darf aber bis zu einem Semester davor noch von den Studierenden verändert werden.
244 Dadurch kann gewährleistet werden, dass Studierende auch während des Studiums flexibel sind und
245 Mobilitätsphasen je nach ihren Bedürfnissen organisieren können. Das Mobilitätsangebot muss
246 freiwillig und vielfältig, damit es mit den unterschiedlichen Lebensrealitäten der Studierenden vereinbar
247 ist.

248 Virtuelle Mobilität bietet hier auch eine Möglichkeit der Inklusion von beispielsweise berufstätigen
249 Studierenden oder jenen mit Betreuungsverpflichtungen. Deshalb soll das Angebot für virtuelle Mobilität
250 (siehe gemeinsame Lehrveranstaltungen) ergänzend zur Möglichkeit der analogen bzw. physischen
251 Mobilität ausgebaut werden.

252 Da Studierende das Recht und auch die Autonomie haben sollen, die Mobilität in ihrem Studium frei zu
253 wählen ist es von großer Wichtigkeit, dass es keine finanziellen Barrieren gibt. Die Ausfinanzierung
254 durch eine ausreichende Förderung muss jedenfalls gewährleistet werden. Die finanzielle Unterstützung
255 während der Mobilitätszeiträume muss mindestens die Reise-, Lebenserhaltungs- und Wohnkosten
256 decken. Studierende sollen ihren Ausgabe niederschwellig durch eine Einreichung eines Formular
257 erstattet bekommen bzw. die Förderungen bereits im Voraus ausbezahlt wird.

258 Auch sollen die Studierenden von der möglichen Mobilität der Lehrenden profitieren. Internationale
259 Lehrveranstaltungen sollen die Studierenden bei ihrer Mobilität begleiten.

260 **6. WAS DIE ALLIANCES IM KLEINEN KÖNNEN, KANN DER EUROPÄISCHE HOCHSCHULRAUM IM**
261 **GROSSEN**

262 Die Alliances bilden das Experimentierfeld für einen vollkommen vereinigten Europäischen
263 Hochschulraum – was wir für sie fordern, möchten wir langfristig ausweiten. Unsere Kernpunkte sind
264 dabei:

- 265 • Ein vereinheitlichtes Veranstaltungsangebot: Grundlagenveranstaltungen werden nur noch ein
266 Mal, aber für alle digital angeboten, während die inhaltlichen Vertiefungen mit persönlicher
267 Betreuung an den Hochschulen selbst stattfinden
- 268 • Ein Recht auf kostenfreie, flexible und unbürokratische Mobilität für alle Studierenden
- 269 • Angleichung der finanziellen und strukturellen Unterstützungssystemen zwischen den
270 Hochschulen
- 271 • Studierenden müssen institutionalisiert an allen universitären Prozessen beteiligt sein – auf
272 allen Ebenen

Antragsbereich E: Europa & Internationales

Antrag E2_21

Antragssteller*in: Juso-Hochschulgruppen Nordrhein-Westfalen

Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

E2_21 Solidarität mit den afghanischen Studierenden!

Mit der Eroberung Afghanistans und zuletzt der Hauptstadt Kabul durch die Taliban nach dem westlichen Truppenabzug, haben die Taliban in einem rasanten Tempo das Land unter ihre Kontrolle gebracht. Für die meisten Afghan*innen bedeutete es das Ende ihres Lebens, wie sie es bisher kannten. Frauen, denen ursprünglich die Ausweitung von Frauenrechten zugesichert wurde, die ein selbstbestimmtes Leben führen wollten, sind nun existenziell bedroht. Hinzu kommen religiöse Minderheiten, unter anderem die Hazara, politisch Engagierte, Studierende und Wissenschaftler*innen, die mit der Angst leben müssen, verfolgt zu werden, oder gar dem Tod ausgesetzt zu sein. Dabei ist das Ziel der Taliban klar: die afghanische Bevölkerung ihrer fundamentalistischen und radikalistischen Interpretation des Islams zu unterwerfen.

Auch die Lage der afghanischen Studierenden ist schon seit Jahren prekär. So war es schon vor der Rückkehr der Taliban. Für ein Studium standen afghanischen Schulabgänger*innen nur drei Wege offen: Manche wurden von ausländischen Studienprogrammen gefördert und konnten so im Ausland studieren. Die Anzahl an Studierenden, die im Ausland studieren bemaß der Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) 2019 mit rund 24.000 Personen. Andere erlangten ein Studium an den staatlichen Universitäten Afghanistans. Die Konkurrenz war und ist hier aber oft enorm und Bestechung entschied mancherorts über die Aufnahme ins Studium. Für die, die es sich leisten konnten, blieb dann nur der Weg eines Studiums an einer privaten Hochschule offen, an denen Semesterbeiträge zwischen \$300,- und \$500,- lagen. Unzähligen jungen Menschen blieb unter diesen Umständen der Weg zum Studium verwehrt.

Die Afghan*innen, die unter diesen Umständen studieren konnten, sind derweil einer anderen Gefahr ausgesetzt: Insbesondere Bildungseinrichtungen – die häufig in internationale Kooperation integriert sind – sind der Taliban ein Dorn im Auge. Bereits in der Vergangenheit sind Hochschulangehörige, besonders diejenigen der "American University of Afghanistan" häufig Opfer von Übergriffen und Terroranschlägen geworden. Aber auch staatliche Hochschulen waren immer wieder von Anschlägen betroffen, so zuletzt die Universität Kabul im November 2020.

Seit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 ist an afghanischen Universitäten eine lang befürchtete Kehrtwende eingetreten. Angestellte und Dozierende an staatlichen Universitäten erhalten nun kaum oder gar keinen Gehalt, müssen von ihrem Ersparten leben. Bereits im September leiteten die Taliban die Trennung der Geschlechter an den Universitäten ein.

Und nun ist das geschehen, was die internationale Gemeinschaft seit Anbahnung der Machtübernahme befürchtete: An einer der wichtigsten Hochschulen, der Universität Kabul, werden weibliche Studierende und Dozierende nun vom Betrieb ausgeschlossen. In den meisten Provinzen sind Hochschulen und Universitäten derzeit geschlossen, in der Provinz Herat wurde koedukativer Unterricht bereits verboten. In der Praxis bedeutet dies das Ende der Bildungsmöglichkeiten für Mädchen und Frauen. Junge Frauen werden von den weiterführenden Schulen ausgeschlossen, viele Institutionen können sich keine

40 separate Frauen-Klasse leisten. So wird Frauen der Weg zu den Hochschulen verbaut. Damit steht einer
41 ganzen Generation von Frauen eine verheerende Zeit bevor. Wissenschaftler*innen und ihre Familien
42 müssen sich verstecken, Studentinnen verbrennen ihre Zeugnisse und Hochschulen löschen ihre Server
43 und vernichten ihre Studierenden-Listen – alles aus Angst vor Verfolgung.

44 In Zeiten der Unsicherheit für die Menschen vor Ort ist eine schnelle und gezielte Hilfe erforderlich.
45 Konkret heißt es, dass schnelle und sichere Fluchtmöglichkeiten für die von der Taliban bedrohten
46 Menschen geschaffen werden müssen. Gerade in dieser Situation ist die internationale Gemeinschaft
47 deshalb verpflichtet, sich für die Bildung von ausgeschlossenen Personen einzusetzen. Dazu sehen wir
48 insbesondere Hochschulen in der Pflicht, Wege für ein Studium afghanischer Menschen frei zu machen.
49 Dabei sollen nicht nur die Personen berücksichtigt werden, die ihr Studium aktuell pausieren müssen,
50 sondern auch die, denen ein Studium trotz ihrer Qualifizierung zuvor wegen Finanzierungsfragen nicht
51 möglich war.

52 Der DAAD hat in seinem Maßnahmenpaket einige Punkte vorgestellt, um die Situation afghanischer
53 Studierender zu verbessern, welchen wir uns anschließen. Dazu zählt unter anderem der "Ausbau der
54 Förderung von Studierenden und Forschenden in Nachbarländern Afghanistans sowie in der Region,
55 beispielsweise in Usbekistan und in der Türkei; der Ausbau der Förderung für besonders bedrohte
56 afghanische Studierende und Forschende in Deutschland; Die Entwicklung von "Leadership"-
57 Programmen zur Vorbereitung der jungen afghanischen Generation auf eine Post-Taliban-Zeit sowie die
58 Beibehaltung und der Ausbau der erfolgreichen und bewährten Programme für die Integration von
59 [Geflüchteten] an deutschen Hochschulen."

60 Die Umsetzung dieser Maßnahmen soll der Bund durch eine ausreichende Finanzierung und
61 ambitionierte diplomatische Arbeit ermöglichen.

62 Als internationalistischer, feministischer und antifaschistischer Verband schmerzt uns die Lage, in der
63 sich unsere afghanischen Kommiliton*innen, afghanische Frauen und Mädchen und die afghanische
64 Bevölkerung insgesamt befinden. Ihnen muss die höchste Priorität außenpolitischer Bemühungen
65 gelten.

66 Wir fordern deshalb:

- 67 • Die Wiederaufnahme der Luftbrücke aus Afghanistan so lange wie es nötig ist, damit auch
68 Hochschulangehörige – besonders weibliche Studentinnen und Wissenschaftlerinnen – die
69 Möglichkeit haben, sich und ihre Familien in Sicherheit zu bringen
- 70 • Eine vereinfachte Visa- oder Asylbeantragung, die erst bei der Einreise erfolgen muss
- 71 • Die Ausweitung der dezentralen Studiumsangebote für afghanische Studieninteressierte an
72 deutschen Hochschulen und Universitäten
- 73 • Die Schaffung von Stipendienprogrammen und Lernmöglichkeiten für Afghanische
74 Studierende und Wissenschaftler*innen, sowie unbürokratische Möglichkeiten zur
75 Anerkennung von Abschlüssen
- 76 • Die Ausweitung der Finanzierung des Förderprogramms des DAAD
- 77 • Die Ausweitung der Aufnahme von afghanischer Zivilbevölkerung, insbesondere für weiblich
78 gelesene Studierende
- 79 • Digitale wie analoge Unterstützungsangebote für die Menschen, die vor Ort bleiben möchten
80 oder müssen, um ihre Arbeit und Ausbildung so gut und sicher wie möglich fortsetzen zu
81 können

82 Im Übrigen schließen wir uns dem Maßnahmenprogramm des DAAD aus seiner Pressemitteilung vom
83 30.08.2021 an und fordern die Bundesregierung auf, die diplomatischen Schritte zur Umsetzung dieser
84 Maßnahmen schnellstmöglich einzuleiten.

Antragsbereich E: Europa & Internationales

Antrag E3_21

Antragssteller*in: Juso-Hochschulgruppen Sachsen

Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

E3_21 Wider der Ungerechtigkeit – Starke Perspektive für internationale Studierende

Der internationale Austausch unter Studierenden ist ein Erfolg der letzten Jahrzehnte grenzübergreifender Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulpolitik und eine große Bereicherung für das Studium, die Forschung und das Leben am Campus. Sei es die Möglichkeit eines kurzfristigen Aufenthaltes im Rahmen eines Auslandssemesters, einer internationalen Sommerschule oder das Absolvieren eines vollständigen Studiums im Ausland – internationale Verträge, Vereinigungen und die EU haben maßgeblich dazu beigetragen, dass das Studieren und Forschen nicht mehr nur innerhalb der nationalen Grenzen gedacht wird. Diese Erkenntnis soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sowohl von nationalen als auch von eben diesen internationalen Institutionen Schwierigkeiten im Zuge eines Auslandsstudiums nicht erkannt oder nicht hinreichend angegangen werden.

Eine kurze Betrachtung der Situation ausländischer Studierender vor Ausbruch der Pandemie zeigt: Ausländischen Menschen, die ihr Studium in der Bundesrepublik beginnen, waren und sind für ihren Studienerfolg enorm hohen Hürden ausgesetzt. Obwohl diese zu einem großen Teil in ihren Herkunftsländern zur Bildungselite mit bereits vorhandenen Studienerfahrungen gehören, sind die Abbruchquoten an deutschen Hochschulen desaströs. Trotz Verbesserungen in den vergangenen Jahren liegt der Anteil von Studienabbrüchen bei etwa 45 Prozent im Bachelor- und etwa 29 Prozent im Masterstudium, deutlich höher als bei inländischen Studierenden. Derartige Symptome schlechter Bedingungen vor und während eines Auslandsstudiums dürfen die eigentlichen Vorteile dessen nicht mehr überzeichnen, kein Hindernis für die Aufnahme oder Grund für das Beenden eines Studiums im Ausland sein. Damit jede*r in Europa und darüber hinaus mit sozial-gerechten und entgegenkommenden Voraussetzungen ein Studium beginnen oder weiterführen kann, müssen in Folgendem aufgezeigte vorherrschende Zustände aufgebrochen und verbessert werden.

Möglichkeiten für einen europäischen Hochschulaustausch stärken

Menschen aus Staaten der Europäischen Union (EU), des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) und der Schweiz können sich aufgrund der EU-Rechtsnormen zur Freizügigkeit bereits ohne große Schwierigkeiten in der Bundesrepublik aufhalten oder im Zuge eines längerfristigen Aufenthalts eine Berechtigung beantragen. Durch die erfolgten Angleichungen europäischer Bildungssysteme, ist in den meisten Fällen die Anerkennung von (Hoch-)Schulabschlüssen, durch die Prüfung ihrer Gleichwertigkeit, möglich. Dies bezieht sich vor allem auf Bachelor- und Masterabschlüsse. Jedenfalls in der Theorie können demnach ausländische Studieninteressierte in einem vereinfachten Verfahren ein Studium an deutschen Hochschulen beginnen oder für einen bestimmten Zeitraum weiterführen.

Drei- bis viermonatige Anerkennungsprozesse, die verschiedensten Voraussetzungen in Zulassungsfragen ausländischer Universitäten und Probleme bei der Verknüpfung des Aufenthaltsstatus an einen zu sichernden Lebensunterhalt prägen jedoch noch oft die Praxis. Diese Situation wird zu einem großen Problem, wenn der geplante Auslandsaufenthalt bereits an Formalien vor Aufnahme des Studiums scheitert. Ist es einer Person, die zum Zwecke ihres Studiums nach

Deutschland reist, durch zum Beispiel physische oder psychische Einschränkungen nicht möglich ihr Studium durch eigene Mittel oder Unterstützung Dritter zu finanzieren, fällt ihr Aufenthaltsrecht weg.

Auf europäischer Ebene müssen deshalb unter anderem die Richtlinien zur Freizügigkeitsberechtigung für Menschen denen das Bestreiten des eigenen Lebensunterhalts durch Erwerbstätigkeiten nicht möglich ist, spezifiziert werden. Perspektivisch sollte gesamtheitlich überdacht werden, ob das Konzept der Verknüpfung der Freizügigkeit von Studierenden an wirtschaftliche Faktoren sinnstiftend für einen breiten, chancengleichen Austausch sein kann. Die Rechtsnormen sollten in diesem Zug derart geändert werden, dass ein Studium für ausländische Menschen unabhängig von gegenwärtigen und zukünftigen, finanziellen Gegebenheiten aufgenommen werden kann.

Des Weiteren muss es auch zukünftig Bestrebungen dafür geben, dass im europäischen Hochschulraum für eine weitergehende Annäherungen guter Lernbedingungen und gleicher -inhalte an Schulen und Hochschulen gesorgt wird. Lange Verfahren zur Anerkennung von Abschlüssen führt zu enormen Unsicherheit, beeinflusst möglicherweise die Studienwahl oder schreckt sogar vor der Möglichkeit eines Auslandsstudiums ab. Als internationalistisch ausgerichteter Verband streben wir für grenzübergreifende Gerechtigkeit, die sich sowohl in den Rechten jeder studieninteressierten Personen und jedes Studierenden als auch in optimalen, gleichwertigen Rahmenbedingungen für ein Studium in Europa niederschlagen muss!

Wissenschaftlichen Dialog über Europa hinaus ermöglichen!

Machen wir eine knappe Bestandsaufnahme der Situation internationaler Studierender außerhalb Europas für die Aufnahme eines Studiums in der Bundesrepublik im Jahr 2021. Ist ein Visum für Zwecke des Auslandsstudiums erteilt und ein Aufenthaltstitel gemäß der Voraussetzungen des Aufenthaltsgesetzes ausgestellt, wird eine erste Aufenthaltserlaubnis von einem Jahr bis höchstens zwei Jahren genehmigt. Eine Verlängerung dessen kann für zwei Jahre erfolgen. Dafür muss jedoch nachgewiesen werden, dass der Lebensunterhalts gesichert und der Studienverlauf auf eine Beendigung des Studiums in angemessener Zeit schließen lässt. Für die Bewertung des voraussichtlichen Studienerfolgs werden sowohl Studienzeit als auch die erbrachten Leistungsnachweise herangezogen.

Erwerbstätigkeiten in der Zeit des ersten Aufenthaltsjahres vor dem Studium, um zum Beispiel Sprachkurse oder ähnliches wahrzunehmen, sind nicht gestattet. Während des Studiums oder der Promotion sind Beschäftigungen nur in einem begrenzten Umfang von 120 ganzen oder 240 halben Tagen erlaubt.

Kurzum: Die Gegebenheiten für Personen aus Ländern außerhalb von Europa an deutschen Hochschulen ein Studium zu beginnen und oder zuende zu führen sind in verheerender Weise schlecht. Aus einer Überzeugung zur internationalen Chancengleichheit heraus, gilt es sich dafür einzusetzen, dass Studierenden unabhängig von ihrem Herkunftsland die gleichen Möglichkeiten auf ein erfolgreiches Studium geboten werden. Weil ein kultureller und sozialer Austausch im Kontext der Forschung und wissenschaftlichen Lehre eine besondere Relevanz für diesbezügliche progressive Entwicklungen hat, kann dieser nicht nur innerhalb eines Kontinents stattfinden. Infolge dieser Erkenntnis müssen wir uns für eine Differenzierung des Aufenthaltsgesetzes für Studierende einsetzen, welche einen breiteren Dialog mit verschiedenen wissenschaftlichen Perspektiven ermöglicht. Im Zuge dieser Gesetzesanpassung sollten die Bedingungen zur Beschäftigung in einem Job neben dem Studium denen von inländischen Studierenden angeglichen werden. Das kann in Bezug auf die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit aber in keinem Fall eine Alternative zur vollständigen Reformierung von staatlichen Studienförderungsmaßnahmen sein.

83 **Finanzielle Sicherheit internationaler Studierender schaffen**

84 Etwa ein Drittel der ungefähr 330.000 ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen sind
85 zwingend auf einen Nebenjob angewiesen. Der restliche Teil der Studierenden finanziert sich sein
86 Auslandsstudium durch Unterstützungen der Eltern. Was das zeigt ist, dass die aktuellen staatlichen
87 Programme zur Finanzierung eines Studiums auch auf internationaler Ebene ihrer Aufgabe überhaupt
88 nicht gerecht werden. Der Status Quo des Erasmus+-Programms trägt maßgeblich zur Reproduktion
89 von Ungerechtigkeiten unter Studierenden bei und hat zur Folge, dass sich einen Auslandsaufenthalt
90 nur Studierende mit eher wohlhabenden Eltern leisten können. Für ein internationalistisches Verständnis
91 von Hochschulpolitik müssen die internationale Zusammenarbeit zwischen Studierenden und
92 Promovierenden Hand-in-Hand mit einer Verbesserung der dafür nötigen Rahmenbedingungen gehen.
93 Die Kapazitäten müssen deshalb zur Überwindung derartiger Gefälle deutlich erhöht und der
94 Förderungsbetrag an die Höhe der finanziellen Bedürfnisse angepasst werden. Für die Überwindung von
95 gegenwärtig dominierenden Ungerechtigkeiten, gilt es auch im Sinne von ausländischen Studierenden
96 den Strukturen der Ausbildungsförderung, maßgeblich des BAföGs, weiterhin den Kampf anzusagen!

97 **Leben am Campus für jede*n krisenfest machen**

98 Dass Anfang letzten Jahres im Zuge der Corona-Pandemie abrupt eine Vielzahl von studentischen
99 Nebenjobs war für Studierende verheerend. Die große Unsicherheit und die Perspektivlosigkeit traf uns
100 alle gleichermaßen. Jedoch brachte die anhaltende Situation im Besonderen diejenigen in Bedrängnis,
101 welche finanziell vollständig von ihrem eigenen Job oder derer Dritter, zum Beispiel der Eltern, abhängig
102 waren und sind. Nach der angeführten Analyse gehören internationale Studierende zentral dazu.
103 Derartige Ausnahmesituationen können nicht auf dem Rücken der vermeintlich weniger Betroffenen
104 ausgetragen werden. Im Falle einer derartigen Krise muss das einfache, schnelle und möglichst
105 hürdenlose Beantragen eines Unterstützungsgeldes für alle Studierende der Bundesrepublik möglich
106 sein. Erfolgen kann ein solcher Zuschuss im Rahmen einer Integration eines Notfallmechanismus im
107 BAföG. Damit diese Möglichkeit jedem Studierenden zugute kommen kann, sollte jedoch in einem
108 vorhergehenden Schritt das BAföG elternunabhängig und damit für alle Betroffenen zugänglich werden.

109 **Wenn das digitale Studium zur Belastung wird**

110 Leistungsdruck, Schwierigkeiten bei der Anschlussfindung, substanzielle Nöte. Die Pandemie und die
111 digitale Lehre hat als Katalysator für die oft davor schon vorherrschenden Probleme gewirkt und die
112 Bedingungen vieler ausländischer Studierender enorm verschlechtert. Sprachbarrieren die im direkten
113 Kontakt möglicherweise noch überwunden werden konnten, haben in den letzten Monaten zu einer
114 verstärkten sozialen Isolation derer geführt. Weit weg vom Herkunftsland ist infolgedessen eine
115 monatelange Vereinsamung nicht selten gewesen. Hinzu kommt der nicht endende Druck im Zuge der
116 fortschreitenden Kommerzialisierung von Bildung, die nötigen Leistungen für den weiteren
117 Auslandsaufenthalt zu erbringen. Unser Anspruch gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen,
118 muss sich in diesem Kontext gegen die Stigmatisierung von Hilfe suchenden und psychischen
119 Erkrankungen eingesetzt werden. Die immer noch umständlich zu erreichenden Therapieplätze müssen
120 deswegen in einem breiteren Umfang und einfachen Weg zugänglich sein. Des Weiteren dürfen
121 Studierenden, die für ihr Studium in die Bundesrepublik gekommen ist, nicht aufgrund von
122 gegebenenfalls fehlenden Sprachkenntnissen derartige Unterstützungsmöglichkeiten verwehrt bleiben.
123 Aus diesem Grund sind weitere Beratungsangebote für nicht deutschsprachige Studierende bezüglich
124 Fragen des Studienverlaufs, der Orientierung am Campus, der körperlicher Gesundheit, aber auch der
125 physischen und sexualisierten Gewalt bundesweit erhöhen.

126 **Deshalb fordern wir:**

- 127 - Differenzierung der Richtlinien zur Freizügigkeit der EU in Bezug auf den Aufenthaltsstatus und
128 die Abhängigkeit zur Erwerbstätigkeit
- 129 - weitergehende Angleichungen der Studienabschlüsse in Europa
- 130 - Annäherungen von Lehrinhalten und Leistungsnachweisen im internationalen Kontext für eine
131 vereinfachte Vergleichbarkeit von Hochschulqualifikationen
- 132 - Differenzierung des Aufenthaltsgesetzes im Zusammenhang mit Studierenden, hin zu einem
133 unbegrenzten Aufenthaltsrecht ohne Leistungsnachweise
- 134 - Angleichung der Bedingungen bei Erwerbstätigkeit von Studierenden aus nicht-europäischen
135 Staaten und inländischen Studierenden
- 136 - Kapazitäten und Förderungsbeiträge des Erasmus+-Programms und des Auslands-BAföGs
137 erhöhen
- 138 - Einführung eines sicheren Unterstützungsgeld für Studierende für den Fall einer
139 wirtschaftlichen Krise
- 140 - Zugang zu studentischen Therapieplätzen transparenter und einfacher machen
- 141 - Beratungsangebote jeder Art für nicht deutsch sprechende Studierende bundesweit erhöhen

Antragsbereich F: Feminismus & Gleichstellung

Antrag F1_21

Antragssteller*in: Juso-Hochschulgruppen Berlin, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Thüringen

Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

F1_21 My body is not your porn! Sexualisierter Gewalt den Kampf ansagen.

Laut aktuellen Studien wird jede dritte Frau Opfer von Gewalt, jede vierte Frau davon durch ihren ehemaligen oder aktuellen Partner¹. 2019 kam beinahe jeden Tag in Deutschland eine Frau durch ihren (Ex-) Partner ums Leben. Und die Dunkelziffern sind hoch. Diese Statistiken sind keine Dramatisierung, sie sind keine BILD-Schlagzeile, sie sind lediglich die Lebensrealität von Frauen im 21. Jahrhundert. Zudem verschwindet der Schmerz der Gewalt nach der Tat selten. Depressionen, Vereinsamung, Ängste und materiell, wie emotionale Verarmung sind keine untypischen Folgen sexualisierter Gewalt.

Die Covid-19 Pandemie verschärfte die Situation. Frauen und Mädchen waren der Gewalt von Männern noch ungeschützter ausgesetzt und mit einer Pandemie und Lockdown geht auch ein Anstieg der sogenannten „häuslichen Gewalt“ einher². Zudem bedingen finanzielle und existenzielle Sorgen die Abhängigkeit zum Partner. Frauenhäuser und Anlaufstellen waren geschlossen oder der Zugang mit noch mehr Hürden als ohnehin schon verbunden.

Über sexualisierte Gewalt muss auch an Hochschulen gesprochen werden, denn sexualisierte Gewalt kann alle Frauen treffen. Gerade durch die Rückkehr an den Campus im kommenden Wintersemester ist es wichtig, diese zu thematisieren. Der Kommilitone, der übergriffig wird, der Professor, der seine Machtposition ausnutzt oder der eigene gewalttätige Partner – Studentinnen sind ebenso von sexualisierter Gewalt betroffen. Als feministischer Verband ist es unsere Aufgabe nach eineinhalb Jahren Pandemie eine Bestandsaufnahme zu machen! Unsere Forderungen und unser Einsatz vor Ort muss die Radikalität der Situation von Frauen, sowie von Menschen queerer Geschlechtsidentitäten, widerspiegeln. Unser Anliegen ist das Patriarchat zu bekämpfen und seine brutalen und tödlichen Folgen für Frauen zu beenden.

Was wir meinen, wenn wir über sexualisierte Gewalt sprechen

Um im Folgenden über sexualisierte Gewalterfahrungen an der Hochschule zu reden, ist es essentiell, zunächst aufzuarbeiten, was unter dem Komplex der sexualisierten Gewalt zu verstehen ist. Da 99% der Täter von sexualisierter Gewalt männlich sind³, verwenden wir in folgendem Antrag das generische Maskulinum für die Täter.

Sexualisierte Gewalt beschreibt Handlungen, die gegen den Willen der betroffenen Person geschehen. Dazu können Nötigung, Missbrauch und Vergewaltigung zählen. Sexualität gilt hierbei als Ausdrucksform zur Ausübung von Macht und Kontrolle auf die Betroffene. Laut einer Studie des BMFSFJ sind 58% der Frauen einmal in ihrem Leben sexuell belästigt worden. Doch auch queere Menschen erleben häufig diese Gewaltform am eigenen Leib. Gerade trans und inter Menschen sind

¹ <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/frauen-vor-gewalt-schuetzen/haeusliche-gewalt/haeusliche-gewalt-80642>

² <https://www.unwomen.de/aktuelles/corona-eine-krise-der-frauen.html>

³ <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/84316/10574a0dff2039e15a9d3dd6f9eb2dff/kurzfassung-gewalt-frauen-data.pdf>

durch Fremdbestimmungen und -zuschreibungen ihrer Geschlechtlichkeit sexualisierter Gewalt in besonderem Maße ausgesetzt. Jede einzelne Tat ist uns zu viel!

Auch muss darauf verwiesen werden, dass Intersektionalität, also die Überschneidung verschiedenartiger Diskriminierungs- und Unterdrückungsformen, eine große Rolle in dem Erfahren von sexualisierter Gewalt spielt. Gerade in diesen intersektionalen Fällen sind die Betroffenen in noch größerem Maße der Machtausübung der Täter ausgesetzt.

Sexualisierte Gewalt findet nicht nur an öffentlichen Orten statt. In der Pandemie-Zeit gab es erhöhte Zahlen an sogenannter "häuslicher Gewalt". An dem Platz, an dem man sich am sichersten fühlen soll, traten Furcht und Verzweiflung in den Vordergrund. Jede vierte Frau hat schon einmal Gewalt von ihrem Partner erlebt. Diese Gewalterfahrung in den eigenen vier Wänden kann besonders traumatisierend auf das Verhältnis zum eigenen Lebensraum wirken. Der Schutzraum der Frauenhäuser war deswegen in der Corona-Pandemie noch lebenswichtiger.

Nicht jede Gewalterfahrung muss körperlicher Natur sein. Auch Worte und Situationen können Menschen zutiefst verletzen und traumatisieren. Jeder Mensch setzt Grenzen anders und dies gilt es stets zu berücksichtigen. Auch in unseren Strukturen kann es zu dieser Art von Betroffenheit kommen – wenn auch vielleicht unreflektiert. Wichtig ist jedoch, sich im Klaren zu sein, dass Sexismus eine gesellschaftliche Struktur ist und wir uns zwangsläufig alle an der Reproduktion dieser beteiligen. Wir sollten uns unserer Position bewusst sein und uns und andere für diese Art des Machtverhältnisses sensibilisieren.

Sexualisierte Gewalt bleibt nicht folgenlos für die Betroffenen. Gefühle wie Hilflosigkeit, Angst, Schuld- und Schamgefühlen sorgen für verminderte Lebensqualität. In besonders weitreichenden Fällen können Betroffene auch Depressionen und suizidale Tendenzen entwickeln.

Deswegen ist es so wichtig sexualisierte Gewalt stets ernst zu nehmen und den Betroffenen Personen zu glauben und zu helfen. Sie sollte nie verschwiegen oder verharmlost werden!

Sexualisierte Gewalt an der Hochschule

Sexualisierte Gewalt an der Hochschule kann bereits vor der ersten Vorlesung stattfinden!

Bereits zum Studienstart sind Studentinnen mit übergriffigen Situationen und sexualisierter Gewalt konfrontiert. So können die Orientierungswochen zum Studienstart schnell Übergriffigkeiten und Gewalterfahrungen mit sich bringen. Für Betroffene entsteht hier eine besonders schwierige Situation, da Erstsemester auf die Informationen und Kontakte durch die Orientierungswochen angewiesen sind. Somit können Frauen und queere Menschen unangenehmen oder gewaltvollen Situationen oft nicht entkommen, da damit die Herausforderungen des Studienstarts zusätzlich steigern würden. Wer von einem Hochschulzugang für alle spricht, der muss auch die Situation von Frauen an der Uni und in diesem Fall dezidiert in den Orientierungswochen mit einbeziehen!

Viel Alkohol, sexualisierte Spiele und gleichzeitig der Druck, sich in einer neuen Gruppe zurecht und Anschluss zu finden, sind keine Entschuldigungen, aber fördern unweigerlich sexualisierte Gewalt. Deshalb braucht es an den Universitäten und in den Fachbereichen Ansprechpersonen, sowie Awarenesskonzepte und Anlaufstellen. Konsens muss sein, dass Frauen und Menschen queerer Geschlechtsidentitäten nicht von den Orientierungswochen durch übergriffiges und/oder gewaltvolles Verhalten ausgeschlossen werden, sondern die gewaltausübende Person. Zudem sollte es in Orientierungswochen Vorträge zum Thema Awareness, Diskriminierung und Consent geben, um gefährlichen Situationen vorzubeugen. Awareness heißt hier konkret, Betroffenen zu glauben und in ihrem Interesse zu handeln, Consent nicht vorauszusetzen, die Grenzen anderer zu respektieren und sich Diskriminierungen und Machtverhältnissen bewusst zu sein.

Wie Machtverhältnisse und Abhängigkeiten zum Verhängnis werden

Ein sensibler Umgang mit der Thematik sexualisierter Gewalt ist im universitären Kontext essentiell. Statistisch gesehen begegnen Lehrpersonen in ihren Veranstaltungen einigen Studentinnen, die sexualisierte Gewalt erfahren haben, ohne es zu wissen. Damit niemand unbeabsichtigt in mögliches Trauma zurückversetzt wird, sollten Lehrkörper bei der Thematisierung von sexualisierter Gewalt darin geschult werden, auf diese Inhalte möglichst frühzeitig hinzuweisen und verständnisvoll mit traumatisierten Studentinnen umzugehen.

Eine noch bedrohlichere Dimension nimmt die sexualisierte Gewalt an, wenn sie in hierarchischen Beziehungen stattfindet. Geht Gewalt von Dozierenden oder Vorgesetzten aus, stehen Betroffene vor einem großen Dilemma. In Notenvergaben und/oder im Arbeitsverhältnis sind sie von ihrem Aggressor abhängig. Weil sie persönliche Nachteile im Studium, Nichtverständnis von anderen Autoritäten oder Stigma fürchten, entscheiden sich viele Betroffene, zu schweigen. Das darf so nicht hingenommen werden. Der Wissenschaftsbereich ist klein und in einigen Fachbereichen oft abhängig von ein paar wenigen (männlichen) Forschergrößen. Diese Männernetzwerke schützen sich gegenseitig. Vorfälle unter den Tisch zu kehren, hindert Frauen einerseits daran, unbeschwert zu studieren, andererseits kann es sie sogar an einer wissenschaftlichen Karriere hindern. Für uns ist klar: Frauen müssen wirksam geschützt werden und die Autorität von Aggressoren darf nicht dazu führen, dass Vorfälle nicht aufgeklärt oder nicht geahndet werden!

Sexualisierte Gewalt ist auch zu Zeiten der Online Lehre ein Problem!

Sexualisierte Gewalt macht auch vor dem Netz keinen Halt. Das wissen wir spätestens seitdem in der Pandemie unser Hochschul- sowie unser Sozialleben größtenteils in die virtuelle Welt verschoben wurde. Neben Online-Sitzungen, nächtlichen Among-Us Runden und Watch-Partys tauchten allmählich auch "real-life-problems" im Netz auf. Es wäre ja auch zu schön um wahr zu sein, wenn der alltägliche Sexismus an Hochschule zu Beginn der Onlinesemester sein Ende gefunden hätte. Dazu kommt, dass Stress, Unsicherheiten sowie die Verlagerung von Sozialkontakten ins Netz bestehende Dynamiken online verstärken. So können wir zwar unser Gesicht hinter einer Kachel im Zoom-Meeting verstecken, nicht aber den Sexismus, den wir schon aufgrund eines weiblich-gelesenen Namens erfahren. Auf leeren Unicampi kann keine sexualisierte Gewalt stattfinden; dafür verbreitet sie sich im Internet rasanter denn je.

Laut einer Studie des Kinderhilfswerk Plan International aus dem Jahr 2020 haben 70% der Frauen in Deutschland bereits Bedrohungen und Beleidigungen aufgrund ihres Geschlechts im Internet erfahren⁴. Laut der Studie ziehen sich 19% der Frauen nach sexualisierten Beleidigungen aus dem Netz bzw. den Plattformen zurück. Ein Prozess, den wir als Juso-Hochschulgruppen nicht stillschweigend gegenüberstehen können im Anbetracht der Entwicklung der Präsenzlehre hin zu Online- bzw. Hybridformaten.

Sei es eine unangebrachte Privatnachricht bei Zoom, die Verbreitung der Handynummer in WhatsApp-Ersti-Gruppen oder ein sexistischer Kommentar im Seminar: Sexualisierte Gewalt im Internet ist nicht tolerierbar. Durch die Umstellung der Hochschulen zur Online-Lehre verschwamm auch der private und universitäre Bereich ineinander. Studierende sitzen zuhause in ihren WGs vor ihren Laptops und im Zoom-Raum laufen die Seminare. Breakout-Sessions können schnell zu unangenehmen Situationen führen, wenn die Schwelle zwischen Privatsphäre und Studisphäre gebrochen wird.

Durch die universitäre Umstellung und die Verschiebung des Privats- sowie Studienalltags landeten allgemein mehr private Infos und Daten online, die wenn sie in falsche Hände gelangen, missbraucht werden können. Daher braucht es mehr Awareness, sowie Schulungen, wie mit Daten im Internet

⁴ <https://hateaid.org/sexistische-digitale-gewalt/>

umgegangen werden können, so dass sie nicht missbraucht werden können. Aber nicht nur Prävention ist nötig, auch braucht es Aufklärung, wenn es zu Datenerpressung etc. im universitären Umfeld kommt.

OnlyFans als alternative Studienfinanzierung?! Sexualisierte Gewalt auch online bekämpfen.

Aufgrund der Coronapandemie haben laut einer Umfrage des Personaldienstleisters Zenjob 40 Prozent der Studierenden ihren Nebenjob verloren. Angesichts der Tatsache, dass BAföG-Fördersätze nicht einmal annähernd alle Lebenshaltungskosten vieler Studierender decken können, auch Eltern von Lohneinbußen betroffen waren und die Bundesnothilfe für Studierende deutlich zu niedrig und zu kurz ausfiel, ist es nicht verwunderlich, dass viele Studierende kurzfristige Nebenjobs suchten.

Das Geschäft mit pornografischen Inhalten winkt mit schnell verdientem Geld und hoher Nachfrage – weltweit gehören Pornoseiten zu den am meisten besuchten Internetadressen. Während der Pandemie befand sich vor allem die Plattform OnlyFans im Aufschwung, auf der freizügige Bilder und pornografische Inhalte gegen ein Abonnement zur Verfügung gestellt werden. Die Plattform war vor allem von Instagram aus schnell zu erreichen.

Ein Großteil der Studierenden ist in einem Alter, in dem soziale Medien sehr aktiv genutzt werden. Viele der Lieblingscreatorinnen bauen sich neben dem Influencer-Geschäft Followings auf Plattformen wie OnlyFans auf. Wer auf dieser und ähnlichen Seiten hohe Absätze erzielt und alle ausstehenden Rechnungen plötzlich bezahlen kann, gerät schnell in Versuchung, in der Branche zu bleiben. Zudem sinkt die Hemmschwelle, von OnlyFans aus in die "richtige" Pornoindustrie zu wechseln, in der oft sexualisierte Gewalt dargestellt wird. So zeigen 40% aller Mainstream und 90% der gefragtesten Pornos Gewalt und Demütigung von Frauen. Diese Gewalt hat Effekte auf die Betroffenen, auf die diese Bilder und Videos zutiefst verstörend und traumatisierend wirken.

Die Darstellenden leiden unter den bei der Erstellung dieser Inhalte erfahrenen sexualisierte Gewalt. Und auch bei den Konsumierenden können Gewalterfahrungen erzeugt oder wachgerufen werden. Ob Personen selbst darauf abgebildet sind oder nicht – die Darstellungen sexualisierter Gewalt können sich tief einbrennen und Menschen nachhaltig verstören.

Zudem kann die Darstellung sexualisierter Gewalt diese Taten vermehrt normalisieren. Die Normalisierung wirkt sich auch auf die damit einhergehenden Frauenbilder aus, die zum Beispiel die Frau stets als submissiv darstellen. Patriarchale Machstrukturen werden in sexualisierten Gewaltdarstellungen der Pornografie manifestiert, welches sich in weitere Lebensbereiche durchzieht. Diese Darstellungen vollziehen sich nach dem *male gaze*, der uns in allen Lebensbereiche begleitet und die Welt durch eine männlich-heterosexuelle Brille sieht.

Kontrolle oder Vorgaben zu pornografischen Inhalten im Internet gibt es nicht. Dafür ist die Masse der hochgeladenen Inhalte zu groß. Quantität übersteigt hier Qualität, zumal viele Websites illegal betrieben werden und Urheberrechte verletzen. Das legale, zahlungspflichtige Geschäft oder Plattformen wie OnlyFans bilden lediglich Ausnahmen und kommen dagegen nicht an. Gewaltsame und frauenverachtende Filme gewinnen den Kampf um die Nachfrage. Im Nachgang lassen sich keine Inhalte vollständig aus dem Internet nehmen. Betroffene haben oft mit Stigmata und Ausgrenzung zu kämpfen.

Frauen in finanzieller Not kommen oft durch die Loverboy-Strategie zum Porno – das sind Partner, die das Vertrauen ihrer Partnerin ausnutzen, um sie von der Tätigkeit in der Branche zu überzeugen und emotional daran zu binden.

Es kann nicht sein, dass junge Frauen allein durch ökonomische Not dazu gezwungen werden, sich patriarchalen Strukturen und sexualisierter Gewalt zu unterwerfen. Gerade in solchen Situationen ist eine Freiwilligkeit nicht gewährleistet und die Grenze zum Menschenhandel schnell überschritten. Als

167 Sozialstaat muss es die Aufgabe der Bundesregierung sein, Studierende in Not zu unterstützen, damit
168 Studentinnen nicht zu Mitteln greifen müssen, die sie unter freiwilligen Umständen vielleicht nicht
169 nutzen würden.

170 Daher fordern wir:

- 171 • Es braucht umfangreiche Präventivmaßnahmen auf Seiten der Hochschule, damit es gar nicht
172 erst zu Fällen sexualisierter Gewalt kommt
- 173 • Awarenesskonzepte für die Orientierungswochen, damit jede Person die Orientierungstage
174 genießen kann
- 175 • Awarenessschulung für Lehrende, damit diese wissen wie sie mit Fällen sexualisierter Gewalt
176 umzugehen haben und nicht selber zum Täter werden
- 177 • Vorträge zum Thema Awareness, Diskriminierung und Consent
- 178 • Unterstützung der Fachbereiche und Rektorate der Universitäten, beispielsweise durch
179 Organisation der Awareness Konzepte oder Finanzierung dieser
- 180 • Ausgebildete Awareness-Personen, die für Betroffene in und nach den Orientierungswochen
181 ansprechbar sind
- 182 • Mehr Beratungsstellen für Studis in Not. Diese müssen sowohl Präsenz- wie auch
183 Onlineanlaufstellen bereitstellen, damit die Hemmschwelle für betroffene Studierende
184 möglichst gering ist
- 185 • Eine gute Studienfinanzierung auch im Krisenfall. BAföG muss auf die Lebensrealität
186 Studierender angepasst werden

187

Antragsbereich G: Gute Arbeit

Antrag G1_21

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppen Dortmund, Universität Köln

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **G1_21 1000 mal gefordert, 1000 mal ist nichts** 4 **passiert – TVStud jetzt!**

5 Studentische Beschäftigte sind für den akademischen Betrieb essentiell. Sie unterstützen den Lehr- und
6 Forschungsbetrieb, der ohne sie nicht funktionieren würde. Gleichzeitig dient eine Stelle als SHK oder
7 WHK als Einstieg in eine wissenschaftliche Karriere. Ohne die Erfahrung, neben dem Studium bereits an
8 der Hochschule gearbeitet haben, wird eine akademische Berufslaufbahn unwahrscheinlicher.

9 Diese hohe Bedeutung von SHK- und WHK-Stellen zeichnet sich nicht ab in den derzeitigen
10 Arbeitsbedingungen studentischer Hochschulbeschäftigter. Obwohl sie meist als Landesbeschäftigte
11 im öffentlichen Dienst tätig sind, sind sie explizit nicht im Tarifvertrag der Länder aufgeführt. Die
12 Bezahlung liegt meist unter einem existenzsichernden Mindestlohn, es gilt lediglich der gesetzliche
13 Mindesturlaubsanspruch, über viele Regelungen wird dazu nicht aufgeklärt. Dazu kommt oft ein
14 Abhängigkeitsverhältnis durch die Beschäftigung bei den Dozierenden, die über den eigenen
15 Studienerfolg entscheiden.

16 Nicht verwunderlich ist deswegen, dass Gewerkschaften, Studierendenvertretungen und auch wir als
17 Juso-Hochschulgruppen schon lange einen Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte, den TVStud,
18 fordern. Wie bereits in Berlin Realität, sollen SHKs und WHKs endlich tariflich abgesichert werden!

19 **Wenn nicht jetzt, wann dann?! – Die Tarifrunde der Länder 2021 als Chance für den TVStud**

20 Neue Aktualität bekommt die Forderung nach Einführung eines TVStud durch die laufende Tarifrunde
21 für den öffentlichen Dienst der Länder. Dazu gehören auch die Beschäftigten von Universitäten und
22 Hochschulen – nur eben die studentischen Beschäftigten nicht.

23 Nachdem die TVStud-Bewegung in vielen Städten und Bundesländern immer mehr Fahrt aufnimmt,
24 kommen die Forderungen aber endlich auch bei den verhandlungsführenden Gewerkschaften an. Ver.di
25 nennt erstmals eine "Verhandlungsverpflichtung über einen Tarifvertrag für Studentische
26 Beschäftigte" unter seinen Erwartungen an die Arbeitgeber, die GEW fordert bereits einen "Tarifvertrag
27 für studentische Beschäftigte".

28 Besondere Aufmerksamkeit für die unwürdigen Arbeitsbedingungen im Wissenschaftsbetrieb hat auch
29 der Hashtag "#IchBinHanna" hervorgerufen, unter dem Angestellte auf die prekären
30 Beschäftigungsverhältnisse und die Untätigkeit von Politik und Hochschulen aufmerksam machten.
31 Dass der Fokus von Gewerkschaften, Politik und Öffentlichkeit sich endlich verstärkt auf die
32 Arbeitsbedingungen von studentischen Beschäftigten richtet, begrüßen wir. Gleichzeitig geben wir uns
33 damit aber nicht zufrieden, sondern wollen diese Dynamik nutzen, um weiter Druck auf die
34 Entscheidungsträger*innen aufzubauen und die Forderungen der TVStud-Kampagne endlich
35 durchzusetzen.

36 **Tarif gehört zu mir wie mein Name an der Tür – Sozialdemokrat*innen für Tarifbindung!**

37 Zusätzliche Relevanz für uns bekommt die Debatte um die tarifliche Absicherung von studentischen
38 Beschäftigten, da der Tarifvertrag der Länder von den Finanzminister*innen aller Bundesländer (außer
39 Hessen) verhandelt wird. Sechs Finanzminister*innen kommen in dieser Runde direkt von der SPD, in
40 weiteren fünf Bundesländern sitzt die SPD mit in den Landesregierungen und kann so auf die
41 Verhandlungen einwirken.

42 Es ist nicht akzeptabel, dass sich sozialdemokratische Minister*innen gegen Tarifbindungen einsetzen.
43 Wir fordern alle SPD-Finanzminister*innen und Landesregierungen mit SPD-Beteiligung dazu auf, sich
44 dafür einzusetzen, dass der TVStud oder eine Aufnahme von SHKs und WHKs in den TV-L endlich
45 Realität wird!

46 **Komm' mit mir ins Tarif-Abenteuerland – Zusammen für den TVStud!**

47 Wir solidarisieren uns mit der bundesweiten TVStud-Bewegung und den einzelnen Basisgruppen an den
48 Hochschulen vor Ort und schließen uns ihren Forderungen an. Dazu gehören tarifliche Regelungen wie:

- 49 • Urlaubsansprüche und eine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
- 50 • Mindestvertragslaufzeiten und das Ende von Kettenbefristungen
- 51 • Mitbestimmung und demokratische Teilhabe in Personalräten auch für studentische
52 Beschäftigte
- 53 • Ein deutlicher Lohnanstieg auf ein existenzsicherndes Niveau und regelmäßige
54 Lohnerhöhungen durch Anbindung an die Lohnsteigerungen im TV-L

55 Als Juso-Hochschulgruppen ist es unser Ziel, sowohl kurzfristig die TVStud-Gruppen und
56 Gewerkschaften in der aktuellen Tarifrunde zu unterstützen, als auch langfristig in den universitären und
57 studentischen Gremien für einen TVStud zu kämpfen!

Antragsbereich H: Hochschulfinanzierung

Antrag H1_21

Antragssteller*in: Juso-Hochschulgruppen Niedersachsen

Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

H1_21 Chronisch unterfinanziert und jetzt noch die Pandemie bezahlen? Der Wert von Wissenschaft misst sich nicht in Profiten!

Wer sich mit Hochschulen und der ihnen gewidmeten Politik befasst, wird früher oder später auf den Komplex ihrer Finanzierung stoßen. Egal, ob auf Hochschul-, Landes- oder Bundesebene, wer innovative und gemeinwohlorientierte Vorschläge für die Hochschulentwicklung einbringt, bekommt in der Regel zu hören, das sei ja alles gut und schön, doch dafür reiche nun wirklich das Geld nicht. Ganz grundsätzlich laufen wir Gefahr, die notwendigen großangelegten Staatsausgaben in der Corona-Pandemie bald mit einem neoliberalen und vermeintlich antizyklischen Konjunkturprogramm unter Berufung auf die sakramentale Schuldenbremse zu bezahlen. Konkret bedeutet das: weitere Einsparungen an den Mitteln der Länder und des Bundes für die Hochschulen. Gezeigt hat sich das bereits zum Beispiel in Niedersachsen, wo die pandemiebedingten Staatsausgaben durch eine globale Minderausgabe bei den Hochschulen in Höhe von 20 Millionen Euro ausgeglichen werden sollen. Gemeinhin lässt sich schon seit langem ein von uns als Juso-Hochschulgruppen stets kritisch begleiteter Prozess der Neoliberalisierung und zunehmender Ausrichtung auf die Privatwirtschaft der Hochschulstruktur und -finanzierung im Zuge des New Public Managements beobachten.

Doch wird die Krise nun genutzt, um weitere Einsparungen zu rechtfertigen, so könnte das fatale Folgen für Forschung und Lehre und damit auch die Freiheit der Wissenschaft haben – letztendlich damit sogar demokratiegefährdend wirken. Schon eine Stagnation der Mittel hat effektiv Kürzungen zur Folge, da diese die Inflation ausgleichen müssen. Fordern die Länder aber von den Hochschulen noch darüber hinaus, dass meist nur vermeintlich buchhalterisch bestehende Rücklagen eingespart werden müssten, so reichen die Hochschulen, bzw. die Entscheidungsträger*innen in den Präsidien, diese Einsparungen regelmäßig nach unten durch. Einsparungen treffen so vor allem den sogenannten akademischen Mittelbau, kleine Studiengänge, und natürlich die Studierenden. Also wird neben der Forschung auch an Studienberatungen, Antidiskriminierungsstellen, Bibliotheksbeständen und Exkursionen gespart. Wenn nicht gleich ganze Institute gestrichen werden sollen, wie kürzlich in Hannover geplant für das Institut für Meteorologie und Klimaforschung. Ganz unabhängig davon, welche negative Signalwirkung Einsparungen in diesem zukunftsschwangeren Bereich haben, sind auch die anderen Entwicklungen in Bezug auf die Qualität der Lehre und die Bedürfnisse der Studierenden äußerst besorgniserregend.

Kuscheln mit der Wirtschaft per Gesetz?

Neben der direkten Finanzierungsfrage sorgt dafür auch der gesetzliche Rahmen, insbesondere jene Hochschulgesetznovellen, die sich die Stärkung der Autonomie der Hochschulen auf die Fahnen schreiben. Solange aber Hochschulen nicht wahrhaftig demokratisch organisiert sind, bedeutet das zumeist nur einen Zugewinn an Macht und Entscheidungsgewalt für Präsidien. Einerseits sind diese noch immer nicht unbedingt bekannt dafür, divers besetzt zu sein und damit die Pluralität der Hochschulen abzubilden. Zum anderen stärkt ihr Streben nach Prestige und Erfolg den Konkurrenzkampf unter „ihren“ Hochschulen, was dazu führt, dass die ohnehin schon knappen

Ressourcen dann in Projekte fließen, die eben dieses Prestige fördern. Wie es der Zufall so will, liegen diese Projekte meist in den Wissenschaften, die auch der Privatwirtschaft besonders naheliegen – also vor allem den sogenannten „MINT-Fächern“. Und so behandeln auch die Gesetzesnovellen zur „Stärkung der Hochschulautonomie“ gefestigte und hochqualifizierte Wissenschaftler*innen wie „Nachwuchskräfte“. Dabei sollte Wissenschaft mehr sein als die Produktion von für den Arbeitsmarkt gewinnbringenden Fachkräften. Stattdessen nimmt sie eine fundamentale gesellschaftliche Verantwortung ein, insbesondere mit Blick auf die Krisen unserer Zeit, und ist somit bereits als Selbstzweck zweifelsfrei dem Gemeinwohl zuträglich. Auch wenn im bestehenden kapitalistischen System der sozialdemokratische Grundwert des „Aufstiegs durch Bildung“ seine Berechtigung im Zugang zur Aus- und Weiterbildung an den Hochschulen im Sinne der sozialen Gerechtigkeit hat, so kann und darf die Qualifikation, in der Lehre wie auch in wissenschaftlichen Anstellungen, nicht das einzige Ziel von Wissenschaft sein.

Ein weiterer mit der Ökonomisierung verbundener Aspekt, der bereits in einigen Bundesländern Einzug gehalten hat, ist die sogenannte „Genieklausel“. Diese ermöglicht es den Hochschulen „im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit“ Ausschreibungen zu umgehen und so beispielsweise namhafte Dozent*innen aus dem jeweiligen Fachgebiet zu gewinnen. Grundsätzlich mag es positiv sein, die starren Hierarchien an den Hochschulen für einen angebrachtes Maß an Praxisbezug aufzuweichen. Doch sollten hier vor allem die Interessen der Studierenden im Vordergrund stehen und Prinzipien der Gleichstellung keinesfalls vernachlässigt werden. Ebenfalls kritisch zu betrachten sind in diesem Kontext sogenannte „Erprobungsklauseln“, die den Hochschulen die Vorbereitung auf die Exzellenzstrategie erleichtern sollen. Diese ist von unserem Verband in der Vergangenheit bereits vielfach für ihre unsolidarischen und nicht nachhaltigen Finanzierungsmechanismen kritisiert worden. Die Erprobungsklauseln geben den Präsidien aber noch mehr Entscheidungsmacht, um über die Ausrichtung und finanzielle Ausgestaltung ihrer Hochschulen zu verfügen und hebeln somit die demokratische Mitbestimmung aus. Ebenso sehen zum Beispiel die Gesetzesnovellen in Bayern und Niedersachsen vor, die Möglichkeiten der Hochschulen, an Drittmittel zu gelangen, auszuweiten. Dass viele Hochschulen dies ob ihrer unzureichenden Finanzierungslage als verlockende Möglichkeiten sehen, Forschung und Lehre noch enger mit der Privatwirtschaft zu verkoppeln, ist äußerst besorgniserregend mit Blick auf die Freiheit und Unabhängigkeit von Forschung und Lehre. Neben der offensichtlichen Verantwortung der Länder, derartige Novellierungen nicht vorzunehmen, kann die Bundesregierung dem am besten entgegensteuern, in dem sie selbst eine ausreichende Finanzierung der Hochschulen sicherstellt.

Es ist Zeit für eine moderne Hochschulfinanzierung!

Ein innovatives Instrument zur demokratischen Mittelverwaltung in den Hochschulen sind die Studienqualitätsmittel (SQM), wie in Niedersachsen im Hochschulgesetz verankert. Sie sollten den Wegfall der Studiengebühren ausgleichen und geben Studierenden die Möglichkeit in Studienqualitätskommissionen Verantwortung zu übernehmen und ihre Hochschulen mitzugestalten. Statt derlei Modelle auszuweiten, sollen in Niedersachsen die SQM in Zukunft aufgeweicht werden und für gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie Investitionen in die Infrastruktur verwendet werden. Von einigen wird selbst die Wiedereinführung von Studiengebühren nicht mehr ausgeschlossen. Mögliche positive Entwicklungen wie eine Ausweitung und Erhöhung des BAföGs dürfen auf keinen Fall argumentativ dafür genutzt werden, um die davon entlasteten Student*innen direkt wieder zur Kasse zu bitten. Viele der skizzierten Entwicklungen finden hauptsächlich auf Landesebene statt. Doch hat der Bund einige, vor allem finanzielle Mittel, um die miserable finanzielle Lage an den meisten Hochschulen zu verbessern und gleichzeitig Steuerungsakzente im Bereich zukunftsweisender Themen wie Gleichstellung und Antidiskriminierung an den Hochschulen und der Digitalisierung zu setzen. In Form von verstetigten Pakten, wie schon in der Vergangenheit von den Juso-Hochschulgruppen gefordert, kann den Hochschulen Planungssicherheit gegeben werden, gleichzeitig die Mittelvergabe aber an

Bedingungen wie die Einführung des Gender Budgeting und eine feste Quote bei der Besetzung neuer Professor*innenstellen geknüpft werden.

Dass die oft zitierten Potentiale der digitalen Welt den Hochschulen oft verschlossen bleiben, ist kein Geheimnis. Deshalb fordern wir weiterhin die Ausweitung digitaler Angebote und Infrastruktur als Bedingung für die Mittelvergabe an die Hochschulen. Allerdings haben diese Potentiale stets auch Schattenseiten. Daher sollten wir uns außerdem mit der Rolle beschäftigen, die Hochschulen als öffentliche Institutionen in der Auseinandersetzung mit der Macht von digitalen Plattformen, dem sogenannten Überwachungskapitalismus und postkolonialen Verwicklungen von internationalen Datenströmen haben.¹ Diese Beschäftigung muss zum einen aus wissenschaftlicher Perspektive, aber eben auch als Nutzer*innen ebendieser erfolgen. Wer hat nicht schon die immer gleiche Diskussion geführt: Ja, wir sollten Big Blue Button nutzen – aber Zoom läuft einfach besser. Dabei sind die Macht und Dominanz der Silicon Valley Konzerne keineswegs naturgegeben. Im Gegenteil, obgleich sie sich gerne als Produkt einer libertären Utopie und des freien Marktes inszenieren, war ihr Aufstieg von massiven Subventionen begleitet. Schon 1995 gab es deshalb Forderungen, in Europa einen staatlich kontrollierten Ausbau dieser zentralen Kommunikationssysteme zu fördern, so wie es lange auch bei Telekommunikation und davor noch bei der Post der Fall war². Die Unkontrollierbarkeit der sozialen Medien ist bekannt, aber will kaum eine*r auf Grund ihrer offensichtlichen Vorteile darauf verzichten – was wäre also, wenn wir uns nicht dazwischen entscheiden müssten? Wenn Open Source Technologie kein Hobby, sondern ein staatlich gefördertes Projekt wäre, das an den Hochschulen entwickelt und diesen damit, wie auch der ganzen Gesellschaft, direkt zur Nutzung zur Verfügung stünde. Das alles sind Ideen, mit denen wir als Juso-Hochschulgruppen uns vertieft beschäftigen und die gesellschaftliche Debatte dazu anregen sollten.

All dies verlangt natürlich Geld. Eine neue Regierung wird hoffentlich die Notwendigkeit von Investitionen im Bildungssektor und an Hochschulen anerkennen, trotzdem reicht es nicht, diese Investitionen durch vermeintliche Rückgewinne aus der Privatwirtschaft zu erklären – denn das schützt nicht vor der Anbiederung an diese. Stattdessen ist es an der Zeit, moderne Ansätze für die Fiskalpolitik zu erwägen. Einen Aufschlag diesbezüglich macht die sogenannte „Modern Monetary Theory“ (MMT)³. Als analytische Linse ermöglicht sie uns eine neue Betrachtung von staatlichen Investitionen und geht davon aus, dass diesen keine Grenzen gesetzt sind, sofern sie von entsprechenden Ressourcen gedeckt werden. So kann der Staat so lange Geld schaffen und dieses investieren, ohne eine hyperinflationäre Preissteigerung zu verursachen, wie damit kein Nachfrageüberschuss entsteht, der zu übermäßig ansteigenden Löhnen führt. Zu hinterfragen ist dann vor allem, ob diese Investitionen dem Gemeinwohl dienlich sind. In Anbetracht der Hochschulen sollte offenkundig sein, dass es dem Gemeinwohl zuträglich wäre, wenn alle Forscher*innen und Student*innen, die gerne an einer Hochschule studieren und forschen wollen, dies in einem ausfinanzierten System tun können. Da die Bundesregierung allerdings auf Grund ihrer Mitgliedschaft in der Währungsunion die Geldpolitik nicht selbst bestimmen kann, aber zugleich ein solches Vorhaben die Kompetenzen der EU zurzeit noch überschreitet, ist in Erwägung zu ziehen, sich auf europäischer Ebene für eine Stärkung der Währungsunion, beispielsweise durch eine*n europäische*n Finanzminister*in, einzusetzen. Dabei sind auch die in der Vergangenheit negativen und unsolidarischen Auswirkungen der europäischen Finanzpolitik auf unsere europäischen Partner*innen zu beachten. Als Juso-Hochschulgruppen werden wir uns daher auch mit diesem Thema tiefergehend auseinandersetzen und eine Debatte über moderne Ansätze in der Geld- und Investitionspolitik unterstützen.

¹ Siehe z.B.: Kwet (2018) Digital Colonialism: US Empire and the New Imperialism in the Global South. In: Race & Class 60(4).

² Siehe Barbrook und Cameron (1995). The Californian Ideology. In: Mute Magazine, 1 (3).

³ Einen guten thematischen Einstieg bietet zum Beispiel Maurice Höfgen: <https://mauricehoefgen.com/> oder dieser Beitrag des Projekts „Exploring Economics“, das sich für ein pluraleres Ökonomieverständnis einsetzt: <https://www.exploring-economics.org/en/discover/modern-monetary-theory-en/>

Antragsbereich L: Frühkindliche Bildung, Schule & lebenslanges Lernen

Antrag L1_21

Antragssteller*in: Juso-Hochschulgruppen Nordrhein-Westfalen

Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

L1_21 Politikfreie Bildung ist keine Bildung – gegen die Ökonomisierung unserer (Hoch-)schulen!

Vor nur wenigen Wochen, am 24. September 2021, sind hunderttausende Kinder und Jugendliche auf die Straßen gegangen, um für eine klimagerechte Zukunft zu demonstrieren. „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut“ hallte es bundesweit durch die Städte. Einige Tage nach dem globalen Klimastreik fand die Bundestagswahl statt. Viele Menschen, darunter vor allem junge Bürger*innen, teilten den Eindruck, dass die diesjährige Bundestagswahl keine Wahl wie jede andere sein werde. Die nächsten vier Jahre seien richtungsentscheidend darüber, ob die Klimakrise noch aufgehalten und die 1,5°C-Grenze eingehalten werden kann. Es brauche konsequente und schnelle Maßnahmen, sonst werden Kippunkte erreicht und unser Ökosystem kollabieren, so äußerte sich Fridays for Future im Vorfeld der Wahl. Fridays for Future, eine Gruppe, die vor einigen Jahren größtenteils von Schüler*innen mit der zentralen Forderung, das 1,5°-Grad Ziel einzuhalten, ins Leben gerufen wurde. Unpolitische Jugend? Fehlanzeige!

Studien zeigen, dass bereits Grundschulkinder politischen Themen und Problemen eine große Bedeutung zu messen. Gerade in Sachen Klimapolitik haben viele Kinder und Jugendliche breites Wissen und großes Interesse an einer grundlegenden Politikgestaltung. Dennoch sind die unter 18-Jährigen von der politischen Mitbestimmung weitestgehend ausgeschlossen. Die unter 29-Jährigen machen gerade mal 13,4% der Wahlberechtigten aus. Trotz des anhaltenden institutionalisierten Ausschlusses von Kindern und Jugendlichen an der politischen Mitbestimmung, zeigen Ergebnisse der letzten Shell-Studie, dass der Anteil von jungen Menschen, die sich für Politik interessieren und sich gesellschaftspolitisch engagieren im Vergleich zur Situation vor 20 Jahren deutlich gestiegen sei.

Die Ökonomisierung unserer Bildung – in NRW und bundesweit

Vor diesen gesellschaftlichen Entwicklungen hat sich die schwarz-gelbe Landesregierung in Nordrhein-Westfalen dazu entschlossen, die politische Bildung an Schulen durch das Ersetzen des Fachs „Sozialwissenschaften“ durch das Fach „Wirtschaft/Politik“ zunächst in den schulischen Lehrplänen sowie durch die darauffolgende Änderung der Lehramtszugangsverordnung stark einzudämmen.

Diese Reform bringt weitreichende Folgen und Unsicherheiten mit sich. Während bisher das Unterrichtsfach „Sozialwissenschaften“ die Disziplinen Politik, Ökonomie und Soziologie vereinte, ist im neuen Unterrichtsfach „Wirtschaft/Politik“ nur noch eine begrenzte Vermittlung soziologischer Kompetenzen vorgesehen. Bei dieser grundlegenden Umgestaltung wurden weder Schüler*innen, Eltern, Lehrkräfte noch Lehramtsstudierende in den Entscheidungsprozess miteinbezogen. Stattdessen wurden sie vor vollendete Tatsachen gestellt und großer Verwirrung ausgesetzt. Die schwarz-gelbe Landesregierung versetzte mit dieser Reform vor allem betroffene Lehramtsstudierende in große

Unsicherheit, da unklar ist, welche langfristigen Probleme dadurch in ihrem Arbeitsalltag entstehen werden.

Diese Verdrängung der politischen Bildung zugunsten ökonomischer Lehrinhalte ist jedoch nicht nur in Nordrhein-Westfalen zu beobachten. Sie stellt vielmehr einen bundesweiten Trend dar. Einige Bundesländer rechtfertigten diese Entwicklung damit, dass beispielsweise im Fach Geschichte bereits genügend politische Themen abgedeckt seien. Dies ist jedoch weder ausreichend noch rechtfertigt es die zunehmende Ökonomisierung des Fachs „Sozialwissenschaften“. Hinzu kommt eine einmalig hohe Anzahl von Lehrkräften, die das Schulfach fachfremd unterrichten. Das ist ein klares Anzeichen dafür, dass gesellschaftspolitische Bildung in unserem Schulsystem zu kurz kommt!

Demokratisierung unseres Bildungssystem jetzt

Für eine demokratische Gesellschaft braucht es ein demokratisch Bildungssystem! So auch demokratische Schulen. Diese stellen allerdings alles andere als demokratische Orte dar. Obwohl das Ziel unserer Bildung die Erziehung der Kinder zu vollwertigen Mitgliedern unserer demokratischen Gesellschaft ist, unterliegen unsere Schulen alles andere als einem demokratischen Aufbau. Die bisherige rein theoretische Vermittlung unseres Gesellschafts- und Menschenbilds reicht daher keineswegs aus! Um zu mündigen, handlungs- und verantwortungsbewussten Bürger*innen erzogen zu werden, müssen jungen Menschen diese Werte nicht nur vermittelt werden, sondern vielmehr aktiv praktiziert und in den deren Alltag integriert werden. Bereits im Kindes- und Jugendalter muss von Beginn an ein demokratisches Miteinander erlernt und die Erfahrung gemacht werden, dass die Bildungsorte, welche einen Lebensmittelpunkt für sie darstellen, demokratische Orte sind, an denen jede*r einzelne teilhaben kann. Dafür ist die volle Mitbestimmung durch die Stärkung der Interessenvertretungen von Schüler*innen in allen Fragen, die den Schulalltag betreffen, notwendig. Der Ausbau der Entscheidungskompetenzen der Schüler*innen auf Schul-, Bezirks- und Landesebene ist der nötige ein Anfang! Zudem muss das politische Engagement von Schüler*innen mehr gefördert werden. Hierfür braucht es dringend eine enge Kooperation mit zivilgesellschaftlichen und politischen Initiativen in allen Bildungseinrichtungen!

Aber nicht nur in Schulen sucht man nach demokratischen Strukturen vergebens, auch Hochschulen weisen keineswegs demokratische Strukturen vor. Zwar gibt es institutionalisierte Beteiligungsmöglichkeiten für Studierenden an Hochschulen, jedoch liegt die letztendliche Entscheidung bei der kleinsten Gruppe in Hochschulen: den Professor*innen. Um die Demokratisierung der Hochschulen voranzutreiben, benötigt es dringend die paritätische Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen. Das bedeutet: alle Mitglieder der Hochschulen müssen an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden! So sollen insbesondere die Perspektiven und Forderungen von Studierenden in der Gremienarbeit stärker berücksichtigt werden. Gerade nachdem Studierende in der Corona-Krise oft das Gefühl vermittelt bekommen haben, mit ihren Anliegen und Problemen kein Gehör zu bekommen, ist hier ein Paradigmenwechsel ein wichtiger Schritt, um eine Entsolidarisierung auch unter Hochschulangehörigen zu verhindern und die dringend notwendigen Veränderungsprozesse an den Hochschulen gemeinsam anzugehen. Die Stärkung der studentischen Selbstverwaltung sowie deren allgemeinpolitisches Mandat ist daher dringend notwendig. Das Fehlen eines allgemeinpolitischen Mandats der verfassten Studierendenschaft nimmt Studierenden die Möglichkeit der Partizipation und Selbstbestimmung. Für die Politisierung der Studierenden ist die Politische Bildung und daher die Möglichkeit der Studierendenvertretungen, sich zu jedem Thema äußern zu können, ohne mit Sanktionen rechnen zu müssen, essenziell.

Mit der grundlegenden Demokratisierung unserer Bildungseinrichtung einhergehend, ist eine grundlegende Verankerung demokratischer und politischer Bildung in den Lehrplänen von Kita bis zur Hochschule notwendig. Jedoch geht aktuell unsere Bildungspolitik in eine falsche Richtung. Das Mantra ist klar: Ökonomisierung statt Demokratisierung. Gesellschaftliche Fragen werden nicht mehr aus einer

politischen, sondern aus einer ökonomischen Perspektive analysiert. Das führt dazu, dass die Bereitschaft zu politischem Engagement hinter individuellen Erfolgszielen zurückbleibt. Für uns als Juso-Hochschulgruppen ist das nicht länger hinnehmbar. Denn diese Umstände bleiben insbesondere für unsere Gesellschaft nicht folgenlos: Die reine Vermittlung vermeintlicher neoliberaler Notwendigkeiten führt zur gesellschaftlichen Entsolidarisierung und schränkt überdies den pluralen Diskurs ein. Für eine solidarische Demokratie muss die gesellschaftspolitische Bildung innerhalb unseres Bildungssystems wieder zur Priorität werden. Dem ökonomischen Konkurrenzprinzip muss eine verpflichtende Vermittlung demokratischer und solidarischer Werte entgegengesetzt werden! Ansonsten ist unsere demokratische und freiheitliche Grundordnung in Gefahr!

In Schulen: Anstatt Schulen weiter und weiter zu ökonomisieren, brauchen wir die Stärkung des Anteils der politischen Bildung sowohl in sozialwissenschaftlichen Fächern als auch die Einbringung einer politischen Perspektive in allen Fächern! Die Ökonomisierung und der zunehmende Konkurrenzdruck in Schulen verhindert solidarische Bildung. Schule darf nicht krank machen, sondern soll eine wertschätzende Atmosphäre schaffen, in der Schüler*innen lernen wollen.

In Hochschulen: Auch in Hochschulen gibt es noch großen Verbesserungsbedarf. Denn der aktuelle 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung zeigt, dass es große Defizite bei der Verankerung politischer Bildung im Hochschulalltag gibt. Bisher ist diese in vielen Studiengängen lediglich als Zusatzqualifikation vorgesehen. Das reicht jedoch keinesfalls aus! Auch in Hochschulen braucht es die Integration eines überfachlichen und allgemeinbildenden Fokus, um allen Studierenden unabhängig ihres Studiengangs oder Hochschulstandorts politische und gesellschaftliche Bildung zu ermöglichen.

Für uns als Juso-Hochschulgruppen ist ein grundlegender Wandel in unseren Bildungseinrichtungen längst überfällig: Einerseits brauchen wir die Demokratisierung von Schulen und Hochschulen und andererseits muss in den Curricula in allen Phasen unseres Bildungssystems der Fokus der politischen und gesellschaftlichen Kenntnisse auf der Tagesordnung stehen. Nur so kann politische und demokratische Bildung in der Praxis und Theorie garantiert werden!

Politische Bildung als Indikator der Sozialen Ungleichheit

Soziale Benachteiligung bedeutet weniger politische Partizipation: Zu dem Ergebnis kommen Studien, die zeigen, dass Personen mit (Fach-)Abitur ein überproportionales Interesse an Politik vorweisen, während das politische Interesse von Menschen mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss unter dem nationalen Durchschnitt liegt. Eine ähnliche Verteilung weist auch das politische Interesse nach Einkommensgruppen vor.

Diese enorme soziale Ungleichheit im politischen Interesse je nach Bildungsgrad und Einkommen hat seinen Ursprung in der politischen Bildung während der Schulzeit. Denn in Haupt- und Realschulen werden sozialwissenschaftliche Fächer bundesweit mehr fachfremd unterrichtet als in Gesamtschulen und Gymnasien. Dieses asymmetrische Verhältnis der Fachfremdquote nach Schulform verschärft sich über die Jahre hinweg zunehmend.

Dass die politische Partizipation mit dem Bildungsgrad und dem verfügbaren Einkommen steigt, zeigt das eigentliche Demokratieproblem unserer Gesellschaft. Denn die soziale Benachteiligung führt nicht zu einem gesteigerten politischen Interesse und Engagement, sondern zum politischen Desinteresse. Das hat zur Folge, dass Bürger*innen mit den nötigen finanziellen Ressourcen und einem hohen Bildungstand ihren politischen Interessen besser Ausdruck verleihen können und somit besser in unserem politischen System repräsentiert sind. Das impliziert zudem, dass sie mit einer größeren Wahrscheinlichkeit von politischen Reformen profitieren werden. Die ungleiche Verteilung des politischen Interesses und Engagements verschärft also die ohnehin schon wachsende soziale Ungleichheit unserer Gesellschaft.

129 Diese Entwicklung zeigt uns als Juso-Hochschulgruppen, dass geringe politische Bildung als sozialer
130 Katalysator wirkt. Solange Kinder und Jugendliche aus höheren Sozialschichten eine bessere politische
131 Bildung als Kinder aus unteren Sozialschichten erhalten, wird die systematische Benachteiligung von
132 Menschen aus sozioökonomisch schwächeren Haushalten im Bereich der politischen Bildung sowie die
133 soziale Ungleichheit im Allgemeinen kein Ende nehmen! Daher brauchen wir den Ausbau an politischer
134 Bildung insbesondere in Haupt- und Realschulen, um allen Schüler*innen einen Zugang zum politischen
135 Engagement zu ermöglichen! Langfristig bleibt unser Ziel die Abschaffung des dreigliedrigen
136 Schulsystems und die Hinwendung zu einer Schule für alle. Denn nur so ist sichergestellt, dass nicht
137 soziale Herkunft, sondern allein Interessen und Fähigkeiten darüber entscheiden, in welchen Bereichen
138 junge Menschen sich einbringen und welchen weiteren Bildungsweg sie gehen.

139 **Politische Bildung statt Rechtsruck**

140 Wir als Juso-Hochschulgruppen verurteilen den Trend zur Ökonomisierung der Schulen sowie der
141 Hochschulen stark. Die Bereiche Wirtschaft, Politik und Soziologie können nur zusammen gedacht
142 werden! Die bereits erfolgte und weiter geplante Schwächung der Politikwissenschaften und der
143 Soziologie verwehrt einen vollumfänglichen, kritischen Blick auf die Gesellschaft.

144 Dieser ist jedoch gerade in der aktuellen Zeit nicht wegzudenken. Während sich rechtsterroristische
145 Anschläge in Deutschland häufen, Parteien mit antisemitischen Verschwörungsideologen in unserem
146 politischen System längst angekommen sind und die soziale Ungleichheit in Deutschland wächst, wird
147 die Vermittlung soziologischer und auch politikwissenschaftlicher Kompetenzen stark eingeschränkt.
148 Darüber hinaus zeigt die Shell-Studie 2019, dass das Internet für junge Menschen die wichtigste
149 Informationsquelle darstelle. Dabei sind gerade die Soziale Medien alles andere als frei von Fake News,
150 Hate Speech oder Verschwörungsideologien. Eine vollumfängliche politische Bildung in Schulen und
151 Hochschulen könnte dieser Ausgangssituation wirkungsvoll entgegenwirken, indem es die
152 Auseinandersetzung mit politischen und gesellschaftlichen Themen, die Bewertung verschiedener
153 Informationsquellen sowie den individuellen Meinungsbildungsprozess im schulischen und
154 hochschulischen Rahmen ermöglicht.

155 Unsere gesellschaftlichen Probleme sind komplex, daher ist die politische und demokratische Bildung
156 in der Theorie und Praxis mehr als notwendig. Lehrer*innen und Schüler*innen sollen sich weder heute
157 noch in der Zukunft ausschließlich mit Wirtschaftssystemen, dem Markt und dem Bankenwesen
158 auskennen. Eine ausführliche Analyse gesellschaftlicher Prozesse, die Vermittlung eines grundlegenden
159 Demokratieverständnis und die Art und Weisen wie man sich als Bürger*in in der Gesellschaft
160 einbringen kann, darf nicht für ökonomische Interessen konservativer und neoliberaler Parteien
161 hintenanstehen!

162 Für uns als Juso Hochschulgruppen ist klar: Die Politisierung junger Menschen darf nicht durch die
163 zunehmende Ökonomisierung unseres Bildungssystem gebremst werden! Schüler*innen und
164 Studierende brauchen mehr und keinesfalls weniger politische Bildung!

165 **Deshalb fordern wir:**

- 166 • Es braucht eine bundesweite Stärkung der politischen Bildung in allen Schulformen, die einen
167 kritischen und multiperspektiven Blick vorweist!
- 168 • Wir stehen solidarisch mit den progressiven Kräften und den Juso-Hochschulgruppen in den
169 Ländern, in denen Politisierung und Demokratisierung in Bildungseinrichtungen durch die
170 Landesregierungen angegriffen oder torpediert werden.
- 171 • Die zunehmende Ökonomisierung in Schulen und Hochschulen muss gestoppt werden!

- 172 • Demokratie muss gelebt, nicht nur gelehrt werden! Es braucht eine strukturelle Umgestaltung
173 und Demokratisierung aller Bildungseinrichtungen!
- 174 • Schüler*innen- und Studierendenvertretungen müssen in ihrer Mitbestimmung gestärkt und das
175 politische Mandat anerkannt werden!
- 176 • Es braucht eine enge Kooperation mit zivilgesellschaftlichen und politischen Initiativen an
177 Schulen und Hochschulen, um das Engagement junger Menschen zu fördern!
- 178 • Die politische Bildung und die Möglichkeiten zur politischen Partizipation müssen insbesondere
179 Kindern und Jugendlichen aus sozioökonomisch schwächeren Haushalten zugänglicher
180 gemacht werden!
- 181 • Ein überfachlicher und allgemeinbildender Fokus in allen Schulen und Hochschulen, unabhängig
182 ihrer Schulform, Schulklasse und Studiengangs, um politische Bildung in allen Lebensbereichen
183 zu ermöglichen!

Antragsbereich M: Studentischer Wohnraum

Antrag M1_21

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppe Karlsruhe

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **M1_21 Bezahlbare Wohnheimplätze ausbauen**

4 **Antragstext:**

5 Die Juso-Hochschulgruppen fordern die Städte, die Länder und die Bundesregierung dazu auf, bis 2031
6 für mindestens 25 % der Studierenden und bis 2041 mindestens für 50 % der Studierenden Plätze in
7 Wohnheimen bereitzustellen. Die Zimmermiete (Warmmiete inklusiv aller Nebenkosten und Internet)
8 muss hierbei unterhalb der jahresaktuellen BAföG-Wohnpauschale liegen. Die maximale Wohndauer
9 muss mindestens zehn Semester betragen.

10 Weiterhin ist eine energetische Sanierung (inklusive Solaranlage) der bestehenden Wohnheime zu prüfen
11 und bis 2031 umzusetzen.

12 Die Bauordnungen sind so zu ändern, dass Wohnheime aller Träger nicht mehr dazu verpflichtet sind,
13 Parkplätze für motorbetriebene Fahrzeuge bereitzustellen.

14 Wohnheime sollten der Mittelpunkt des studentischen Lebens sein. Deshalb ist die Förderung von
15 unabhängigen ehrenamtlich getragenen selbstverwalteten Wohnheimen nach dem Vorbild des Hans-
16 Dickmann-Kollegs (HaDiKo) in Karlsruhe, besonders zu fördern.

17 Die Bereitstellung von Gemeinschaftsräumen für die Bewohner:innen in den jeweiligen Wohnheimen
18 muss verpflichtend sein, da Wohnen und Studieren mehr als nur essen, schlafen und lernen sein muss!

19 **Begründung:**

20 Der Hauptgrund für Studierende in ein Wohnheim zu ziehen, ist die niedrige Miete, gefolgt von der
21 günstigen Lage zur jeweiligen Hochschule¹. Die im BAföG-Satz vorgesehene Wohnpauschale liegt
22 aktuell bei 325 €². Das impliziert, dass der Bund die Kosten für ein Wohnheimzimmer auf nicht mehr als
23 325 € ansetzt.

24 Die Anzahl der Studierenden in Deutschland stieg in den letzten zwölf Jahren um 50 % auf 2,9 Millionen
25 Studierende³. Im Wintersemester 2007/08 lag die Anzahl der Studierenden in Deutschland bei
26 1,9 Millionen Studierenden und stieg im Wintersemester 2019/20 auf 2,9 Millionen Studierende³. Das
27 Deutsche Studentenwerk konnte 1991 noch 14,93 % der Studierenden in staatlich geförderten
28 Wohnheimen unterbringen⁴. Seither ist die Quote stark und konstant gesunken. 2020 konnten nur noch
29 9,45 % der Studierenden in Wohnheimen einen kostengünstigen Platz zum Wohnen finden⁴.

30 2006 gab es in den Top-30-Studentenstädten noch ein Überangebot an erschwinglichem Wohnraum für
31 Studierende. Auf 1,7 Millionen Wohnungen kamen 1,1 Millionen Studierende. 2016 hingegen gab es 1,5
32 Millionen Studierende und nur noch 1,1 Millionen kostengünstige Wohnungen. Zusätzlich kommt
33 verschärfend hinzu, dass private Akteure vermehrt nur noch in Einzelapartments im gehobeneren
34 Preissektor investieren (48 % All-In-Mieten von mindestens 450 €). Die in Bau und Planung befindlichen
35 Privatplätze dürften sogar zu etwa zwei Dritteln in diesem Preisbereich liegen, während nur 13 % der
36 Plätze für weniger als 400 Euro angeboten werden dürften. Dieser Trend findet statt, obwohl

37 Studierendenwohnanlagen im Vergleich zu anderen Nutzungsarten immer noch eine hohe Rendite
38 bieten⁵.

39 Die Fokussierung der privaten Anbieter auf den Hochpreissektor sorgt für eine Unterversorgung beim
40 studentischen Wohnraum im Preisbereich Wohnheimplätze unter 350 €⁵. Deshalb ist eine Intensivierung
41 des staatlich geförderten Wohnraumbaus besonders für Studierende unumgänglich.

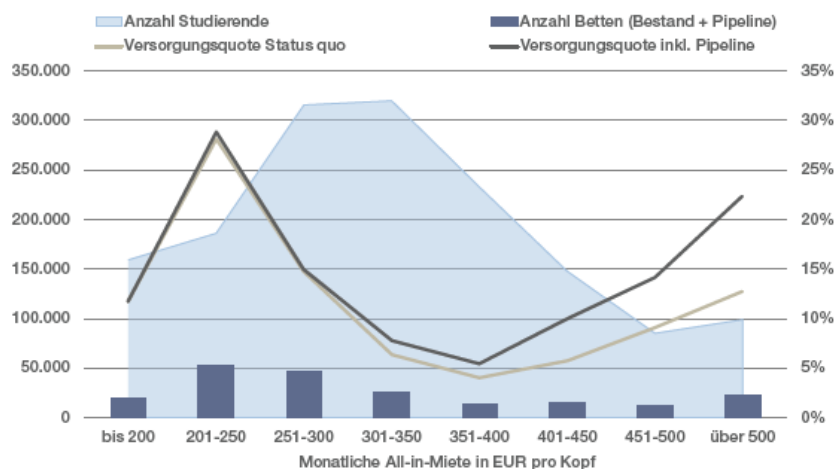
42 Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum (siehe nachfolgende Grafik) unter 350 € für Studierende
43 ist deutlich höher als das existierende Angebot. Hinzu kommt, dass die durchschnittliche Studiendauer
44 von Erstabsolventen 2019 acht Semester betrug⁶, jedoch die Wohnzeit in Wohnheimen i.d.R. auf sechs
45 bis acht Semester begrenzt ist⁷. Somit ist es nahezu unmöglich während eines Bachelor- und
46 Masterstudiums (in Addition zehn Semester Regelstudienzeit) kostengünstig zu wohnen. Aus diesem
47 Grund sollte die Mindestwohndauer in staatlich geförderten Wohnheimen mindestens zehn Semester
48 betragen.

49 Je größer die Haushaltsgröße ist, desto mehr sinkt die pro Person benötigte Wohnfläche. Die
50 durchschnittliche Wohnfläche pro Person liegt in Deutschland bei 46 m². Einpersonenhaushalte
51 beanspruchen durchschnittlich 68 m², Haushalte mit drei oder mehr Personen hingegen nur noch 33 m²
52 ⁸. In privaten Studierendenwohnanlagen haben die Einzelapartments eine Größe zwischen 18 und 22 m²
53 ⁵. Dies zeigt, dass Studierende in Wohnheimen einen deutlich geringeren Wohnraumverbrauch haben
54 als die durchschnittliche Bevölkerung.

55 Das Hans-Dickmann-Kolleg (HaDiKo) ist das größte selbstverwaltete Studierendenwohnheim
56 Deutschlands⁹. In diesem Studierendenwohnheim wird sehr viel Wert auf die Gemeinschaft unter allen
57 Bewohnern aller Nationalitäten gelegt. Besonders studentische Angebote für Bewohner:innen werden
58 ständig erweitert und bereichern das studentische Zusammenleben¹⁰. Gerade an diesem Beispiel sieht
59 man, dass ein Wohnheim für viele Studierende mehr als nur ein günstiger Wohnraum ist. So findet man
60 in einer selbstorganisierten Gemeinschaft schnell Freunde, kann Kontakte knüpfen, die einem im
61 Studium und darüber hinaus unterstützen und weiterhelfen können und man fühlt sich als Teil einer
62 Gemeinschaft. So ist das Leben im Wohnheim eine echte Bereicherung und daher sehr
63 unterstützenswert.

ABB. 9

Angebots-Nachfrage-Relation* Im mittleren Preissegment ist und bleibt Unterversorgung am größten



Quelle: Savills / * in den 30 größten Hochschulstädten

5

65 **Quellen:**

66 1 Aus was für einem Grund haben Sie als Student sich für das Wohnen in einem Wohnheim entschieden?

67 [https://de.statista.com/statistik/daten/studie/75464/umfrage/gruende-fuer-das-wohnen-in-einem-](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/75464/umfrage/gruende-fuer-das-wohnen-in-einem-studentenwohnheim/)
68 [studentenwohnheim/](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/75464/umfrage/gruende-fuer-das-wohnen-in-einem-studentenwohnheim/)

69 2 Verbesserungen beim BAföG seit 2019

70 <https://www.bafög.de/de/904.php>

71 3 Anzahl der Studierenden an Hochschulen in Deutschland in den Wintersemestern von 2002/2003 bis
72 2020/2021

73 [https://de.statista.com/statistik/daten/studie/221/umfrage/anzahl-der-studenten-an-deutschen-](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/221/umfrage/anzahl-der-studenten-an-deutschen-hochschulen/)
74 [hochschulen/](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/221/umfrage/anzahl-der-studenten-an-deutschen-hochschulen/)

75 4 Wohnraum für Studierende. Statistische Übersicht 2020

76 <https://www.studentenwerke.de/de/content/wohnraum-f%C3%BCr-studierendestatistische>

77 5 Studentenwohnungsmarkt Deutschland

78 [https://de.statista.com/statistik/studie/id/45580/dokument/studie-zum-studentischen-](https://de.statista.com/statistik/studie/id/45580/dokument/studie-zum-studentischen-wohnungsmarkt-2017/)
79 [wohnungsmarkt-2017/](https://de.statista.com/statistik/studie/id/45580/dokument/studie-zum-studentischen-wohnungsmarkt-2017/)

80 6 Die durchschnittliche Studierendendauer von Erstabsolventen beträgt 2019 acht Semester

81 [https://de.statista.com/statistik/daten/studie/189155/umfrage/durchschnittliche-studiendauer-in-](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/189155/umfrage/durchschnittliche-studiendauer-in-deutschland/)
82 [deutschland/](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/189155/umfrage/durchschnittliche-studiendauer-in-deutschland/)

83 7 Wohnzeit 6 bis 8 Semester

84 https://www.stw.uni-heidelberg.de/de/wohnen_FAQ

85 <https://www.studierendenwerk-stuttgart.de/wohnen/>

86 <https://www.sw-ka.de/de/wohnen/wohnen-abc/>

87 8 Wohnfläche privater Haushalte nach Haushaltsstruktur 2018

88 [https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/Tabellen/haushalte-wohnflaeche-](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/Tabellen/haushalte-wohnflaeche-typ.html)
89 [typ.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/Tabellen/haushalte-wohnflaeche-typ.html)

90 9 Hans-Dickmann-Kolleg (HaDiKo)

91 <https://www.studentenwohnheim-ev.de/wohnheime/hadiko>

92 10 Angebote für und von Bewohnern des HaDiKo

93 <https://www.hadiko.de/angebote>

94

Antragsbereich O: Unser Verband & Organisationspolitik

Antrag 01_21

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppe Karlsruhe

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **01_21 Antragsbücher in Papierform nur auf** 4 **Bestellung an Hochschulgruppen senden**

5 Das Bundesbüro soll zukünftig bei der Einladung zum Bundeskoordinierungstreffen die
6 Hochschulgruppen und Landeskoordinationen auffordern, bis Ablauf der Antragsfrist die Zahl der
7 benötigten Antragsbücher (höchstens 2 pro Gruppe und Landeskoordination) und die Anschrift zur
8 Versendung anzugeben. Nur Hochschulgruppen, die Antragsbücher angefordert haben, erhalten diese.

9 **Begründung**

10 Die Versendung von Antragsbüchern an alle Hochschulgruppen stellt eine Verschwendung von
11 personellen und materiellen Ressourcen dar. Zum Teil erreichen die Antragsbücher die
12 Hochschulgruppen erst Monate später, da diese verspätet ankommen und in Postfächern der Büros der
13 Verfassten Studierendenschaften dahinvegetieren. Das ist den Aufwand nicht wert.

14 Für die traditionsliebenden Personen, die an gedruckten Antragsbüchern hängen, soll es keine
15 Einschränkungen geben.

Antragsbereich O: Unser Verband & Organisationspolitik

Antrag 02_21

Antragssteller*in: Juso-Hochschulgruppen Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern

Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

02_21 Osis aller Länder vereinigt euch – Ostvernetzung vorantreiben!

Für viele mag es verwunderlich wirken, die Unterscheidung zwischen Ost- und Westdeutschland noch zu benennen. Fakt ist aber, dass die Lebensrealitäten der Regionen noch immer sehr unterschiedlich sind. Dabei ist es nicht nur die geografische Lage, durch die Menschen sich als ostdeutsch definieren. Für viele ist es eine Einstellungsfrage oder Ergebnis der Sozialisierung. Wichtig zu erwähnen ist, dass nicht jedes Bundesland im Osten homogen ist und dass die Menschen, die in Ihnen leben, kein Monolith sind.

Sinn dieses Antrages ist es deswegen nicht, die Ostbundesländer und deren Verdienste schlecht zu reden, sondern vielmehr die Vernetzung der Ost-Hochschulgrüpler:innen voranzutreiben. Wir möchten die Strukturen, die sich in Ostdeutschland gebildet haben, würdigen und uns mit unseren Genoss:innen aus dem Osten über bestehende Probleme austauschen und gemeinsam Lösungen finden.

Soziale Lage

Mag man von einer Ost-Identität sprechen, so würde der wichtigste Bestandteil aus den Erfahrungen in der DDR und vor allem aus der Wendezeit bestehen. Diejenigen, die die DDR miterlebten, waren nicht nur mit einer anderen Einstellung zum Kapitalismus, sondern auch zur Gemeinschaft und Werteordnung konfrontiert. Das Recht auf Arbeit und der Slogan "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" sorgten in der DDR für einen Sinn von Gleichwertigkeit unter allen Arbeitstätigkeiten. Unsere heutige Leistungsgesellschaft steht dazu in einem krassen Gegensatz: Sie fördert Konkurrenzdenken und stellt nicht die Gemeinschaft, sondern das Individuum in den Fokus. Unterschiedliche Beschäftigungen sind nicht mehr gleichwertig, sondern werden nach ihrer Effizienz bewertet. Mit der Wende trafen also auch unterschiedliche Gesellschaftsvorstellungen aufeinander. Besonders spürbar waren die gesellschaftlichen Veränderungen mit dem Ende der Vollbeschäftigung und der Aberkennung von Qualifikationen. Damit standen viele Leute nicht nur vor dem Problem der Arbeitslosigkeit, ihnen wurde die Wertschätzung für ihre bisherigen Leistungen entzogen. Dies sorgte für Enttäuschung und ein Gefühl der Ungleichheit, das bis heute anhält. Für Frauen war und ist die Situation besonders dramatisch, da Frauenrechte in den vom Westen übernommenen Gesetzen hinter dem bisherigen Standard zurückblieben und das bis heute tun.

Ökonomische Lage und Infrastruktur

Neben der sozialen Lage in den neuen Bundesländern ist auch die ökonomische Lage entscheidend für diese Bestandsaufnahme. Dabei können diese Faktoren sich auch auf andere Aspekte der Lebensrealität der Menschen im Osten auswirken, wie z.B. die soziale Lage. In Ostdeutschland sind immer noch signifikant weniger Unternehmen ansässig als im Westen. Von den 4 445 größten Familienunternehmen sind nur 300 im Osten angesiedelt (1). Dies hat negative Folgen

auf die Steuereinnahmen im Osten, führt aber auch zu einem Standortnachteil, weswegen wiederum weniger Unternehmen sich im Osten ansiedeln. Natürlich hat diese Tatsache auch einen großen Effekt auf die Arbeitslosigkeit. Diese ist im Osten mit 6,4 Prozent, höher als die 4,7-prozentige im Westen (2). Der Rattenschwanz wird aber noch länger, wie die Lohnunterschiede und die Rentenbezüge zeigen. Im Schnitt zahlen die ostdeutschen Haushalte nur knapp 60 Prozent des westdeutschen Steueraufkommens (3).

Auch die infrastrukturellen Gegebenheiten machen es dem Osten heute noch schwer ökonomisch aufzuholen. Gerade in den Flächenländern im Osten entstehen viele Probleme durch die großen Entfernungen zwischen einzelnen Städten und Dörfern, welche nicht nur durch Rufbusse überwunden werden können. Es kann weiterhin nicht sein, dass im Jahr 2021 noch immer keine flächendeckende Internetversorgung möglich ist und dass der Osten dabei wie so oft an letzter Stelle zu kommen scheint.

Situation der Frau

Gerade Frauen waren die großen Verlierer:innen der Wende. Die DDR sorgte für Arbeitsplätze und Vollbeschäftigung unabhängig vom Geschlecht. Mit der Deindustrialisierung der Wende verschwanden die 50- bis 60-jährigen Frauen zuerst vom Arbeitsmarkt. Da die Gesetze des Westens angenommen wurden, mussten Frauen nun mit verschlechterten Fristenregelungen beim Schwangerschaftsabbruch, aber auch mit einer geringeren Gleichstellung bei dauerhaften Lebensgemeinschaften klarkommen. Durch die nach der Wende zurückgehende Versorgung mit Kita-Plätzen waren Frauen gezwungen, zuhause zu bleiben, um sich selber um die Kinderversorgung zu kümmern, was durch die ausgebaute Kinderbetreuung in der DDR schlicht nicht notwendig war. So fühlten sich viele Frauen in der Nachwendezeit abgehängt, was bis heute nur schlecht oder gar nicht aufgearbeitet wurde.

Kampf gegen Rechts

Die vergangene Bundestagswahl hat erneut gezeigt, dass sich im Osten eine Mehrheit für konservative und rechte Ansichten gebildet hat. Während die AfD in Westdeutschland fast nie an die 10% heranreicht, ist sie im Osten regelmäßig mit zweistelligen Ergebnissen vertreten und ist in Sachsen und Thüringen die stärkste Kraft (4). Diese Entwicklung ist kein Zufall, sondern ein Zeichen dafür, dass sich viele Menschen in Ostdeutschland nicht von der gängigen Politik repräsentiert fühlen. Dem kann jedoch entgegengewirkt werden, indem wir uns gemeinsam mit jungen Menschen aus Ostdeutschland für bessere Zukunftsperspektiven in den „neuen“ Bundesländern einsetzen und ihre Bedürfnisse ernst nehmen. Gerade die Hochschulen sind ein wichtiger Ort des politischen Austausches, an der ein solcher Wandel vorangetrieben werden kann. Es ist daher wichtig, dass auch an den Hochschulen des Ostens Hass und Hetze keinen Platz bekommen. Leider sind auch rechte Gruppierungen wie Pegida oder Querdenken nach wie vor in Ostdeutschland aktiv und erreichen dort ihre größte Zustimmung. Es gilt sich dieser rechten Hetze entgegenzustellen, die den Nährboden für schreckliche rechtsradikale Übergriffe wie in Rostock-Lichtenhagen, Jamel und Dresden bildet.

Wissenschaft

In diesem Komplex der Lebensrealitäten der ostdeutschen Bevölkerung stehen die Hochschulen. Studis sehen unausweichlich sich mit den bereits genannten Themenkomplexen konfrontiert. So beeinträchtigen gerade die langen Fahrtwege zur Uni und der schlechte Breitbandausbau die Studis. Wege zu anderen Hochschulstandorten können lange sein und Vernetzung unter den Hochschulgruppen wird schwierig. Auch in der Wissenschaftspolitik könnte man die Oststandorten unterstützen. Doch die Exzellenzinitiative gilt als gutes Beispiel, wie Förderung auf Bundesebene strukturelle Unterschiede nicht berücksichtigt.

Bei aller Kritik, die sich an der Exzellenzinitiative generell üben lässt, ist die Ost-West-Verteilung der Hochschulen mit Exzellenzstatus doch am dramatischsten. Von den 11 Exzellenzuniversitäten und -verbunden insgesamt, befindet sich nur eine in den Flächenländern des Ostens: Die TU Dresden. Anstatt den Ost-Hochschulen durch eine gleichmäßige Förderung unter die Arme zu greifen, werden die Unterschiede durch die Exzellenzinitiative nur weiter verstärkt.

Über 30 Jahre nach der Wiedervereinigung sind wir es den Ostdeutschen Bundesländern schuldig, für eine Angleichung der Verhältnisse einzustehen. Denn es gibt immer noch gravierende Unterschiede. Es liegt an uns dem entgegenzutreten!

Wir fordern:

- Die Anerkennung der Lebensrealität der neuen Bundesländer.
- Die Schaffung geeigneter regelmäßiger Räume innerhalb unseres Bundesverbandes, in denen sich die Hochschulgrüpler:innen der Ost-Hochschulen vernetzen und austauschen können, zum Beispiel in Vernetzungsformaten auf den Seminarwochenenden der Juso-Hochschulgruppen.
- Unterstützung der Osthochschulgruppen bei der Durchführung von Seminaren und Veranstaltungen.
- Die Unterstützung der Osthochschulgrüpler:innen bei der Durchführung von Veranstaltungen gegen rechte Meinungsmache z.B. bei Demonstrationen und Informationsveranstaltungen.

(1) <https://bdi.eu/artikel/news/grosse-unterschiede-in-ost-und-west/>

(2) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/915315/umfrage/arbeitslosenquote-in-west-und-ostdeutschland/>

(3) <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/wiedervereinigung-die-luecke-zwischen-ost-und-west-wird-sich-kaum-schliessen/25075906.html>

(4) <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99.html#zweitstimmen-pro-zente12>

Antragsbereich P: Sozialpolitik und soziale Infrastruktur

Antrag P1_21

Antragssteller*in: Bundesvorstand

Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

P1_21 A Pandemie Carol – Die Nacht vor dem Neuanfang

Am Montag, den 16.03.2020, wurde in der Bundesrepublik der erste Lockdown verhängt – viele weitere sollten folgen. Für die Studierenden bedeutete das nicht nur, dass sie nicht wie geplant in das Sommersemester starten konnten; der Sozialraum Hochschule existierte von einem auf den anderen Tag nicht mehr. Bibliotheken, Mensen und Hörsäle blieben fortan leer. Rund 40 Prozent der Studierenden verloren ihre Jobs und viele von ihnen wussten danach nicht mehr, wie sie ihre Miete bezahlen sollten. Und was machten Anja Karliczek und die Union im Bildungsministerium? Sie warteten ab. Die Labilität der Situation, ungewisse Zukunftsaussichten und der Verdienstaussfall brachten viele Studierende nicht nur materiell sondern auch psychisch an den existenziellen Abgrund. Immer wieder wurde betont, dass nach der Pandemie alles besser werden würde. Doch wann genau sollte nach der Pandemie sein?

Auch die Hochschulen mussten von einem Tag auf den anderen die digitale Realität anerkennen. Innerhalb weniger Wochen mussten Konzepte für eine digitale Lehre erstellt und vor allem auch umgesetzt werden.

Bereits seit Jahren hatten hochschul- und netzpolitische Akteur*innen den Stand der Digitalisierung an den Hochschulen immer wieder beklagt – die Geschichte vom Overheadprojektor und ist ein allseits bekannter Treppenwitz der deutschen Hochschullandschaft. Nun fehlte nicht nur die digitale Infrastruktur, sondern vor allem auch die Kompetenzen auf Seiten der Lehrenden. Das Ergebnis kann niemanden ernsthaft überrascht haben: Die wenigen zur Verfügung stehenden Mittel werden und konnten von Professor*innen häufig nicht in dem Potential ausgeschöpft werden, dass sie eigentlich zu bieten gehabt hätten. Einspringen mussten dann oft studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte, die in den Corona-Semestern neben ihren üblichen Tätigkeiten häufig noch die Funktion von „Medienlots*innen“ oder „Internetmentor*innen“ übernahmen.

Die plötzliche Isolation, die ungewohnte Lernkonstellation und die Beschränkung auf die eigenen vier Wände belasteten viele Studierende stark. Nicht abgegebene Arbeiten, Semester ohne ECTS-Punkte, aufgeschobene Prüfungen: All das zeugt nicht von der Leistungsunwilligkeit „fauler Studierender“, sondern von der psychischen Notlage, in die viele durch die unzureichende Umsetzung der digitalen Lehre und fehlende Unterstützungsangebote gedrängt wurden. So hat eine Studie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster gezeigt, dass mit 64,5 Prozent über die Hälfte der befragten Studierenden unter psychischen Beeinträchtigungen litten. 787 der Teilnehmer*innen (43,2 Prozent) mussten finanzielle Investitionen tätigen, um den Anforderungen der digitalen Lehre gerecht werden zu können. 1518 (82,1 Prozent) Teilnehmer*innen fühlten sich während des digitalen Semesters isoliert und 1149 (62,1 Prozent) Teilnehmer*innen gaben an, dass sich durch das digitale Semester ihre persönliche Situation verschlechtert hat. Diese Zahlen zeigen vor allem, dass die Corona Krise viel größere und einschneidende Auswirkungen auf die Studierenden hatte und hat, als es BMBF unter Karliczek über die gesamte Dauer der vergangenen 18 Monate geglaubt hatte.

Nach einiger Zeit begann die Diskussion über Vorteile der digitalen Lehrtätigkeit, doch direkt folgte die nächste Realitätsverweigerung der Hochschulen: Anstatt Lehren aus der Situation zu ziehen, sie realistisch einzuschätzen und hybride Konzepte zu entwickeln, hieß es vielerorts vor Beginn des nächsten Wintersemesters, dass es nach dem Lockdown mit dem Präsenzunterricht so gut wie möglich normal weitergehen solle. Es folgte jedoch ein weiterer Lockdown. Einen langfristigen Plan gab es weiterhin nicht.

Für uns als Juso-Hochschulgruppen war schon früh klar, dass die Hochschulen aus der Pandemie würden lernen müssen. Wir haben uns in unserem Arbeitskreis zur Verantwortung der Digitalisierung in der Wissenschaft und mit unserem Antrag „Wann wird es endlich wieder so, wie es nie war?“ auf dem digitalen Bundeskoordinierungstreffen im November 2020 bereits mit möglichen Konzepten für die Gestaltung des Hochschulraums nach der Krise auseinandergesetzt. Denn eines war damals schon klar und ist es auch jetzt: Einfach so weitermachen wie bisher, kann nicht die Devise sein.

Der Geist des vergangenen Lockdowns

Als im letzten Jahr der erste Lockdown bekanntgegeben wurde, war schnell klar, dass Viele eine Lobby hatten. Studierende jedoch mussten erst einmal versuchen, einen Zugang zu den politischen Entscheidungsträger*innen zu finden. Die Öffnung des BAföGs war dabei ab der ersten Woche unsere Hauptpriorität, um gerade Studierenden ohne abgesicherten finanziellen Background materielle Sicherheit für ihr Studium garantieren zu können. Viele namhafte hochschulpolitische Akteur*innen übernahmen diese Forderung, darunter auch das Deutsche Studentenwerk [sic!], sowie viele Wissenschaftsminister*innen in den Ländern. Dennoch führten diese Forderungen durch die Blockadehaltung des BMBF ins Leere. Weitere Forderungen waren die Aussetzung der Regelstudienzeit und die Zulassung von Freiversuchen, welche an den meisten Hochschulen auch umgesetzt wurden.

Damals wie heute geht unser Bildungsverständnis davon aus, dass das Studium nicht von Zwängen wie Regelstudienzeiten, Prüfungsversuchen, Langzeitstudiengebühren und Zwangsexmatrikulationen beschränkt werden darf. In der Pandemie hat sich gezeigt, dass es auch ohne diesen künstlich erzeugten Druck geht, deshalb muss für uns klar sein: Wir wollen keine Rückkehr zum Status Quo, sondern die Fortentwicklung des Studiums zu einer Lebensphase, in der Studierende sich frei von Zwängen und gemäß ihren Interessen entwickeln können.

Mit Corona fiel für viele Studierende von heute auf morgen der Sozialraum Hochschule weg. Denn die Hochschule war für viele Studierende viel mehr als ein Ort des Lernens: Hier wurden Freund*innenschaften geschlossen, hochschulpolitische Arbeit geleistet, gemeinsam Mittag gegessen oder abends Veranstaltungen besucht. Aber vor allem war die Hochschule für viele Studierende ein Lebensmittelpunkt. Dieser wurde ihnen von dem einen auf den anderen Tag genommen:

Die Bibliotheken wurden geschlossen, also mussten die Hausarbeiten Zuhause geschrieben werden. Die Mensen wurden geschlossen, also musste Zuhause gegessen werden. Die Hörsäle blieben leer, also musste das eigene Zuhause zum Hörsaal werden. Was zunächst wirkte wie ewig dauernde Semesterferien, wurde für Viele zum herausfordernden Albtraum. Der Hochschulalltag bestand auf einmal nicht mehr daraus, mit einem frischen Kaffee von der Mensa zum nächsten Seminar zu eilen, sondern darin, es morgens an den Schreibtisch zu schaffen, wo dann der ganze Tag allein verbracht werden musste. Und das nicht nur über ein, sondern drei Semester.

Der Geist der gegenwärtigen Pandemie

Seit dem Frühsommer 2021 nimmt das gesellschaftliche Leben wieder Fahrt auf. Seien es Biergärten, kulturelle Angebote oder vereinzelt auch Clubs – durch die 2-G bzw. 3G-Regelungen ist es nach eineinhalb Jahren wieder möglich, ein einigermaßen „normales“ Leben zu führen. Die Frage, ob die Hochschulen mit 2-G bzw. 3-G-Regelungen oder einem hybriden Semester starten, wurde orts- und

bundeslandabhängig bereits entschieden. Fraglich ist jedoch in vielen Fällen immer noch, wie die jeweiligen Kontrollen durchgeführt werden sollen, wie der Gesundheitsschutz für Studierende mit Vorerkrankungen sowie Studierende ohne Impfmöglichkeit aussehen kann und warum die Hochschulen sich in der großen Mehrzahl für das 3G-Modell entschieden haben.

Das für eine 2G-Regel notwendige Impfangebot für alle Studierenden, Professor*innen und Angestellten auf dem Campus wurde zwar schon vor Monaten unterbreitet, doch auch hier wurde an Studierende wieder zuletzt gedacht. Nachdem junge Menschen solidarisch für alle Zuhause geblieben sind, wurden sie durch das zuständige Ministerium immer und immer wieder vernachlässigt. Die Impfquote unter Studierenden ist wohl – so suggerieren zumindest stichprobenartige Befragungen der Hochschulen – höher als die Gesamtimpfquote, aber lange noch nicht hoch genug. Es muss nun mit Aufklärungskampagnen dafür gesorgt werden, dass der Anteil der Gesamtimpfquote an den Hochschulen noch deutlich erhöht wird.

Gleichzeitig ist klar, dass ein Ausschluss von ungeimpften Studierenden von Lehrveranstaltungen grundrechtlich vermutlich unzulässig ist. Allein schon aus diesem Grund wird auch Hybridlehre in Zukunft zum Standardrepertoire unserer Hochschulen gehören müssen. Diese darf jedoch nicht zum Appeasement für Impfgegner*innen werden – die digitale und hybride Lehre hat – angemessen finanziert und umgesetzt – Vorteile für Studierende aller Gruppen.

Studierende, die Angehörige pflegen, Kinder betreuen, tagsüber arbeiten, bewegungseingeschränkt sind oder (immer noch) zu Risikogruppen gehören, profitieren insbesondere von solchen Lösungen, die ihnen die dezentrale und digitale Teilnahme an Veranstaltungen ermöglichen. Dabei muss klar sein: Digital- und Hybridkonzepte dürfen für die Hochschulen weder ein Element der Kostenersparnis sein noch ein einfacher Lösungsweg, um denjenigen, die neben dem Studium arbeiten oder Angehörige betreuen müssen, nicht die Teilhabe an analogen Formaten am Campus ermöglichen zu müssen. Unser Ziel ist es nach wie vor, jedem und jeder ein Studium in Präsenz und ohne Barrieren an der Hochschule zu ermöglichen, unabhängig von der Lebenssituation und dem finanziellen Hintergrund. Trotzdem kann die Hybridlehre in all diesen Fragestellungen Vereinfachungen schaffen und außerdem die Freiheit der eigenen Studiengestaltung erhöhen.

Es gilt daher, jetzt die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die digitale Lehre in der Zeit nach der Pandemie optimal mit den Vorzügen der Präsenzlehre kombiniert werden kann.

Geist der Zukunft: Wird es jetzt so, wie es nie war?

Schon letztes Jahr – während des Höhepunkts der Pandemie – haben wir uns Gedanken gemacht, welche Lehren wir aus der Krise wollen und wie wir danach nicht wieder in den alten Status Quo verfallen – ganz nach dem Motto “Wann wird es endlich so wieder so, wie es nie war?”.

Jetzt – ein Jahr später – wird es darum gehen, die Zukunft der Post-Corona-Hochschulen aktiv zu gestalten:

Sozialraum Hochschule

Trotz aller digitalen Möglichkeiten bleiben Hochschulen ein unverzichtbarer Sozial- und Lernraum. Was dessen Wegfallen bedeutet haben wir in den letzten anderthalb Jahren zu Genüge erfahren: Im digitalen Raum erfolgt Kommunikation oft nur formal und zufällige Begegnungen verschwinden gänzlich. Daraus resultiert ein Verlust an Spontaneität und Kreativität, denn hierfür ist persönlicher Kontakt in Form von körperlicher Anwesenheit notwendig. Auch die soziale Infrastruktur, die insbesondere durch die Studierendenwerke zur Verfügung gestellt wird, bildet eine Grundlage der studentischen Lebens- und Erfahrungswelt. Campusnaher Wohnraum in Wohnheimen, günstiges Essen in der Mensa sowie die Bibliothek als ruhiger Lernraum sowie Rechercheort sind analoge und standortgebundene Faktoren, die

128 nicht einfach in den digitalen Raum transferiert werden können. Und Hochschulkultur wird insbesondere
129 im persönlichen Austausch und außerhalb von Lehrveranstaltungen und der Forschung gelebt.

130 Studierende müssen teils bis heute in kleinen 1-Zimmer Wohnungen lernen, Vorlesungen schauen und
131 leben. Soziale Kontakte und kulturelle wie auch sportliche Aktivitäten sind weggefallen. Vier Wände sind
132 für den gesamten studentischen Alltag jedoch viel zu klein! Deshalb setzen wir uns für die Wieder-
133 Öffnung der Campus und eine Ausfinanzierung der sozialen Infrastruktur ein. Zudem müssen aber auch
134 Lernplätze geschaffen werden, die das Lernen außerhalb der eigenen vier Wände ermöglichen. Wir
135 wollen die Chancen, die uns die Digitalisierung bei der sozialen Zugänglichkeit von Hochschulen, der
136 Internationalisierung der Forschung und der Verbreiterung des Lehrangebots bieten nutzen, damit jede*r
137 die Möglichkeit hat, sein* ihr Studium frei nach den eigenen Wünschen zu gestalten.

138 Konkret bedeutet das für uns, auch in der Ausgestaltung des Sozialraums auf die Umsetzung der 2G,
139 mindestens aber 3G-Regel in Wohnheimen, Mensen und sonstigen Orten der sozialen Infrastruktur zu
140 setzen, um deren vollständige Inbetriebnahme wieder zu gewährleisten. Deren Wiederinbetriebnahme
141 muss durch den Ausbau und die Weiterentwicklung des Sozialraums Hochschule erfolgen. Dies
142 erfordert massive Investitionen, wie etwa in Form von selbstverwalteten Studierendenzentren. So
143 können mehr Räume für studentische und hochschulpolitische Initiativen geschaffen, sowie die
144 finanziellen Mittel für hochschulnahe Wohnheime und Sportanlagen zur Verfügung gestellt werden.
145 Gerade bei studentisch organisierten Kulturangeboten dürfen den Studierenden in der Umsetzung
146 seitens der Hochschulleitung keine Steine in den Weg gelegt werden. Stattdessen müssen sie durch die
147 Hochschulleitungen dabei unterstützt werden, Öffnungskonzepte zu entwickeln.

148 Hierfür braucht es strikte Hygienekonzepte, die Präsenzveranstaltungen als auch den reibungslosen
149 Betrieb der Mensa und Bibliotheken ermöglicht. Zudem braucht es hybride Veranstaltungsformate und
150 zusätzliche Onlineangebote, die die Rückkehr zu Präsenzveranstaltungen und eine damit einhergehende
151 hürdenarme Teilnahme ermöglichen. Darüber hinaus braucht es Veranstaltungsformate, die es den
152 Studierenden, die erst ein Semester oder noch gar nicht auf dem Campus studiert haben, in den sozialen
153 Hochschulraum einzubinden.

154 **Mentale Gesundheit**

155 Die Corona-Pandemie hat in den letzten drei Semestern nicht nur den Alltag vieler Studierender
156 beeinflusst, sondern auch die psychische Verfassung vieler stark belastet. So haben laut einer Studie
157 der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster 941 Studierende (52,8%) angegeben in ihrem Leben
158 psychisch belastet zu sein. Die psychischen Beschwerden treten bei 66,3% der Teilnehmer*innen
159 phasenweise auf, wohingegen 11,7 % dauerhaft unter psychischen Beschwerden leiden. Der enorme
160 Leistungsdruck, der unter anderem durch die Anhäufung von Zoom-Vorlesungen und dem Wegfall des
161 sozialen Austauschs entstand, führte bei vielen Studierenden zu Angststörungen und Existenzängsten.
162 Während die Zahl an Menschen mit psychischen Belastungen auch an Hochschulen stetig wächst, sinkt
163 gleichzeitig die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Beratungsstellen und Gruppentherapien. Für uns
164 ist klar, dass der Leistungsdruck durch Fristen, Prüfungsversuche, Anwesenheitspflichten und
165 Regelstudienzeit sinken und der Zugang zu psychischen Beratungsangeboten an Hochschulen
166 ausgebaut werden muss.

167 Zu einer Mehrfachbelastung von Studierenden kommt es an diesen Stellen vor allem dann, wenn
168 Studierende neben dem Studium weitere Verpflichtungen zu erfüllen haben, wie zum Beispiel die Pflege
169 von Angehörigen oder der eigenen Kinder. Die Pandemie hat deutlich gezeigt, dass Frauen in die
170 Verantwortung gezogen werden, wenn es um Care-Arbeit geht. Als die Schulen, Kindertagesstätten und
171 Kindergärten geschlossen wurden, blieben Zuhause vermehrt: Mütter. Hiervon betroffen waren
172 insbesondere Menschen mit geringem Einkommen, die oft nicht die Möglichkeit hatten, im Homeoffice
173 zu arbeiten. Der Wegfall der Kinderbetreuung verstärkte so die bestehende Einkommensungleichheit in

174 Partnerschaften und beförderte einen Rückfall hin zu einer traditionellen Arbeitsteilung. Hier wird
175 deutlich, dass wir besonders in Krisenzeiten gegen einen antifeministischen Rollback in unserer
176 Gesellschaft ankämpfen müssen. Um der Ungleichheit, die sich insbesondere in der Aufteilung der Care-
177 Arbeit spiegelt, entgegenzuwirken, braucht es flächendeckend kostenlose Betreuungsangebote für die
178 Kinder von Studierenden und Hochschulangestellten, sodass Familie und Beruf bzw. Studium vereinbar
179 werden.

180 In den vergangenen eineinhalb Jahren wurde deutlich, dass bestehende psychosoziale
181 Beratungsangebote an Hochschulen höchst unzureichend vorhanden sind und ein Ausbau dieser
182 Angebote zwingend erforderlich ist. Es müssen endlich Möglichkeiten geschaffen werden, den
183 Leistungsdruck aller Studierenden abzubauen und damit psychischen Problemen entgegenwirken zu
184 können. Zudem sollten Dozierende sich bestimmte Zeiträume für offene Sprechstunden mit
185 Studierenden setzen.

186 **Studienfinanzierung**

187 Die Pandemie hat wie unter einem Brennglas die akuten Schwächen des Systems der
188 Studienfinanzierung aufgezeigt. Viele Studierende sind aufgrund der mangelnden Förderquote auf
189 Lohnarbeit neben dem Studium angewiesen, um sich dieses überhaupt finanzieren zu können. Das
190 belegt insbesondere die hohe Erwerbsintensität von Studierenden. Davon betroffen sind vor allem
191 Kinder aus Nichtakademiker*innen-Haushalten. Jobs in den Bereichen der Gastronomie und Kultur sind
192 in der Pandemie als erstes weggefallen und über die verschiedenen Wellen und Lockdowns hinweg
193 lange nicht wieder zurückgekommen. Schon im letzten Jahr hat das Bundesbildungsministerium
194 vergeblich versucht, anhand einer Darlehenslösung die finanziellen Probleme der Studierenden zu
195 erleichtern. Seit diesem fatalen Scheitern Karliczeks an der Realität, wurden keine Anstrengungen zum
196 Finden einer besseren, krisenfesten Strategie unternommen. Die „Lösung“ durch die KfW-Kredite zeigen
197 deutlich: Die Union ist unfähig, das Bildungsressort weiter zu führen. Es mangelt an Mut zu einer
198 grundlegenden Reform und an dem Willen, eine gerechte Studienfinanzierung für alle zu ermöglichen.
199 Entgegen unserer Forderung wurde das BAföG nicht für alle geöffnet, im Gegenteil: Karliczek und die
200 Union nahmen in Kauf, dass sich viele Studierende durch die KfW-Kredite verschulden, statt eine Brücke
201 für die Betroffenen zu bauen. Nur ein KfW-Schuldenschnitt kann einer hochverschuldeten
202 Studierendengeneration entgegenwirken! Langfristig werden wir uns weiter für ein eltern-, alters- und
203 ehepartner*innenunabhängiges BAföG einsetzen, das wieder in Form eines Vollzuschusses ausgezahlt
204 und in dem ein Krisenmechanismus implementiert wird.

205 **Internationale Studierende und Erasmus**

206 Im Zuge der Corona-Pandemie haben insbesondere auch internationale Studierende gelitten. Vielen
207 internationalen Studierenden, die sich bereits Deutschland aufgehalten haben, wurde nur unzureichend
208 geholfen, einen Zugang zu finanzieller Unterstützung gab es oft nicht. Die Anzahl internationaler
209 Studierender ist seit der Pandemie logischerweise drastisch zurückgegangen: Auslandsaufenthalte
210 wurden abgesagt oder in Online-Formate verlegt. Wir fordern, dass alle, die ihren Auslandsaufenthalt
211 wegen Corona verpasst haben, diesen nachholen können.

212 Des Weiteren sind viele internationale Studierende in eine finanzielle Notlage geraten, hochverschuldet
213 durch die KfW-Kredite, die sie notgedrungen aufnehmen mussten. Viele internationale Studierende sind
214 auf ein zusätzliches Einkommen angewiesen, eine Arbeitstätigkeit wird ihnen aber durch vielfache
215 Regelungen erschwert.

216 Wir fordern deshalb die unbürokratische Verlängerung oder erneute Gewährung eines Aufenthaltstitels
217 für alle internationalen Studierenden, eine Aussetzung des Finanzierungsnachweises und eine
218 unbeschränkte Arbeitserlaubnis.

219 **Digitale Lehre**

220 Studierenden, denen es nicht möglich ist, an den Präsenzveranstaltungen teilzunehmen, muss durch
221 hybride Lehrangebote entgegengekommen werden, solange ihnen aus infektionsschutzrechtlichen
222 Gründen der Zugang zu Präsenzveranstaltungen verwehrt wird. Dazu gehören nicht nur ungeimpfte,
223 sondern vor allem die Studierenden, die selbst zu Risikogruppen gehören oder für die Pflege von
224 Menschen aus Risikogruppen verantwortlich sind. Jedoch kann es nicht nur unser Anspruch sein eine
225 Lösung für die Pandemie zu finden, sondern auch für die Zukunft. Deswegen müssen langfristig digitale
226 Konzepte entwickelt werden, die auch nach der Pandemie ihre Wirkung tragen. Die Initialzündung dazu
227 ist bereits von einigen Hochschulen gekommen – jetzt ist es an der Zeit für weitreichende
228 Veränderungen.

229 Der Arbeitskreis Verantwortung der Wissenschaft in der Digitalisierung hat dazu im letzten Jahr
230 umfassende Konzepte erarbeitet, in welchem vor allem Blended Learning, was im weiteren Sinne die
231 digitale Unterstützung von Präsenzlehre bzw. die Kombination von digitalen- und Präsenzkonzepten
232 bedeutet, eine zentrale Rolle spielt. Neben der Integration von digitalen Elementen wie Videos oder
233 Podcasts, der kostenlosen digitalen Zurverfügungstellung sämtlicher Lehrmaterialien oder begleitende
234 Online-Tutorien ist ein zentrales Element des Blended Learning die Aufzeichnung und digitale,
235 asynchrone Abrufbarkeit von Veranstaltungen.

236 Gerade für Grundlagenvorlesungen, deren Inhalte nur wenig variieren, aber jedes Jahr angeboten
237 werden, lohnt es sich Lehrinhalte zu produzieren, die in allen Folgejahren genutzt werden können.
238 Insbesondere kurze Erklärvideos oder aufgezeichnete Vorlesungen bieten sich hier an, da bei Änderung
239 der Inhalte nur einzelne Videos ausgetauscht werden müssen. Auch wenn ein solches Vorgehen viele
240 Vorteile bietet, muss durch eine vernünftige Kontrolle, Evaluation und Weiterentwicklung der Inhalte
241 sichergestellt sein, dass diese stets auf dem aktuellen Stand sind. Zudem ist es, abhängig von der
242 Teilnehmendenzahl, möglich, Übungsgruppen-Treffen sowohl online als auch in Präsenz anzubieten.
243 Bei Seminaren kann ein Teil der angebotenen Seminare online stattfinden, während der Rest in Präsenz
244 stattfindet, sodass für jede*n die Möglichkeit besteht sein*ihr Studium vollständig in Präsenz oder
245 vollständig online zu absolvieren.

246 Präsenz- wie auch Hybridlehre benötigen gleichermaßen Aufmerksamkeit und Finanzierung, denn
247 letztere wird ein Treffen im analogen Raum mit all seinen Vorteilen nie vollkommen ersetzen können.
248 Mit einem Fokus auf digitaler Lehre kann eine Unterfinanzierung des Präsenzbetriebs nicht
249 gerechtfertigt werden. Um dieser Gefahr aus dem Wege zu gehen und die Möglichkeit eines
250 vollumfänglichen Präsenzbetriebs zu sichern.

251 Für die Zukunft sollten die Studierenden wieder in den Fokus des Bundesbildungsministeriums rücken.
252 Es gilt jetzt, den Studierenden wieder ein Studium in Präsenz und den Zugang zum Sozialraum
253 Hochschule zu ermöglichen.

254 **Deshalb fordern wir für...**

255 **die Hochschulen:**

- 256 - Eine Öffnung der Hochschulen muss mithilfe von 2G-Regeln wieder möglich gemacht werden.
257 Dabei ist wichtig, dass auch Studierende unter die 2G-Regel fallen, die aus wichtigen Gründen
258 nicht geimpft werden können.
- 259 - Die Einhaltung der 3G-Regelungen sowie weiterer hygienischer Standards im Hochschulbetrieb
260 muss gewährleistet sein, um Hochschulangehörigen möglichst hohen Gesundheitsschutz zu
261 garantieren.

- 262 - Den Ausbau der digitalen Infrastruktur an den Hochschulen für eine hybride Lehre.
- 263 - Vorlesungen, Seminare und Lernräume müssen für alle Studierende zugänglich sein. Für Online
- 264 als auch Offline-Angebote gibt es Vor- und Nachteile, die begutachtet werden müssen, um ein
- 265 zielführendes Angebot für Studierende bereitstellen zu können. Regelstudienzeit,
- 266 Prüfungsversuche und Langzeitstudiengebühren müssen abgeschafft werden.
- 267 - Mensen sollen mit Hilfe der 3G-Regelungen und Hygienekonzepten öffnen. Hierfür bedarf es
- 268 überarbeiteter Regelungen, die die derzeit geltenden Regelungen des „Mensen to go“
- 269 weiterhin unterstützen.
- 270 - Studentische Initiativen und Kulturangebote müssen durch die Hochschulleitungen bei der
- 271 Erstellung von Hygienekonzepten und der Nutzung von Räumlichkeiten der Hochschule
- 272 unterstützt werden.
- 273 - Die Infrastruktur, die unter anderem von den Studierendenwerken zur Verfügung gestellt wird,
- 274 muss ihren Weg zurück zum normalen Betrieb (unter Einhaltung der Hygienekonzepte) finden.
- 275 Dazu gehören vor allem Freizeit- und Sportangebote für Studierende.
- 276 - Studierende, die bisher nur digital studiert haben, müssen hürdenfrei in den Studienalltag in
- 277 Form von studienbegleitenden Veranstaltungen integriert werden.

278 **die Mentale Gesundheit:**

- 279 - Ausbau des niedrigschwelligen psychosozialen Beratungsangebots direkt an den Hochschulen.
- 280 - Die Angebote und Maßnahmen zur Präventionsarbeit im Bereich mentaler Gesundheit müssen
- 281 ausgebaut werden.
- 282 - Hürdenarmer Zugang zu Gruppentherapien und eventuellen Online-Sitzungen.
- 283 - Der Leistungsdruck muss durch das Abschaffen des Leistungsnachweises abgebaut werden,
- 284 damit es dadurch nicht zu psychischen Problemen kommen kann.
- 285 - Die Hochschulen müssen Ruheräume einrichten, die Studierenden einen Rückzugsort bieten.
- 286 - Es braucht eine Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen und stattdessen der offene
- 287 Diskurs über mentale Gesundheit.
- 288 - Ein ausgebautes Betreuungsangebot, so dass Care-Arbeit und Studium vereinbar sind.

289 **die Studienfinanzierung:**

- 290 - Es bedarf eltern-, alters- und ehepartner*innenunabhängige BAföG, damit allen ein Studium
- 291 ermöglicht werden kann.
- 292 - Das BAföG muss von der Regelstudienzeit entkoppelt werden.
- 293 - Ebenfalls bedarf es eine Zahlung des BAföGs unabhängig vom eigenen Einkommen.
- 294 - Eine Digitalpauschale von 500 Euro im Jahr für Studierende, integriert in das BAföG.
- 295 - Im Falle einer weiteren Krise, muss das BAföG schnell und unbürokratisch zugänglich gemacht
- 296 werden.

297 **internationale Studierende:**

298 - Die unbürokratische Verlängerung oder erneute Gewährung eines Aufenthaltstitels für alle
299 internationalen Studierenden.

300 - Die Aussetzung des Finanzierungsnachweises.

301 - Eine unbeschränkte Arbeitserlaubnis für alle Studierende, die in Deutschland aktuell studieren
302 oder studieren möchten.

303 **die Hybride Lehre:**

304 - Die Einrichtung eines umfassenden, vom Bund finanzierten Schulungsprogramms für
305 Hochschuldozierende zum Umgang mit digitalen Tools.

306 - Einen Ausbau des digitalen open Access von wissenschaftlichen Artikeln und Studien.

307 - Ein bundesweites Förderprogramm für Studierende mit geringem Einkommen zur Anschaffung
308 von digitalen Endgeräten.

309 - Einen flächendeckenden Breitband- und 5G-Ausbau.

310 - Hybride Veranstaltungsformate und zusätzliche Onlineangebote, auch nach der Rückkehr zu
311 Präsenzveranstaltungen, damit eine hürdenarme Teilnahme für alle ermöglicht wird.

Antragsbereich P: Sozialpolitik und soziale Infrastruktur

Antrag P2_21

Antragssteller*in: Juso-Hochschulgruppen Nordrhein-Westfalen

Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

P2_21 “Ich möchte (nicht) darüber reden!” – Die psychische Gesundheit auf die Agenda!

In einer Umfrage des AStAs der Universität Münster¹ gaben insgesamt etwa 52,8% der Studierenden an, psychisch belastet zu sein. Im Zuge der Pandemie gaben 65,7% der Teilnehmer*innen an, dass sich ihre psychische Belastung verschlechtert hat. Diese Zahlen sind schockierend. Und sie zeigen deutlich: Es ist schon lange an der Zeit, über die mentale Gesundheit von Studierenden zu sprechen!

Die Belastung der Pandemie

Psychische Erkrankungen bringen auf verschiedenen Ebenen Herausforderungen mit sich. Betroffene, wie Angehörige, sind von der gesellschaftlichen Stigmatisierung psychischer Erkrankungen betroffen. Dieses Stigma wurde von der Pandemie und dem damit einhergehenden Lockdown herausgefordert. Mentale Gesundheit ist nun ein in der Gesellschaft viel diskutiertes Thema. Dies offenbarte Schwächen, die unsere Hochschulen, sowie das Gesundheitssystem, bei der Fürsorge für psychisch erkrankte Studierende aufweisen. Therapieplätze, die vorher schon rar gesät waren, sind nun heißer umkämpft, als zuvor. Die Deutsche Psychotherapeutenvereinigung (sic!) berichtet laut NDR von einem Anstieg der Nachfrage um 40% seit Beginn der Pandemie. Weitere 40% der Therapiesuchenden musste mit Wartezeiten von mindestens einem halben Jahr, meist mehr, rechnen. Psychologische Beratungsstellen der Hochschulen werden dem Andrang nicht gerecht und sind nicht mal in der Lage Studierende ausreichend erstzuversorgen. Währenddessen wächst der Leidensdruck junger Menschen stetig. Junge Menschen, finden sich mitten in ihrem Studium in völligem Verlust von Strukturen wieder. Wir fordern Bund, Länder und Hochschulen dazu auf, dass sich die derzeitigen Verhältnisse ändern!

Keine Trennung von Arbeit und Privatem

Die fehlende Tagesroutine und der fehlende Alltag stellte für Studierende eine große Herausforderung während der Pandemie dar.

Die (räumliche) Trennung zwischen Arbeit und Freizeit verschwammen massiv. Das eigene WG-Zimmer wird nun zur Bibliothek, zum Esszimmer, Arbeitszimmer, Fitnessstudio und Raum für Freizeit und Entspannung. Die fehlende räumliche Trennung, sowie die Eintönigkeit und Unklarheiten im Tagesablauf sorgen für große emotionale Belastung unter Studierenden. Es fehlt sowohl ein richtiger Raum zum Arbeiten, als ein Raum des Rückzugs und der Entspannung. Das Ergebnis: Studierende bekommen in ihrem meist kleinen Zimmer das Gefühl, nie nicht zu arbeiten, keinen Feierabend zu haben. Gleichzeitig haben sie das Gefühl, in dem Raum, wo sie auch schlafen und essen, nie produktiv zu arbeiten. Belastende Grenzen im Alltag verschwimmen.

¹ https://www.asta.ms/images/Bilder/Aktuelles/Ergebnisbericht_Evaluation_digitales_Semester_Uni_Mnster.pdf

34 Soziale Auswirkungen

35 Auch die Abwesenheit sozialer Zusammenkünfte war für die meisten Studierenden eine kaum
36 erträgliche Belastung. Laut einer Studie aus dem April 2020 der Universität Würzburg² gaben 83% der
37 Teilnehmer*innen an, negative bis sehr negative Auswirkungen auf soziale Kontakte zu erleben oder zu
38 erwarten. Durch den fehlenden Austausch mit Kommiliton*innen, Freund*innen und Bekannten, fühlten
39 sich Studierende zunehmend sozial isoliert. Hinzu kommt die eingeschränkte Lernumgebung, sowie die
40 fehlende Möglichkeit in Bibliotheken zu arbeiten. Dies bestätigen auch Zahlen einer Umfrage des AStAs
41 der Universität Münster aus dem Wintersemester 2020/21: So fühlten sich 83,1% der Teilnehmer*innen
42 sozial isoliert und 65,1% gaben an, Belastungen durch die fehlende Auswahl an Lernumgebung zu
43 spüren.

44 Nun ermöglichen diverse Lockerungen wieder soziale Kontakte aufzunehmen und ein wenig
45 "Normalität" in den Alltag einkehren zu lassen. Was für viele Menschen eine große Erleichterung
46 darstellt, ist für andere herausfordernd. Die Pandemie ist zum Nährboden vieler Ängste geworden. Wer
47 schon vorher unter sozialen Phobien gelitten hat, braucht jetzt mehr Zeit, sich wieder an
48 Menschenmassen und soziale Kontakte zu gewöhnen. Depressionen konnten sich im Lockdown
49 verfestigen. Die mittel- und langfristigen psychischen Folgen der Pandemie dürfen nicht ignoriert oder
50 vergessen werden!

51 Studium

52 Diverse Lockerungen erlauben es, die Lehre wieder in Präsenz stattfinden zu lassen. Dies ist eine große
53 emotionale Herausforderung für Studierende, die den Universitätsbetrieb nur durch
54 Onlineveranstaltungen und ihre Kommiliton*innen nur über Zoom kennen. Für viele steht zusätzlich
55 dazu noch ein Umzug zum Hochschulstandort an, soziale Unsicherheit trifft nun zusätzlich auf
56 Wohnungsnot. Die Belastung ist dadurch auf allen Ebenen sehr hoch.

57 Auch für diejenigen, die schon vor der Pandemie studierten, wirken die psychischen Folgen des
58 Lockdowns nach. Auch sie müssen sich erst wieder an die Präsenzlehre gewöhnen und viele
59 Bestandteile, wie Prüfungen in Präsenz, werden zu einer belastenden Aufgabe. Außerdem gehen viele
60 Studierende hoch verschuldet aus der Corona Pandemie heraus und finanzielle Sorgen wirken sich
61 direkt auf psychische Belastungen aus. Die Hochschulen sind in der Pflicht Mittel und Wege zu finden
62 Studierenden den (Wieder-) Einstieg zu erleichtern.

63 Deshalb fordern wir bei Rückkehr der Präsenzlehre:

- 64 • Umfassende, niedrigschwellige und kostenfreie psychologische Beratungen an Hochschulen
- 65 • Hybride Veranstaltungen, um Studierenden den Wiedereinstieg zu erleichtern und auf
66 behinderte und chronisch Kranke Studierende Rücksicht nehmen zu können
- 67 • Abkehr von der Drittversuchs-Regelung, um den Prüfungsdruck zu minimieren
- 68 • Weiterführung der Freiversuchsregelungen
- 69 • Weiterführung und Ausbau finanzieller Unterstützung von Studierenden, um die lang- und
70 mittelfristigen finanziellen Folgen der Pandemie abfangen zu können

² <https://www.uni-wuerzburg.de/aktuelles/einblick/single/news/studieren-in-coronazeiten/>

Bestehende Wichtigkeit

Die Pandemie wirkt als Verstärker der Probleme, die Studierende schon vorher hatten. So verschlechterte sich die mentale Gesundheit von Studierenden durch die Online Lehre deutlich. Doch zu denken, dass eine reine Rückkehr zum Präsenzbetrieb die Lösung aller Probleme darstellt, ist ein Fehlschluss. Auch ohne Lockdown oder Home-Office muss über die mentale Gesundheit gesprochen, Stigmen aufgebrochen und Strukturen für Therapiemöglichkeiten und Anlaufstellen massiv ausgeweitet werden.

Nach langer Isolation und wenig sozialen Kontakten kann das soziale Leben eine große Herausforderung darstellen. Zudem können große Menschenmengen, wie beispielsweise Vorlesungen, Ängste auslösen. Viele im Lockdown entwickelte Probleme sind nicht einfach verschwunden, das Thema der Mentalen Gesundheit kann nicht einfach weiter belächelt werden, sondern muss ernst genommen werden und das auch und vor allem bei einer Rückkehr zur Präsenzlehre!

Die Ökonomisierung macht krank

Die kapitalistische Gesellschaft macht auch vor Studierenden keinen Halt und führt häufig zu Stress und psychischen Belastungen. Der Soziologe Hartmut Rosa sagte in einem Streitgespräch in der faz³: "Der Kapitalismus befördert Verhältnisse, unter denen Burnout oder Depressionen zunehmen, und deshalb kann man auch sagen, dass der Kapitalismus krank macht."

Insbesondere für Studierende stellt der Druck immer mehr erreichen zu müssen, sich immer weiter zu verbessern und letztendlich das Gefühl nie genug zu sein und nie genug erreicht zu haben, eine extreme psychische Belastung dar. Rosa beschrieb dieses Gefühl als "immer schneller laufen müssen, nur um stehen zu bleiben". Hinzu kommen Anwesenheitspflichten, strikte Studienverlaufspläne und Leistungsdruck – Viele Komponenten eines Studiums bedingen psychische Erkrankungen. Die Ökonomisierung der Bildung spielt dabei eine zentrale Rolle, denn durch sie verlieren Studierende Flexibilität und die Möglichkeit der Rücksichtnahme auf die eigene Gesundheit. Wird die Bildung immer weiter ökonomisiert, so geht dies auch immer auf die Gesundheit der Studierenden. Daher fordern wir:

- Kapitalistische Verhältnisse zu überwinden, auch an den Hochschulen!
- Ein flexibles Studium, ohne Anwesenheitspflichten oder strikten Studienverlaufsplänen
- Niedrigschwellige und unbürokratische Nachteilsausgleiche

"Wir können Ihnen einen Therapieplatz in 9 Monaten anbieten"

Ein Satz den Menschen auf der Suche nach einem Therapieplatz nicht selten zu hören bekommen. Wer nicht gerade privat versichert ist, muss in der Regel mit langen Wartezeiten rechnen. Dass diese Wartezeiten fatal sein können, ist nicht von der Hand zu weisen: Bei vielen psychischen Erkrankungen ist eine Therapie dringend notwendig und Betroffene sind häufig auf akute Hilfe angewiesen. Kurze Notfallsprechstunden sind da kaum ausreichend. Eine Aussicht noch mehrere Monate ohne Therapie durchstehen zu müssen scheint absurd. Dysfunktionales Verhalten bleibt aufrecht, der Leidensdruck erhöht sich. Zudem erhöht sich mit einer langen Wartezeit die Hemmschwelle eine Therapie anzufangen.

Gesundheitssystem

Nie stand die psychotherapeutische Versorgungslage in Deutschland mehr unter Druck als während der Corona Pandemie. Dieser Druck muss genutzt werden. Damit Menschen die psychotherapeutische

³ <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/streitgesprach-macht-der-kapitalismus-uns-krank-14308832.html>

Versorgung bekommen, die sie benötigen, muss sich das Gesundheitssystem in Deutschland verändern. Die Interessen von psychisch kranken Menschen müssen in den Strukturen des Gesundheitssystems mehr berücksichtigt werden. Nur individuelle Behandlungen und Diagnosen ermöglichen eine adäquate Versorgung. Psychotherapie darf kein Privileg für besserverdienende Menschen sein, die sich eine private Psychotherapie leisten können. Privatbehandlungen dürfen kein Lösungsweg sein, auf den das deutsche Gesundheitssystem baut. Klar ist: Dem steigenden Bedarf kann nur nachgekommen werden, wenn Kassenzulassungen erhöht werden und dies realistisch an die aktuelle Bedarfsplanung angepasst. Nur so können langfristig Therapieplätze geboten werden. Der Zugang zu akuten Sprechstunden reicht an dieser Stelle nicht aus. Zudem kommt, dass eine Psychotherapie die Verbeamtung gefährden kann, was beispielsweise Lehramts- oder Jura-Studierende einen Zugang zu psychologischer Hilfe enorm erschwert. Dies zeigt wie psychisch Kranke Menschen strukturell diskriminiert werden und ist nicht hinzunehmen!

Deshalb fordern wir:

- Private Krankenversicherung abschaffen, Bürger*innenversicherung einführen, Zwei-Klassen-Medizin überwinden!
- Staatliche Finanzierung von Therapieplätzen, auch wenn diese von Dauer sind
- Bereitstellung von ausreichend Kassenplätzen orientiert an einer realistischen Bedarfsplanung, die regelmäßig neu evaluiert wird
- Psychotherapien dürfen einer Verbeamtung nicht im Wege stehen

Psychotherapeut*innen in Ausbeutung

Betroffene warten, warten und warten auf einen Therapieplatz, während potentielle Psychotherapeut*innen lange studieren und eine lange Ausbildung absolvieren müssen. Dringend benötigte Kapazitäten werden so nicht abgedeckt. Der Weg von angehenden Psychotherapeut*innen ist zudem ein harter. Circa 10 Jahre braucht der Berufseinstieg als Psychotherapeut*in. Diese Jahre gehen zudem mit hoher Verschuldung einher, denn die Psychotherapieausbildung kostet und zwar zwischen 25.000 und 30.000 Euro. Doch die Hürden beginnen schon deutlich früher: Die Zulassungsvoraussetzungen sowohl für Psychologie Bachelor als auch einen darauffolgenden Master sind enorm. Masterplätze sind rar, doch ist ein Masterabschluss zwingend für die Psychotherapieausbildung. Für diesen Teufelskreis bedarf es schnell guten Lösungen.

Auch die Reform in 2020 brachte kaum Veränderungen hervor. „Psychotherapie“ als eigenständiger Studiengang stellt keine Lösung dar. Studierende, die derzeit (nur) Psychologie studieren, müssen aufgefangen werden, indem ihnen faire Regelungen rundum die Psychotherapieausbildung begegnen. Die Ausbildung muss wieder attraktiver, bezahlbar und weniger exklusiv werden, damit motivierte Psychotherapeut*innen den Betroffenen ausreichend begegnen können.

Wir fordern deshalb:

- Deutliche Erhöhung der Masterplätze Psychologie
- Angemessene Zulassungsvoraussetzungen im klinischen Bereich des Studiums
- Staatliche Finanzierung der Psychotherapieausbildung
- Angemessene Bezahlung, klare sozialrechtliche Regelungen in der Ausbildung

150 **Hochschulen in Verantwortung!**

151 Auch an Hochschulen müssen Anlaufstellen geschaffen werden, denn diese sind oft eine
152 niedrigschwellige Möglichkeit, den Weg zu einer Therapie zu finden. Die hochschuleigenen
153 psychologischen Beratungsstellen sollten Studierenden schnell Termine geben können, ihnen bei der
154 Suche nach einer passenden Therapie helfen und bei Bedarf durch mehrfache Gespräche Wartezeiten
155 überbrücken.

156 Deshalb fordern wir:

- 157 • Ein umfassendes, kostenfreies und niedrigschwelliges Angebot zur professionellen
158 psychologischen Beratung an Hochschulen
- 159 • Anlaufstellen mit der Möglichkeit zu mehreren Gesprächen, die die Studierenden bei der
160 Therapieplatzsuche unterstützen
- 161 • Vernetzungen mit weiteren universitären, wie städtischen Beratungsangeboten
- 162 • Verbleibende Möglichkeiten zur Präsenzberatung im Falle eines weiteren Lockdowns
- 163 • Beratungsangebote in diversen Sprachen für internationale Studierende ermöglichen

164 **Aufklärung**

165 Wenn Menschen psychisch erkrankt sind begegnen ihnen häufig gesellschaftliche Barrieren. Wenig
166 Verständnis beim Arbeitsplatz oder in der Ausbildung und gesellschaftlicher Druck möglichst schnell
167 wieder zu "funktionieren". Viele Lebensbereiche von Betroffenen und ihren Angehörigen gestalten sich
168 dann besonders herausfordernd. Nicht nur der Leidensdruck erhöht sich dann, Stigmatisierung und
169 Diskriminierungserfahrungen erschweren sowohl Behandlung als auch Integration von psychisch
170 erkrankten Menschen. Nicht selten verinnerlichen Betroffene die stigmatisierenden Inhalte, was
171 unmittelbaren Einfluss auf das Selbstwertgefühl hat. Es entstehen dysfunktionale Copingstrategien,
172 Scham und Rückzug. Und genau dieser Rückzug führt dazu, dass psychische Erkrankungen nicht
173 ausreichend Teil des öffentlichen Diskurses sind. Klar ist: Psychische Krankheiten, ihre Symptome und
174 Folgen müssen öffentlich thematisiert werden. Ein Mensch mit Depression kann nicht einfach aufstehen
175 und zur Arbeit gehen- er ist nicht faul. Menschen mit Schizophrenie sind nicht unmittelbar gefährlich.

176 Wenn Menschen mit psychischen Erkrankungen aufgefangen und eine effektive Behandlung erfahren
177 sollen, gehört Aufklärungsarbeit unmittelbar dazu.

178 Doch nicht nur Stigmatisierungserfahrungen im öffentlichen Raum gehören zur Lebensrealität
179 psychisch Kranker Menschen- auch der Bereich der medizinischen Versorgung arbeitet teilweise mit
180 Einstellungen, die diskriminierend sind. Diagnosen werden zu spät gestellt, die hausärztliche
181 Versorgung ist unzureichend ausgestattet, um Diagnostik von psychischen Erkrankungen abzudecken.
182 Dies führt dazu, dass psychische Erkrankungen oft erst spät diagnostiziert werden. So spät, dass
183 jahrelanger Verdienstaufschlag, hoher Leidensdruck und fehlende Erklärungsmodelle Betroffene und ihre
184 Angehörigen begleiten.

185 Deshalb fordern wir:

- 186 • Das Gesundheitssystem strukturell so zu stärken, dass Betroffene zeitnah professionelle Hilfe
187 und Diagnostik erfahren können.
- 188 • Das Stigma durch Aufklärungsarbeit zu brechen!

- 189 • Frühzeitige psychoedukative Elemente, bereits für Kinder und Jugendliche.
- 190 • Mehr (rechtliche) Unterstützung für Menschen, die aufgrund ihrer psychischen Erkrankung
- 191 diskriminiert wurden.
- 192 • Eine konsequente Aufklärung aller Diskriminierungsfälle in diesem Zusammenhang.
- 193 • Verpflichtende Inhalte zur Entstigmatisierung nicht nur in der (Laien-) Öffentlichkeit, sondern
- 194 auch als gemeinsame Aufgabe der Ärzt*innenschaft.

Antragsbereich Q: Gute Lehre, Qualitätsentwicklung & Studienreform

Antrag Q1_21

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppe TH Köln

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3 **Q1_21 Prüfungsausschüsse neu denken**

4 **Zum Rechtlichen**

5 Das deutsche Hochschulrecht ist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich und dennoch bildet
6 sich durch die Hochschulgesetzgebung und die Umsetzung durch (Rahmen-) Prüfungsordnungen ein
7 homogenes Bild, indem Prüfungsausschüsse insbesondere folgende Aufgaben von herausragender
8 Bedeutung übernehmen:

- 9 1. Behandlung von Anträgen auf Nachteilsausgleiche in Prüfungen für Studierende mit
10 Beeinträchtigungen
- 11 2. Behandlung von Anträgen auf Anerkennung von Prüfungsleistungen
- 12 3. Behandlung von Widersprüchen gegen Prüfungsbewertungen
- 13 4. Einsicht in die Prüfungsakten und Anfertigung einer originalgetreuen Kopie sowie Einsicht in
14 eine Musterlösung
- 15 5. Bestellung von Prüfenden, Festlegung von Prüfungsformen und Gewichtung von
16 Prüfungsleistungen, Bestimmung von Ort und Zeit der Prüfungen, Festlegung von
17 Prüfungsanmeldungszeiträumen und Notenbekanntgabe

18 Meist werden Prüfungsausschüsse entsprechend Prüfungsordnungen von Fakultäten durch
19 Fakultätsräte gewählt, die ihre Aufgaben für einen oder eine Gruppe mehrerer Studiengänge
20 wahrnehmen. Teilweise besteht keine Verpflichtung, auch Studierende in die Prüfungsausschüsse
21 aufzunehmen. Um nicht für jede Entscheidungsfrage eine Prüfungsausschusssitzung abhalten zu
22 müssen, können Aufgaben meist an einzelne Mitglieder delegiert werden.

23 **Zum Tatsächlichen**

24 Bei genauerer Beobachtung dieser oft an Bedeutung unterschätzten Gremien ist jedoch schnell ein
25 weiterer Brandherd der Verletzung von Studierendenrechten und -interessen erkennbar. Hier sei ein
26 Einblick in einige solcher Fälle gegeben:

- 27 • Fachlich und von der Menge der zu erledigenden Arbeit nebst anderen Verpflichtungen in der
28 Hochschule werden viele Mitglieder von Prüfungsausschüssen überfordert, Abhilfe steht in der
29 Regel nur professoralen Mitgliedern zu.
- 30 • Zu viele unabhängig voneinander agierende Prüfungsausschüsse stehen einer Spezialisierung
31 entgegen und erschweren eine einheitliche Linienführung.
- 32 • Der Prüfungsausschussvorsitz wird nicht gewählt, sondern einfach wahrgenommen.

- 33 • Prüfungsausschusssitzungen finden jahrelang nicht statt, im Internet sind falsche studentische
34 Mitglieder angegeben, die dann nach Ablauf ihrer Legislatur zu Sitzungen geladen werden.
35 Dabei sind vertrauliche Unterlagen im Mail-Anhang.
- 36 • Einzelmitglieder erledigen Ausschussaufgaben allein, berichten aber nicht darüber und können
37 auch auf Anfrage kein Protokoll einer Aufgabendelegation vorlegen. Auch informelle
38 Partizipation wie etwa bei der Festlegung von Prüfungsterminen und -Anmeldungszeiträumen
39 findet nicht statt.
- 40 • Geltendes Recht wird bewusst und absichtlich gebrochen, um Arbeit zu vermeiden und eigene
41 Vorstellungen eines guten Studiums durchzusetzen. Bei ablehnenden Bescheiden werden
42 selten Rechtsbehelfsbelehrungen versandt.
- 43 • Insbesondere Nachteilsausgleiche werden teils vermieden. Hierzu wird Studierenden mit
44 chronischer Erkrankung geraten, das Studium abzubrechen, ein Jahr zu pausieren, um gesünder
45 zu werden, und Entscheidungen sogar intern damit gerechtfertigt, dass der Abschluss einer
46 bestimmten Person nicht gewünscht sei.
- 47 • Studierende werden über ihr Recht auf Anerkennung von Prüfungsleistungen falsch informiert.
48 Dazu gehört insbesondere ein angeblicher Ausschluss der Anrechenbarkeit von
49 Schulleistungen und einzelnen Modulen oder Abschlussarbeiten. Teilweise wird die Beweislast
50 der Hochschule im Anerkennungsverfahren nicht anerkannt.
- 51 • Das Recht auf Einsicht in Prüfungsunterlagen, Anfertigung einer Kopie und Einsicht einer
52 Musterlösung wird nicht gewährt. Oft täuscht schon die Bezeichnung eines Termins zur
53 „Klausureinsichtnahme“ über die Rechte, die Prüfungsunterlagen zu anderen Prüfungsformen
54 einzusehen, hinweg. Das Verbot, die Unterlagen zu fotografieren, entsteht meistens auf Druck
55 jener Lehrenden, die um ihr „Konzept“ fürchten, immer wieder dieselbe Prüfung zu stellen.
- 56 • Anträge auf Prüfungseinsicht werden nicht behandelt, bis nach Ablauf der Widerspruchsfrist
57 verschleppt oder rechtswidrig abgelehnt. Selbst aus gesundheitlichen Gründen zu einem
58 Einsichtstermin entschuldigte Studierende werden abgewiesen, um den minimalen Aufwand
59 eines Sondertermins zu vermeiden.
- 60 • Die Vorbereitungen zu Sitzungen sind klar auf ein bestimmtes Ergebnis zugeschnitten, so haben
61 Studierende im Widerspruchsverfahren keine Kenntnis von der Stellungnahme der Prüfenden.
- 62 • Widersprüche gegen Prüfungsbewertungen werden erst nach dem nächsten Prüfungstermin
63 behandelt, es erfolgen keine Rückmeldungen wie eine Eingangsbestätigung.
- 64 • Noten werden per Aushang mit Matrikelnummer bekanntgegeben, wodurch keine
65 zufriedenstellende Anonymisierung erreicht wird.
- 66 • Oft werden Aufgaben der Prüfungsausschüsse (faktisch) auf nicht zuständige Stellen über-
67 tragen. So entscheiden Modulbeauftragte über Anerkennungen von Prüfungsleistungen, Profs
68 organisieren Prüfungseinsichtnahmen oder Lehrende treffen Entscheidungen bzgl. der Form
69 ihrer Prüfungen und Abgabetermine, nicht berechnete Personen entscheiden über Anträge auf
70 Anerkennung und Nachteilsausgleiche.

71 **Zum Neudenken**

72 Die lange Liste an nicht hinnehmbaren Rechtsbrüchen und die Verfestigung unprofessioneller
73 Verhaltensmuster ruft nach strukturellen Reformen. Die Risse im System Prüfungsverwaltung sind zu

tief und zu zahlreich, um nur gekittet zu werden. Auf der Suche nach einer geeigneten Organisationsstruktur für obige Aufgaben, finden sich wenige Gründe, sie in vielen dezentralen Gremien zu bündeln. Einzig Punkt fünf scheint in großen Teilen subsidiär gut verantwortet. Eine zentralisierte Verwaltung ermöglicht eine geeignetere Personalauswahl, höhere Spezialisierung, bessere Skaleneffekte und bessere Kontrolle. Zudem können aus der Ferne deutlich einfacher unpopuläre Entscheidungen getroffen werden. Auch kann die Verwaltung zentralisiert einheitlicher und damit gerechter agieren. Das Argument, einer zentralen Stelle fehle für Entscheidungen notwendiges Fachwissen, ist durch Beharrungswiderstände intendiert und auch zur Rechtfertigung der verbreiteten Strukturen nicht geeignet. Über notwendiges Fachwissen müssen nicht die Ausschüsse in gerichtlicher Funktion verfügen, sondern kann durch Gutachten eingeholt werden. Ständig werden beispielsweise an sozialwissenschaftlichen Fakultäten Rechtsprüfungen, an wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten Mathematikprüfungen abgelegt. Die im Zusammenhang mit den fakultätsfremden Fächern entstehenden Aufgaben werden oft besser von einer Vertretung eben jener wissenschaftlichen Disziplin wahrgenommen, was ebenfalls zentral geschehen kann.

Jenseits der Zentralisierung setzen wir uns ein für:

- Studentische Mitglieder im Prüfungsausschuss
- Die Transparenz von Entscheidungen im Prüfungsausschuss
- Sensibilisierung verantwortlicher Stellen für die Sinnhaftigkeit von Studierendenrechten und Ermutigung der Studierenden, ihre Rechte wahrzunehmen
- Kostenlose Rechtsberatung und ggf. Rechtsbeistand durch Studierendenschaften ihre Mitglieder

Antragsbereich R: Hochschulreform & Hochschulen in der Gesellschaft

Antrag R1_21

Antragssteller*in: Juso-Hochschulgruppen Berlin, Sachsen

Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

R1_21 Der Landespolitik den Stempel aufdrücken – Hochschulgesetze selbst gestalten!

Zur Erreichung unserer Ziele erfüllen wir Juso-Hochschulgruppen viele Aufgaben: Wir sind in den Gremien der akademischen und studentischen Selbstverwaltung organisiert, leisten inner- wie außerverbandlich politische Bildungsarbeit und wirken so sowohl innerhalb der Studierendenschaften als auch als politische Kraft innerhalb der Hochschulstrukturen als solche. Dabei können wir Juso-Hochschulgruppen bundesweit auf beachtliche Erfolge innerhalb der Hochschuldemokratie zurückblicken. Gleichsam haben wir in den letzten Jahrzehnten aber auch gelernt: Um die Interessen der Studierenden wirksam zu vertreten, müssen wir unseren Blick über die Grenzen der Hochschule hinaus weiten und die (allgemein)politischen Anknüpfungspunkte suchen, die die unabhängige Hochschul- und Wissenschaftslandschaft in Deutschland einordnen. Denn hier werden auf den unterschiedlichen politischen Ebenen Standards formuliert und Entscheidungen getroffen, die Studium, Lehre und Forschung maßgeblich begründen.

Von ganz entscheidender Bedeutung sind hier die Hochschulgesetze der sechzehn einzelnen Bundesländer. Ihr Geltungsbereich – und damit auch ihre Relevanz – ist enorm: Seit der Föderalismusreform von 2006 regeln die Länder in ihren jeweiligen Landeshochschulgesetzen zahlreiche und wesentliche Angelegenheiten aller öffentlichen Hochschulen. Zudem haben sie oftmals auch Einfluss auf kirchliche und private Hochschulen und regeln deren staatliche Anerkennung.

Dass die Landesgesetzgebung für den Alltag an Hochschulen eine zentrale Bedeutung hat, wird aber nicht nur durch die Vielzahl an Hochschulen klar, die ihr unterliegen, sondern spätestens auch beim Blick auf ihre umfassenden Kompetenzen: So setzen sie die Regeln für Studium, Lehre und Forschung, bestimmen die innere Organisationsstruktur der Hochschulen sowie die Mitbestimmungsrechte der Statusgruppen und begründen die Struktur des Personals sowie deren Arbeitsbedingungen. Wer etwa die bestehenden Hierarchieverhältnisse, die Rechte und Pflichten von Studierenden oder undemokratische und verkrustete Strukturen an der eigenen Hochschule verändern möchte, erkennt daher schnell: Der Einsatz in den Gremien der studentischen und akademischen Selbstverwaltung ist von großem Wert, kann aber nur so gut sein, wie das jeweilige Landeshochschulgesetz, das diese reguliert. Um Fortschritte innerhalb der Hochschulen wirksam erkämpfen zu können, muss die landesgesetzliche Grundlage diese auch zulassen und antreiben.

Für uns Juso-Hochschulgruppen ergibt sich daraus die Konsequenz, die Hochschulgesetzgebung als wichtigen Hebel für unsere politische Arbeit anzuerkennen und zu nutzen. Sozialdemokratische Werte und die Grundsätze unseres Verbandes gehören nicht nur in Anträge für den Akademischen Senat und in Reden im Studierendenparlament, sondern müssen sich zwingend auch im Landeshochschulgesetz wiederfinden. Eine studierendenfreundliche, antidiskriminierende und zukunftsgerichtete Hochschullandschaft wird es ohne unseren Einsatz in den laufenden und kommenden Novellierungsverfahren nicht geben.

Wichtig ist es daher, dass wir uns Gedanken über die strategische Herangehensweise machen, wie wir unsere Forderungen bestmöglich adressieren und in den Novellierungsprozess einfließen lassen können. Grundlegend dafür ist, dass wir als Akteur:innen gut vorbereitet sind. Den Raum für Qualifizierung und Best-practice-Austausch kann in diesem Zusammenhang unser Bundesverband etwa im Rahmen von Seminarwochenenden, der Aktivenkonferenz und der Konferenz der Landeskoordinationen schaffen. In der Vergangenheit hat sich zudem gezeigt, dass für eine höhere Schlagkraft unserer Landesverbände die Vernetzung und gemeinsame Erarbeitung eines Forderungskatalogs mit den Landesstudierendenvertretungen und politischen Jugendverbänden sinnvoll ist. In diesem Rahmen können auch gemeinsame Kampagnen aufgelegt werden. Über unsere Eigeninitiative hinaus erwarten wir allerdings auch nachdrücklich, dass die Landesverbände und Fraktionen der SPD uns als ihren Studierendenverband sowie die Landesstudierendenvertretungen in den Prozess einbeziehen. Die gemeinsame Erarbeitung von sozialdemokratischen Grundsätzen für die Novellen ist ebenso wichtig wie die Durchführung gemeinsamer Sitzungen und Veranstaltungen. Es darf nicht sein, dass den Hochschulleitungen während der Novellen exklusive Gesprächskanäle gewährt werden, während insbesondere die Studierenden, aber auch die Mitarbeiter:innen der Hochschulen nur wenig Beachtung finden.

Wir fordern daher, dass:

- unsere Landesverbände und Hochschulgruppen sowie die Landesstudierendenvertretungen von den jeweiligen Landesregierungen eng an der Novelle von Landeshochschulgesetzen beteiligt werden. Insbesondere während der Erarbeitungsphase von Referent:innenentwürfen müssen die Wissenschaftsministerien Studierende anhören und aktiv einbeziehen.
- die Landtagsfraktionen und zuständigen Landesarbeitsgemeinschaften bzw. Fachausschüsse der SPD unsere Juso-Hochschulgruppen sowie die Landesstudierendenvertretungen in ihre Sitzungen zur Novelle einbeziehen. Die Perspektive von Studierenden kann nicht durch die Anhörung von Hochschulleitungen eingeholt werden.
- der Bundesvorstand Räume für die Vernetzung und Qualifizierung von Juso-Hochschulgrüpler:innen für die Novelle von Landeshochschulgesetzen schafft.

Ganz grundlegend stellen wir fest, dass die akademische Unabhängigkeit für uns Juso-Hochschulgruppen ein hohes Gut ist und Wissenschaft an sich auch weiterhin an den Hochschulen vor Ort, nicht am Verhandlungstisch einer Landesregierung konkret ausgestaltet werden muss. Gleichzeitig halten wir es für sinnvoll, Rahmenbedingungen des Hochschulalltags gesetzlich festzuhalten und so Verbesserungen verbindlich durchzusetzen. Im Folgenden soll dieser Antrag daher zentrale jahrzehntealte wie neuere Debatten und Positionierungen der Juso-Hochschulgruppen aufgreifen und ausgewählte länderübergreifende Kernforderungen für die Hochschulgesetznovellen zusammenfassen. Diese sollten bei jeder der anstehenden Novellen in den verschiedenen Bundesländern eine Rolle spielen!

Hochschuldemokratie

In Sachen Demokratie und Mitbestimmung haben Hochschulen in Deutschland erheblichen Nachholbedarf. Um die Demokratisierung aller Lebensbereiche voranzutreiben und Hochschulen zu einem Ort des gleichberechtigten Miteinanders zu machen, fordern wir daher die Viertelparität in allen Gremien der akademischen Selbstverwaltung. Einen Anhaltspunkt, wie eine solche Reform aussehen könnte, bietet etwa die zurückliegende Novelle des Hochschulgesetzes in Thüringen. Zudem ist es ganz grundlegend notwendig, dass gewählte Gremien gestärkt werden und Studierende mehr Funktionen innerhalb der Hochschulorganisation übernehmen. Wir fordern daher:

- eine Viertelparität in allen Gremien der akademischen Selbstverwaltung.

- 84 • die Stärkung gewählter Gremien wie Fakultätsrat und (erweiterter) Senat.
- 85 • grundsätzlich die Bestimmung des Vorsitzes von Gremien der akademischen Selbstverwaltung
- 86 durch eine Wahl mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit.
- 87 • bei Entscheidungen des Akademischen Senats zu Lehre und Studium die Zustimmungspflicht
- 88 einer Kommission für Lehrangelegenheiten, welche mindestens zu 50% von Studierenden
- 89 besetzt sein muss.
- 90 • studentische Prorektor:innen bzw. Vizepräsident:innen.
- 91 • die Einsetzung von Studierendenparlamenten in allen Bundesländern sowie deren Stärkung.

92 **Verfasste Studierendenschaft**

93 Die Verfasste Studierendenschaft ist die Grundlage der studentischen Selbstverwaltung und der
 94 Einbringung der Studierendenschaft als politische Kraft innerhalb der Gruppenhochschulen und in der
 95 Gesellschaft. Sie muss daher in allen Bundesländern als Rechtsperson und mit der daraus
 96 entspringenden Finanzautonomie gesetzlich festgeschrieben werden. Insbesondere in Bayern ist dies
 97 leider noch immer nicht umgesetzt. Für uns ist zudem ganz klar: Aus Demokratie darf es keinen Exit
 98 geben. Das formelle Austrittsrecht aus der Verfassten Studierendenschaft, das derzeit Sachsen-Anhalt
 99 noch zu finden ist, lehnen wir daher klar ab! Darüber hinaus erteilen wir der konstruierten Trennung von
 100 hochschul- und allgemeinpolitischen Angelegenheiten eine Absage. Der politische Diskurs und
 101 Meinungsbildung dürfen an Hochschulen ebenso wenig beschnitten werden wie studentische
 102 Freiräume. Wir fordern daher, dass:

- 103 • die Verfasste Studierendenschaft überall eingesetzt und gestärkt wird.
- 104 • das formelle Austrittsrecht aus der Verfassten Studierendenschaft überall dort, wo es besteht,
- 105 abgeschafft wird.
- 106 • die Verfasste Studierendenschaft mit einem allgemeinpolitischen Mandat ausgestattet wird.
- 107 • studentische Freiräume gesetzlich abgesichert und geschützt werden. Hochschulen müssen
- 108 geeignete Räumlichkeiten für studentische Selbstorganisation kostenfrei bereitstellen.

109 **Lehrveranstaltungen**

110 Hochschulen stehen nicht entkoppelt von der Gesellschaft, sondern sind ein Teil von ihr. Wissenschaft
 111 ist seit Anbeginn ein wichtiger Treiber von Fortschritt. Sie erhält Impulse aus der breiten Gesellschaft
 112 und gibt ihr neue zurück. Aus diesem Symbiose-, aber auch Spannungsverhältnis ergeben sich
 113 Konsequenzen für die Gestaltung der Lehre. Diese muss gesellschaftliche Realitäten und aktuelle
 114 Fragestellungen abbilden. Neben inhaltlicher Aktualität müssen sich Studierende sicher sein, dass sie
 115 sich kontinuierlich auf qualitativ hochwertige, vielfältige und personell wie finanziell gut ausgestattete
 116 Lehre verlassen können. Deshalb fordern wir, dass:

- 117 • in Hochschulgesetzen Aufgabenbereiche der Hochschule um insbesondere aktuell und
- 118 gesellschaftlich relevante Forschung und vielfältige, interdisziplinäre, kritische Lehre erweitert
- 119 werden. Die Interdisziplinarität soll vor Ort in zuständigen Gremien bei der Verabschiedung von
- 120 Studienordnungen beachtet werden.
- 121 • sich Hochschulen angemessene, mit Studierenden erarbeitete Qualitätsstandards geben und
- 122 die Einhaltung dieser durch Evaluationen regelmäßig überprüfen. Die Ergebnisse von
- 123 Evaluationen für einzelne Veranstaltungen sollen stets veröffentlicht werden.

- 124 • der akademische Mittelbau entfristet wird und dauerhafte Stellen für die Lehre geschaffen
125 werden, um langfristig eine gute Lehre zu ermöglichen.
- 126 • dass Dozierende sich Lehrfreisemester nehmen können, damit sie statt Forschung und Lehre
127 für begrenzte Zeit auch ausschließlich lehren können
- 128 • studentische Tutorien gestärkt und als Lehrveranstaltung anerkannt werden.

129 **Leistungsanforderungen**

130 Nicht selten fühlt man sich als Studierende:r wie in einem Hamsterrad. Erzählungen von Studierenden
131 früherer Generationen über "die schönste, freieste Zeit im Leben" wirken im Vergleich zum heutigen
132 immer verschulteren, unflexiblen Studiensystem wie eine weit entfernte Utopie. Während beispielsweise
133 in Berlin seit der zurückliegenden Gesetzesnovelle alle Studiengänge in Teilzeit studierbar sein müssen,
134 werden viele Studierende in anderen Bundesländern ausgeschlossen, wenn sie die
135 Leistungsanforderungen aus ihren Lebensumständen heraus nicht erfüllen können. Hier muss
136 gesetzlich erreicht werden, dass das Studium mit den unterschiedlichen Lebensrealitäten der
137 Studierenden kompatibel ist. Deshalb fordern wir:

- 138 • die Abschaffung von Anwesenheitskontrollen.
- 139 • dass jeder Studiengang grundsätzlich in Teilzeit studierbar wird.
- 140 • die Abschaffung der Regelstudienzeit hin zu einer Studienverlaufsgarantie, die von
141 Hochschulen gewährt wird.
- 142 • Wählbare Prüfungszeitpunkte, entfristete und unbegrenzte Prüfungswiederholungen sowie die
143 Abschaffung der Zwangsexmatrikulation.
- 144 • die Verringerung des Studiumumfangs und/oder der Prüfungslast, um Freiräume für
145 Eigeninitiative und Engagement zu schaffen.
- 146 • die Förderung ehrenamtlichen Engagements, bspw. die Ausweitung von "Gremiensemestern"
147 auf nicht-hochschulisches Engagement.

148 **Gleichstellung und Feminismus**

149 An jeder Hochschule findet sich der immer gleiche Ablauf: mehr Frauen fangen an zu studieren als
150 Männer, doch mit jedem wissenschaftlichen Karriereschritt vom Studienabschluss über die
151 Promotionstelle, die Post-Doc-Stelle, die Habilitation und die Professur sinkt der Frauenanteil immer
152 weiter. Das liegt keinesfalls daran, dass Frauen weniger Lust oder Kompetenz für eine wissenschaftliche
153 Karriere mitbringen, sondern an struktureller Diskriminierung sowie dem Präkarität der Arbeit, die beide
154 insbesondere für Mütter das Karriere-Aus bedeuten. Hochschulgesetze können Rahmenbedingungen
155 dafür setzen, dass Gleichstellung tatsächlich stattfindet. Deshalb fordern wir:

- 156 • eine allgemeine Leitlinie für Hochschulen, die eine Frauenquote von 50% für studentische
157 Hilfskräfte, den akademischen Mittelbau und die Berufung von Professor:innen festlegt.
- 158 • die Quotierung von Hochschulgremien, insbesondere auch von Berufungskommissionen.
- 159 • die Stärkung der Stellung von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.
- 160 • die Verpflichtung zur Erarbeitung einer allgemeinen Leitlinie zur Verhinderung von sexualisierter
161 Gewalt an jeder Hochschule.

162 **Antidiskriminierung**

163 Im Bereich der Antidiskriminierung findet sich bundesweit an Hochschulen ein enormer Nachholbedarf.
164 Viele verschiedene Konzepte und Maßnahmen sind bitter notwendig, um bestehende Diskriminierung
165 abzubauen und die Hochschulen endlich zu einem Ort für Alle zu machen. An dieser Stelle können daher
166 nur einige zentrale Ansatzpunkte aufgeführt werden. Dazu gehören die Einführung von Diversitäts-,
167 Antirassismus-, Antiklassismus-, Inklusions- und Queer-Beauftragten. Zudem drängen wir darauf, dass
168 Hochschulen dazu verpflichtet werden, ein Diversitätskonzept zu verabschieden, welches darauf zielt,
169 gesellschaftlich existierende Vielfalt endlich auch in akademischen Institutionen abzubilden. Darüber
170 hinaus müssen die Hochschulen Antidiskriminierungsrichtlinien verabschieden, welche
171 Diskriminierungsformen exakt definieren und ein geordnetes Verfahren im Umgang mit Diskriminierung
172 inklusive Sanktionsmöglichkeiten sicherstellen. Hierfür sollten unabhängige Diskriminierungsstellen
173 geschaffen werden. Besonders wichtig sind überdies unabhängige Beratungsstellen für Betroffene an
174 Hochschulen. Zu unerlässlichen Maßnahmen zur Antidiskriminierung zählen allerdings auch
175 verpflichtende und barrierearme Regelungen zur Gewährung von Nachteilsausgleichen bei Prüfungen
176 sowie der Abbau aller finanziellen Hürden, ein Studium aufzunehmen. Wir fordern daher die gesetzliche
177 Verpflichtung zur:

- 178 • Einführung der genannten Beauftragten, um Diskriminierung strukturell abzubauen.
- 179 • Einrichtung unabhängiger Antidiskriminierungsstellen.
- 180 • Erarbeitung und Verabschiedung von Antidiskriminierungsrichtlinien an jeder Hochschule.
- 181 • Erarbeitung und Verabschiedung eines Diversitätskonzepts an jeder Hochschule.
- 182 • Gewährleistung unabhängiger und studentischer Beratungsstellen, u.a. über eine
183 Ausfinanzierung der studentischen Selbstverwaltung
- 184 • Einführung verpflichtender und barrierearmer Regelungen zur Gewährung von
185 Nachteilsausgleichen.
- 186 • Abschaffung aller Studiengebühren.

187 **Internationalisierung**

188 Nicht erst seit dem Bologna-Prozess sind deutsche Hochschulen international vernetzt und ein
189 Auslandsaufenthalt oder -studium immer mehr möglich. Dennoch bestehen noch einige Unterschiede
190 zwischen den Studiensystemen der einzelnen Staaten, was Kooperationen und Austausch erschwert.
191 Ebenso werden Nicht-EU-Bürger:innen und Nicht-Staatsbürger:innen bei der Studienbewerbung oft
192 diskriminiert. Die deutschen Bundesländer sind nicht die alleinigen Entscheidungsträger:innen, was die
193 Ausgestaltung der europäischen Studiensysteme angeht, aber sie können sich dafür einsetzen, dass wir
194 mittelfristig zu einer Harmonisierung kommen. Ebenso können sie vor Ort mit gutem Beispiel voran
195 gehen. Deshalb fordern wir:

- 196 • die Festschreibung des Ziels einheitlicher Studienjahre in ganz Europa.
- 197 • die Festschreibung des Ziels vergleichbarer Studienabschlüsse.
- 198 • keine höheren Studiengebühren für Nicht-Staatsbürger:innen.
- 199 • die Gleichbehandlung von EU-Ausländer:innen und Nicht-EU-Ausländer:innen.

200 **Arbeitsbedingungen an Hochschulen**

201 Im Juni dieses Jahres ging der Hashtag #IchBinHanna online viral. Viele Wissenschaftler:innen und
202 Mitarbeitende an Hochschulen teilten ihren Unmut über Kettenbefristungen, die Sorge vor der
203 Arbeitslosigkeit, die ewige Suche nach einer neuen Stelle und langwierige Beantragung von
204 Forschungsprojekten. Vom CDU-geführten Bundesbildungsministerium ist keine Abhilfe zu erwarten.
205 Stattdessen wird darauf verwiesen, wie wertvoll die Fluktuation in der Wissenschaft sei, damit immer
206 neue Ideen durchkämen. Gute, unbefristete Arbeit und die Förderung von akademischem Nachwuchs
207 schließen sich allerdings keinesfalls gegenseitig aus. Stattdessen muss neben prekären
208 Arbeitsverhältnissen auch die Unterfinanzierung der Hochschulen der Vergangenheit angehören:
209 Ausfinanzierte Hochschulen können die zusätzlichen Stellen und Forschungsprojekte ohne
210 Drittmittelfinanzierung schaffen, die dringend gebraucht werden. Die nötige Flexibilität in der
211 Wissenschaft kann zudem durch die Abschaffung des hierarchischen und überholten
212 Lehrstuhlsystems in Deutschland erreicht werden. Insgesamt hat insbesondere die zurückliegende
213 Novelle des Hochschulgesetzes in Berlin gezeigt, dass eine Zeitenwende bei den Arbeitsbedingungen
214 in der Wissenschaft möglich ist. Deshalb fordern wir:

- 215 • die Abschaffung des Lehrstuhlsystems an Hochschulen und Überführung in ein
216 Departmentsystem.
- 217 • eine gesetzlich verankerte Vertretung des akademischen Mittelbaus.
- 218 • die Ermöglichung von Lehrfreisemestern.
- 219 • eine breite Entfristung und den Ausbau von Tenure-Track-Professuren.
- 220 • die Entfristung von Stellen für studentische Hilfskräfte sowie einen Tarifvertrag für diese Stellen,
221 der Urlaubsanspruch, Lohnfortzahlung im Krankenfall und Jahressonderzahlungen enthält.
- 222 • verpflichtende Dissertationsvereinbarungen zwischen Promovierenden und deren Betreuung.

223 **Gleichstellung aller Hochschularten**

224 Noch immer ist über die einzelnen Bundesländer hinweg die Gleichwertigkeit der verschiedenen
225 Hochschularten, wie etwa Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften (auch genannt:
226 "Fachhochschulen") oder Kunsthochschulen nicht anerkannt und Gleichstellung lange nicht erreicht. In
227 den Novellierungsprozessen der Landeshochschulgesetze müssen ausdrücklich die Perspektiven aller
228 Hochschulen – das heißt auch aller Studierenden – gleichberechtigt herangezogen werden. Gleichsam
229 müssen wir uns auch innerhalb unseres Bundesverbandes verstärkt bemühen, Studierende und
230 Hochschulen über die Universitäten hinaus einzubinden und ihre Forderungen aufzunehmen. Eine
231 bedeutsame Maßnahme zur Gleichstellung im Rahmen der Novellen ist die Ausweitung des
232 eigenständigen Promotionsrechts, wie es derzeit bereits in den Hochschulgesetzen Hessens,
233 Nordrhein-Westfalens, Sachsen-Anhalts und Berlins erreicht wurde. Wir fordern daher:

- 234 • in den Novellierungsprozessen die Perspektive aller Hochschularten gleichberechtigt
235 anzuerkennen und anzuhören.
- 236 • die Gleichstellung aller Hochschularten über die Landeshochschulgesetze voranzutreiben, etwa
237 über die Ausweitung des eigenständigen Promotionsrechts auf alle Hochschularten.

238 **Hochschulautonomie**

239 Im Spannungsfeld zwischen Landesgesetzgebung und Hochschulautonomie ist es nicht immer einfach,
240 eine klare Entscheidung zu treffen. Während auf Landesebene Zielvorgaben getroffen werden können

241 sollten, welche Hochschulen umsetzen müssen, gibt es gleichsam auch Bereiche, in denen
242 Hochschulen mehr Eigenverantwortung zugestanden werden sollte. Insbesondere Bereiche, die
243 Hochschulgebäude und -gelände sowie konkrete Maßnahmen zur Umsetzung von Zielvorgaben
244 betreffen, sollten im Entscheidungsbereich der Hochschulen liegen. Ebenso sollten diese bereits bei der
245 Aushandlung von Vorgaben mitarbeiten. Wir fordern daher:

- 246 • eine Bauherr:inneneigenschaft für Hochschulen, damit sie eigenständig über Modernisierungs-
247 und Erweiterungsvorhaben entscheiden können.
- 248 • den Einbezug von gewählten Hochschulgremien, wie den akademischen Senaten, in
249 Zielvereinbarungsverhandlungen mit der jeweiligen Landesregierung.

Antragsbereich S: Studienfinanzierung

Antrag S1_21

Antragssteller*in: Bundesvorstand

Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

S1_21 Zum 50. Jubiläum – Für einen echten Neustart des BAföG

Noch ein BAföG-Antrag?

Am 1. September 1971 trat das „Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung“ – kurz Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) – in Kraft. Die Einführung des BAföG fällt in eine Zeit zentraler Reformen, mit denen die sozialliberale Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt die Abkehr von den konservativ-reaktionären Handlungsmustern der unions-geführten 50er und 60er Jahre wagte. Die neue Ostpolitik, der Versuch einer Abschwächung des §218 StGB und eben auch das BAföG fallen in diese bewegte Zeit. Seit seiner Einführung ist das BAföG immer wieder Gegenstand politischer Auseinandersetzungen gewesen und wurde in den Jahrzehnten vielfach verändert. Das leider nicht immer zum Besseren: Über die 80er Jahre wurde das BAföG von der Regierung Kohl stark beschnitten und ausgeblutet. Eine gänzliche Abschaffung, wie es wohl einigen Köpfen der Union mehr als recht gewesen wäre, gelang jedoch nie.

Das BAföG befindet sich im Jahr 2021, zu seinem 50-jährigen Bestehen, in der Midlife-Crisis. Die Novellen der letzten eineinhalb Jahrzehnte konnten das kontinuierliche Absinken der Geförderten-Zahlen nicht bremsen: mit nicht einmal mehr 12 Prozent Förderanteil an der Gesamtstudierendenzahl befinden wir uns an einem historischen Tiefpunkt. In vielen Städten reichen die Fördersätze gerade so, um die Miete und Nebenkosten für ein WG-Zimmer zu bezahlen. Für Essen, Lernmaterial, geschweige denn studentisches Leben und Kultur bleibt da nichts mehr übrig. Nicht zu vergessen, dass das BAföG, einst unter Brandt als Vollzuschuss eingeführt, für viele Studierende mit einer greifbaren Angst vor den über 10.000 Euro Schulden nach dem Studium verbunden ist. Trotz dieser massiven Probleme ist für uns Juso-Hochschulgruppen klar, dass das BAföG für uns *das* Instrument für eine gerechte Studienfinanzierung ist und bleibt. Das BAföG muss das Mittel sein, mit dem die Gesellschaft allen einen gerechten Bildungszugang ermöglicht. Bildung ist ein Grundrecht und muss *allen* frei von finanziellen und gesellschaftlichen Zwängen offenstehen. Gleichzeitig ist klar, dass das BAföG diesem Anspruch in seiner bestehenden Form nicht gerecht wird.

Für uns steht fest: Ein weiter so darf es nicht geben! In den kommenden vier Jahren brauchen wir einen umfassenden, progressiven Neuanfang beim BAföG, der seinen Namen auch wirklich verdient. Das geht nur mit einer starken SPD in Regierungsverantwortung, einer klaren, progressiven Handschrift im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und einer Bundesregierung ohne die Union.

„Wer uns wie Kohl das BAföG klaut, den machen wir zu Sauerkraut“

Die erste breite Debatte um die Förderung von Studierenden hat in der Bundesrepublik bereits 1952 begonnen. Ein Jahr zuvor hatte die erste Sozialerhebung der Studierendenwerke offenbart, dass viele Studierende im Nachkriegsdeutschland nicht vom aufkommenden Wirtschaftswachstum sowie den bestehenden Sozialleistungen profitierten und somit gezwungen waren, als Werkstudierende für ihren Lebensunterhalt zu arbeiten. Zum Wintersemester 1957/58 wurde der Vorläufer des heutigen BAföG zur

39 finanziellen Unterstützung von Studierenden während des Studiums, das „**Honnefer Modell**“, eingeführt.
40 Wie beim heutigen BAföG bestand die Förderung anteilig aus Zuschuss und Darlehen und wurde hälftig
41 durch Bund und Länder finanziert. Jedoch bestand kein Rechtsanspruch und es galt nur für Studierende
42 an wissenschaftlichen Hochschulen. Für die übrigen Hochschulen wurde 1958 das „**Rhöndorfer Modell**“
43 eingerichtet, das ähnlich aufgebaut war, jedoch von den Ländern allein finanziert wurde. Schon bald
44 wurde dringender Reformbedarf ersichtlich.

45 Eine umfassende gesetzliche Reform der Studienförderung, hin zu einem Rechtsanspruch für alle
46 Studierenden, wurde erst mit der Wahl Willy Brandts zum Regierungschef einer SPD-geführten
47 Bundesregierung möglich. Nach kontroversen Debatten innerhalb der Studierendenschaft und der
48 Parlamente konnte der Bundestag schließlich am 19. Juli 1971 – nach Anrufung des
49 Vermittlungsausschusses durch den Bundesrat – abschließend über das Gesetz abstimmen. Das
50 **Bundesausbildungsförderungsgesetz** trat am **1. September 1971** in Kraft. Es wurde als **100-**
51 **prozentiger Vollzuschuss** für Schüler*innen und Studierende eingeführt, sodass die Geförderten nach
52 Ende der schulischen Ausbildung bzw. des Studiums keinen einzigen Pfennig zurückzahlen mussten.
53 Bereits im Folgejahr wurden 44,6 Prozent aller Studierenden mit BAföG-Zahlungen gefördert – ein
54 Höchststand, der nie wieder erreicht werden sollte. Ab Ende 1974 wurden, mit Blick auf die angespannte
55 Haushaltslage, kleine Darlehensanteile beim BAföG eingeführt.

56 Mit dem Ende der sozialliberalen Koalition und der Regierungsübernahme durch Bundeskanzler Helmut
57 Kohl folgte 1983 der wohl weitestgehende Einschnitt in der Geschichte des BAföG. Als einer der ersten
58 Regierungsmaßnahmen stellte Bundeskanzler Kohl die **BAföG-Förderung komplett auf Volldarlehen**
59 um und strich das Schüler*innen-BAföG ersatzlos. Die Förderquote brach bis 1989 auf 18,3 Prozent ein.
60 „*Wer uns wie Kohl das BAföG klaut, den machen wir zu Sauerkraut*“ war nur einer der Sprüche auf den
61 Transparenten zahlreicher lautstark demonstrierender Studierender. Dieser „**BAföG-Kahlschlag**“ hatte
62 keineswegs vordergründig finanzpolitische Hintergründe, sondern war Teil der durch Kohl
63 angekündigten „geistig-moralischen Wende“. Mit dieser Maßnahme und dem Gespenst der
64 „Akademikerschwemme“ (sic!) war es das Ziel der Kohl-Bundesregierung, die unter Willy Brandt
65 vorangebrachte, gesamtgesellschaftliche Öffnung der Hochschule zurückzudrehen. Gegen Ende der
66 dritten Amtszeit Kohls 1990 machte dann der FDP-Bundesbildungsminister Jürgen Möllemann Teile des
67 „*Kohlschlags*“ rückgängig und veränderte das BAföG erheblich: Die eine Hälfte gab es nun als zinsloses
68 Darlehen, die andere als nicht zurückzahlenden Zuschuss. Nur einige Jahre später folgte ein Vorstoß
69 des CDU-Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers, das BAföG wieder in ein Volldarlehen mit Bankzinsen
70 umzuwandeln. Der Vorschlag setzte sich glücklicherweise nicht durch.

71 Anfang der 2000er-Jahre wurde das BAföG unter der rot-grünen Bundesregierung mit SPD-
72 Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn erheblich verbessert. Nicht nur wurden die
73 Elternfreibeträge und Fördersätze erhöht, sondern auch eine **Obergrenze für das Darlehen in Höhe von**
74 **10.000 Euro** festgelegt, sowie das Kindergeld nicht mehr als Einkommen auf das BAföG angerechnet.

75 Da das BAföG in der Union auch im neuen Jahrtausend nur wenig Unterstützung fand, waren in den
76 kommenden Jahren (meist nur auf Druck der SPD) unter Bundeskanzlerin Angela Merkel **nur leichte**
77 **Erforschen** möglich. Vom 22. BAföG-Änderungsgesetz im Januar 2008 über das 23. BAföG-
78 Änderungsgesetz im Oktober 2010, das 24. BAföG-Änderungsgesetz im Dezember 2011 und das
79 25. BAföG-Änderungsgesetz im Dezember 2014 fand die **letzte große BAföG-Novelle im Juli 2019** statt.
80 Mit dem 26. BAföG-Änderungsgesetz wurden Fördersätze in drei Schritten von 735 Euro im Jahr 2014
81 auf insgesamt 861 Euro erhöht, die Vermögensfreibeträge von 7.500 Euro auf 8.200 Euro heraufgesetzt,
82 die Wohnpauschale von 250 Euro auf 325 Euro angehoben, der Kranken- und
83 Pflegeversicherungszuschlag angepasst und ebenfalls wurden längere Bezugsdauern bei Care-
84 Aufgaben sowie Pflege ermöglicht. Doch all das waren nur kosmetische Korrekturen und die
85 versprochene Trendwende blieb bis heute aus.

86 In diesem **Herbst 2021** feiert das BAföG nun sein **50-jähriges Jubiläum**. Zum Geburtstag gab es warme
87 Worte von Bundesbildungsministerin Anja Karliczek und eine 80-Cent-Gedenkbriefmarke.

88 **Ein Blick auf die Zahlen**

89 Im 50. Jubiläumsjahr steht das BAföG schlechter da denn je. Nach **16 Jahre Union im**
90 **Bundesbildungsministerium** ist es heruntergewirtschaftet und ausgeblutet.

91 Trotz steigender Studierendenzahlen ist die **Zahl der BAföG-Geförderten** auf einem **historischen**
92 **Tiefstand**. Mittlerweile erhalten nicht einmal mehr 12 Prozent der Studierenden BAföG-Leistungen.

93 Zentrale Stellschraube, um die Größe des BAföG-Berechtigten-Kreises zu bestimmen, sind die
94 **Einkommensfreibeträge der Eltern**. Zwar sind diese leicht gestiegen, allerdings fallen die Erhöhungen
95 dabei so gering aus, dass sie hinter der Lohnentwicklung zurückbleiben. Dadurch fallen viele
96 Studierende aus der Förderung heraus und selbst Eltern mit geringem Einkommen sind in der Folge
97 dazu verpflichtet, ihre Kinder finanziell zu unterstützen, wobei ihnen das nicht in ausreichendem Maße
98 möglich ist.

99 Zwar sind die **Fördersätze** in den vergangenen Jahren schrittweise auf derzeit 861 Euro monatlich
100 angehoben worden, aber auch dadurch ist eine Deckung der aktuellen Lebenshaltungskosten von
101 Studierenden nicht gewährleistet. Und schon gar nicht berücksichtigt werden erhebliche finanzielle
102 Ausgaben zu Beginn eines Studiums oder weitere mit dem Studium verbundenen Kosten, z.B. für digitale
103 Hard- und Software, stark gestiegene Semesterbeiträge und diverse zusätzliche Ausgaben während des
104 Studiums, etwa für Pflichtexkursionen. Insbesondere steigende Mietpreise an den
105 Hochschulstandorten, die von der im BAföG veranschlagten **Wohnpauschale** in Höhe von 325 Euro pro
106 Monat nicht gedeckt werden können, stellen viele junge Menschen vor enorme finanzielle
107 Herausforderungen. Dass die BAföG-Förderung nicht reicht oder gar nicht erst ankommt, zeigt die hohe
108 Zahl derjenigen Studierenden, die zusätzlich zu ihrem Studium einer Nebentätigkeit nachgehen müssen,
109 um sich Geld für den Lebensunterhalt zu verdienen. Die Quote liegt mittlerweile bei zwei Dritteln der
110 Studierenden. All das hat negative Auswirkungen auf die Freiheit des Studiums und auf den individuellen
111 Studienerfolg.

112 Hinzu kommt, dass die **BAföG-Ausgaben des Bundes** – abgesehen vom Krisenjahr 2020 – sowohl in
113 absoluten Zahlen als auch im Verhältnis zu den Gesamtausgaben des Bundes über die Jahre immer
114 weiter zurückgegangen sind. Dieser Trend ist angesichts der guten Konjunkturlage keineswegs eine
115 haushaltspolitische Notwendigkeit, sondern vielmehr das Ergebnis fehlender politischer Priorität für
116 Ausgaben im Rahmen der staatlichen Studienförderung. Hier wird klar eine wichtige Zukunftsinvestition
117 unterlassen.

118 Alle **Fehlentwicklungen und derzeitigen Schwachstellen des BAföG** stehen dabei nicht für sich, sondern
119 akkumulieren sich. Durch die ökonomische Benachteiligung aufgrund der zu geringen Fördersätze und
120 der zu niedrig bemessenen Freibeträge kommt es zu mehr Erwerbsarbeit, höherer psychischer
121 Belastung, einem Zwang zur Wahl von Lohnarbeit statt Studium, weniger Zeit für die Ausbildung sowie
122 schlechtere Prüfungsleistungen und Bewertungen. Dies führt dann im Ergebnis zu längeren
123 Studiendauern, einer höheren Wahrscheinlichkeit der Überschreitung der Förderhöchstdauer und einem
124 höheren Risiko für einen Studienabbruch sowie zusätzlichen gesundheitlichen Risiken. Letztendlich
125 sorgen die Versäumnisse beim BAföG dafür, dass es keine planbare und verlässliche staatliche
126 Studienfinanzierung gibt. Die eigene Bildungsbiografie hängt vom Geldbeutel des Elternhauses ab. Ein
127 freies und selbstbestimmtes Studium scheitert an finanziellen Zwängen.

128 Diese Fehlentwicklungen können keinesfalls durch **Studienkredite** aufgefangen werden. Denn sie
129 schicken insbesondere Kinder aus Nichtakademiker*innen-Haushalten in die Schuldenfalle. Und auch

130 **Stipendien** können eine auskömmliche Studienfinanzierung für alle nicht ersetzen, sondern sind sozial
131 höchst selektiv und etablieren eine Elitenförderung.

132 **Die Union muss in die Opposition!**

133 Der desaströse Zustand des BAföG ist insbesondere eine **direkte Auswirkung von 16 Jahren**
134 **unionsgeführter Bundesregierung und 16 Jahren konservativer Bildungspolitik im Bund**. In diesen
135 eineinhalb Jahrzehnten waren insgesamt drei Ministerinnen der CDU im Bundesbildungsministerium für
136 das BAföG zuständig: Annette Schavan, Johanna Wanka und Anja Karliczek. Keine der Ministerinnen
137 hat sich in ihrem Amt durch einen besonderen Innovationsgeist geschweige denn eine besondere
138 Leidenschaft für das BAföG bemerkbar gemacht. Die vergangenen 16 Jahre sind eine Zeit **verschlafener**
139 **Entwicklungen**. Trotz insgesamt fünf BAföG-Novellen in diesem Zeitraum ist es nicht gelungen, den
140 kontinuierlichen Abwärtstrend bei den Geförderten-Zahlen zu stoppen.

141 Das BAföG war nie ein Herzensprojekt der Union. Im Gegenteil die Union über den Zeitraum ihrer
142 Regierungsverantwortung im Bund stets darauf bedacht, den Kreis der Empfänger*innen nicht zu groß
143 werden zu lassen, ihn optimaler Weise weiter einzuschränken, denn die Union steht nicht für eine
144 gesamtgesellschaftliche Öffnung der Hochschulen, sondern für **elitäre Elfenbeintürme**. Besonders klar
145 wurde das in der Ära Kohl mit dem Umbau zum Vollدارlehen, doch auch in den vergangenen 16 Jahren
146 bestätigte sich dieser Trend. Dieses Mal weniger durch ein besonders proaktives Einschränken des
147 Kreises der Förderungsberechtigten, sondern vielmehr durch die konsequente Blockade gegen
148 progressive Weiterentwicklungen des BAföG. Denn bleibt die Anpassung der Freibeträge hinter der
149 Lohnentwicklung zurück, heißt das faktisch nichts anderes, als dass die Inflation jedes Jahr den Kreis
150 der BAföG-Berechtigten verkleinert. Besonders krass zeigte sich diese Geisteshaltung im vergangenen
151 Jahr, als sich Ministerin Karliczek konsequent gegen eine BAföG-Öffnung in der Corona-Krise sträubte
152 und anschließend einen nicht abgerufenen BAföG-Betrag in dreistelliger Millionenhöhe aus dem
153 Haushalt des Bundesbildungsministeriums an den Bundeshaushalt zurück überwies.

154 Dieser ökonomische Gedanke zieht sich durch die Arbeit der Union im Bildungsressort und wird von
155 deren politischer Vorfeldorganisationen auf dem Campus, dem RCDS, gegen die Interessen der
156 Studierenden konsequent verteidigt. Hier zeigt sich der entscheidende Unterschied, der unser
157 jungsozialistisches Verständnis von einer guten Bildungsfinanzierung mit dem der Union unvereinbar
158 macht: Die Union sieht und versteht ein Studium aus dem Gesichtspunkt der **ökonomischen**
159 **Verwertbarkeit**. Studieren sollen diejenigen, deren Eltern es sich leisten können und für die der Staat
160 sich nicht verausgaben muss. Ausnahmen gelten vielleicht noch für die, die solch gute Leistungen
161 erbringen, dass ein „Investment“ in ein Stipendium sich aus dem Blick dieser **Verwertbarkeitslogik** als
162 sinnvoll erweist. Diesem **studierendenfeindlichen Verständnis** der Studienfinanzierung – und
163 insgesamt des Studiums selbst – stellen wir uns als Juso-Hochschulgruppen entschieden entgegen.
164 Nach unserem emanzipatorischen Bildungsideal muss Bildung einerseits als Mittel der Selbstfindung
165 und -verwirklichung verstanden werden, genauso wie als Grundlage einer demokratischen Gesellschaft
166 der Freien und Gleichen. Gleichzeitig verstehen wir das Studium als eine Möglichkeit zur Verbesserung
167 der eigenen ökonomischen Situation. Für uns soll das Studium einen Weg in ein gutes Leben ebnen. Für
168 die Union kann diesen Weg nur gehen, wer bereits ein gutes Leben hat. Dieser klare Unterschied macht
169 deutlich: Unser Anspruch an die Studienfinanzierung und das Studium selbst ist mit der Union nicht
170 vereinbar.

171 **Happy Birthday BAföG! Unsere BAföG-Sofortmaßnahmen zum Jubiläum.**

172 Für uns Juso-Hochschulgruppen ist klar: Wir brauchen einen **echten Neustart** beim BAföG. Gleichzeitig
173 sind in den letzten Jahren zahlreiche Anpassungen verschleppt worden, damit das BAföG auf der Höhe
174 der Zeit geblieben wäre. Diese müssen in einem ersten Schritt schnellstmöglich nachgeholt werden!

175 Längst überfällig ist eine kräftige **Erhöhung der BAföG-Fördersätze**. Diese müssen endlich die
176 studentischen Lebenshaltungskosten und weitere studienbezogene Ausgaben bedarfsgerecht und
177 verlässlich abdecken. Maßstab für die Höhe der Studienförderung muss eine empirische Erhebung des
178 spezifischen studentischen Bedarfs unter Berücksichtigung der Vielfalt von Alter, Wohnkosten und
179 Lebenslagen sein, um allen Bedürfnissen und individuellen Biografien gerecht zu werden. Gezahlter
180 Fördersatz und tatsächlicher studentischer Bedarf dürfen nicht länger auseinanderklaffen. Um
181 Verlässlichkeit und finanzielle Sicherheit zu gewährleisten, müssen die Förderbeträge regelmäßig
182 (mindestens jährlich) überprüft und gegebenenfalls angehoben werden. Bei dieser Überprüfung sind
183 selbstverständlich Schwankungen in der Inflation, die Einkommensentwicklung und Preissteigerungen
184 zu berücksichtigen.

185 Nicht erst die letzten digitalen Corona-Semestern haben gezeigt, dass ohne die notwendige Hard- und
186 Software im Studium nichts geht. Doch diese gibt es nicht für lau. Wir fordern deshalb, dass eine
187 **Digitalpauschale von 500 Euro pro Jahr** in das BAföG integriert wird, damit die Kosten für die
188 Anschaffung aktueller leistungsfähiger Hardware, der Kauf benötigter Software und Lizenzen und die
189 laufenden Kosten für den Internetanschluss gedeckt werden können.

190 Solange das BAföG nicht elternunabhängig gezahlt wird, ist es unerlässlich, regelmäßig die **Freibeträge**
191 **für das Vermögen der Eltern**, das **eigene Vermögen** und das **eigene Einkommen** an die aktuellen
192 Entwicklungen **anzupassen**. Nur so kann der Berechtigten-Kreis ausgeweitet und dafür gesorgt werden,
193 dass das BAföG bei den Menschen ankommt, die es benötigen.

194 Schlichtweg unzureichend ist die bisherige Höhe der **Wohnpauschale**, denn die gezahlten 325 Euro
195 reichen an vielen Hochschulstandorten vorne und hinten nicht, um damit eine Wohnung oder ein WG-
196 Zimmer inklusive der anfallenden Nebenkosten zu bezahlen. Unser Vorschlag ist es, einen pauschalen
197 regional abhängigen Wohnkostenzuschuss zu zahlen, dessen Höhe sich an der Wohngeldtabelle
198 orientiert. So kann dem massiven Preisanstieg Rechnung getragen und regionale Unterschiede
199 abgebildet werden.

200 Um BAföG erhalten zu können, dürfen Antragsteller*innen bei Beginn des Studiums das 30. Lebensjahr
201 noch nicht vollendet haben, bei Masterstudiengängen das 35. Lebensjahr. Davon gibt es nur wenige
202 Ausnahmen. Da diese Altersgrenzen absolut nicht den studentischen Lebenswirklichkeiten entsprechen
203 und der Idee des lebenslangen Lernens entgegenstehen, muss das BAföG **altersunabhängig** gezahlt
204 werden.

205 Ein freies und selbstbestimmtes Studium ist nur möglich, wenn man frei von Zwängen studieren kann.
206 Dabei sind neben finanziellen Zwängen selbstverständlich auch Leistungszwänge gemeint. Die
207 Notwendigkeit, nach dem 4. Fachsemester einen **Leistungsnachweis** beim BAföG-Amt vorlegen zu
208 müssen, um weiterhin gefördert zu werden, erzeugt beides und steht einem freien Studium fundamental
209 entgegen. Diese Nachweispflicht sorgt dafür, dass Studierende aus der Förderung fallen und ihr
210 begonnenes Studium nicht mehr abschließen können. Der Leistungsnachweis nach dem 4. Semester
211 gehört als Inbegriff der Verwertungslogik abgeschafft.

212 Im Leben läuft nicht alles nach Plan – auch im Studium nicht. Dafür kann es viele individuelle Gründe
213 geben. Nur rund ein Drittel der Studierenden schließt das Studium innerhalb der Regelstudienzeit ab.
214 Nicht nur daran wird deutlich, dass die **Regelstudienzeit** kein geeigneter Anknüpfungspunkt ist, um die
215 Förderungsdauer des BAföG zu beziffern. Im Gegenteil läuft sie dem Ziel des BAföG, jungen Menschen
216 ein Studium und einen Hochschulabschluss zu ermöglichen, sogar komplett entgegen, wenn
217 Studierende kurz vor Ende ihres Studiums aufgrund der Überschreitung der Regelstudienzeit aus der
218 Förderung fallen und ihr Studium dann aus finanziellen Gründen abbrechen müssen. Als kurzfristige
219 Maßnahme muss die **Förderungshöchstdauer** deshalb pauschal auf die tatsächliche durchschnittliche
220 Regelstudienzeit erhöht werden, mindestens jedoch um zwei Semester für alle Studierenden. Außerdem

221 muss die Förderung jederzeit, auch bei einem **Fachwechsel** nach dem 4. Fachsemester, sichergestellt
222 sein.

223 Nach Plan lief in den vergangenen eineinhalb Jahren ohnehin wenig. Die Pandemie bremste die
224 Lebenspläne vieler Studierender ohne ein eigenes Verschulden in heftigster Weise aus. Das BAföG hatte
225 auf diese Krise fatalerweise keine Antwort. In den kommenden Jahren und Jahrzehnten werden wir auf
226 weitere Krisen gefasst sein müssen. Das BAföG darf die Studierenden dann nicht noch einmal ohne eine
227 Antwort im Regen stehen lassen. Deshalb muss das BAföG schnellstmöglich um einen
228 **Notfallmechanismus** ergänzt werden. Über diesen muss es ermöglicht werden, in einem Krisenfall, bei
229 dem viele Studierende in kürzester Zeit massive finanzielle Einbußen erleiden, die BAföG-Förderung
230 **schnell und unbürokratisch zu öffnen**.

231 Viele Studierende engagieren sich neben ihrem Studium in einem **Ehrenamt** und leisten damit einen
232 unverzichtbaren gesellschaftlichen Beitrag. Nicht nur in Gremien und Organen der Hochschulen bringen
233 junge Menschen eine studentische Perspektive ein, sondern auch in Jugendverbänden, betrieblichen
234 Interessenvertretungen, in kommunalen Selbstverwaltungsstrukturen und vielen weiteren Bereichen.
235 Wir wollen deshalb, dass die BAföG-Förderung wie bisher verlängert wird, wenn man sich neben dem
236 Studium in gesetzlich vorgesehenen Gremien und satzungsmäßigen Organen der Hochschulen und des
237 Bundes und der Länder sowie in satzungsmäßigen Organen der studentischen Selbstverwaltung sowie
238 der Studierendenwerke engagiert. Darüber hinaus soll diese Regelung auf nachweisliches Engagement
239 in den Förderwerken der Begabtenförderung, in einem Jugendverband und einer Mitwirkung in
240 gesetzlich vorgesehenen Gremien betrieblicher Interessenvertretung, der kommunalen
241 Selbstverwaltung, der Gerichtsbarkeiten sowie der Sozialversicherungen ausgeweitet werden. Viel zu
242 oft müssen junge Menschen in einem Nebenjob arbeiten, da sie auf das verdiente Geld zur Deckung des
243 eigenen Lebensunterhalts angewiesen sind. Oft bleibt dann keine Zeit mehr für Engagement. Indem
244 ehrenamtliches Engagement bei der Förderungshöchstdauer berücksichtigt wird, ist damit Schluss und
245 niemand ist mehr gezwungen, aus finanziellen Gründen ein Ehrenamt hinter Lohnarbeit zurückzustellen.

246 In der letzten BAföG-Novelle ist durch Wirken der SPD gegen den starken Widerstand der Unionsparteien
247 erreicht worden, dass BAföG-Empfänger*innen, die neben ihrem Studium mit der Pflege naher
248 Angehöriger mit Pflegegrad 3 oder höher betraut sind, diese Pflege Tätigkeit bei der
249 Förderungshöchstdauer berücksichtigt und diese entsprechend verlängert wird. Damit wurde ein
250 wichtiger Schritt in Richtung der **Vereinbarkeit von Pflege und Studium** gegangen. Doch leider reicht
251 das noch nicht. Um endlich die großen zusätzlichen Belastungen von BAföG-Empfänger*innen, die nahe
252 Angehörige pflegen, zu berücksichtigen, muss eine Verlängerung der BAföG-Förderung grundsätzlich
253 bei Vorliegen von allen Pflegegraden bei nahen Angehörigen ab Pflegestufe 1 gewährt werden. Davon
254 profitieren gerade auch viele Frauen, die immer noch einen großen Teil der Care-Arbeit übernehmen.

255 Um einen BAföG-Antrag zu stellen, gibt es nach aktuellem Stand insgesamt neun Formblätter und
256 zusätzlich einen Datenschutzhinweis. Seit einigen Monaten sind diese Formblätter mit einem Farbcode
257 versehen. In Petrol gekennzeichnete Felder sind von der antragstellenden Person auszufüllen, rote
258 Felder sind von jedem Elternteil und den Ehegatt*innen bzw. Lebenspartner*innen auszufüllen und gelb
259 markierte Angaben sind von der Ausbildungs-/Praktikumsstätte auszufüllen. Machen wir uns nichts vor:
260 ein **BAföG-Antrag** ist ein **bürokratisches Monstrum**. Begrüßenswert ist, dass es mittlerweile über
261 „BAföG Digital“ digitale Antragsmöglichkeiten gibt. Allerdings kann nur mit der Online-Ausweisfunktion
262 der BAföG-Antrag auch vollständig digital gestellt werden. Ohne diese Funktion kann der Antrag nicht
263 vollständig medienbruchfrei eingereicht werden, da eine Unterschrift entweder per Post oder per Upload
264 an das zuständige Amt übermittelt werden muss, um Rechtsgültigkeit zu erlangen. Es ist höchste Zeit,
265 dass die Antragstellung entbürokratisiert wird und niedrigschwellig in digitaler Form zur Verfügung
266 steht. Dazu können auch die Möglichkeiten des digitalen Datenaustauschs zwischen den Behörden
267 genutzt werden. Da die Antragstellung und die BAföG-Modalitäten so komplex sind, müssen

268 **Beratungsstellen** vor Ort zur Ermöglichung einer studierendennahen und individuellen Betreuung
269 strukturell gestärkt und personell besser ausgestattet werden.

270 Ein Nadelöhr für viele Studienanfänger*innen ist der Zeitraum zwischen Antragstellung zu bzw. vor
271 Studienbeginn und erstmaliger Auszahlung des BAföG. Diese Zeitspanne kann unter Umständen
272 mehrere Wochen bis Monate in Anspruch nehmen und stellt insbesondere für Studierende aus Familien
273 mit geringem Einkommen, die in der Regel über keine finanziellen Polster verfügen, vor große finanzielle
274 Herausforderungen. Gerade zu Beginn eines Studiums ist aufgrund eines eventuell anstehenden
275 Umzugs, diversen Anschaffungen und anderen Großausgaben die finanzielle Belastung besonders
276 hoch. Um diesen Zustand aufzufangen, setzen wir uns für einen nicht zurückzahlenden
277 **Studienstartbonus** ohne Bedürftigkeitsprüfung in Höhe von einmalig 500 Euro ein.

278 Wer heute studiert wird in einigen Jahrzehnten in die **Rente** eintreten. Dabei wirkt sich eine lange
279 Studiendauer negativ auf das ohnehin schon dürrtige Rentenniveau aus, da diese Zeiten gegenwärtig
280 nicht angerechnet werden können. Ein Studium im Jetzt darf auf keinen Fall zu einem Armutsrisiko für
281 das Morgen werden. Daher müssen alle Bildungszeiten künftig wieder in der Rentenversicherung
282 berücksichtigt werden.

283 **Alle Zeichen auf Zukunft! Unsere Visionen für ein progressives BAföG.**

284 Neben diesen konkreten Sofort-Maßnahmen, die das BAföG zu seinem 50. Geburtstag auf die Höhe der
285 Zeit bringen, haben wir eine Vision davon, wie ein **progressives BAföG** neu aufgelegt in die Zukunft
286 starten kann.

287 Viele Menschen sehen noch immer aus Angst vor Verschuldung von einem BAföG-Antrag ab. Denn
288 niemand möchte mit einem Schuldenberg von mindestens 10.000 Euro ins Berufsleben starten. Um
289 diesem Umstand zu begegnen, muss das BAföG endlich wieder als **Vollzuschuss** gezahlt werden.

290 Die Regelstudienzeit hat nichts mit den tatsächlichen Lebensrealitäten von Studierenden zu tun und ist
291 als Maßzahl für die BAföG-Förderungsdauer völlig ungeeignet. Viel zu viele individuelle Aspekte bleiben
292 dabei unberücksichtigt. Um ein freies und selbstbestimmtes Studium zu ermöglichen, muss die BAföG-
293 Förderung vollständig **von der Regelstudienzeit entkoppelt** werden.

294 Außerdem brauchen wir ein **elternunabhängiges BAföG**. Das Studium kann nur dann frei und
295 selbstbestimmt sein, wenn es nicht in einer, und sei es informellen, Abhängigkeit zu den Eltern erfolgt.
296 Zudem sind die studentischen, wie gesellschaftlichen Lebensrealitäten heute längst zu komplex, als
297 dass sich per Gesetz bestimmen ließe, wessen Eltern „zu viel“ verdienen oder „zu reich“ seien, als das
298 diese*r nicht BAföG bezugsberechtigt sein sollte. Das ist die einzig logische Konsequenz, um mit einem
299 staatlichen System der Studienfinanzierung wirklich allen Menschen den Zugang zu Bildung an
300 Hochschulen unabhängig vom finanziellen Hintergrund des Elternhauses zu ermöglichen. Dazu zählt
301 selbstverständlich auch die Unabhängigkeit der BAföG-Förderhöhe vom Einkommen des*der
302 Ehepartners*in.

303 Fast drei Viertel der Studierenden jobben neben ihrem Studium. Viele tun dies aus finanziellen Zwängen,
304 um sich das Studium sowie das Leben am Hochschulstandort leisten zu können. Mit unserer
305 Vorstellung von einem BAföG der Zukunft wäre das nicht mehr notwendig. Gleichzeitig sollen alle, die
306 neben dem Studium weiterhin einer Nebentätigkeit nachgehen wollen, dies auch tun können, ohne am
307 Ende des Monats einen erheblichen Teil des Lohns an das BAföG-Amt abgeben zu müssen. BAföG muss
308 deshalb **unabhängig vom eigenen Einkommen** gezahlt werden.

309 Offiziell sind 97 Prozent der Studierenden für ein Vollzeitstudium eingeschrieben. Angesicht der hohen
310 Erwerbstätigenquote muss aber stark bezweifelt werden, dass diese Zahl der studentischen
311 Lebensalltag entspricht. Ein erster Hinweis darauf findet sich in der 21. Sozialerhebung des Deutschen

312 Studentenwerks (sic!), in der 5 Prozent dieser Studierenden angegeben haben, ihr Vollzeitstudium
313 faktisch in Teilzeit zu absolvieren. Die reale Zahl liegt mutmaßlich wesentlich höher. Darum ist es längst
314 überfällig, dass auch ein **Teilzeitstudium** sowie ein **berufsbegleitendes Studium förderfähig** im Rahmen
315 des BAföG werden.

316 Vermehrt werden an vielen Hochschulen bereits vor dem eigentlichen Studienbeginn vorbereitende
317 Orientierungskurse angeboten. Diese Entwicklung ist sehr zu begrüßen, da sie den Einstieg ins Studium
318 wesentlich erleichtern können. Der große Nachteil ist, dass davon nur Menschen profitieren können, die
319 bereits über eine gesicherte Studienfinanzierung zum Beispiel durch ihre Eltern verfügen. Dass die
320 genannten Angebote nicht BAföG-förderfähig sind, ist eine erhebliche Beeinträchtigung der
321 Chancengleichheit. Darum müssen **Vorbereitungskurse**, die zum Teil sogar im späteren Studienverlauf
322 angerechnet werden können, im Rahmen des BAföG **gefördert** werden.

323 In Zeiten von wirtschaftlicher Transformation, Globalisierung und Digitalisierung, haben klassische
324 Bildungsbiografien ausgedient. Die Frage, wie Menschen sich ihr Leben lang weiterqualifizieren können,
325 um sich schnell und selbstständig auf neue Anforderungen im Beruf einzustellen, ist deswegen aktuell
326 wie nie. Wir Juso-Hochschulgruppe wollen, dass die Idee des **lebenslangen Lernens** Eingang in die
327 Beantwortung dieser Frage findet: Für uns erstreckt sich ein Recht auf Bildung über alle Lebensphasen
328 und Lebensbereiche. Aus diesem Grund muss auch eine **Zweitausbildung und jede weitere Ausbildung**
329 **BAföG-förderfähig** sein.

330 Hochschulen sind international. Um dieser Tatsache Rechnung zu tragen, soll das BAföG
331 **herkunftsunabhängig** gezahlt werden. Das würde für Menschen mit Fluchterfahrung oder
332 Drittstaatenzugehörigkeit unabhängig ihrer Aufenthaltsdauer und des Asylverfahrensstatus einen
333 BAföG-Anspruch für die gesamte Studiendauer einschließlich der sprachlichen Vorbereitungen auf das
334 Studium bedeuten.

335 Letztendlich ist es dringend notwendig, dass die staatliche Studienfinanzierung nicht nur auf der
336 bildungspolitischen Agenda höchste Priorität bekommt, sondern auch die Ausgaben dafür müssen auf
337 der fiskalpolitischen Agenda ganz nach oben! Demzufolge müssen die **BAföG-Mittel im**
338 **Bundeshaushalt** erheblich **erhöht** werden. Denn die staatliche Ausbildungsförderung ist eine
339 gesellschaftliche Investition in die Zukunft.

340 **Wer soll das bezahlen?**

341 Eine BAföG-Reform ist dringend notwendig und wir zeigen, dass wir dafür kurz- sowie auch langfristig
342 durchdachte und tragfähige Konzepte liefern können. Viele kurzfristig mögliche Nachbesserungen
343 können aus den bereits im Bundeshaushalt veranschlagten, aber nicht ausgegebenen BAföG-Mitteln
344 realisiert werden. Allein im Jahr 2019 wurden nur zwei Drittel der BAföG-Mittel abgerufen, sodass ein
345 riesiger Geldbetrag in Höhe von **900 Millionen Euro ungenutzt** übrigblieb. Gleichzeitig ist klar, dass für
346 eine umfassende und wirksame Reform des BAföG insbesondere auch **zusätzliche Gelder** benötigt
347 werden. Die „*Wer soll das bezahlen?*“-Debatte ist insbesondere von Seiten der Konservativen und
348 Liberalen in den vergangenen Jahrzehnten gerne und häufig vorgeschoben worden, um progressive
349 Vorhaben von Beginn als unrealistisch und nicht machbar zu kritisieren. Ein einfacher Weg und zugleich
350 eine durchschaubar banale Strategie, denn eine tiefere inhaltliche Auseinandersetzung mit der Sache
351 an sich blieb ihnen so erspart. Uns ist klar, dass das Geld für eine umfassende BAföG-Reform nicht
352 einfach vom Himmel fallen wird. Und uns ist klar, dass bei der gegenwärtigen Finanzlage einige der hier
353 gemachten Vorschläge nur unter massiven Kürzungen in anderen Bereichen oder aber durch eine
354 deutliche Ausweitung der staatlichen Kreditaufnahmen zu realisieren wären.

355

Als Studierendenverband verstehen wir es nicht als unsere Aufgabe, nachfolgend ein umfassendes durchgerechnetes Finanzierungskonzept vorzulegen. Dennoch müssen die Reformen mit den notwendigen **finanzpolitischen Maßnahmen** zusammengedacht werden: Für uns ist klar, dass die Refinanzierung der individuellen Bildungsfinanzierung und insbesondere auf dem Gebiet des lebenslangen Lernens durch ein sozial gerechtes Steuersystem erfolgen muss. Deutschland ist eines der reichsten Länder der Erde. Zwar fehlt es dem Staat gegenwärtig an den notwendigen finanziellen Mitteln, der Gesellschaft jedoch sicherlich nicht. Nach einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung vereint das reichste Prozent in Deutschland **ein Drittel des Gesamtvermögens** auf sich. Aufgrund der schlechten Datenlage sind genaue Summen schwer zu beziffern. Gleichzeitig hat 2020 die Summe allein der festgestellten (!) **hinterzogenen Steuern** mit 1,25 Milliarden Euro einen neuen Höchststand erreicht. Auch hier besteht reichlich Unklarheit über die Dunkelziffer. Auch **internationale Großunternehmen** wie Amazon, Facebook, Google und Apple betrügen durch das Nicht-Zahlen von Steuern nun die Allgemeinheit bereits seit Dekaden um ihren Anteil an der gerechten Finanzierung von öffentlicher Daseinsvorsorge und gesellschaftlichem Fortschritt.

Wir sehen also: In dieser Gesellschaft fehlt keineswegs das Geld, wohl aber die rechtlichen Instrumente um dieses gerecht umverteilen, zu besteuern und Betrugerei an der Allgemeinheit aufzudecken. Dazu brauchen wir eine tiefgreifende Reform der Steuerpolitik: Die Wiedereinführung von Vermögens- und eine progressive Reform der Erbschaftssteuer, einen höheren Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer und eine Ausweitung internationaler Abkommen zur Verhinderung von Steuervermeidungsmodellen internationaler Großkonzerne sowie solche, mit denen Steuerhinterzieher*innen besser gefasst werden können. Mit der **globalen Mindestbesteuerung** besteht hier ein konkreter Ansatz, welcher in der kommenden Legislatur durch die neue Bundesregierung energisch vorangetrieben werden muss. Diejenigen, die von einer unverhältnismäßigen Belastung von Unternehmer*innen sprechen, sollten dabei eines nicht vergessen: Diese Unternehmen profitieren in besonderem Maße von der staatlich finanzierten Ausbildung und Forschung von jungen und qualifizierten Wissenschaftler*innen. Einen **gerechten Anteil** an deren Ausbildungsfinanzierung zu übernehmen, ist demnach keine ungerechte Mehrbelastung, sondern liegt schlicht in deren Eigeninteresse.

Schließlich erfolgt auch in progressiven Debatten immer wieder die Argumentation, dass Kinder mit reichen Eltern kein BAföG, schon gar nicht als Vollzuschuss, erhalten sollten. Dem Zahnarzt*innen-Sohn oder der Unternehmer*innen-Tochter müsse doch die Allgemeinheit nicht auch noch das Studium finanzieren. Dem Widersprechen wir Juso-Hochschulgruppen deutlich: Auch wenn es den Eltern möglich sein sollte, die **Unterhaltskosten** zu decken, macht es doch einen enormen Unterschied, wer die Studienfinanzierung übernimmt. Eine Finanzierung durch die Eltern kann in vielen Fällen **konkrete Abhängigkeiten** schaffen, über die diese beispielsweise Einfluss auf den Lebensweg ihres Kindes nehmen können. Das BAföG muss es den Studierenden ermöglichen, sich mit ihrem Studium zu emanzipieren und ihren Lebensweg frei von Zwängen zu gestalten. Gleichzeitig dient die oben skizzierte progressive Umverteilungspolitik im Steuersystem dazu, dass diejenigen, deren Eltern viel verdienen bzw. die selbst mit der Qualifikation ihres Studiums später viel verdienen, die entstehenden Kosten durch Steuern tragen.

Für einen echten Neustart des BAföG

50 Jahre BAföG bedeuten 50 Jahre Kampf von Studierenden um ihre Rechte. Viele Generationen haben für Reformen gestritten, die erst nach Abschluss ihres Studiums in Kraft traten, und von denen sie somit in ihrer aktiven Studienzeit nicht mehr profitieren konnten. Der zentrale Gedanke dieses Kampfes lautet Solidarität. Und Solidarität ist auch der Geist, der BAföG und Studienfinanzierung tragen sollte. Studieren sollte können, wer gerne studieren möchte. Bildung ist keine Investition ins Humankapital. Bildung ist ein elementarer Bestandteil des menschlichen Wesens und damit ein Grundrecht für jede und jeden. Wir

403 haben gesehen, dass wir von einem solidarischen BAföG, das diesen Anspruch umfänglich erfüllt, leider
404 noch weit entfernt sind. Dennoch bleibt für uns eines klar: Wir führen den Kampf für ein BAföG, wie es
405 sein sollte, konsequent weiter. Dabei denken wir unsere kurz- und längerfristige Perspektive zusammen
406 und kämpfen dafür, dass unsere Konzepte Einzug in Bundestag, Bildungsministerium und das gesamte
407 Kabinett finden. Dazu brauchen wir starke studentische Stimmen in der Politik, etwa über einen
408 studentischen Sitz im BAföG-Beirat des Bundesbildungsministeriums. Insbesondere bedarf es aber
409 starker Juso-Hochschulgruppen an den Hochschulen, in den Bundesländern und im Bund, die sich
410 konsequent für einen echten Neustart des BAföG stark machen!

411 Dafür haben wir zweierlei Forderungen entwickelt: Mit Bildung der neuen Bundesregierung muss auch
412 eine konsequente Abarbeitung des Reformstaus beim BAföG verbunden sein. Dazu schlagen wir
413 *konkrete Sofort-Maßnahmen für kurzfristige Nachbesserungen im BAföG vor. Wir fordern:*

- 414 • Eine Erhöhung der Fördersätze.
- 415 • Die Einführung einer Digitalpauschale in Höhe von 500 Euro pro Jahr.
- 416 • Die Erweiterung des Berechtigten-Kreises durch Anpassung sowie stetige Überprüfung und
417 Erhöhung der Freibeträge für das Einkommen der Eltern, des eigenen Vermögens und des
418 eigenen Einkommens.
- 419 • Eine Erhöhung der Wohnpauschale.
- 420 • Die Aufhebung aller Altersgrenzen im BAföG.
- 421 • Die Streichung des Leistungsnachweises nach dem 4. Fachsemester.
- 422 • Die Förderung jederzeit auch bei einem Fachwechsel nach dem 4. Fachsemester.
- 423 • Eine Orientierung der Förderungshöchstdauer an der tatsächlichen durchschnittlichen
424 Studienzeit, mindestens jedoch eine Erhöhung pauschal um zwei Semester.
- 425 • Die Etablierung eines Krisenmechanismus.
- 426 • Die Verlängerung der Förderungshöchstdauer für Engagement.
- 427 • Die Verlängerung der Förderungshöchstdauer für Pflege.
- 428 • Eine Vereinfachung und Entbürokratisierung der Antragstellung durch eine einheitliche,
429 medienbruchfreie Online-Antragsmöglichkeit.
- 430 • Eine personelle Verbesserung und strukturelle Stärkung der Beratungsstellen vor Ort zur
431 Ermöglichung einer studierendennahen und individuellen Betreuung.
- 432 • Die Zahlung eines nicht zurückzuzahlenden Studienstartbonus in Höhe von einmalig 500 Euro
433 zu Studienbeginn ohne Bedürftigkeitsprüfung.
- 434 • Die Berücksichtigung aller Bildungszeiten in der gesetzlichen Rente.

435 Zudem bedarf es klarer *Weichenstellungen im BAföG für die Studienfinanzierung der Zukunft. Wir*
436 **fordern:**

- 437 • **Die Rückkehr der BAföG-Förderung zum Vollzuschuss.** Diese ist im Zukunftsprogramm der
438 SPD zur Bundestagswahl 2021 als schrittweises Ziel vorgesehen.
- 439 • Die vollständige Entkopplung des BAföG von der Regelstudienzeit.

- 440 • Eine eltern-, alters- und Ehepartner*innenunabhängige BAföG-Förderung.
- 441 • Eine Zahlung des BAföG unabhängig vom eigenen Einkommen.
- 442 • Die Einbeziehung eines Teilzeitstudiums und eines berufsbegleitenden Studiums in die
443 Fördermöglichkeiten.
- 444 • Die Integration des Orientierungsstudiums in das BAföG.
- 445 • Das Ermöglichen der Förderfähigkeit einer Zweitausbildung und jeder weiteren Ausbildung.
- 446 • Einen BAföG-Anspruch für Menschen aus Drittstaaten und mit Fluchterfahrung.
- 447 • Eine umfassende Erhöhung der BAföG-Mittel im Bundeshaushalt.

Antragsbereich W: Kritische Wissenschaft & Forschungspolitik

Antrag W1_21

Antragssteller*in: Juso-Hochschulgruppen Berlin

Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

W1_21 Rückgabe aller kolonialen und nationalsozialistischen Raubgüter – Restitution jetzt!

Universitäten und Hochschulen in Deutschland konnten durch die europäische Kolonialisierung vor allem afrikanischer, amerikanischer und asiatischer Regionen sowie die nationalsozialistische Barbarei einen Reichtum an Raubgütern erlangen. Diese Gegenstände weisen neben ihrem hohen Materialwert häufig auch einen kulturellen und/oder religiösen Wert für die Gesellschaften und Personengruppen, denen sie entzogen wurden, auf. Dabei lässt sich unterscheiden, in welcher Weise sich der Besitz dieser Güter einverleibt wurde. Die Entwendungen waren dabei teils gewaltvoll, teils durch vermeintlich freiwillige Tauschgeschäfte geprägt. An den kolonialen Prozessen waren Soldaten, Missionar:innen, Kolonialbeamte, Wissenschaftler:innen und auch Reisende beteiligt – im Kontext nationalsozialistischer Übergriffe insbesondere die Wehrmacht, SS, SA sowie die Zivilbevölkerungen.

Neben diesen Raubgütern lagern jedoch auch menschliche Überreste in Archiven und Sammlungen deutscher Hochschulen. Knochen, wie die Schädel ermordeter Herero und Nama aus Namibia, wurden aus den Kolonien in deutsche Forschungsinstitute gebracht, um anhand ihrer Vermessung die pseudowissenschaftliche "Rassenlehre" zu begründen. Diese sollte die bereits stattfindende Ausbeutung, Versklavung und systematische Vernichtung kolonisierter Völker über die konstruierte Kategorie menschlicher Rassen rechtfertigen. Aus der Zeit des Nationalsozialismus werden ebenfalls weiterhin menschliche Überreste an Hochschulen gefunden, wie etwa in den Räumlichkeiten des ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institut (KWI), die heute Teil der Freien Universität Berlin sind. Sie sind Zeugnis u.a. nationalsozialistischer Menschenversuche und Euthanasiemorde, die das barbarische und antisemitische NS-Regime auszeichneten.

Seit einigen Jahren bildet sich an Hochschulen und Forschungsinstituten nun als Antwort darauf mehr und mehr die Provenienzforschung heraus. Sie beschäftigt sich mit Ursprung und Zugehörigkeit(en) von Raubgütern und weist damit eine hohe Relevanz für die Rückgabe, bzw. Restitution, kolonialer Raubgüter und menschlicher Überreste. Erst auf Grundlage dieser Forschungsarbeit können mögliche Besitzansprüche der Nachkommen kolonisierter Menschen bzw. der Nachfolgestaaten ehemaliger Kolonien rechtlich begründet werden. Allerdings fehlt es häufig an finanziellen und personellen Mitteln in der Provenienzforschung, um diesen Arbeiten nachzugehen.

Über die tatsächliche Anzahl kolonialer und nationalsozialistischer Raubgüter und menschlicher Überreste in den Lagern von deutschen Hochschulen ist bis heute wenig bis nichts bekannt. Dies liegt zum einen an unvollständigen Katalogen aufgrund fehlender Mittel für diese Forschungsarbeit. Zum anderen ist es ein probates Mittel von Institutionen, die im Besitz von Raubgüter sind, Intransparenz über die Bestände zu wahren. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die hochschulischen Bestände denen großer Museen ähneln: Ein Großteil afrikanischer Kunst in deutschen Museen wurde zwischen

1884 und 1918 erlangt, als das Deutsche Kaiserreich selbst Kolonien besaß. Nationalsozialistische Raubgüter, etwa Kunst oder Hausgegenstände, wurden insbesondere jüdischen, Privatpersonen und aus den vom deutschen Reich besetzten Gebieten entwendet. Hier ist die Erforschung der Provenienz im Einzelfall besonders komplex, für eine wahrhaftige Aufarbeitung des Nationalsozialismus aber notwendig und noch längst nicht abgeschlossen.

Es ist folglich notwendig die Sammlungen von Hochschulen vollständig zu katalogisieren und digitalisieren, um Forscher:innen betroffener Gesellschaften eine günstige und transparente Einsicht gewähren zu können. Aufgrund des zivilgesellschaftlichen Interesses und der teilweise kulturellen und religiösen Relevanz sollten sämtliche Bestände öffentlich einsehbar sein.

Vermeintlich fehlende Ausstellungs- und Verwahrungskapazitäten in Ländern des Globalen Südens werden in öffentlichen Diskursen als Hindernis einer vollständigen Restitution vorgeschoben. Tatsächlich fehlende Infrastruktur sollte über Strukturen der internationalen Zusammenarbeit aufgebaut werden.

Für die Dekolonisierung von Universitäten und Hochschulen und die Aufarbeitung nationalsozialistischer Barbarei müssen bestehende Kontinuitäten aufgebrochen werden!

Forderungen:

Wir fordern daher, dass...

- Hochschulen die Rückgabe aller menschlichen Überreste sowie im Kolonialismus und Nationalsozialismus entwendeter Raubgüter an die Nachkommen und/oder die Nachfolgestaaten veranlassen.
- die Provenienzforschung finanziell gestärkt und ausgebaut wird.
- Hochschulen eine vollständige Katalogisierung, Digitalisierung und öffentliche Einsicht menschlicher Überreste und kolonialer und nationalsozialistischer Raubgüter vornehmen. Bei der praktischen Umsetzung können Studierende im Rahmen von spezifischen Lehrveranstaltungen unterstützen.
- Studien über Qualität und Quantität kolonialer und nationalsozialistischer Raubgüter und menschlicher Überreste in deutschen Institutionen finanziert werden.
- Forschungsreisen betroffener Gruppen zur Begutachtung universitärer Bestände gefördert werden.
- Forschung an Raubgütern immer auf konsensualen Vereinbarungen mit Betroffenen(gruppen) bzw. deren Nachkommen beruhen müssen.
- Staaten des Globalen Südens bei der Finanzierung und beim Aufbau bzw. Ausbau musealer Strukturen und Forschungseinrichtungen unterstützt werden.
- eine kritische Prüfung, inwiefern die *“Beratende Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter, insbesondere aus jüdischem Besitz”* in Deutschland reformiert und gestärkt werden kann, um eine umfassende Restitution und Aufarbeitung nationalsozialistischen Erbes möglich zu machen.

Antragsbereich W: Kritische Wissenschaft & Forschungspolitik

Antrag W2_21

Antragssteller*in: Juso-Hochschulgruppen Niedersachsen

Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

W2_21 Mehr Professuren für Antisemitismusforschung

Seit Jahren steigt die Zahl antisemitischer Straftaten in Deutschland und ganz Europa. Juden verstecken ihre Kippa, Jüdinnen tragen den Davidsstern lieber unter dem Oberteil, jüdische Schulen gleichen Hochsicherheitsgefängnissen und vor jeder Synagoge stehen Polizist:innen. Der Anschlag von Halle war ein vorläufiger, erschreckender Höhepunkt einer beunruhigenden Entwicklung. Ziemlich genau ein Jahr später wird ein jüdischer Student in Hamburg 2020 von einem Antisemiten angegriffen – trotz Polizeipräsenz an der Synagoge.

Ja, es stimmt: Antisemitische Straftaten nehmen zu. Aber: Antisemitismus war schon immer da. Auch nach 1945 war er nicht einfach weg, er wandelte sich, existiert in anderen Formen weiter. Die zutiefst menschenverachtende Haltung aber bleibt. Der autoritäre Charakter ist tief in der Struktur der Bundesrepublik verwurzelt, Antisemitismus gehört zu Deutschland wie Schnitzel, Sauerkraut und Kleingartenanlage. Das ist die bittere Wahrheit, die uns sämtliche empirische Studien seit Jahrzehnten vor Augen führen. Im ersten Quartal 2021 allein wurden 2.428 antisemitische Straftaten gemeldet – die Dunkelziffer ist aller Wahrscheinlichkeit um einiges höher.

In allen gesellschaftlichen Schichten sind antisemitische Einstellungen und Vorurteile relativ gleich verteilt. Und auch alle Parteien des politischen Spektrums sind ähnlich stark betroffen, mit einer Ausnahme: der AfD, in der Antisemitismus deutlich weiter verbreitet ist. Dabei spielt der israelbezogene Antisemitismus eine herausragende Rolle. Wie man anfang 2021 wieder klar erkennen konnte, wird der Staat Israel über die Maßen gerügt, wenn er es wagt, sich gegen die Angriffe der Hamas zu verteidigen. Benannt als Imperialismus, oder Genozid, wird dem jüdischen Volk das Recht auf einen eigenen Staat so subtil abgesprochen, und Antisemitismus in allen Formen wird so gesellschaftsfähig.

Dieser Antisemitismus greift die Grundlagen der freiheitlichen, bürgerlichen Gesellschaft an. Er gehört damit ganz zentral zu dem, was die Politikwissenschaftlerin Natascha Strobl Als radikalisierten Konservatismus definiert. Die Moderne, die Veränderung, die gesellschaftliche Gleichheit mit sich bringt, sehen solche Antisemit:innen in Jüd:innen personifiziert. , Antisemitismus wird so zur „negativen Leitidee“ (Salzborn) der Moderne. Statt die Ursachen für Unzulänglichkeiten der unvollendeten Moderne in abstrakten Strukturen der Gesellschaft zu suchen, wird eine eindimensionale, möglichst leicht begreifliche Erscheinung dafür gesucht – „der Jude“ wird kurzerhand als Ursache ausgemacht. Antisemit:innen sind unfähig „abstrakt zu denken und konkret zu fühlen“ (Salzborn) und greifen dadurch die Idee von Freiheit und Gleichheit aller Menschen grundsätzlich an.

In der Corona-Pandemie hat sich die Gefahr des Antisemitismus ein weiteres Mal erschreckend gezeigt. Schon länger, aber besonders seit Beginn der Pandemie finden Verschwörungsideologien immer mehr Anhänger:innen, immer mehr Menschen sind für rationale Argumente nicht mehr zugänglich. Verschwörungsideologien sind dabei immer strukturell antisemitisch: das Böse, das Abstrakte, das

nicht verstanden wird, wird in Form „des Juden“ zu Fleisch und Blut reduziert. So seien etwa „globale Eliten“ unter der Führung von Bill Gates die „Drahtzieher“, die zum eigenen Vorteil die Menschheit mit einem tödlichen Virus infizierten. Oder aber die Existenz des Virus wird gleich bestritten, Aufklärung und Wissenschaft werden ignoriert oder ihnen werden hinterhältige Absichten unterstellt. Hier zeigt sich auch die Verschränkung von Antisemitismus und Antiintellektualismus. Deshalb warnt auch der Zentralrat der Juden vor wachsendem Antisemitismus in weiten Teilen der Gesellschaft.

Die Erforschung von Antisemitismus ist also nach wie vor wichtig, wahrscheinlich wichtiger denn je. Dennoch ist die Antisemitismusforschung in Deutschland vor allem eine Domäne der Geschichtsforschung. Andere Disziplinen beschäftigen sich eher selten ausführlich mit Antisemitismus. Es ist heute durchaus möglich, dass man als Studierende:r der Geistes- oder Sozialwissenschaften im Laufe des Studiums nicht ein einziges Mal mit Antisemitismus konfrontiert wird. Außer in der Geschichtswissenschaft gehört die Erforschung von Antisemitismus in keinem Fach zum Kanon. Das muss sich ändern! Der Antisemitismus ist eine alles umfassende Ideologie, die von ihren Anhänger:innen genutzt wird, um sich die Welt zu erklären – sie zu versimpeln und Übergriffe zu rechtfertigen. Seine Entstehung, Wirkung, Erscheinungsformen, Bekämpfung und Prävention müssen deshalb aus vielen Perspektiven und interdisziplinär erforscht werden. Es kann nicht sein, dass Antisemitismus im Lehramtsstudium und in anderen pädagogischen Studiengängen immer noch meistens nur eine untergeordnete Rolle spielt. Um ihn wirksam zu bekämpfen, muss er gut erforscht sein und dieses Wissen muss an die Pädagog:innen der Zukunft weitergegeben werden.

Wir fordern daher:

- Die Einrichtung von Professuren für Antisemitismusforschung an deutlich mehr Hochschulen als heute. Diese müssen dabei in verschiedenen Disziplinen verankert sein und interdisziplinär arbeiten.
- Eine Ausweitung des Lehrangebots im Bereich der Antisemitismusforschung über die Grenzen der Geschichtswissenschaft hinaus, v.a. in den Fächern der Sozial, Geistes- und Kulturwissenschaften. 53
- Ein Angebot von grundlegenden und einführenden, interdisziplinären Lehrveranstaltungen zu Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit für Studierende aller Fächer. 56

Eine stärkere Thematisierung von Bekämpfung und Prävention des Antisemitismus in pädagogischen Studiengängen, vor allem im Lehramt.

Begründung:

erfolgt mündlich.

Antragsbereich X: Sonstiges

Antrag X1_21

Antragssteller*in: Juso-Hochschulgruppe Gießen

Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

X1_21 Gegen Privatisierungen von Unikliniken

Das Uniklinikum in Gießen und Marburg ist das erste vollständig privatisierte Uniklinikum Deutschlands. Dort mussten Medizinstudent*innen am eigenen Leib erfahren, welche Auswirkungen es auf Forschung und Lehre hat, wenn Gesundheit zum wirtschaftlichen Gut wird. Die Situation in Gießen soll deshalb dargestellt werden (1.), um zu verdeutlichen, dass privatisierte Unikliniken ihre Aufgabe, die Gewährleistung von Forschung und Lehre, nicht erfüllen können (2.) und konkreter Handlungsbedarf seitens der Juso-Hochschulgruppen besteht (3.).

1.

Das Uniklinikum in Gießen selbst beschreibt den Umstand, der im Uniklinikum Gießen und Marburg (UKGM) seit der Privatisierung herrscht, wie folgt:

„Privatisierung“

Das UKGM ist das einzige Universitätsklinikum Deutschlands, das sich nahezu vollständig in privater Trägerschaft befindet. Dieses Pionierprojekt hat bereits berühmte Vorbilder im Ausland. So zeigt beispielsweise die University of Cambridge in England schon seit vielen Jahren, dass das Zusammenwirken von öffentlicher Forschung und Lehre mit einer privaten hocheffizienten Krankenversorgung hervorragende Ergebnisse in allen Bereichen bringen kann. Besonders die Patienten der Krankenhäuser profitieren von den ausgezeichneten Resultaten, die mit dieser strikten Aufgabenverteilung erzielt werden. Die Voraussetzungen für eine reibungslose Weiterentwicklung des UKGM hat die RHÖN-KLINIKUM AG mit der privaten Trägerschaft und ihrem klaren Bekenntnis zur Hochschulmedizin geschaffen. Kurze Entscheidungswege und klare Zuständigkeiten machen es möglich, zeitnah auf Veränderungen und neue Chancen einzugehen und die Zukunft unseres Hochleistungsklinikums zu gestalten. Forschung und Lehre werden weiterhin von den Fachbereichen Medizin der Universitäten Gießen und Marburg wahrgenommen und verantwortet.“¹

Nach diesen Worten des UKGM scheint es, als habe die Privatisierung keine Auswirkung auf Forschung und Lehre gehabt und als sei die Gesundheitsversorgung weiterhin gewährleistet. Die Privatisierung des UKGM zeigt jedoch, dass Gesundheit nicht zur Ware werden darf. Genauso wenig wie Forschung und Lehre.

Um darzustellen, wie sich die Situation am UKGM abgespielt hat, wird aus dem Rechtsgutachten von Prof. Dr. Joachim Weiland, das die rechtlichen Möglichkeiten zur Rücküberführung des UKGM prüft, wiedergegeben:

„Unmut und Protest in Mittelhessen waren groß, als die hessische CDU unter Ministerpräsident Roland Koch im Jahr 2006 getreu ihrer neoliberalen Dogmen, der Markt solle alles richten und Private könnten alles besser, in einem europaweit einmaligen Vorgang das fusionierte Universitätsklinikum Gießen und Marburg an die Rhön-Klinikum AG, einen börsennotierten Krankenhauskonzern, verscherbelte. Aus Roland

¹ s. https://www.ukgm.de/ugm_2/deu/194.html (letzter Aufruf: 16.09.2021 um 19 Uhr).

Kochs viel gepriesenem «Leuchtturm» wurde eine Pleiten-Pech-und-Pannen-Privatisierung. Die rechtswidrige Überleitung der Beschäftigten, die zahlreichen Hilferufe von Mitarbeiter*innen und Patient*innen, Stellenabbaupläne, Überstundenberge und die schleppende Inbetriebnahme des Partikelzentrums zur Behandlung von Krebspatient*innen sind nur einige Belege für die lange Geschichte des Scheiterns der Privatisierung. In den für die Öffentlichkeit nicht zugänglichen Verkaufsverträgen zwischen dem Land Hessen und der börsennotierten Rhön-Klinikum AG war eine Change-of-Control-Klausel enthalten. Bei einem etwaigen Eigentümerwechsel hätte der Konzern dem Land das Uniklinikum zum Rückkauf anbieten müssen. Diese Klausel ist Ende 2019 ausgelaufen. Kurz danach übernahm der Krankenhauskonzern Asklepios das Uniklinikum. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Die Übernahme der Rhön-Klinikum AG und damit des UKGM durch Asklepios droht die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, die Bedingungen für die Patientenversorgung und für Forschung und Lehre noch weiter zu verschlechtern. Immerhin ist Asklepios für Tariffucht und Kündigungsversuche von Betriebsräten bekannt.²

Um es mit den Worten von Daniela Sommer, der gesundheits- und pflegepolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, die sich zum hier zitieren Rechtsgutachten geäußert hat, zu sagen:

„Der Verkauf der Universitätsklinik von Gießen und Marburg an einen renditeorientierten Konzern war von Anfang an ein großer Fehler. Deswegen wirken die Versuche insbesondere der CDU, die UKGM-Privatisierung bis heute als erfolgreiches Leuchtturmprojekt zu verkaufen, reichlich verzweifelt. Kein anderes Universitätsklinikum in Deutschland wurde privatisiert, weil die Nachteile bei weitem überwiegen – vor allem für die Beschäftigten des UKGM, um deren sich stetig verschlechternde Arbeitsbedingungen sich Schwarzgrün aber fast schon traditionell nicht schert.“³

Festzustellen ist, dass sich die Situation am UKGM zum Nachteil der dort Beschäftigten, Patient*innen und Medizinstudent*innen ausgewirkt hat. Wenn Gesundheit zur Ware und Unikliniken zu Fabriken werden, kann der Fokus nicht mehr darauf liegen, qualitativ hochwertige Forschung und Lehre zu betreiben. Es liegt auf der Hand, dass sich ähnliche Szenarien an Universitätskliniken abspielen werden, sollten diese privatisiert werden.

Zuletzt hat der Dachverband der Unikliniken Deutschlands darüber berichtet, wie schlecht es um die Finanzierung der Unikliniken steht.⁴ Deshalb müssen die Juso-Hochschulgruppen verdeutlichen, dass Privatisierungen kein Mittel zur Lösung des Problems sind, wie es das Beispiel des UKGM verdeutlicht.

2.

Zu den Aufgaben des UKGM schreibt das hessische Universitätsklinikengesetz (UniklinG) vor:

§ 5 Aufgaben des Universitätsklinikums

(1) Das Universitätsklinikum **unterstützt** den Fachbereich Medizin bei dessen Aufgabenerfüllung in der **klinischen Forschung und Lehre**. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Medizin. Das Universitätsklinikum wahrt die der Universität eingeräumte Freiheit in Forschung und Lehre und stellt sicher, dass die Mitglieder der Universität die durch Art. 5 Abs. 3 Satz 1 des Grundgesetzes verbürgten Grundrechte und die in § 4 Abs. 2 bis 4 des Hochschulrahmengesetzes beschriebenen Freiheiten wahrnehmen können; § 6 Abs. 1 Satz 2 des Hessischen Hochschulgesetzes gilt entsprechend.

² s. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Broschur-Rechtsgutachten-VÖ-UKGM.pdf, S. 9 (letzter Aufruf: 16.09.2021 um 19 Uhr).

³ s. <https://www.spd-fraktion-hessen.de/2021/05/04/privatisierung-der-unikliniken-giessen-und-marburg-war-ein-schwerer-fehler-mit-dauerhaften-folgen/> (letzter Aufruf: 16.09.2021 um 19 Uhr).

⁴ s. <https://www.aerzteblatt.de/archiv/60047/Privatisierung-von-Universitaetskliniken-Keine-tragfaehige-Loesung> (letzter Aufruf: 16.09.2021 um 19 Uhr).

(2) Das Universitätsklinikum nimmt Aufgaben der Krankenversorgung, der Aus-, Weiter- und Fortbildung der Angehörigen nichtärztlicher Fachberufe, des öffentlichen Gesundheitswesens, der Weiter- und Fortbildung der Ärzte und weitere ihm übertragene Aufgaben des öffentlichen Gesundheitswesens wahr.

(3) Das Universitätsklinikum ist berechtigt, Unternehmen zu gründen, sich an Unternehmen zu beteiligen oder Teile des Universitätsklinikums in andere Rechtsformen zu überführen. Die Haftung des Klinikums ist in diesen Fällen auf die Einlage oder den Wert des Gesellschaftsanteils zu beschränken, die Gewährträgerschaft des Landes (§ 4 Abs. 1) ist dann ausgeschlossen. In der Landeshaushaltsordnung geregelte Prüfungsrechte der Landesregierung und des Hessischen Rechnungshofes erstrecken sich auch auf die Unterbeteiligungen.

(4) Das Universitätsklinikum nimmt im Auftrag des Landes die Rechte und Pflichten des Trägers der am Klinikum bestehenden Schule für Kranke wahr.

Im Bayrischen UniversitätsklinikumG heißt es:

Art. 2 Aufgaben

(1) 1Das Klinikum ist der Universität zugeordnet; es **dient der universitären Forschung und Lehre und dem wissenschaftlichen Fortschritt** und nimmt daran ausgerichtet Aufgaben der Krankenversorgung wahr. 2Es fördert die Weiterbildung seines Personals. 3Für eine wirtschaftliche Verwendung der ihm zur Verfügung stehenden Mittel trägt das Klinikum eine besondere Verantwortung. 4Das Klinikum hat sicherzustellen, dass die im Klinikum tätigen Mitglieder der Universität die durch Art. 5 Abs. 3 des Grundgesetzes und Art. 108 der Verfassung verbürgten Grundrechte und die Freiheiten nach Art. 3 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) wahrnehmen können.

(2) 1Zur Erfüllung seiner Aufgaben kann sich das Klinikum Dritter bedienen, an Unternehmen beteiligen und Unternehmen gründen. 2Dabei ist die Haftung des Klinikums auf die Einlage oder den Wert des Gesellschaftsanteils zu beschränken; die Gewährträgerschaft des Freistaates Bayern gemäß Art. 3 Abs. 1 ist insoweit ausgeschlossen. 3Das Prüfungsrecht des Obersten Rechnungshofs gemäß Art. 104 Abs. 1 Nr. 3 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) ist sicherzustellen.

In den Gesetzen der anderen Länder finden sich inhaltlich übereinstimmende Aufgabensetzungen.

Maßgebliches Ziel ist also die Gewährleistung der universitären/klinischen Forschung und Lehre. Ausgerichtet an dem wissenschaftlichen Fortschritt sollen die Unikliniken Aufgaben der öffentlichen Gesundheitsversorgung wahrnehmen.

Es liegt auf der Hand, dass gerade diese Aufgaben nicht mehr erfüllt werden können, wenn es in den Unikliniken um Profitgewinn geht. Wenn die Ärzt*innen keine Zeit mehr haben, sich angemessen um Lehre zu kümmern, dann sind Universitätskliniken keine Universitätskliniken mehr, sondern Fabriken. Darunter leidet neben der Allgemeinheit auch die Studierendenschaft. Forschung und Lehre, die die Ausbildung von Mediziner*innen gewährleistet, ist unter diesen Ausgangsvoraussetzungen nicht gegeben. Das zeigt das Beispiel aus Gießen, dieses gilt es unbedingt an anderen Universitätskliniken zu verhindern.

Dass qualitativ hochwertige Forschung und Lehre am UKGM tatsächlich nicht mehr gewährleistet werden kann, beschreibt Dr. Wieland in seinem Rechtsgutachten:

„Ein maßgeblicher Unterschied ist auch die Anbindung des UKGM an die Justus-Liebig-Universität und die Philipps-Universität Marburg, deren Fachbereichen es bei der Erfüllung von Aufgaben in Forschung und Lehre dienen soll. Schon im Juli 2013 bezeichnete die Arbeitsgemeinschaft Hochschulmedizin den Versuch, die von privaten Unternehmen geforderten Renditeerwartungen mit den Aufgabenfeldern eines

117 *Universitätsklinikums in Forschung und Lehre in Einklang zu bringen, als «gescheitert». In einer*
118 *Pressemitteilung wurde deshalb die Empfehlung abgegeben, die Hochschulmedizin solle als Teil der*
119 *staatlichen Daseinsfürsorge öffentlich-rechtlich organisiert sein.“⁵*

120 3.

121 Aus den dargestellten Gründen besteht konkreter Handlungsbedarf.

122 Es ist erforderlich, dass die Juso-Hochschulgruppen ihren allgemeinpolitischen Einfluss nutzen, um
123 Privatisierungen zu verhindern. Das Thema muss auch in andere Hochschulgruppen gebracht werden.
124 Diese Problematik werden wir als Juso-Hochschulgruppen nicht allein lösen können. Es gilt, Mehrheiten
125 davon zu überzeugen, dass Privatisierungen von Unikliniken unbedingt zu unterlassen sind.

126 Deshalb möge das Bundeskoordinierungstreffen beschließen, dass die Juso-Hochschulgruppen sich
127 den folgenden Forderungen vollumfänglich anschließen:

128 **1. Die Juso-Hochschulgruppen sprechen sich gegen die Privatisierungen von Unikliniken aus.**

129 **2. Sie werden ihre Einflussmöglichkeiten auf allgemeinpolitischer Ebene nutzen, um**
130 **Privatisierungen von Universitätskliniken zu verhindern.**

131 **3. Die Juso-Hochschulgruppen treten bestehenden Bündnissen bei (o. gründen ein Bündnis),**
132 **um den allgemeinpolitischen Fokus auf die Thematik zu lenken.**

133 Abschließen möchten wir mit den Worten des Verbands der Universitätsklinika Deutschlands (VUD):

134 *„Die Versorgung von schwerstkranken Patienten, Forschung und Lehre sind öffentliche Aufgaben.*
135 *Privatisierungen von Universitätskliniken sind keine Alternative zu einer verlässlichen öffentlichen*
136 *Finanzierung. Sie verschieben die Probleme lediglich in die Zukunft.“⁶*

⁵ s. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Broschur-Rechtsgutachten-VÖ-UKGM.pdf, S. 33
(letzter Aufruf: 16.09.2021 um 19 Uhr).

⁶ s. <https://www.aerzteblatt.de/archiv/60047/Privatisierung-von-Universitaetskliniken-Keine-tragfaehige-Loesung> (letzter Aufruf:
16.09.2021 um 19 Uhr).

Antragsbereich X: Sonstiges

Antrag X2_21

Antragssteller*in: Juso-Hochschulgruppen Berlin, Sachsen

Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

X2_21 Campus statt Christus! – Endlich laizistisch handeln

“Die Kritik der Religion ist die Voraussetzung aller Kritik.” (Karl Marx, MEW 1, S. 378)

Seit den Anfängen der sozialistischen Bewegungen in Deutschland und weltweit spielt die Kritik der Religion darin eine entscheidende Rolle. Die Trennung von Staat und Religion ist eng mit unserem Grundwert des Sozialismus verbunden, demokratischer Sozialismus ist nur in einem laizistischen Staat möglich. Diesen Anspruch tragen wir in den hochschulpolitischen Raum: An staatlichen Einrichtungen – insbesondere an wissenschaftlichen Institutionen – gibt es keinen Raum für religiöse Bevorzugung.

Der Blick auf die Hochschulen und Universitäten der Bundesrepublik zeigt: Die Trennung von Staat und Religion ist alles andere als selbstverständlich. Beispielsweise wurde in Leipzig die Mehrzweckhalle “Paulinum” als christliche Kirche geweiht. Den Einweihungsgottesdienst hielt mit dem damaligen Landesbischof Carsten Rentzing ein erklärter Gegner der Demokratie, der aufgrund rassistischer und queerfeindlicher Texte zurücktrat. Seither tobt eine Debatte um die Aufstellung einer Kanzel in der Mehrzweckhalle. Für uns als Juso-Hochschulgruppen ist klar: Christliche und andere religiöse Symbole haben an Universitäten und Hochschulen nichts zu suchen.

Laizismus in der Sozialdemokratie

Religionskritik ist Teil unserer sozialistischen Gesellschaftsanalyse. Mit Friedrich Engels, der im letzten Jahr 200 Jahre alt geworden wäre, verstehen wir Religion als “phantastische Widerspiegelung, in den Köpfen der Menschen, derjenigen äußern Mächte, die ihr alltägliches Dasein beherrschen, eine Widerspiegelung, in der die irdischen Mächte die Form von überirdischen annehmen” (MEW 20, S. 294). Religion ist demnach kein Weg, die gesellschaftliche Wirklichkeit sachlich zu erfassen, sondern vielmehr eine verzerrte Wahrnehmung der sozialen Realität. Natürlich steht es allen Menschen frei, Religionen anzuhängen. Diskriminierung aufgrund von Religionszugehörigkeit und -nichtzugehörigkeit stellen wir uns wo immer möglich entgegen. Das Recht auf Religionskritik ist für uns nicht verhandelbar. Aufgabe des Staates muss es sein, diese Freiheit der Religion zu schützen. Gleichzeitig sollte der Staat sich nicht mit einzelnen Religionen oder Konfessionen zusammentun. Solche Kumpanei führt zu Bevorzugung einiger und Benachteiligung anderer, die durch nichts zu rechtfertigen ist. Wir fordern: Staat und Religion müssen klar getrennt sein. Damit stellen wir uns in die Tradition des Laizismus.

Die Sozialdemokratie hat eine lange Geschichte mit dem Laizismus. Seit ihren Anfängen ist die Trennung von Religion und Staat ein immer wiederkehrendes Thema, das von namhaften Sozialist:innen wiederholt aufgegriffen wurde. Erst nach der Öffnung der Partei gegenüber religiösen Gruppierungen in den späten 50ern rückte der laizistische Gedanke in den Hintergrund. Seither sind religiöse Arbeitskreise in der Partei etabliert worden. Dazu zählen der Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD, der Arbeitskreis Muslimischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und der Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Seit 2010 rückten die Laizist:innen der Sozialdemokratie wieder in den Vordergrund. Nach einem Statement des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff im Jahr 2010, Christentum, Judentum und Islam gehörten zu Deutschland, kündigte eine Gruppe von Genoss:innen an, einen laizistischen Arbeitskreis bilden zu wollen. Ein entsprechender Antrag wurde 2011 einstimmig vom Parteivorstand abgelehnt, da er gegen Positionen im Parteiprogramm der SPD und im Grundgesetz verstoße. Ein ähnlicher Antrag wurde letztes Jahr erneut mit der gleichen Begründung abgelehnt.

Der laizistische Gedanke ist also kein Neuer. Viele andere Staaten haben laizistische Grundsätze schon lange in der Verfassung verankert. In Frankreich gilt bereits seit 1905 eine klare Trennung von Religion und Staat. Darunter fällt die Auffassung, Religion sei Privatsache der Bürger:innen und der Grundsatz der Staatsneutralität gegenüber allen Religionen. Ziel dieser Grundsätze sind die Gleichbehandlung und die Glaubensfreiheit, um Diskriminierung in Zukunft zu vermeiden.

Als Juso-Hochschulgruppen teilen wir diese Ziele. Die ungerechten Vorteile für Religionsgemeinschaften müssen ein Ende haben!

Unsere Forderungen an Hochschulpolitik und Gesellschaft

Auch wenn sich die Thematik des Laizismus nicht isoliert betrachten lässt, möchten wir uns in diesem Antrag auf die Hochschulpolitik konzentrieren. Häufig zeichnen Hochschulen und Universitäten den Weg vor, auf den sich eine Gesellschaft begibt. Wir wollen an den Hochschulen und Universitäten dieses Landes den Grundstein für eine laizistische Gesellschaft legen.

Deshalb fordern wir:

- **Studierendengemeinden**, die religiösen Organisationen unterstehen, sowie **Hochschulgruppen, die sich ausschließlich der Religionsausübung widmen**, sollen keine universitären Räume und gesonderte Werbeflächen zur Verfügung gestellt werden. Stattdessen sollen diese Gruppe ihre eigenen Räumlichkeiten nutzen, um die Trennung von Universität bzw. Hochschule und Religion klar zu ziehen.
- die **Abschaffung religiöser Räume** (wie Kirchen) und das Verbot religiöser Veranstaltungen an staatlichen Hochschulen und Unis. Stattdessen sollten Meditations-/Ruheräume geschaffen werden, die allen Studierenden offen stehen, niemanden aufgrund sexistischer Regeln o.ä. ausschließen und keine religiösen Symbole beinhalten.
- Religionsgemeinschaften sollen keine Hochschulräumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Solange dies nicht erreicht ist, sollen sie **keine Vorzüge** bei der Anmietung von Hochschulräumen bekommen.
- **baulich fixierte religiöse Symbole** auf den Geländen staatlicher Hochschulen sollten entfernt werden.

Uns ist bewusst, dass die gegenwärtige Gesellschaft weit von unserer laizistischen Utopie entfernt ist. Um mit unseren Forderungen nicht weitere Ungerechtigkeiten zu schaffen, sind an manchen Stellen Übergangslösungen nötig. Ein Beispiel dafür sind **Prüfungstermine**: In unserer Zielvorstellung sollen Prüfungen nicht generell durch religiöse Feiertage beschränkt sein – Personen, die diese Feiertage begehen, sollen sich jedoch davon befreien lassen können, ohne dass ihnen ein Prüfungsversuch abhanden kommt. In einer mehrheitlich christlich geprägten Gesellschaft mit gesetzlich fixierten christlichen Feiertagen wie jener der Bundesrepublik würde das jedoch zu einer Benachteiligung aller Studierenden führen, die nicht christlich bzw. christlich sozialisiert sind. Deshalb halten wir als Übergangslösung Dozierende und Prüfungsämter an darauf zu achten, dass neben christlichen auch an jüdischen und muslimischen Feiertagen keine Prüfungen stattfinden.

81 Darüber hinaus wird es Zeit, die gesamtgesellschaftlichen Diskussionen rund um Laizismus stärker in
82 den Fokus zu nehmen. Die SPD sollte mit der **Gründung des Arbeitskreises laizistischer**
83 **Sozialdemokrat:innen** auf Bundesebene vorangehen. Ziel dieses Arbeitskreises – und der gesamten
84 Sozialdemokratie – sollte es sein, endlich eine **klare Trennung von Religion und Staat** in der
85 Bundesrepublik durchzusetzen. Religionsgemeinschaften sollten nicht mehr als Körperschaften
86 öffentlichen Rechts geführt werden, religiöse Symbole in allen staatlichen Gebäuden entfernt werden.
87 Beschäftigte religiöser Einrichtungen müssen endlich Streikrecht bekommen.

88 Die Auflösung der Verflechtungen von Staat und Religionen ist keine leichte Aufgabe. Umso wichtiger
89 ist es, dass wir dieses Problem jetzt angehen!

Liedtext: Die Internationale

Wacht auf, Verdammte dieser Erde,
die stets man noch zum Hungern zwingt!
Das Recht wie Glut im Kraterherde
nun mit Macht zum Durchbruch dringt.
Reinen Tisch macht mit dem Bedränger!
Heer der Sklaven, wache auf!
Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger
Alles zu werden, strömt zuhauf!

|: Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht. :|

Es rettet uns kein höh'res Wesen,
kein Gott, kein Kaiser noch Tribun
Uns aus dem Elend zu erlösen
können wir nur selber tun!
Leeres Wort: des Armen Rechte,
Leeres Wort: des Reichen Pflicht!
Unmündig nennt man uns und Knechte,
duldet die Schmach nun länger nicht!

|: Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht. :|

In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute,
wir sind die stärkste der Partei'n
Die Müßiggänger schiebt beiseite!
Diese Welt muss unser sein;
Unser Blut ei nicht mehr der Raben,
Nicht der mächt'gen Geier Fraß!
Erst wenn wir sie vertrieben haben
dann scheint die Sonn' ohn' Unterlass!

|: Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht. :|